

Frühwarnung    Konfliktverhütung    Krisenmanagement    Konfliktnachsorge    Menschenrechte    Demokratisierung  
Vertrauensbildende Maßnahmen    Rüstungskontrolle    Vorbeugende Diplomatie    Sicherheitsbildende Maßnahmen

## Jahresbericht über die Aktivitäten der **OSZE** 2004

Frühwarnung  
 Konfliktverhütung  
 Krisenmanagement  
 Konfliktnachsorge  
 Menschenrechte  
 Demokratisierung  
 Vertrauensbildende Maßnahmen  
 Rüstungskontrolle  
 Vorbeugende Diplomatie  
 Sicherheitsbildende Maßnahmen  
 Wahlüberwachung  
 Polizeischulung  
 Medienfreiheit  
 Bekämpfung des Menschenhandels  
 Schutz nationaler Minderheiten  
 Wirtschafts- und Umweltsicherheit  
 Bekämpfung des Terrorismus  
 Aufbau von Institutionen  
 Grenzüberwachung  
 Aufbau einer Zivilgesellschaft



## **OSZE-TEILNEHMERSTAATEN**

Albanien | Andorra | Armenien | Aserbaidschan | Belarus | Belgien | Bosnien und Herzegowina  
 Bulgarien | Dänemark | Deutschland | die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien  
 Estland | Finnland | Frankreich | Georgien | Griechenland | Heiliger Stuhl | Irland | Island  
 Italien | Kanada | Kasachstan | Kirgisistan | Kroatien | Lettland | Liechtenstein | Litauen Luxemburg | Malta  
 | Moldau | Monaco | Niederlande | Norwegen | Österreich | Polen | Portugal Rumänien | Russische  
 Föderation | San Marino | Schweden | Schweiz  
 Serbien und Montenegro | Slowakei | Slowenien | Spanien | Tadschikistan  
 Tschechische Republik | Türkei | Turkmenistan | Ukraine | Ungarn | Usbekistan  
 Vereinigte Staaten von Amerika | Vereinigtes Königreich | Zypern

## **KOOPERATIONSPARTNER**

Afghanistan | Japan | Republik Korea | Mongolei | Thailand

## **KOOPERATIONSPARTNER IM MITTELMEERRAUM**

Ägypten | Algerien | Israel | Jordanien | Marokko | Tunesien

# 2004

## JAHRESBERICHT ÜBER DIE AKTIVITÄTEN DER OSZE

### DIE WICHTIGSTEN EREIGNISSE DES JAHRES 2004

- ⇒ Die OSZE entsendet mit über 1200 Beobachtern die größte Wahlunterstützungsmission ihrer Geschichte zur Beobachtung der Wiederholung des zweiten Durchgangs der Präsidentenwahlen in der Ukraine.
- ⇒ Zum ersten Mal seit ihrem Bestehen entsendet die OSZE ein Wahlteam in ein Land außerhalb ihres Gebiets: Das Wahlunterstützungsteam für Afghanistan berät die Wahlbehörden des Landes in Bezug auf die Rahmenbedingungen der Wahl.
- ⇒ Eine groß angelegte Managementreform bringt tief greifende Veränderungen in der inneren Struktur und den Verfahren der OSZE.
- ⇒ Die 55 Teilnehmerstaaten führen eine lebhafte Debatte über die Bedeutung und die Zukunft der OSZE und unternehmen Schritte zur Umwandlung und Stärkung der Organisation.
- ⇒ Drei Großkonferenzen widmen sich der Bekämpfung des Antisemitismus, der Intoleranz und des Rassismus.
- ⇒ Der Amtierende Vorsitzende ernennt eine Sonderbeauftragte zur Verstärkung des Kampfes gegen den Menschenhandel.
- ⇒ Die Mongolei wird neuer OSZE-Kooperationspartner.

## **INHALT**

<b>VORWORT DES GENERALEKRETÄRS .....</b>	<b>5</b>
DIE OSZE AUF EINEN BLICK .....	7
<b>VORSITZ .....</b>	<b>9</b>
BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN .....	10
DER STÄNDIGE RAT .....	31
DIE PERSÖNLICHEN BEAUFTRAGTEN DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN .....	33
DIE VORSITZENDEN DER KONTAKTGRUPPEN MIT DEN KOOPERATIONSPARTNERN IM MITTELMEERRAUM UND IN ASIEN .....	35
<b>DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION .....</b>	<b>38</b>
<b>DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE .....</b>	<b>41</b>
<b>DIE OSZE-FELDEINSÄTZE .....</b>	<b>46</b>
SÜDOSTEUROPA .....	47
DIE OSZE-PRÄSENZ IN ALBANIEN .....	48
DIE OSZE-MISSION IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA .....	51
DIE OSZE-MISSION IN KROATIEN .....	58
DIE OSZE-MISSION IM KOSOVO .....	62
DIE OSZE-MISSION IN SERBIEN UND MONTENEGRO .....	68
DIE OSZE-„SPILLOVER“-ÜBERWACHUNGSMISSION IN SKOPJE .....	73
OSTEUROPA .....	77
DAS OSZE-BÜRO IN MINSK .....	78
DIE OSZE-MISSION IN MOLDAU .....	80
DER OSZE-PROJEKTKOORDINATOR IN DER UKRAINE .....	83
KAUKASUS .....	86
DAS OSZE-BÜRO IN BAKU .....	87
DIE OSZE-MISSION IN GEORGIEN .....	91
DAS OSZE-BÜRO IN ERIWAN .....	96
ZENTRALASIEN .....	100
DAS OSZE-ZENTRUM IN ALMATY .....	101
DAS OSZE-ZENTRUM IN ASCHGABAD .....	104
DAS OSZE-ZENTRUM IN BISCHKEK .....	106
DAS OSZE-ZENTRUM IN DUSCHANBE .....	109
DAS OSZE-ZENTRUM IN TASCHKENT .....	113
UNTERSTÜTZUNG FÜR BILATERALE UND MULTILATERALE ÜBEREINKOMMEN .....	115
DER OSZE-VERTRETER IN DER ESTNISCHEN EXPERTENKOMMISSION FÜR PENSIONIERTE MILITÄRANGEHÖRIGE .....	115
DER OSZE-VERTRETER IN DER GEMEINSAMEN LETTISCH-RUSSISCHEN KOMMISSION FÜR PENSIONIERTE MILITÄRANGEHÖRIGE .....	116
<b>DIE OSZE INSTITUTIONEN .....</b>	<b>117</b>
DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE .....	118
DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN .....	126
DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT .....	130
<b>DAS SEKRETARIAT .....</b>	<b>134</b>
AKTIVITÄTEN DES SEKRETARIATS .....	135
DES KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUMS .....	136
DIE GRUPPE TERRORISMUSBEKÄMPFUNG .....	141
DIE GRUPPE STRATEGISCHE POLIZEIANGELEGENHEITEN .....	142
DAS BÜRO DES KOORDINATORS FÜR ÖKONOMISCHE UND ÖKOLOGISCHE AKTIVITÄTEN DER OSZE .....	143
DIE LEITENDE BERATERIN FÜR GLEICHBEHANDLUNGSFRAGEN .....	145
VERWALTUNG UND FINANZEN .....	146
DAS PRAGER BÜRO .....	148
BERICHT DES DIREKTORS FÜR PERSONALRESSOURCEN .....	149

PARTNERSCHAFTEN FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT.....	150
ZUSAMMENWIRKEN ZWISCHEN ORGANISATIONEN UND INSTITUTIONEN IM OSZE-RAUM .....	150
ZUSAMMENWIRKEN MIT DEN KOOPERATIONSPARTNERN IM MITTELMEERRAUM UND IN ASIEN SOWIE MIT ORGANISATIONEN UND INSTITUTIONEN AUßERHALB DES OSZE-RAUMS .....	158
<b>ANHANG .....</b>	<b>160</b>
OSZE -PERSONALSTATISTIK .....	160
REVIDIERTER HAUSHALT .....	163
<b>KONTAKTINFORMATIONEN.....</b>	<b>164</b>
<b>ABKÜRZUNGEN.....</b>	<b>166</b>

# VORWORT DES GENERALSEKRETÄRS, JÁN KUBIŠ

Dies ist der letzte OSZE-Jahresbericht, den ich Ihnen präsentieren darf, da meine Amtszeit als Generalsekretär im Juni 2005 ausläuft. Ich bin stolz darauf, der OSZE über ein Jahrzehnt gedient und an der Umsetzung des Mandats der Organisation – der Förderung der Sicherheit durch Zusammenarbeit zwischen gleichberechtigten Partnern in ganz Europa – mitgewirkt zu haben. Dieser Bericht ist ein Beleg für die wichtige Arbeit, die die OSZE nach wie vor im Interesse der umfassenden Sicherheit, der Demokratie, der menschlichen Würde und des Friedens leistet. Er würdigt auch zu Recht die wertvolle Arbeit unserer fachlich versierten und engagierten Mitarbeiter vor Ort, im Sekretariat und in den Institutionen und hebt die oft unerwähnt bleibenden Leistungen dieser einzigartigen und beachtlichen Organisation hervor.

Das Jahr war für die Organisation ein Jahr der Herausforderungen. Die OSZE diente wie gewohnt als Forum, in dem einige der wichtigsten anstehenden politischen und die Sicherheit betreffenden Themen Europas besprochen werden. 2004 begann mit der Wiederholung der Präsidentenwahlen in Georgien und endete mit der Wiederholung des zweiten Wahlgangs der Präsidentenwahlen in der Ukraine. Beide Urnengänge wurden von der OSZE beobachtet, ebenso wie 13 weitere Wahlgänge im Verlauf des Jahres. Sie bewiesen einmal mehr die Bedeutung der Organisation als Instrument der Wahlbeobachtung.

Das Jahr ließ allerdings auch einige grundlegende Fragen in Bezug auf die Zukunft der Organisation in den Vordergrund treten. Es bestehen Meinungsunterschiede hinsichtlich der Funktionsweise, Wirksamkeit und Bedeutung der Organisation in mehreren Bereichen und zu einigen Fragen, die für die Organisation von allergrößter Bedeutung sind.

Viele OSZE-Länder meinten, die Organisation müsse umgestaltet werden. Unser Amtierender Vorsitzender, Solomon Passy, wurde zum Vorreiter in dieser Sache und forderte die Teilnehmerstaaten zu umfassenden Reformen auf. Ein Schritt bestand in der Klärung und Stärkung der Rolle des Generalsekretärs – und ich hoffe, dass mein Nachfolger von seinen Befugnissen vollen Gebrauch machen wird. Ein weiterer bestand in der Schaffung eines Weisenrats zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE, der 2005 seine Empfehlungen vorlegen wird. Inzwischen gehen die Diskussionen über die Reform der Feldaktivitäten und anderer Aspekte der OSZE – etwa unserer Verfahrensregeln – weiter. All dies wird die Arbeit der OSZE im Jubiläumsjahr 2005 prägen, in dem wir den 30. Jahrestag der Schlussakte von Helsinki und den 15. Jahrestag der Charta von Paris für ein neues Europa feiern werden.

2004 wurde Grenzfällen und der Bekämpfung des Menschenhandels, der Intoleranz und der Diskriminierung erhöhte Aufmerksamkeit geschenkt und ein Aktionsplan zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern verabschiedet.

Unsere Fähigkeit, effizient zu arbeiten, wurde durch die Einführung des unter der Bezeichnung IRMA bekannten

integrierten Ressourcenmanagementsystems erhöht. Wir haben mit einer relativ bescheidenen Investition ein System eingerichtet, das es uns ermöglicht, unsere Personal- und Materialressourcen wirksam zu verwalten, das den Teilnehmerstaaten – deren Interessen wir vertreten – Transparenz und Rechenschaft garantiert und uns hilft, politische Entscheidungen rasch und flexibel in die Tat umzusetzen.

Die OSZE hat 2004 auch ihre Wirkung nach außen verstärkt. Im September entsandten wir ein Wahlunterstützungsteam nach Afghanistan, um den afghanischen Behörden in dem wichtigen Schritt des Landes in Richtung einer repräsentativen und pluralistischen Demokratie Hilfestellung zu leisten. Da dies die erste derartige Operation der OSZE im Hoheitsgebiet eines ihrer Kooperationspartner war, wird ihr in diesem Bericht breiter Raum gegeben. Wir setzten auch unsere enge Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien fort und begrüßten die Mongolei als neuesten OSZE-Partner. Auch unsere Zusammenarbeit mit anderen regionalen und subregionalen Organisationen, etwa der Schanghai-Kooperationsorganisation oder der Organisation der islamischen Konferenz, wurde verstärkt. Es ist ermutigend zu sehen, welches großes Interesse unserer Organisation außerhalb des OSZE-Raums entgegengebracht wird.

Die OSZE steht an einem Wendepunkt. Was 2005 im Bereich der Reform geschieht, wird ausschlaggebend für die zukünftige Haltung der Teilnehmerstaaten gegenüber der OSZE sein. Den richtigen Weg zu finden, der die Grundlagen und den Besitzstand der Organisation bewahrt und stärkt, mag schwierig sein, doch das verlangen zwangsläufig die derzeit vor sich gehenden Veränderungen in Europa, insbesondere nach der Erweiterung der Europäischen Union und der NATO. Europa befindet sich im Übergang: Es ist daher nur logisch, wenn sich auch die OSZE verändert und sich dabei wie bisher nach den politischen Wünschen, Interessen und Zielen ihrer Teilnehmer richtet.

Die OSZE hat ihre ganze Geschichte hindurch Kreativität, Flexibilität und die Fähigkeit bewiesen, erfolgreich einige der komplexesten und wichtigsten Herausforderungen für die Sicherheit Europas zu

bewältigen. Die nun angebrochene Zeit des Wandels sollte daran nichts ändern.

Ich werde die OSZE vermissen, doch ich bin sicher, dass sie mit Zuversicht in die Zukunft blicken kann. Ich verlasse die Organisation in dem Wissen, dass sie dynamisch, anpassungsfähig, verwaltungsmäßig geordnet und gut gerüstet ist, den Interessen ihrer Teilnehmerstaaten zu dienen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit den Teilnehmerstaaten für ihre Unterstützung danken und ich beglückwünsche das gesamte OSZE-Personal zu seiner hervorragenden Arbeit. Ich hoffe, dass Sie, der Leser, hier in Wort und Bild einen besseren Einblick in unsere Organisation gewinnen, die Tag ein Tag aus die Wichtigkeit und den praktischen Wert des kooperativen und konstruktiven Multilateralismus beweist.

Ján Kubiš

## Die OSZE auf einen Blick

Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), deren geographischer Bereich sich von Vancouver bis Wladiwostok erstreckt, ist die größte Sicherheitsorganisation der Welt. Sie wird geprägt von ihrem umfangreichen Mitgliederkreis euroatlantischer und eurasischer Staaten, ihrem kooperativen und umfassenden Sicherheitsbegriff, ihren speziellen Konfliktverhütungsinstrumenten, ihrer tief verankerten Tradition des offenen Dialogs und der Konsensbildung sowie von ihrer gut ausgebildeten Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen. Das Herz der Organisation ist ihr großes operatives Netz von Feldmissionen.

### Von einer Konferenz zu einer Organisation

Die OSZE entwickelte sich aus einer Abfolge von Tagungen, die Anfang der 1970er Jahre ihren Anfang nahmen. Damals begann eine dichte Serie diplomatischer Verhandlungen über die Frage der Sicherheit und wirtschaftlichen Zusammenarbeit in Europa. 1973, in der Zeit des Kalten Krieges, wurde die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) als ständiges multilaterales Forum für Dialog und Verhandlungen zwischen Ost und West ins Leben gerufen.

1975 unterzeichneten 35 Staats- und Regierungschefs die KSZE-Schlussakte von Helsinki. Dieses Ereignis, das einen Durchbruch in den Ost-West-Beziehungen darstellte, war das Fundament des „Helsinki-Prozesses“, der zum wichtigsten Forum für politische Konsultationen und Verhandlungen über einen umfassenden Fragenkatalog, etwa auch zu Fragen der Menschenrechte während des Kalten Krieges, werden sollte.

Bis 1990 bestand die KSZE im Wesentlichen aus Treffen und Konferenzen, die auf den Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten aufbauten und sie erweiterten. Mit dem Ende des Kalten Krieges gab das Gipfeltreffen von Paris im November 1990 der KSZE jedoch eine neue Richtung. In der Charta von Paris für ein neues Europa wurde die KSZE aufgerufen, sich den neuen Herausforderungen der Ära nach dem Kalten Krieg zu stellen. Außerdem wurde ein wichtiges Rüstungskontrollübereinkommen geschlossen, der ursprüngliche Vertrag über konventionelle Streitkräfte in Europa, sowie andere

wichtige Verträge über militärische Sicherheit.

In den frühen 1990er Jahren wurden ein Sekretariat und erste Institutionen geschaffen, Missionen eingerichtet, und die Arbeit der Konferenz erhielt deutlichere Strukturen. Mitte der 1990er Jahre war die KSZE kein Prozess mehr – sie hatte sich zur Organisation entwickelt. Aus diesem Grund wurde die KSZE mit Wirkung vom 1. Januar 1995 in „Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa“ umbenannt.

Heute hat die OSZE 55 Teilnehmerstaaten und zählt elf Länder im Mittelmeerraum und in Asien zu ihren Kooperationspartnern. Der Jahreshaushalt 2004 betrug 180.832.700 Euro. Völkerrechtlich hat die Organisation keinen Rechtsstatus. Deshalb sind alle Beschlüsse der OSZE zwar politisch, nicht jedoch rechtlich bindend.

### Die Führungsgremien der OSZE

Die Gesamtverantwortung für alle Fragen der Durchführung liegt beim Amtierenden Vorsitzenden, dem Außenminister des jeweils Vorsitz führenden Landes. Der Vorsitz wechselt jährlich und ging am 1. Januar 2004 auf Bulgarien über. Gemeinsam mit den Niederlanden (2003) und Slowenien (2005) bildet Bulgarien die derzeitige OSZE-Troika, die dem Vorsitz beratend zur Seite steht. Der Amtierende Vorsitzende kann Persönliche Beauftragte oder Sonderbeauftragte für bestimmte Fragen oder Situationen ernennen.

In regelmäßigen Zeitabständen finden Gipfeltreffen oder Treffen der OSZE-Staats- und Regierungschefs statt. Zwischen den Gipfeltreffen tritt der Ministerrat zu seinem jährlichen Treffen der Außenminister der 55 OSZE-Teilnehmerstaaten zusammen, um der Organisation Leitlinien vorzugeben. Der Hohe Rat tritt einmal im Jahr in Prag als Wirtschaftsforum zusammen und erörtert Fragen der Wirtschafts- und Umweltdimension.

Der Ständige Rat ist das wichtigste regelmäßig tagende Gremium für politische Konsultation und Beschlussfassung. Seine Mitglieder sind die Ständigen Vertreter der Teilnehmerstaaten. Er tritt einmal wöchentlich in Wien zusammen, um alle für die OSZE relevanten Themen zu erörtern und entsprechende Beschlüsse zu fassen. In der Hofburg tagt, ebenfalls einmal wöchentlich, das Forum für Sicherheitskooperation, das sich mit

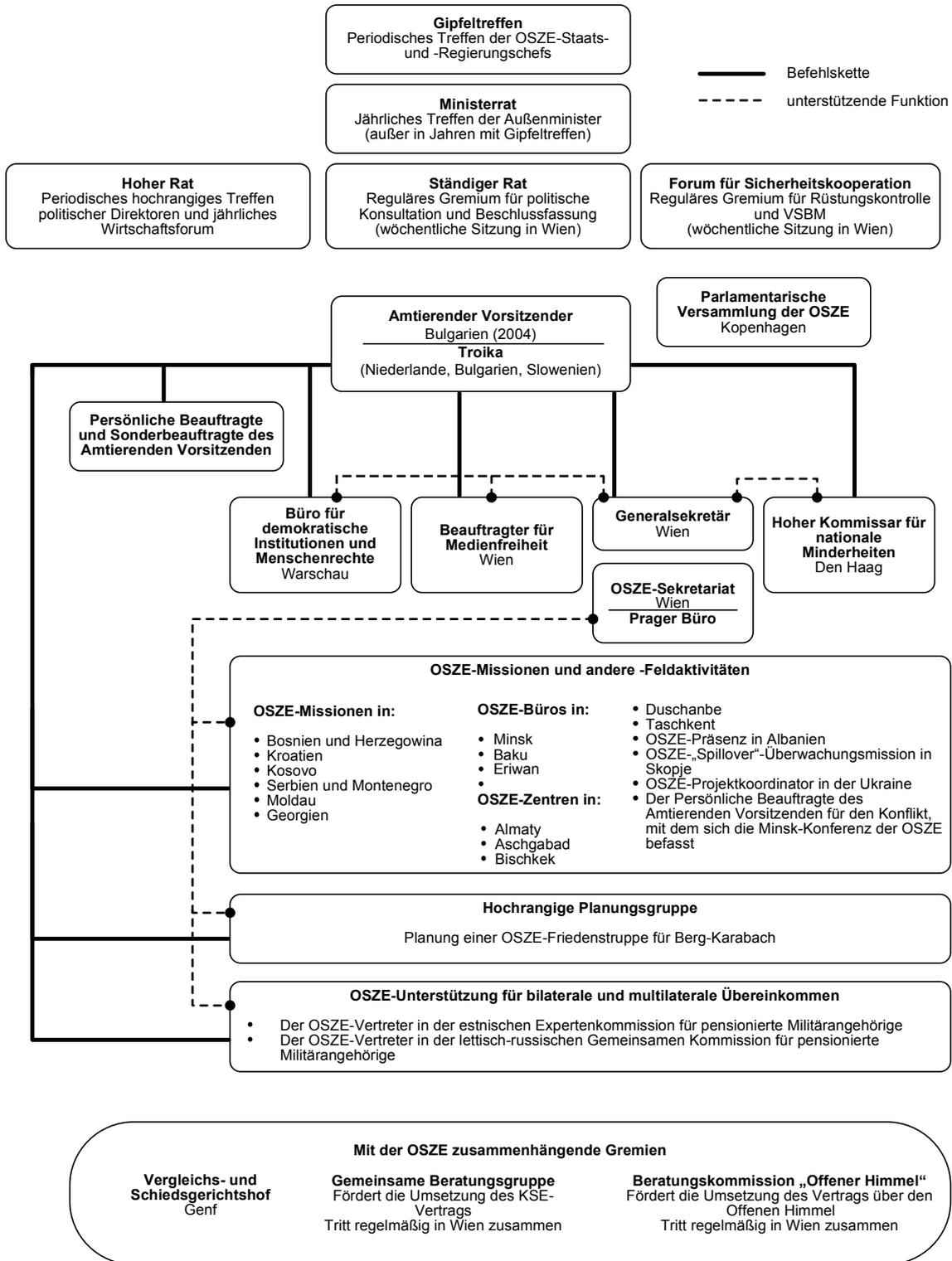
den militärischen Aspekten der Sicherheit, einschließlich Maßnahmen der Rüstungskontrolle und der Vertrauens- und Sicherheitsbildung, befasst.

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE mit Sitz in Kopenhagen setzt sich aus über 300 Parlamentariern aus allen Teilnehmerstaaten zusammen und sorgt für die parlamentarische Dimension in der Arbeit der OSZE. Sie fördert den interparlamentarischen Dialog, und ihre Mitglieder spielen auch eine wichtige Rolle bei der Wahlbeobachtung. Die Hauptjahrestagung der Parlamentarischen Versammlung findet im Sommer statt.

Das Sekretariat der OSZE befindet sich in Wien. Es steht unter der Leitung des Generalsekretärs, der für jeweils drei Jahre ernannt wird. Botschafter Ján Kubiš (Slowakei) leistet derzeit seine zweite Amtszeit, die im Juni 2005 zu Ende geht. Der Generalsekretär fungiert als Vertreter des Amtierenden Vorsitzenden und unterstützt diesen in allen Bemühungen zur Erreichung der Ziele der OSZE. Zu seinen Aufgaben gehört die laufende Verwaltung der OSZE-Strukturen und -Einsätze und die Vorbereitung und Unterstützung der OSZE-Treffen in enger Zusammenarbeit mit dem Amtierenden Vorsitzenden; ferner hat er dafür zu sorgen, dass die Beschlüsse der OSZE umgesetzt werden. Der Ministerrat von Sofia im Dezember 2004 verstärkte die Rolle des Generalsekretärs, indem er ihn beauftragte, den Prozess des politischen Dialogs und der Verhandlungen zwischen den Teilnehmerstaaten zu unterstützen.

Die OSZE verfügt über fachspezifische Institutionen und Feldeinsätze, die ihr bei der Erfüllung ihres Auftrags helfen. Trotz der Unterschiedlichkeit ihrer Mandate sind das Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (gegründet 1990), der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten (1994) und der Beauftragte für Medienfreiheit (1997) bestrebt, den Staaten Hilfestellung bei der Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen in der Region zu leisten. In den derzeit 18 OSZE-Feldeinsätze in 16 Staaten sind rund 3500 Mitarbeiter beschäftigt. 2004 waren etwa 77 Prozent der OSZE-Mittel für die Feldeinsätze bestimmt, woran erkennbar ist, wie intensiv sich die Organisation vor Ort engagiert

# OSZE-STRUKTUREN UND -INSTITUTIONEN



# VORSITZ

Amtierender Vorsitzender | Ständiger Rat | Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden  
Vorsitzende der Kontaktgruppen mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien

# BERICHT DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN

*„Die OSZE hat in den letzten Jahrzehnten einen langen Weg zurückgelegt. Mit einem Blick zurück und in die vorhersehbare Zukunft glaube ich, dass wir mit Überzeugung sagen können, dass die OSZE für alle von uns nach wie vor von Bedeutung ist.“*

*Im kommenden Jahr werden wir mit vielen Herausforderungen konfrontiert sein. Doch werden wir, geeint durch unsere gemeinsamen Werte, im Geiste der Solidarität und gestärkt durch unsere Vielfalt, keine Anstrengungen scheuen, um die Organisation stärker zu machen.“*

## **Amtierender Vorsitzender der OSZE 2004 und bulgarischer Außenminister Solomon Passy**

Die Agenda der OSZE im Jahr 2004 war weitgehend von den Beschlüssen des Ministerrats von Maastricht im Dezember 2003 geprägt, insbesondere durch die OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert und das OSZE-Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension. In Anbetracht dieser Beschlüsse machte der bulgarische Vorsitz deren Umsetzung zur Hauptaufgabe in diesem Jahr. Eines der Schwerpunktthemen des Jahres 2004 war die Reform der OSZE, ebenso wie Toleranz und Nichtdiskriminierung, die Gegenstand wichtiger Tagungen über die Bekämpfung von Antisemitismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit sowie über Verhetzung im Internet waren. Die Vertiefung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und anderen internationalen Organisationen, die sich für die Aufrechterhaltung von Sicherheit und Stabilität im OSZE-Gebiet einsetzen, war ebenfalls ein beherrschendes Thema in der Tätigkeit des bulgarischen Vorsitzes. Mit dem ersten Einsatz der OSZE außerhalb ihres Gebiets – dem nach Afghanistan entsandtem Wahlunterstützungsteam – betrat die Organisation unter bulgarischem Vorsitz Neuland. Als neuester OSZE-Kooperationspartner wurde die Mongolei willkommen geheißen.

### **Die Reform der OSZE**

2004 gewann die Debatte über die OSZE-Reform an Tempo und Bedeutung. Sowohl die EU- als auch die NATO-Erweiterung haben die politische Landkarte Europas verändert, was nicht ohne Auswirkungen auf andere Organisationen wie die OSZE blieb. Neue Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit haben die strategischen Prioritäten verändert. Es wurde vorgeschlagen, die Organisation zehn Jahre nach der Umwandlung der KSZE in die OSZE einer Neubewertung und Anpassung zu unterziehen und sie zu stärken. Einige Teilnehmerstaaten traten mit besonderem Nachdruck für Veränderungen in der OSZE ein. Am 3. Juli 2004 gaben die Präsidenten von neun GUS-Staaten eine Erklärung über die Notwendigkeit einer Reform der OSZE ab, auf die am 15. September in Astana ein Appell von acht GUS-Außenministern folgte.

Der Amtierende Vorsitzende schaltete sich persönlich in die Reformdebatte ein, wie in seiner Rede auf der 13. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE am 5. Juli in Edinburgh deutlich wurde. Bei diesem Anlass und auch bei späterer Gelegenheit unterstrich er die Notwendigkeit,

- die OSZE unbürokratischer zu machen,
- Ressourcen und Prioritäten besser aufeinander abzustimmen,
- Ressourcen von Südosteuropa in den Kaukasus und nach Zentralasien zu verlagern,
- die Tagungsorte der Treffen zur menschlichen Dimension und des Wirtschaftsforums zu verlegen, um der geographischen Vielfalt des OSZE-Raums besser Rechnung zu tragen,

- die Verfahrensregeln der OSZE zu aktualisieren,
- die Wirksamkeit der Feldaktivitäten zu erhöhen und
- die Rolle des Generalsekretärs zu stärken.

Diese und andere Gedanken wurden in den Arbeitsgruppen „Reform“ bzw. „Verbesserung der Funktionsweise und Effizienz der OSZE-Feldeinsätze“ diskutiert.

Zum ersten Mal seit 1973 wurde eine Überarbeitung der Verfahrensregeln in Angriff genommen, die gut vorankam. Auf dem Treffen des Ministerrats in Sofia wurde ein Beschluss gefasst, der die Rolle des Generalsekretärs präziser umreißt.

Im Sinne der vorherrschenden Meinung, dass die Wirksamkeit der OSZE erhöht werden sollte, beschlossen die Minister in Sofia, einen Weisenrat zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE ins Leben zu rufen und 2005 gesonderte hochrangige OSZE-Konsultationen durchzuführen, bei denen eine strategische Vision für die OSZE im 21. Jahrhundert erarbeitet werden soll.

Die Reformbemühungen sind ein fortlaufender Prozess, der 2005 Gegenstand von Erörterungen sein wird, wenn mehrere OSZE-Jahrestage begangen werden und die OSZE den Blick in die Zukunft richtet.

### **Der Kampf gegen den Terrorismus**

Der Terrorismus ist nach wie vor eine der größten Bedrohungen sowohl für die Sicherheit des Einzelnen als auch für die gemeinsame Sicherheit der OSZE-Teilnehmerstaaten. Die furchtbaren Anschläge von Beslan und Madrid 2004 machten einmal mehr

deutlich, dass der Terrorismus eine reale Gefahr im OSZE-Raum darstellt. Die verstärkte Rolle der Organisation im Kampf gegen den Terrorismus hatte für den bulgarischen Vorsitz daher hohe Priorität.

Der Vorsitz erweiterte das Mandat der 2003 geschaffenen informellen Freundesgruppe zu Fragen der Terrorismusbekämpfung. Dadurch war die unter dem Vorsitz des Botschafters Schwedens stehende Gruppe nicht nur in der Lage, die Umsetzung früher eingegangener Verpflichtungen zu überprüfen, sondern sie konnte sich auch mit anderen vorhandenen und absehbaren terroristischen Bedrohungen auseinandersetzen.

Welch große Bedeutung die Teilnehmerstaaten Fragen des Terrorismus beimessen, zeigte sich auch auf der zweiten Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz am 23. und 24. Juni in Wien.

Das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) leistete – im Rahmen seines konkreten Mandats – einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Rolle der OSZE bei der Eindämmung der terroristischen Bedrohung.

Der Erfolg der Arbeit der informellen Freundesgruppe und des FSK war auch an Zahl und Umfang der auf dem Ministerratstreffen von Sofia verabschiedeten Beschlüsse zur Bekämpfung des Terrorismus abzulesen:

- Bekämpfung der Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken
- Erhöhung der Containersicherheit
- Meldung verlorener/gestohlener Reisepässe an die Datenbank von Interpol
- Festlegung von Prinzipien für die Ausfuhrkontrolle schultergestützter Flugabwehrraketensysteme (MANPADS)
- Festlegung von Prinzipien für die Kontrolle über Vermittlungsgeschäfte mit Kleinwaffen und leichten Waffen
- Ausarbeitung von Standardelementen für Endabnehmerzertifikate und Verifikationsverfahren für Ausfuhren von Kleinwaffen und leichten Waffen
- Umsetzung des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition
- Unterstützung der PC-Beschlüsse über weitere Maßnahmen zur Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus
- Solidarität mit Opfern des Terrorismus

Die Erklärung des Ministerrats von Sofia über die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus unterstrich die Entschlossenheit der Teilnehmerstaaten, den Terrorismus in all seinen Arten und Erscheinungsformen zu bekämpfen.

*„Was gebraucht wird, sind praktische, kraftvolle Maßnahmen im Kampf gegen den Terrorismus.“*  
**Solomon Passy**

Ferner trafen Experten aus den OSZE-Teilnehmerstaaten zu mehreren praxisbezogenen OSZE-Konferenzen und -Workshops zusammen, die dem Austausch von Informationen, Erfahrungen und bewährten Methoden zur Bekämpfung akuter terroristischer Bedrohungen –

etwa der Bedrohung der Zivilluftfahrt durch MANPADS – dienten.

In dem Bemühen, der OSZE Anleitungen für ihre Arbeit im Kampf gegen den Terrorismus zu geben, konzentrierte sich der Vorsitz auf das grundlegende Prinzip, dass der Kampf gegen den Terrorismus unter keinen Umständen als Vorwand für die Einschränkung der Menschen- und Bürgerrechte verwendet werden darf.

In Anerkennung der zunehmend wichtigen Rolle der OSZE bei der Bekämpfung des Terrorismus und ihres erfolgreichen Zusammenwirkens mit anderen Organisationen war die OSZE gemeinsam mit dem VN-Büro für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC) im März Gastgeber der dritten Sondertagung des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus (UNCTC) mit internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen.

## Grenzsicherung und Grenzmanagement

Mit der Verabschiedung der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert auf dem Ministerratstreffen 2003 in Maastricht kamen die Teilnehmerstaaten überein, ein OSZE-Konzept über Grenzsicherung und Grenzmanagement auszuarbeiten. Im Januar wurde unter dem Vorsitz des Botschafters Belgiens eine informelle Freundesgruppe zu Grenzfragen gebildet. Diese Arbeitsgruppe begann, Informationen und Erfahrungen über alle bisher – sowohl innerhalb als auch außerhalb der OSZE – getroffenen Maßnahmen zu Grenzfragen auszutauschen und eine sachbezogene Diskussion unter den Teilnehmerstaaten zu fördern. Zwischen Juni und Oktober wurde intensiv am Entwurf des Konzepts gearbeitet. Angesichts der Komplexität des Themas waren einige Teilnehmerstaaten der Ansicht, dass die Zeit noch nicht reif sei, um ein solches Konzept über Grenzfragen in der OSZE zu beschließen. In Sofia legten die Minister fest, welche politischen Ziele, Grundsätze und Überlegungen bei der endgültigen Ausarbeitung des Konzepts 2005 berücksichtigt werden sollen.

Das Grenzübergreifende Kooperationsprogramm der OSZE in Südosteuropa entstand aus dem Bekenntnis der OSZE zum Ochrid-Prozess und widmet sich zivilen Aspekten der Aus- und Fortbildung und Beratung der Grenzpolizei, der Unterstützung und Förderung des Aufbaus von Institutionen sowie der Förderung der regionalen Zusammenarbeit. Die erste Phase dieses Programms bestand aus sechs Seminaren, die alle auf den Ergebnissen einer Bedarfsermittlungsmission vom Herbst 2003 aufbauten. Das Programm wurde als Reaktion auf die dringendsten Bedürfnisse und Forderungen in diesem Bereich konzipiert und richtete sich an die oberste und mittlere Führungsebene im regionalen und subregionalen Bereich. Es sollte die regionale grenzübergreifende Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Grenzpolizeidiensten vertiefen und die Grundlage für die Behandlung konkreter Themen schaffen, die 2005 in der zweiten Phase folgen soll. Alle Seminare waren gut besucht; die Teilnehmer kamen aus den am Programm beteiligten Ländern und deren Nachbarstaaten. Sie stellten übereinstimmend fest, dass

die Ziele voll und ganz erreicht wurden, insbesondere in Bezug auf sofort wirksame Problemlösungen („Quick impact“ solutions), wie sie das Programm verlangte.

Im September veranstaltete der bulgarische Vorsitz eine zweitägige gemeinsame Konferenz technischer Experten der OSZE und des UNODC zu Fragen des Grenzmanagements und der Grenzsicherung. Ihr Zweck war es, die Erfahrungen internationaler Organisationen bei der Förderung eines wirksameren Grenzmanagements und einer besseren Grenzsicherung auszutauschen und einen strategischeren und koordinierteren Ansatz für die Bereitstellung internationaler Hilfe zu finden. An der Konferenz nahmen fast 200 Vertreter aller 55 OSZE-Teilnehmerstaaten, der Kooperationspartner und internationaler Organisationen teil, unter ihnen die NATO, die Europäische Kommission, GUS, Europol, Interpol, das Amt des Hohen Flüchtlingskommissars der Vereinten Nationen (UNHCR), die Internationale Organisation für Migration (IOM), die Wassenaar-Vereinbarung und der Stabilitätspakt für Südosteuropa. Die Konferenz schuf die Voraussetzungen für eine bessere und engere Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen, die sich mit Fragen des Grenzmanagements und der Grenzsicherung befassen.

Der Vorsitz, das Sekretariat und die OSZE-Mission in Moldau entwickelten Einsatzpläne für einen OSZE-Grenz- und Zollbeobachtungseinsatz an der Grenze zwischen Moldau und der Ukraine. Bis Ende 2004 konnte dieser Einsatz jedoch nicht verwirklicht werden.

## Bildung

*„Bildung ist von entscheidender Bedeutung für die Befähigung des Einzelnen und von Gruppen zur Eigenständigkeit und für die Entwicklung ihrer Fähigkeit, Konflikte innerhalb und zwischen Nationen friedlich zu lösen.“*

### **Solomon Passy**

Schon zu Beginn seiner Amtszeit nahm der bulgarische Vorsitz Bildung im weitesten Sinn in seine Prioritätenliste auf. Angesichts des weltweiten Interesses an Sicherheit in der zentralasiatischen Region machte es der bulgarische Vorsitz zu einer seiner Hauptaufgaben, die Aufmerksamkeit der Teilnehmerstaaten und anderer internationaler Organisationen auf das Thema Bildung in Zentralasien zu lenken. Das wurde deshalb für wichtig erachtet, weil ein hohes Ausbildungsniveau die Stabilität und Sicherheit in dem Gebiet fördern und dem Reformprozess weitere Impulse verleihen kann.

In diesem Sinne wurde am 5. April in Taschkent eine eintägige Ministerkonferenz zum Thema „Bildung als Investition in die Zukunft“ abgehalten. Gastgeber der vom bulgarischen Vorsitz organisierten Konferenz war die usbekische Regierung. Zu der Konferenz versammelten sich die Bildungsminister der zentralasiatischen Staaten und Afghanistans sowie Institutionen und internationale Organisationen. Zu diesen zählten internationale Finanzinstitutionen, Entwicklungsagenturen und Forschungsinstitute aus der

Region und von außerhalb. Der Amtierende Vorsitzende richtete das Wort an die Konferenz.

Diese Veranstaltung diente in erster Linie dem Zweck, den Staaten der Region eine Plattform für die Darstellung des von ihnen Erreichten zu bieten, die Zusammenarbeit und Synergien mit allen Akteuren zu verstärken und eine Bestandsaufnahme laufender Unterstützungsaktivitäten seitens internationaler Organisationen vorzunehmen. Die Konferenz erarbeitete mehrere Empfehlungen, darunter zu folgenden Themen: (i) Internationalisierung der Bildungssysteme, (ii) Verwirklichung von qualitativ hoch stehender Ausbildung für alle, (iii) bessere Entlohnung der Lehrer, (iv) Verstärkung der Berufsausbildung, (v) Schulung der Mitarbeiter in den Bildungsministerien, (vi) Entwicklung eines Finanzierungsrahmens für das Unterrichtswesen auf der Grundlage mittelfristiger Zielvorgaben und der dazu erforderlichen Kosten und (vii) Entwicklung von Ideen für regionale Zusammenarbeit nach dem Beispiel der OSZE-Akademie in Bischkek.

Der bulgarische Vorsitz war auch bemüht, Synergien mit anderen bildungsrelevanten Aktivitäten der OSZE zu erreichen, da das Thema als dimensionsübergreifend anzusehen ist, und ermöglichte bildungsbezogene Aktivitäten im Rahmen

- der Feldeinsätze, insbesondere die Erstellung von Lehrplänen in Bosnien und Herzegowina, die OSZE-Akademie in Bischkek und die in lateinischer Schrift unterrichtenden Schulen in Moldau sowie das Programm „Jugend und Bildung“ der OSZE-Mission im Kosovo,
- der OSZE-Konferenzen über Antisemitismus in Berlin bzw. über Toleranz und den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in Brüssel,
- des Zusätzlichen Treffens zur menschlichen Dimension des BDIMR über Menschenrechtserziehung und -ausbildung im März,
- des 12. Wirtschaftsforums, das Empfehlungen zu Bildungs-, Kapazitätsaufbau- und Schulungsprogrammen abgab,
- der Tätigkeit des Hohen Kommissars für nationale Minderheiten und
- der Arbeit des Beauftragten für Medienfreiheit.

Darüber hinaus beauftragte der Vorsitz das Konfliktverhütungszentrum des Sekretariats, eine OSZE-weite Aufstellung aller bildungsbezogenen OSZE-Aktivitäten in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft auszuarbeiten. Diese zeigte, dass der Umfang der OSZE-Arbeit zum Thema Bildung einen weiten Bogen vom Kapazitätsaufbau für Bildungseinrichtungen bis zur Berufsausbildung spannt und auch Aufklärungsarbeit und das Eintreten für OSZE-Werte und -Verpflichtungen umfasst. Diese Ergebnisse bestätigten erneut, dass die OSZE im Bildungsbereich, soweit ein Konnex mit Konfliktverhütung gegeben ist, eine nicht unerhebliche Rolle spielt und beachtliche Investitionen tätigt.

## Ministerrat von Sofia

Die Außenminister der OSZE-Teilnehmerstaaten traten am 6. und 7. Dezember in Sofia zum 12. Ministerrat der OSZE zusammen. Die Minister verabschiedeten 19 Beschlüsse zu einer Reihe von Fragen, darunter die Bekämpfung des Terrorismus, die Eindämmung illegaler Kleinwaffen und leichter Waffen, die Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung und die Bekämpfung der Korruption. Zu den Dokumenten des Ministerrats von Sofia gehören:

- die Erklärung des Ministerrats zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus
- die Erklärung des Ministerrats zum sechzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkriegs
- die Erklärung des Ministerrats zum Berg-Karabach-Konflikt
- Beschluss Nr. 1: Verlängerung des Mandats des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten
- Beschluss Nr. 2: Ausarbeitung eines OSZE-Konzepts über Grenzsicherung und -management
- Beschluss Nr. 3: Bekämpfung der Nutzung des Internets zu terroristischen Zwecken
- Beschluss Nr. 4: Meldung verlorener/gestohlener Reisepässe an das automatisierte Fahndungssystem/die Datenbank für gestohlene Reisedokumente von Interpol
- Beschluss Nr. 5: Weitere Umsetzung des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition
- Beschluss Nr. 6: OSZE-Standardelemente von Endabnehmerzertifikaten und OSZE-Verifikationsverfahren für SALW-Ausfuhren
- Beschluss Nr. 7: OSZE-Prinzipien für die Kontrolle über Vermittlungsgeschäfte mit Kleinwaffen und leichten Waffen
- Beschluss Nr. 8: OSZE-Prinzipien für die Ausfuhrkontrolle schultergestützter Flugabwehrraketensysteme
- Beschluss Nr. 9: Erhöhung der Containersicherheit
- Beschluss Nr. 10: Verbesserung der Effizienz und Wirksamkeit des Wirtschaftsforums
- Beschluss Nr. 11: Bekämpfung der Korruption
- Beschluss Nr. 12: Toleranz und Nichtdiskriminierung
- Beschluss Nr. 13: Die besondere Schutz- und Hilfsbedürftigkeit von Kindern als Opfer von Menschenhandel
- Beschluss Nr. 14: OSZE-Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern
- Beschluss Nr. 15: Die Rolle des Generalsekretärs der OSZE
- Beschluss Nr. 16: Schaffung eines Weisenrats zur Stärkung der Wirksamkeit der OSZE
- Beschluss Nr. 17: Die OSZE und ihre Kooperationspartner
- Beschluss Nr. 18: OSZE-Vorsitz im Jahr 2007
- Beschluss Nr. 19: Datum und Ort des nächsten Treffens des Ministerrats der OSZE

## Die politisch-militärische Dimension

Das Forum für Sicherheitskooperation  
Der bulgarische Vorsitz begrüßte die Bemühungen der OSZE zur Förderung der Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen. Die Umsetzung des 2000 verabschiedeten Dokuments über Kleinwaffen und leichte Waffen (SALW) nahm 2004 einen prominenten Platz auf der Tagesordnung des FSK ein. Die Entschlossenheit des FSK, die Gefahr der Umlenkung schultergestützter Luftabwehrraketensysteme (MANPADS) auf illegale Märkte zu verringern, führte im Mai zur Verabschiedung eines Beschlusses über OSZE-Prinzipien für die Ausfuhrkontrolle von MANPADS. Des Weiteren wurde unmittelbar vor dem Ministerrat in Sofia ein Beschluss über OSZE-Prinzipien für die Kontrolle über Vermittlungsgeschäfte mit Kleinwaffen und leichten Waffen verabschiedet. Ziel dieses Beschlusses war eine verbesserte Kontrolle von Waffenvermittlungsgeschäften, um so die Gefahr der Umlenkung dieser Waffen auf illegale Märkte und in die Hände von Terroristen und anderer krimineller Gruppen möglichst gering zu halten. Das FSK anerkannte die Notwendigkeit strengerer Ausfuhrkontrollen für diese Waffen, um ihre destabilisierende Anhäufung und unkontrollierte Verbreitung zu verhindern. Daraus resultierten zwei Beschlüsse über Verifikationsverfahren für SALW-Ausfuhren bzw. über Standardelemente von Endabnehmerzertifikaten. Alle diese Beschlüsse wurden vom Ministerrat in Sofia bestätigt.

Der Vorsitz verwies auch auf die Gefahren und Herausforderungen für die Sicherheit von Mensch und Umwelt, die von vorhandenen Lagerbeständen konventioneller Munition ausgehen. Der Vorsitz begrüßte die von den Teilnehmerstaaten vereinbarten Prinzipien und Verfahren und die bereits getroffenen Maßnahmen zur Umsetzung des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition. Daher beauftragte der Ministerrat in Sofia das FSK, dem nächsten Ministerrat 2005 einen Bericht über den Stand der Umsetzung des Lagerbestände-Dokuments vorzulegen.

Der bulgarische Vorsitz ist der festen Überzeugung, dass die Umsetzung der Dokumente über Kleinwaffen und leichte Waffen sowie über Lagerbestände konventioneller Munition die Sicherheit im OSZE-Raum stärken wird. Bei der OSZE gingen bereits mehrere Hilfersuchen von Teilnehmerstaaten ein. Zwei Staaten ließen ihre Bereitschaft erkennen, operative Hilfe bei der Zerstörung solcher Waffen in Anspruch zu nehmen, und vier Staaten ersuchten um Hilfestellung bei der Zerstörung überschüssiger Munition. Für diese Maßnahmen werden beträchtliche finanzielle Mittel erforderlich sein. Der Vorsitz legte den Teilnehmerstaaten nahe, sich weiter diesem Thema zu widmen.

### *Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz*

Der Vorsitz begrüßte die Ergebnisse der zweiten Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz, die mit Unterstützung des Sekretariats für den 23. und 24. Juni nach Wien einberufen wurde. Die Veranstaltung prüfte die im vorangegangenen Jahr im Sicherheitsbereich

unternommenen Aktivitäten und diente dem Zweck, den Informationsaustausch zu wichtigen Sicherheitsfragen zu verbessern und für das kommende Jahr Strategien zu erstellen und Prioritäten zu setzen. Die Konferenz fand in Form von vier Sitzungen statt. An den Diskussionen nahmen Vertreter aller 55 Teilnehmerstaaten und weitere Vertreter aus den Hauptstädten, sowie alle zehn OSZE-Kooperationspartner und mehrere wichtige internationale Partner der OSZE teil. Einen besonderen Schwerpunkt bildeten Antiterror-Initiativen, Fragen der Grenzsicherung, herkömmliche politisch-militärische Aktivitäten und zukünftige Vorhaben, wobei besonders auf die OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert und die Notwendigkeit ihrer praktischen Umsetzung eingegangen wurde.

## Die Wirtschafts- und Umweltdimension

Die Agenda 2004 in der Wirtschafts- und Umweltdimension wurde zum größten Teil vom OSZE-Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension bestimmt. Das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE (OCEEA) unternahm unter Anleitung des Unterausschusses des Ständigen Rates für Wirtschaft und Umwelt diverse Aktivitäten, die der Umsetzung des Dokuments in den Bereichen wirtschaftliche Zusammenarbeit, Good Governance, Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU), Bekämpfung des illegalen Handels, Erschließung des Arbeitskräftepotenzials und nachhaltige Entwicklung dienten.

Die Verbesserung der Leistungen der OSZE in den Bereichen Frühwarnung und Umsetzung bestehender Verpflichtungen bildete einen besonderen Schwerpunkt. Zu diesem Zweck wurde auf dem Ministerratstreffen in Sofia eine Kooperationsvereinbarung zwischen der OSZE und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa unterzeichnet.

Das 12. Wirtschaftsforum fand vom 31. Mai bis 4. Juni in Prag zum Thema „Neue Herausforderungen beim Aufbau institutioneller und menschlicher Kapazitäten für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit“ statt. Der Amtierende Vorsitzende schlug vor, die Treffen des Wirtschaftsforums künftig in anderer Form und in anderen Teilen des OSZE-Gebiets abzuhalten. Der Ministerrat in Sofia verabschiedete einen Beschluss über die Verbesserung der Effizienz und Wirksamkeit des Wirtschaftsforums, und Tadschikistan und Turkmenistan luden die OSZE ein, künftige Treffen des Wirtschaftsforums in ihren Ländern abzuhalten.

Das OCEEA evaluierte die Empfehlungen des 12. OSZE-Wirtschaftsforums und schlug konkrete Folgemaßnahmen in den Bereichen KMU-Entwicklung, Investitionen, Erschließung des Arbeitskräftepotenzials, wirtschaftliche Integration und Korruptionsbekämpfung vor. Der Ministerrat von Sofia verabschiedete einen Beschluss über Korruptionsbekämpfung.

## Die menschliche Dimension

In der menschlichen Dimension verfolgte der Vorsitz Aktivitäten auf mehreren Ebenen. Einerseits bediente er sich der regelmäßigen OSZE-Treffen zur menschlichen Dimension. Es sind dies das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension, das Seminar zur menschlichen Dimension und die drei zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension (SHDM). Weitere Aktivitäten ergaben sich aus Beschlüssen des Ministerrats von Maastricht 2003, darunter die Konferenzen über Antisemitismus bzw. über Toleranz und den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, die Tagung über die Zusammenhänge zwischen rassistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Propaganda im Internet und Hassdelikten und die Arbeit am Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern.

Die drei gemeinsam mit dem BDIMR in Wien veranstalteten SHDM waren den Themen Menschenrechtserziehung und -ausbildung, Wahlstandards und -verpflichtungen bzw. Binnenvertriebene gewidmet.

Das erste dieser Treffen fand am 25. und 26. März statt. Das gewählte Thema, „Menschenrechtserziehung und -ausbildung“, sollte allen interessierten Parteien, auch internationalen Organisationen und NROs, Gelegenheit zur Konsolidierung laufender Bemühungen zur Förderung der Menschenrechtserziehung und -ausbildung in der OSZE-Region geben. Die Teilnehmer tauschten Informationen über bewährte Methoden aus, erörterten Themen wie formale Menschenrechtserziehung, deren Aufnahme in Lehrpläne und in die Ausbildung für öffentliche Bedienstete und informelle Menschenrechtserziehung. Es wurden nützliche Empfehlungen über Möglichkeiten zur Verbesserung der Qualität der Menschenrechtserziehung und -ausbildung geprüft.

Das zweite SHDM am 15. und 16. Juli war dem Thema „Wahlstandards und -verpflichtungen“ gewidmet und bot ein Forum für die Erörterung der Umsetzung bestehender OSZE-Verpflichtungen im Zusammenhang mit demokratischen Wahlen sowie von Maßnahmen im Anschluss an Empfehlungen des BDIMR. Mehrere OSZE-Delegationen betonten, dass die Teilnehmerstaaten über die bestehenden Verpflichtungen hinaus die Möglichkeit zusätzlicher Verpflichtungen ins Auge fassen sollten. Das Treffen unterstrich die Notwendigkeit, sich mit neuen Herausforderungen wie elektronischen Wahlverfahren, der rückläufigen Tendenz der Wahlbeteiligung, Neuwahlen nach Amtsenthebungen und Referenden auseinander zu setzen.

Das dritte SHDM am 4. und 5. November befasste sich mit der Lage der Binnenvertriebenen. Es diente in erster Linie der Erörterung praktischer Möglichkeiten, wie die OSZE-Institutionen und -Teilnehmerstaaten im Bedarfsfall vorgehen können, um die Not der Binnenvertriebenen im OSZE-Gebiet zu lindern. Auf dem Treffen wurde allgemein über die Verantwortung des Staates gegenüber Binnenvertriebenen sowie deren Grundrechte und Grundfreiheiten diskutiert, detaillierter befasste man sich mit dauerhaften Lösungen einschließlich Rückkehr, Neuansiedlung,

Wiedereingliederung und Eigentumsrückgabe. Die Teilnehmer forderten die Teilnehmerstaaten auf, ausführliche Rechtsvorschriften und politische Maßnahmen zum Schutz von Binnenvertriebenen auszuarbeiten.

Wie im OSZE-Aktionsplan für Genderfragen vorgesehen, arbeiteten die Teilnehmerstaaten der Organisation einen Aktionsplan zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern aus, der die Prioritäten der OSZE zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern in der Organisation und in allen Teilnehmerstaaten festlegen und die laufende Kontrolle seiner Umsetzung sicherstellen wird. Der Aktionsplan wurde vom Ministerrat in Sofia gebilligt.

Das jährliche Seminar zur menschlichen Dimension vom 12. bis 14. Mai in Warschau galt dem Thema „Demokratische Institutionen und demokratische Staatsführung“. Das Treffen bildete den Rahmen für eine neuerliche Debatte über den aktuellen Zustand und die Zukunft demokratischer Institutionen und demokratischer Staatsführung. Bei dem Seminar wurde die dringende Notwendigkeit betont, ein besseres Verständnis für die Funktionsweise demokratischer Prozesse zu fördern. Ferner wurde die Notwendigkeit unterstrichen, eine Kultur der gegenseitigen Achtung zu entwickeln und sich aktiv für die Ausarbeitung wirksamer Mechanismen für das Zusammenwirken zwischen den Bürgern und den staatlichen Behörden einzusetzen, die niemanden ausschließen.

Wie in Beschluss Nr. 4 des Ministerrats von Maastricht über Toleranz und Nichtdiskriminierung gefordert, setzte der bulgarische Vorsitz die 2003 begonnene wichtige Arbeit fort. Gemeinsam mit Deutschland und Belgien veranstaltete er zwei bedeutende Konferenzen zu diesen Fragen. Die erste fand am 28. und 29. April in Berlin zum Thema Antisemitismus statt, die zweite am 13. und 14. September in Brüssel über Toleranz und den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Beide Konferenzen bekräftigten die Entschlossenheit der OSZE-Staaten zur Zusammenarbeit im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Diskriminierung und Antisemitismus. Ferner übertrug der Ständige Rat dem BDIMR in zwei Beschlüssen zusätzliche Aufgaben zur Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung. Die Konferenzen machten deutlich, dass das BDIMR eine Schlüsselrolle als zentrale Sammelstelle für Informationen spielt, und forderten die Teilnehmerstaaten, NROs und andere nachdrücklich zu einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Büro auf. Die „Berliner Erklärung“ und die „Brüsseler Erklärung“ des Amtierenden Vorsitzenden bringen den Geist der beiden Konferenzen zum Ausdruck.

Auf nachdrücklichen Wunsch des Ministerrats von Maastricht organisierte der Vorsitz gemeinsam mit Frankreich eine Sondertagung über die Zusammenhänge zwischen rassistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Propaganda im Internet und Hassdelikten. Die Tagung am 16. und 17. Juni in Paris bekräftigte die Bedeutung der uneingeschränkten Achtung des Rechts auf Informationsfreiheit und freie Meinungsäußerung, erinnerte an die Verpflichtung zur Bekämpfung von Hassdelikten und betonte die

Notwendigkeit, Toleranz, gegenseitige Achtung, Dialog und Verständigung unter anderem über die Medien und das Internet zu fördern.

Das Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension fand vom 4. bis 15. Oktober in Warschau statt. Die erste Woche war einer umfassenden Überprüfung aller OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension gewidmet. Es wurden drei Spezialthemen diskutiert: die Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung, die Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und die gegenseitige Ergänzung und Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen bei der Förderung der Menschenrechte. An einem Tag, der der Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit gewidmet war, stellten die Teilnehmer fest, dass sich die OSZE auch in Zukunft für den Schutz von Menschenrechtsverfechtern einsetzen müsse. Weitere Empfehlungen betrafen die Fortsetzung des politischen Dialogs mit den Teilnehmerstaaten, die Fortbildung von Regierungsbeamten, Änderungen in der Verwaltungspraxis und die verstärkte Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen bei der Förderung der Menschenrechte.

Am 10. März ernannte der Amtierende Vorsitzende nach Ablauf einer Einspruchsfrist Miklós Haraszti (Ungarn) zum OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit.

Im Einklang mit Beschluss Nr. 2 des Ministerrats von Maastricht über die Bekämpfung des Menschenhandels bestellte der Amtierende Vorsitzende Helga Konrad (Österreich) für einen Zeitraum von zwei Jahren ab Mai 2004 zu seiner Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Menschenhandels.

Als Teil des umfassenden Einsatzes der OSZE zur Bekämpfung von Diskriminierung und zur Förderung von Toleranz bestellte der Amtierende Vorsitzende am 22. Dezember drei Persönliche Beauftragte: Anastasia Crickley (Irland) als Persönliche Beauftragte für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung, die sich auch mit Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen und Angehörigen anderer Religionen zu beschäftigen haben wird, Gert Weisskirchen (Deutschland) als Persönlichen Beauftragten für die Bekämpfung von Antisemitismus, und Botschafter Ömur Orhun (Türkei) als Persönlichen Beauftragten für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Moslems.

## Der Kampf gegen Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung

Die OSZE-Aktivitäten im Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und andere Formen von Intoleranz wurden 2004 verstärkt. Im Verlauf des Jahres fanden drei internationale Großveranstaltungen zu diesen Fragen statt, worauf der Amtierende Vorsitzende drei Persönliche Beauftragte ernannte, deren Aufgabe es sein wird, in der OSZE-Region für mehr Toleranz zu werben und gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung aufzutreten. Die Außenminister verabschiedeten auf dem Ministerratstreffen von Sofia im Dezember einen nachdrücklich formulierten Beschluss über Toleranz und Nichtdiskriminierung, der ein weiterer Beweis dafür ist, für wie wichtig die Organisation diese Frage hält.

### **Von Worten zu Taten: Die Berliner**

#### **Antisemitismuskonferenz**

Auf Einladung des deutschen Außenministers Joschka Fischer kamen im April über 500 Delegierte aus den OSZE-Staaten und ihren zehn Partnerländern in Berlin zur zweiten Antisemitismuskonferenz der OSZE zusammen. Das Treffen, an dem zahlreiche Minister, hochrangige Politiker und bekannte Persönlichkeiten teilnahmen, erregte großes internationales Medieninteresse. Der deutsche Bundespräsident Johannes Rau eröffnete die Konferenz und erklärte, die OSZE sei die erste Sicherheitsorganisation, die die Zusammenhänge zwischen internationaler Sicherheit und Menschenrechten erkannt habe.

Diskussionsthemen waren im Wesentlichen die jeweilige Rolle der Regierung, der Zivilgesellschaft, des Bildungswesens und der Medien bei der Bekämpfung des Antisemitismus und der Förderung von Toleranz. Der Amtierende Vorsitzende beendete die zweitägige Konferenz im Namen der Delegierten mit der so genannten „Berliner Erklärung“, in der Antisemitismus in jeder Form verurteilt und den OSZE-Teilnehmerstaaten die

Verpflichtung auferlegt wurde, konkrete praktische Gegenmaßnahmen in diesem Bereich zu ergreifen, unter anderem durch die Weitergabe von Informationen und Statistiken über antisemitische und andere Hassdelikte an das BDIMR. Dieses wurde beauftragt, über diese Informationen zu berichten und sie zu verbreiten und antisemitische Vorfälle im OSZE-Gebiet genau zu verfolgen.

Die Bedeutung dieser internationalen Großkonferenz wurde von vielen der Hauptredner unterstrichen. So erklärte etwa der Amtierende Vorsitzende der OSZE, der bulgarische Außenminister Solomon Passy: „Ich meine, dass unsere Konferenz in den vergangenen zwei Tagen wesentlich dazu beigetragen hat, unserer kollektiven Reaktion auf Antisemitismus mehr Glaubwürdigkeit zu verleihen.“ Er verwies auch ausdrücklich auf die unverzichtbare Rolle der Bildung im Kampf gegen Antisemitismus und Hassdelikte: „Vorurteile werden in der Kindheit erlernt. Große Bedeutung hat daher die Förderung von Erziehungsprogrammen gegen Antisemitismus, die Information über den Holocaust und die Erziehung zur Achtung gegenüber allen ethnischen und religiösen Gruppen.“

Am Ende der Berliner Konferenz stand ein berührender Moment: Als Zeichen der Anerkennung für den europäisch-jüdischen Dialog übergab Minister Passy dem deutschen Außenminister Joschka Fischer den gelben Stern, den sein Großvater im Zweiten Weltkrieg als Jude in Bulgarien getragen hatte.

Passy übergab Fischer den kleinen gelben Stern und sagte: „Mein Großvater pflegte zu sagen, dass die Zeit kommen würde, in der wir und die Deutschen wieder Verbündete sind, und er meinte: ‚Dann werden wir den gelben Stern den Deutschen zurückgeben.‘ Ich bin glücklich, dass ich nun das Vermächtnis meines Großvaters erfüllen und den von ihm getragenen Stern zurückgeben kann.“

### **Die Tagung in Paris: Rassistische Propaganda, Hassdelikte und das Internet**

Im Juni wurde bei einer Tagung in Paris die laufende Debatte zur Intoleranz auf das modernste globale Kommunikationsmittel, das Internet, erweitert. Zwei Tage lang erörterten hochrangige Beamte aus den OSZE-Staaten und Fachleute aus der Internet-Industrie sowie NRO-Experten, ob das verstärkte Auftreten von Hassdelikten in OSZE-Ländern mit der zu beobachtenden ständigen Zunahme von rassistischen und antisemitischen Inhalten im Internet in Verbindung stehen könnte.

Bei der Veranstaltung kamen die verschiedenen Ansichten der Teilnehmerstaaten und NROs zur Sprache. Mehrere Länder forderten die OSZE auf, Maßnahmen gegen derartige Internet-Inhalte zu ergreifen und Internet-Provider für ihre Seiten verantwortlich zu machen. Andere warnten davor, die Vielfalt des Internet als modernes Informationsinstrument zu beschränken, und betonten die Rolle der Selbstbeschränkung, erzieherischer Maßnahmen und bewährter Praktiken. Als Reaktion auf die Tagung verabschiedete der Ständige Rat der OSZE den Beschluss Nr. 633 über die Förderung von Toleranz und Medienfreiheit im Internet, der die Teilnehmerstaaten der OSZE verpflichtet, konkrete Schritte gegen Hassdelikte zu unternehmen, zu denen rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Propaganda im Internet anstiften kann.

### **„Der Weg ist klar vorgezeichnet“: Die Brüsseler Konferenz über Toleranz und den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung**

Die Konferenzreihe ging im September mit einer Veranstaltung in Brüssel zu Ende, bei der rund 700 Regierungsvertreter, unter ihnen viele Minister, Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und führende Vertreter der Zivilgesellschaft, Schritte erörterten, die am besten geeignet sind, Toleranz zu fördern und wirksame

Maßnahmen gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit im OSZE-Raum durchzusetzen.

Prinz Hassan von Jordanien forderte die Teilnehmer in seiner Grundsatzrede eindringlich auf, andere nicht nur zu dulden, sondern zu respektieren. Er bezeichnete das weltweite Bekenntnis zur Vielfalt und die Wichtigkeit gemeinsamer Werte als Mittel zur Bekämpfung von Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Der Amtierende Vorsitzende schloss die Konferenz im Namen der Teilnehmerstaaten mit der so genannten „Brüsseler Erklärung“, in der unter anderem alle Formen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus und sonstige Akte der Intoleranz, auch gegen Moslems, ebenso vorbehaltlos verurteilt werden wie jede Organisation und Person, die diesen Hass schürt oder solchen Handlungen Vorschub leistet, und nachdrücklich strukturierte

Anschlussmaßnahmen gefordert werden, um sicherzustellen, dass die Verpflichtungen in Bezug auf Toleranz und Nichtdiskriminierung umgesetzt werden. Die Erklärung verpflichtete die Teilnehmerstaaten außerdem, einen offenen und transparenten interkonnektionellen und interkulturellen Dialog zu ermöglichen und zu fördern und zu überlegen, Schulungsprogramme für Strafverfolgungs- und Justizbeamte über die Rechtslage und die Rechtsdurchsetzung im Zusammenhang mit Hassdelikten einzurichten.

„Der Weg ist nun klar vorgezeichnet,“ erklärte Minister Passy am Ende der Konferenz. „Nun muss gehandelt werden, und die OSZE ist entschlossen, das Heft in die Hand zu nehmen.“

#### ***Drei neue Persönliche Beauftragte***

Ein weiterer wichtiger Schritt wurde im Dezember gesetzt, als der Amtierende Vorsitzende drei

wichtige Ernennungen vornahm, um das Engagement für Nichtdiskriminierung und Toleranz zu verstärken: Anastasia Crickley, die Vorsitzende der Europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit, wurde zur Persönlichen Beauftragten für die Bekämpfung von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung ernannt und wird sich auch mit Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Christen und Angehörigen anderer Religionen befassen; Gert Weisskirchen, Fachhochschulprofessor und Mitglied des deutschen Bundestags, wurde Persönlicher Beauftragter für die Bekämpfung des Antisemitismus; Botschafter Ömür Orhun, von 2000 bis 2004 Leiter der türkischen Delegation bei der OSZE, wurde zum Persönlichen Beauftragten für die Bekämpfung von Intoleranz und Diskriminierung gegenüber Moslems bestellt (siehe auch Bericht des Amtierenden Vorsitzenden).

## Die operative Fähigkeit der OSZE

### *Die OSZE-Troika*

Die OSZE-Troika, der jene Länder angehören, die den jeweiligen Amtierenden Vorsitzenden, dessen Vorgänger und designierten Nachfolger stellen, erwies sich wieder als ein wichtiges Instrument für koordiniertes Handeln und die Halbjahresplanung. Sie trat 2004 im Januar und Juli auf Außenministerebene zusammen, wobei auch der Generalsekretär, die Leiter der Institutionen und der Präsident der Parlamentarischen Versammlung einbezogen wurden.

### *Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE*

Der Vorsitz setzte seine enge Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, unter anderem über den Sonderbeauftragten der Versammlung in Wien, fort.

Der Amtierende Vorsitzende hielt auf der Wintertagung der Versammlung am 19. Februar in Wien eine Rede, in der er auf die Notwendigkeit einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der Parlamentarischen Versammlung und anderen OSZE-Institutionen und -Gremien hinwies.

Er meldete sich auch auf der 13. Jahrestagung der Versammlung am 5. Juli in Edinburgh zu Wort, die sich mit dem Thema „Zusammenarbeit und Partnerschaft bei der Bewältigung neuer Bedrohungen der Sicherheit“ auseinandersetzte. Er bezeichnete das gewählte Thema als sehr zeitgemäß und unterstrich die Rolle der Parlamentarischen Versammlung als einer für die Förderung der Werte der OSZE wichtigen Institution. Er erläuterte sodann einige Vorstellungen, wie die Organisation umgebaut werden könnte, um ihre Effizienz weiter zu erhöhen, unter Wahrung ihrer Fähigkeit, den Sicherheitsprioritäten unserer Zeit gerecht zu werden. Diese Empfehlungen und Vorstellungen fanden die Zustimmung der Parlamentarier und wurden in eine Entschließung der Parlamentarischen Versammlung aufgenommen.

## Finanzielle Fragen

In Fortführung der Aktivitäten der Arbeitsgruppe „OSZE-Beitragsschlüssel“ des informellen Finanzausschusses 2003 war der bulgarische Vorsitz bemüht, eine rasche Entscheidung in dieser Angelegenheit herbeizuführen. Dabei orientierte er sich auch an den beiden einschlägigen Beschlüssen des Ständigen Rates zu dieser Frage aus den Jahren 2001 (Nr. 408) und 2002 (Nr. 468). Im Verlauf der Verhandlungen wurde systematisch versucht, durch Konsultationen in verschiedenen Gremien Meinungsverschiedenheiten zu überwinden, einen annehmbaren Kompromiss herbeizuführen und sich dem Kriterium der „Zahlungsfähigkeit“ anzunähern. Von Anfang an wurde offen ausgesprochen, dass ein Konsens über die Beitragsschlüssel nur dann möglich sein würde, wenn alle Teilnehmerstaaten Kreativität, Realitätssinn und den entsprechenden politischen Willen zum Konsens an den Tag legen.

Nach der Ausgabe mehrerer Dokumente zu dieser Frage, so genannter *Chair's Guesses*, legte der Vorsitz im Dezember einen endgültigen Vorschlag für die beiden Beitragsschlüssel vor, der auf den wesentlichen Kriterien der PC-Beschlüsse Nr. 408 und Nr. 468 beruhte und die von der Arbeitsgruppe 2003 entwickelten Methoden berücksichtigte. Der Vorschlag des Vorsitzes vermied große Erhöhungen und Verringerungen der Beitragszahlungen, was durch eine Begrenzung der Schwankungsbreite erreicht wurde. Praktisch verweigerte sich nur ein Teilnehmerstaat dem Konsens zu diesem Vorschlag.

## Regionale Fragen

Zu den Prioritäten des bulgarischen OSZE-Vorsitzes im Jahr 2004 zählten die Unterstützung des Demokratisierungsprozesses in Georgien, die Wiederbelebung des Dialogprozesses in Moldau und die Fortführung einer effizienten Zusammenarbeit mit allen Staaten, in denen die OSZE Feldaktivitäten unterhält. Im Verlauf des Jahres musste der Vorsitz rasch auf Entwicklungen in Adscharien und Südossetien (Georgien), das Wiederaufflammen der Gewalt im Kosovo und Massenkundgebungen in der Ukraine nach den Präsidentenwahlen reagieren.

## KAUKASUS

### *Südkaukasus*

Die Förderung einer friedlichen Beilegung bestehender Konflikte und die Verhinderung neuer Konflikte in der Region zählte zu den Hauptanliegen des Vorsitzes im Südkaukasus.

**Georgien** erlebte 2004 einen bedeutenden politischen Umbruch, der die OSZE im Land vor besondere Herausforderungen stellte und auch erhöhte Aufmerksamkeit seitens des Vorsitzes der Organisation verlangte.

Als Folge der von den Teilnehmerstaaten auf dem OSZE-Ministerrat in Maastricht im Dezember 2003 zugesagten Unterstützung richtete die Mission in Georgien das Wahlunterstützungsprogramm für Georgien ein, das dem Land bei der Durchführung der außerordentlichen Präsidenten- und Parlamentswahlen am 4. Januar und 28. März 2004 Hilfestellung leisten sollte.

In der Adscharienkrise bezog der Vorsitz eine aktive Position. So begab sich der Amtierende Vorsitzende auf dem Höhepunkt der Krise Mitte März nach Poti, um für eine friedliche Lösung der Krise zu werben. Er führte Gespräche mit Georgiens Präsident Micheil Saakaschwili und Premierminister Surab Schwania und sprach in einer Telefonkonferenz mit dem damaligen Führer der Autonomen Republik Adscharien, Aslan Abaschidse. Der Vorsitz unterstützte auch die verstärkten Aktivitäten der OSZE-Mission in Adscharien, insbesondere im Zusammenhang mit der Entwicklung freier lokaler Medien und Menschenrechtsorganisationen.

Im Sommer flammte im Gebiet des georgisch-ossetischen Konflikts die Gewalt erneut auf. Die OSZE appellierte wiederholt an Tiflis und Zchinwali, die

Feindseligkeiten einzustellen und sich um eine friedliche Lösung des Konflikts zu bemühen. Der Amtierende Vorsitzende erörterte die Lage mit Präsident Saakaschwili, Premierminister Schwania und dem süd-ossetischen Führer Eduard Kokoity. Er führte auch Gespräche mit dem russischen Außenminister Sergei Lawrow und US-Außenminister Colin Powell über Fragen im Zusammenhang mit der Beilegung des georgisch-ossetischen Konflikts. Zur Unterstützung der laufenden OSZE-Bemühungen um einen Abbau der Spannungen begab sich der Sondergesandte des Amtierenden Vorsitzenden, der ehemalige Präsident Bulgariens, Schelju Schelew, vom 25. bis 28. Juli nach Georgien, wo er Gespräche mit Vertretern beider Seiten führte und sie nachdrücklich zu größtmöglicher Zurückhaltung und zur Umsetzung der im Rahmen des Konfliktbeilegungsprozesses eingegangenen Verpflichtungen aufforderte.

Die ganze Krise hindurch hielt die OSZE die Entwicklungen vor Ort unter aktiver Beobachtung und war um einen Abbau der Spannungen bemüht. Am 6. August beschloss der Ständige Rat, den Mitarbeiterstab der Mission durch zwei Beobachter zu verstärken. Nachdem am 13. August eine Feuereinstellung vereinbart worden war, begab sich eine zwanzigköpfige Gruppe bestehend aus Leitern und Mitgliedern von OSZE-Delegationen vom 5. bis 9. September in

Begleitung eines Vertreters des Amtierenden Vorsitzenden nach Georgien, um sich ein Bild von der Lage im Land und insbesondere von den Entwicklungen im georgisch-ossetischen Konflikt zu machen.

Die OSZE bemühte sich nachdrücklich um die Wiederaufnahme des Dialogs auf höchster Ebene zwischen der Führung Georgiens und Südossetiens und begrüßte diese. Am 5. November fand ein Treffen zwischen Premierminister Schwania und dem süd-ossetischen Führer Kokoity statt, bei dem Übereinstimmung in einigen Fragen erzielt werden konnte, unter anderem über die schrittweise Entmilitarisierung des Konfliktgebiets und die Notwendigkeit, die wirtschaftliche Entwicklung zu unterstützen und den freien Personen- und Güterverkehr in dem Gebiet sicherzustellen. Ausgehend von diesen Entwicklungen machte der Vorsitz das Angebot, in Sofia ein hochrangiges Treffen zur Ermittlung möglicher Konfliktlösungen auszurichten. Der Vorsitz stellte mit Befriedigung fest, dass die Parteien die positive Rolle der OSZE im Konfliktbeilegungsprozess anerkannten, etwa auch die durch sie erfolgte Finanzierung des Abbaus militärischer Befestigungsanlagen, ihre Unterstützung für die Einrichtung eines Sekretariats der Gemeinsamen Friedenstruppen und ihre aktive Rolle bei der Durchführung vertrauensbildender Projekte und beim Wiederaufbau der Basisinfrastruktur im Konfliktgebiet.

## Beobachtung der Novemberwahlen in den Vereinigten Staaten

Am 2. November wählten die Bürger der Vereinigten Staaten einen neuen Präsidenten – ein Urnengang, der erstmals von OSZE-Beobachtern überwacht wurde. Wie bei OSZE-Wahlbeobachtungsmissionen üblich, traf ein Team von Wahlexperten mehrere Wochen vor dem Wahltag in Washington, D.C., ein, um sich ein Bild vom Wahlkampf im Vorfeld der Wahlen zu machen. Einige Tage vor dem Urnengang schloss sich ihnen eine Gruppe von 70 Kurzzeitbeobachtern an, die in insgesamt 11 US-Bundesstaaten Stellung bezogen: Florida, Illinois, Kalifornien, Maryland, Minnesota, Nevada, New Jersey, New Mexico, North Carolina, Ohio und Virginia.

Die meisten Kurzzeitbeobachter waren Mitglieder der Parlamentarischen Versammlung der OSZE. Die Vizepräsidentin der Versammlung, Barbara Haering, wurde vom Amtierenden Vorsitzenden zur Leiterin der OSZE-Kurzzeit-Wahlbeobachtungsmission bestimmt. Die 10 BDIMR-Wahlexperten, die die Langzeit-Beobachtungsmission vertraten, standen unter der Leitung von Professor Rita Süssmuth aus Deutschland.

*„Die Wahlbeobachtungsmission stärkte die Glaubwürdigkeit nicht nur der OSZE, sondern auch die der Vereinigten Staaten als Teilnehmerstaat der OSZE. Es ist*

*wichtig zu zeigen, dass die OSZE bei der Beobachtung und Überwachung von Wahlen im OSZE-Raum keine unterschiedlichen Maßstäbe anlegt.“*  
**Barbara Haering, Leiterin der Kurzzeit-Wahlbeobachtungsmission**

Im Mittelpunkt der Arbeit der OSZE-Wahlbeobachtungsteams in den USA standen Fragen der Wahlrechtsreform. 2002 verabschiedete der US-Kongress den so genannten *Help America Vote Act* (HAVA), ein Gesetz, das weitere Reformen am Wahlsystem vorsieht. Es legt erstmals landesweite Regeln und Vorschriften für die Wahlverfahren fest, die nationale Mindeststandards für die Abhaltung von Wahlen vorschreiben, und sieht überdies die Bereitstellung von Bundesmitteln zur Modernisierung der Wahlmaschinen vor.

Die OSZE-Beobachter beschäftigten sich näher mit der Umsetzung des HAVA und achteten vor allem auf die elektronischen Wahlmaschinen, deren Einführung in den USA sowie in anderen Teilen der Welt sehr umstritten war. Die groß angelegte Einführung von Wahlmaschinen, die wie Geldausgabeautomaten zu bedienen sind, gab erneut Anlass zu Kritik, da keinerlei schriftlicher Beleg zurückbleibt und der Manipulation Tür und Tor geöffnet ist.

*„Es war dies eine ausgezeichnete Gelegenheit, um demokratische Praktiken und Know-how auszutauschen und einen Einblick in das Grundkonzept zu gewinnen, nach dem in den USA Wahlen abgehalten werden.“*

**Rita Süssmuth, Leiterin der Langzeit-Beobachtungsmission**

Einigen Beobachtern wurde zwar der Zutritt zu Wahllokalen unter Berufung auf verschiedene örtliche Vorschriften untersagt, doch verlief die Wahlüberwachung größtenteils reibungslos. Am 4. November gaben Haering und Süssmuth eine vorläufige Erklärung über die Wahlen ab.

Darin wurde festgestellt, dass die Wahlen in einem Umfeld stattgefunden hätten, das von einer langen demokratischen Tradition zeugt, ausgestattet mit rechtsstaatlichen Institutionen, freien und fachlich kompetenten Medien und einer aktiven Zivilgesellschaft, die in alle Aspekte des Wahlvorgangs eingebunden ist. HAVA sei eher als Prozess, nicht als ein endgültiger gesetzgeberischer Schritt anzusehen. Gleichzeitig wurden in dem Bericht landesweite Regeln für die Wählereintragung und klarere Verfahren für den Umgang mit provisorischen Stimmzetteln und ungeklärter Identität sowie für die Stimmabgabe von Militärangehörigen und in Übersee gefordert.

In Bezug auf den georgisch-abchasischen Konflikt setzte die OSZE ihre Unterstützung für die Bemühungen der Vereinten Nationen um eine umfassende Regelung fort und verfolgte aufmerksam die Entwicklungen in der Region. Der Vorsitz hofft auf eine baldige Wiederaufnahme der Verhandlungen, sobald eine Entscheidung über die künftige politische Führung Abchasiens getroffen ist. Der Vorsitz unterstützt die Zusammenarbeit der OSZE mit der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien in Hinblick auf die Eröffnung einer Außenstelle des Menschenrechtsbüros der Vereinten Nationen in Abchasien in Gali.

Der Grenzübergangseinsatz der OSZE in Georgien spielte eine wichtige Rolle für die Vertrauensbildung und trug damit zur Förderung der Sicherheit an den georgisch-russischen Grenzabschnitten zu Inguschetien, Tschetschenien und Dagestan bei. Ende 2004 wurde das Mandat des Einsatzes jedoch mangels Konsens unter den Teilnehmerstaaten nicht verlängert.

*„Mit dem praktischen, pragmatischen Ansatz, der für unsere Organisation so charakteristisch ist, haben wir unsere Anstrengungen auf konkrete Bereiche konzentriert, in denen wir spürbar etwas bewirken können.“*

**Solomon Passy**

Die OSZE setzte ihre Unterstützung für den Wahl- und Verfassungsreformprozess in **Armenien** fort und konzentrierte sich dabei auf die Reform der Wahlordnung und auf Verfassungsnovellen. Darüber hinaus förderte sie in Armenien wie schon bisher die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen in allen drei Dimensionen und widmete besonderes Augenmerk der Korruptionsbekämpfung, Medienfreiheit, Bekämpfung des Menschenhandels, Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus, Reform der Strafanstalten und polizeilichen Hilfe sowie Wirtschafts- und Umweltaktivitäten. Auch die Vorarbeiten für die Durchführung des Polizeiunterstützungsprogramms und des Projekts zur Beseitigung von Raketentreibstoffkomponenten (*Mélange*), einer typischen dimensionsübergreifenden Aktivität der OSZE, bildeten einen Schwerpunkt in der Tätigkeit der OSZE in diesem Land.

Der Vorsitz beobachtete aufmerksam die Entwicklungen rund um die Protestkundgebungen der Opposition im April in Eriwan. Die OSZE übte scharfe Kritik an den Übergriffen gegen Anhänger der Opposition und Journalisten im Verlauf dieser Demonstrationen. Sie mahnte immer wieder zum Dialog zwischen den Behörden und der Opposition und zur Beteiligung aller Fraktionen am Gesetzgebungsprozess im Parlament.

In **Aserbaidschan** förderte die OSZE wie zuvor die Umsetzung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen in allen Dimensionen, unter besonderer Betonung der Rechtsstaatlichkeit, Good Governance und Medienfreiheit, unter anderem durch Projekte zur Unterstützung der Polizei und zur Entwicklung von Wirtschaft und Umwelt.

Bei seinem Besuch in Aserbaidschan am 16. März brachte der Amtierende Vorsitzende die Frage der Demokratisierung und der Achtung der Menschenrechte im Land zur Sprache und äußerte sich auch besorgt über das Schicksal jener Personen, die bei den Unruhen im Oktober verhaftet worden waren und auf ihren Prozess

warteten. Er begrüßte die Entscheidung von Präsident Ilham Alijew vom 17. März, 129 Personen zu begnadigen und aus der Haft zu entlassen. Die OSZE äußerte sich besorgt über die Prozessführung, einschließlich des Urteils des Berufungsgerichts vom 19. November, der die gegen sieben führende Oppositionelle verhängten Freiheitsstrafen bestätigte. Im Rahmen des Prozessbeobachtungsprogramms des BDIMR verfolgte das Büro in Baku gemeinsam mit örtlichen Anwälten die Gerichtsverhandlungen und verfasste einen Bericht, der mit der Regierung erörtert wird.

Der Vorsitz schaltete sich intensiv in die Bemühungen um eine politische Regelung des Konflikts um Berg-Karabach ein. Unter bulgarischem Vorsitz wurde die enge Zusammenarbeit zwischen dem Vorsitz, dem Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, und den

Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe der OSZE fortgesetzt. Bei seinen Kontakten mit den Parteien bekräftigte der Amtierende Vorsitzende sein Engagement und das der OSZE für eine Konfliktlösung und seine Unterstützung für die neuen Impulse, die 2004 von den Treffen der Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans unter den Auspizien der Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe und vom so genannten „Prager Prozess“ ausgingen. Im Rahmen des Prager Prozesses prüften die Außenminister beider Länder systematisch alle Parameter einer künftigen Lösung. Der Vorsitz wertete es als ermutigendes Zeichen, dass sich der Ministerrat in Sofia auf eine Erklärung zum Berg-Karabach-Konflikt einigte.

Um dem Friedensprozess einen weiteren Anstoß zu geben, ersuchte der Amtierende Vorsitzende den ehemaligen Premierminister Bulgariens, Filip Dimitrow, als sein Sondergesandter für den Konflikt nach Armenien und Aserbaidschan zu reisen. Dimitrow begab sich vom 20. bis 24. September in die Region und versicherte seine Gesprächspartner in Baku und Eriwan der Unterstützung des Amtierenden Vorsitzenden für die Bemühungen des Kovorsitzes der Minsk-Gruppe der OSZE und seines Persönlichen Beauftragten. Er appellierte darüber hinaus an die Präsidenten Armeniens und Aserbaidschans, die ihnen Mitte September von den Kovorsitzenden der Minsk-Gruppe in Astana unterbreiteten Rahmenbedingungen zu berücksichtigen, die als Ausgangsbasis für eine Regelung dienen könnten. Dimitrow erhielt in Baku und Eriwan die Zusicherung, dass beide Seiten nach wie vor am Ziel einer friedlichen Konfliktlösung festhielten.

Die Tätigkeit des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, trug in großem Maße dazu bei, dass die Spannungen entlang der Grenze zwischen Armenien und Aserbaidschan und an der Kontaktlinie abnahmen, insbesondere im Sommer, als es zu einigen Verstößen gegen die vereinbarte Waffenruhe kam.

## Der Kampf gegen den Menschenhandel

Der Menschenhandel – oft als „moderne Sklaverei“ bezeichnet – gilt als eine der größten Herausforderungen für die zivilisierte Gesellschaft und als ein furchtbares Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Das Problem ist von seinem Wesen her multidimensional und muss gleichzeitig und abgestimmt auf nationaler und internationaler Ebene bekämpft werden.

2002 und 2003 fasste die OSZE mehrere Beschlüsse, die die Grundlage für ein koordiniertes Vorgehen im Kampf gegen den Menschenhandel schufen. Seither spielt die Organisation eine zentrale Rolle bei der Lenkung der internationalen Zusammenarbeit im Kampf gegen das organisierte Verbrechen, bei der Verteidigung der Menschenrechte der Opfer von Menschenhandel und bei der Unterstützung der Teilnehmerstaaten im Hinblick auf die Erfüllung ihrer Verpflichtungen und auf die Umsetzung der Theorie in die Praxis.

### **Die Arbeitsgruppe Menschenhandel des Stabilitätspakts**

Zwischen 2000 und 2004 spielte die Arbeitsgruppe Menschenhandel des unter der Schirmherrschaft der OSZE stehenden Stabilitätspakts für Südosteuropa eine führende Rolle bei der Ausarbeitung einer umfassenden Regionalstrategie und der Einrichtung institutioneller Mechanismen in dieser Region. Nachdem das Gesamtziel – die Übernahme der Eigenverantwortung für diesen Prozess durch die südosteuropäischen Länder – erreicht war, begann die Arbeitsgruppe 2004, auch die Führung des Kampfes gegen den Menschenhandel an diese Staaten und ihre Institutionen zu übertragen.

In dem Bestreben, auf den bisherigen positiven Ergebnissen in der Region aufzubauen und weiterhin mit hoher Intensität gegen den Menschenhandel vorzugehen, unternahm die Arbeitsgruppe Menschenhandel weitere Schritte zur Stärkung der Kooperationsfähigkeit der

Regierungskordinatoren und der nationalen Strukturen auf regionaler Ebene. Sie wandelte die im Juli 2002 in Belgrad eingerichtete regionale Clearingstelle, deren Aufgabe die Sammlung regionaler Daten über Opfer von Menschenhandel und über Opferhilfe war, in ein neues Nexus-Institut um, das innovative und neuartige Forschung sowohl qualitativer als auch quantitativer Natur im Bereich des Menschenhandels betreiben wird, um die Grundlage für ausgereifere, fundiertere und letzten Endes wirksamere politische Konzepte und Vorgehensweisen zu schaffen. Dadurch wird es möglich sein, Forschungsergebnisse und politische Grundsätze zum Thema umzusetzen, die Schulung der Strafverfolgungsbehörden in der ganzen Region als Querschnittsaufgabe zu verankern und die Umsetzung des Medienprojekts der Arbeitsgruppe zu gewährleisten, mit dem ein starkes regionales Netz für die Berichterstattung über den Menschenhandel in der Region geschaffen werden soll.

Nach der Bestellung der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Menschenhandel des Stabilitätspakts zur OSZE-Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Menschenhandels schloss die Arbeitsgruppe im Oktober 2004 ihr Sekretariat in Wien. Über die Tätigkeit der Arbeitsgruppe von 2000 bis 2004 wurde eine Chronik mit dem Titel *South Eastern Europe's Struggle against Trafficking in Persons* veröffentlicht.

### **Die OSZE-Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels**

Gemäß einem Beschluss der 55 OSZE-Außenminister beim Maastrichter Ministerrat im Dezember 2003 ernannte der Amtierende Vorsitzende die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Menschenhandel des Stabilitätspakts, Helga Konrad, am 10. Mai 2004 zur OSZE-Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Menschenhandels.

Die Sonderbeauftragte hat die Aufgabe, die Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmerstaaten im Kampf gegen den Menschenhandel zu verstärken und zu erleichtern, Hilfestellung bei der Umsetzung des OSZE-Aktionsplans zur Bekämpfung des Menschenhandels zu leisten und die Zusammenarbeit der Organisation mit anderen in diesem Bereich tätigen internationalen Organisationen zu verbessern.

Die Sonderbeauftragte hielt eine erste hochrangige Konferenz mit dem Titel „Allianz gegen den Menschenhandel“ ab, gefolgt von einer Reihe von Expertentagungen, die den Zweck hatten, gemeinsam mit anderen internationalen Akteuren Strategien im Kampf gegen den Menschenhandel zu entwickeln und den Teilnehmerstaaten und Kooperationspartnern der OSZE einen koordinierten Ansatz im Kampf gegen den Menschenhandel zu ermöglichen. Als Teil dieser Strategie und im Interesse der Bestandfähigkeit dieser Bemühungen bildete die Sonderbeauftragte Partnerschaften mit Organisationen wie dem Europarat, dem UNODC, der UNICEF, der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der IOM und UNHCR. Sie stellte auch enge Beziehungen zu NROs her, darunter *Terre des Hommes*, *Save the Children* und *Anti-Slavery International*. Besuche der Sonderbeauftragten in mehreren Ländern verliehen dem Kampf der OSZE gegen den Menschenhandel mehr Profil, machten die tatsächlichen Probleme sichtbar, mit denen die Teilnehmerstaaten, insbesondere die Zielländer, konfrontiert sind, und stärkten den Dialog zwischen den Behörden und der Zivilgesellschaft. Die Sonderbeauftragte hielt auch Vorträge auf zahlreichen regionalen und internationalen Konferenzen und Tagungen.

### **Die Unterstützungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels des OSZE-Sekretariats**

Im Oktober 2004 richtete die OSZE die Unterstützungsgruppe

Bekämpfung des Menschenhandels (ATAU) ein. Die Gruppe, die Teil des OSZE-Sekretariats ist, soll die Sonderbeauftragte in ihren Aktivitäten unterstützen und die Kooperation und Koordination zwischen den OSZE-Institutionen und anderen Strukturen verbessern.

Die ATAU organisierte gemeinsam mit der Sonderbeauftragten Workshops für internationale Experten im Rahmen der „Allianz gegen den Menschenhandel“ und beteiligte sich an verschiedenen anderen Veranstaltungen zu Fragen des Menschenhandels, darunter:

ein Seminar in Trier:  
„Menschenhandel: Auf dem Weg zu einem gemeinsamen rechtlichen Rahmen in der EU“

der beratende Workshop der europäischen Expertengruppe zum Menschenhandel in Brüssel im Rahmen des Europäischen Forums für die Prävention von organisierter Kriminalität ein Seminar der Diplomatischen Akademie in Wien:  
„Menschenhandel in Südost-europa: Der Fall Moldau“  
„STOP – Internationale Konferenz gegen Kinderhandel“ in Osnabrück

Die Unterstützungsgruppe begleitete die Sonderbeauftragte auch in mehrere Länder und zu regionalen und internationalen Konferenzen und Tagungen.

Als Anlaufstelle im OSZE-Sekretariat für die Koordination aller Fragen betreffend die Bekämpfung des Menschenhandels und in

Verbindung mit den einschlägigen regionalen, nationalen und internationalen Organisationen beriet und unterstützte die ATAU die Teilnehmerstaaten und die OSZE-Feldeinsätze in dieser Frage. Die Gruppe stellte auch enge Arbeitsbeziehungen zu den OSZE-Institutionen und anderen Strukturen her, die in den Kampf gegen den Menschenhandel eingebunden sind, etwa zum BDIMR, zum Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE und zur Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten. (Nähere Einzelheiten zu den Aktivitäten dieser Stellen im Kampf gegen den Menschenhandel finden sich in den sie betreffenden Abschnitten dieses Berichts.)

[www.osce.org/cthb](http://www.osce.org/cthb)

### **Nordkaukasus**

Der Vorsitz setzte den Dialog über die Lage in der Tschetschenischen Republik (Russische Föderation) fort, den der niederländische Vorsitz 2003 mit der Russischen Föderation mit dem Ziel aufgenommen hatte, ein Langzeitprogramm der OSZE für technische Zusammenarbeit in Tschetschenien zu vereinbaren.

### **SÜDOSTEUROPA**

Die OSZE setzte sich weiter für die Förderung von Frieden und Stabilität in Südosteuropa ein, indem sie die regionale Zusammenarbeit verstärkte und Gesetzesreformen, die Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte und den Aufbau von Institutionen und Kapazitäten förderte und unterstützte. Gemeinsam mit ihren Partnerorganisationen bemühte sie sich konkret um die Repatriierung der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen und um die Stärkung der Justiz im Land und beobachtete inländische Kriegsverbrecherprozesse.

Der Amtierende Vorsitzende besuchte am 23. März gemeinsam mit NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer den **Kosovo**, um sich nach den Ausschreitungen in dem Gebiet ein Bild von der Lage zu machen. In Priština bezeichnete er die Gewalt als „unannehmbar“ und erklärte, sie sei „auf dem Weg nach Europa nicht willkommen“. Der Amtierende Vorsitzende vermittelte die Botschaft, dass die OSZE in Zusammenarbeit mit ihren internationalen Partnern im Kosovo bereit sei, sich weiterhin für die Herbeiführung von Frieden und Stabilität einzusetzen. Er sagte auch die Hilfe der OSZE für freie und demokratische Wahlen im Oktober 2004 zu. Im Anschluss an diesen Besuch reiste der Amtierende Vorsitzende nach Belgrad, wo er mit serbischen Führungspersonlichkeiten die Lage im Kosovo erörterte. Auf Einladung von VN-Generalsekretär Kofi Annan nahmen der Amtierende Vorsitzende und der Generalsekretär der OSZE im September am Amtssitz der Vereinten Nationen in New York an Sitzungen über die Zukunft des Kosovo teil, bei denen die in nächster Zukunft anstehenden Aufgaben der internationalen Gemeinschaft erörtert wurden.

*„Die OSZE-Aktivitäten auf dem Balkan sollten Teil eines integrierten multilateralen Ansatzes bleiben.“*  
**Solomon Passy**

Am 29. März besuchte der Amtierende Vorsitzende **Bosnien und Herzegowina**. Bei diesem Besuch versicherte er seine Gesprächspartner des anhaltenden Interesses und der Unterstützung der OSZE für die politische Stabilisierung und den laufenden Reformprozess im Land, insbesondere in Bezug auf Verteidigung und Bildung.

Am 10. und 11. Mai 2004 stattete der Amtierende Vorsitzende **Kroatien** einen Besuch ab. Zentrale Themen der Gespräche waren die Flüchtlingsrückkehr, die Eigentumsrückgabe, „ersessenes Wohnrecht“ und die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Der Amtierende Vorsitzende und der kroatische Premierminister Ivo Sanader besuchten Zadar und andere Gemeinden, um sich vor Ort einen Eindruck von der

Lage der Flüchtlinge und der Rückkehrerfamilien zu verschaffen und zu sehen, inwieweit die kroatische Regierung durch den Wiederaufbau zerstörter Häuser, die Rückgabe von Eigentum, das inzwischen von anderen in Besitz genommen wurde, und die Bereitstellung alternativer Unterkünfte für bosnisch-kroatische Siedler die Rückkehr und Wiedereingliederung der Flüchtlinge fördert.

Der Vorsitz lud den Sonderkoordinator des **Stabilitätspakts für Südosteuropa**, Dr. Erhard Busek, ein, am 20. Mai im Ständigen Rat zu sprechen. Man war übereinstimmend der Meinung, dass die Repatriierung der Flüchtlinge und die Rückkehr der Binnenvertriebenen Vorrang haben müssten, da es auf lange Sicht die Stabilität in der Region beeinträchtigen könnte, wenn diesbezüglich keine Fortschritte gemacht werden. Mit Befriedigung wurde die fortgesetzte Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Stabilitätspakt registriert, etwa zu Fragen der Stabilisierung von Bevölkerungsbewegungen, der Bekämpfung des organisierten Verbrechens und des Menschenhandels sowie des Grenzmanagements, und es wurde auch der Beitrag der OSZE zu den Aktivitäten im Anschluss an die Ochrid-Konferenz gewürdigt.

Vom 18. bis 21. Oktober bereiste der Amtierende Vorsitzende Südosteuropa, wobei er in Skopje, Priština, Belgrad, Podgorica und Tirana Station machte. Der Hauptzweck seines Besuchs im Kosovo war eine Einschätzung der Lage vor Ort und der Aktivitäten der OSZE im Vorfeld der Wahlen zur Kosovo-Versammlung am 23. Oktober. In Priština appellierte er an die Politiker aller Seiten, auf die Wähler zuzugehen und sie zur Teilnahme an den Wahlen aufzufordern. Den Kosovo-Serben legte er die Teilnahme an den Wahlen besonders ans Herz. In Skopje erörterte er die Konsequenzen des Referendums vom 7. November über die Dezentralisierung. In Belgrad und Podgorica forderte er Serbien und Montenegro nachdrücklich auf, Reformen im Zusammenhang mit ihren OSZE-Verpflichtungen zu beschleunigen, um das von ihnen angestrebte Ziel der europäischen und euroatlantischen Integration zu erreichen. Der Amtierende Vorsitzende erörterte auch konkrete Formen der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den einzelnen Ländern unter Berücksichtigung der jeweiligen außenpolitischen Ziele.

Mit Nachdruck unterstützte der Amtierende Vorsitzende eine vom Konfliktverhütungszentrum (KVZ) koordinierte Initiative zur Stärkung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei Kriegsverbrecherprozessen. Gemeinsam mit drei OSZE-Missionen in Südosteuropa und dem BDIMR überlegte das KVZ, auf welche Weise die OSZE einen direkten, konkreten Dialog zwischen Vertretern der Rechtsberufe aus Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien und Montenegro ermöglichen könnte, um die zwischenstaatliche Zusammenarbeit in Bezug auf Kriegsverbrecherprozesse zu verstärken, etwa bei der Ermittlung, der Strafverfolgung und den Gerichtsverfahren. „Betreff: Zeugen“ lautete das Thema einer ersten von der OSZE veranlassten Expertentagung am 29. und 30. November in Palčić (Serbien). Die Tagung stand im Zeichen der Übernahme der Eigenverantwortung durch die Region und wurde als

erfolgreicher Einstieg in den umfassenderen technischen Prozess gewertet, den die OSZE in diesem wichtigen Bereich in Gang gesetzt hat.

## ZENTRALASIEN

Der bulgarische Vorsitz legte verstärktes Augenmerk auf die Region Zentralasien und bot den fünf zentralasiatischen Teilnehmerstaaten Hilfestellung in ihren Bemühungen um politische, soziale und wirtschaftliche Reformen an. Der Vorsitz war bestrebt, diesen Staaten vor Augen zu führen, welche vielfältigen Chancen ihnen die OSZE eröffnen kann und wie ein ausgewogener Ansatz in den drei OSZE-Dimensionen den Reformprozess unterstützen würde.

Der bulgarische Vorsitz war bemüht, die Beziehung zwischen der OSZE und den zentralasiatischen Ländern durch einen offenen und regelmäßigen Dialog zu verstärken. Bei seinen Besuchen in den fünf zentralasiatischen Staaten und in Afghanistan im April wurde der Amtierende Vorsitzende von allen Staatschefs empfangen und traf mit den jeweiligen Außenministern und mit Vertretern der Zivilgesellschaft zusammen.

Beim Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in **Usbekistan** wurden als wichtigste Themen das Bildungswesen, die Terrorismusbekämpfung nach den Bombenanschlägen in Taschkent vom April und die Vorbereitung der Wahlen erörtert. Der Amtierende Vorsitzende eröffnete am 5. April in Taschkent die Ministerkonferenz zum Thema „Bildung als Investition in die Zukunft“ und hob in seiner Ansprache die fundamentale Bedeutung der Bildung für den Aufbau von Sicherheit, die Sicherstellung politischer Stabilität und den Kampf gegen die Armut hervor.

In **Kasachstan** kam die Bewerbung des Landes um den OSZE-Vorsitz im Jahr 2009 ebenso zur Sprache wie die Bewirtschaftung der Wasserressourcen, Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels und Wahlen. In **Kirgisistan** hob der Amtierende Vorsitzende die Bedeutung regionaler Initiativen wie der OSZE-Akademie hervor und erörterte die Themen Wahlen, Terrorismusbekämpfung, Strafvollzugsreform und Grenzfragen. In **Tadschikistan** waren Minenräumung, Steuerreform, Migration von Arbeitskräften, Medien und Wahlen die wichtigsten Gesprächsthemen.

Beim Besuch des Amtierenden Vorsitzenden in **Turkmenistan** kamen die verstärkte Zusammenarbeit zwischen Ashgabad und der OSZE, Medienfragen und der Kampf gegen den Terrorismus und den illegalen Drogenhandel zur Sprache. Junal Lutfi, der Vizepräsident der bulgarischen Nationalversammlung, stattete Turkmenistan Anfang Dezember auf Ersuchen des Amtierenden Vorsitzenden ebenfalls einen Besuch ab. Dabei wurden Fragen im Zusammenhang mit den bevorstehenden Wahlen, der Terrorismusbekämpfung, dem Bildungswesen, nationalen Minderheiten und dem Zugang des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) zu den Gefängnissen besprochen.

Die Wiederernennung des ehemaligen Präsidenten von Finnland, Martti Ahtisaari, zum **Persönlichen Gesandten des Amtierenden Vorsitzenden für Zentralasien** war ein weiterer Beweis dafür, wie wichtig

dem bulgarischen Vorsitz das fortgesetzte Engagement in den fünf zentralasiatischen Teilnehmerstaaten war. Präsident Ahtisaari unterhielt in allen fünf Staaten Kontakte auf höchster politischer Ebene und warf erneut jene Themen auf, die beim Besuch des Amtierenden Vorsitzenden im April erörtert worden waren. 2004 reiste er zweimal nach Kirgisistan und Turkmenistan und einmal nach Kasachstan, Usbekistan und Tadschikistan. Im Mittelpunkt seiner Gespräche standen die Themen Wahlen, Medienfreiheit und andere Fragen im Zusammenhang mit den politischen, wirtschaftlichen und umweltbezogenen Entwicklungen in den einzelnen Ländern.

## OSTEUROPA

### *Moldau*

Der bulgarische Vorsitz bemühte sich aktiv um Lösungen für den transnistrischen Konflikt. Den Anfang machten Konsultationen zwischen den Vermittlern, die im Januar in Sofia zusammentrafen und deren Vorschläge vielversprechende Reaktionen sowohl von moldauischer als auch von transnistrischer Seite zeitigten, worauf im Februar in Belgrad weitere Konsultationen zwischen den Vermittlern folgten. Diese führten im April zu einer ersten fünfseitigen Verhandlungsrunde in Tiraspol und Chişinău. Es waren dies die ersten derartigen Gespräche seit sechs Monaten. Im Mai fand ein Folgetreffen statt.

Im Juni besuchte der Amtierende Vorsitzende Moldau, wo er mit allen Parteien zusammentraf und seine Unterstützung für die von den Vermittlern als Grundlage für eine politische Regelung vorgeschlagenen Dokumente erklärte und seine Besorgnis über den mangelnden Fortschritt bei der Umsetzung der beim OSZE-Gipfeltreffen von Istanbul eingegangenen Verpflichtungen in Bezug auf die russischen Streitkräfte äußerte.

Der Vorsitz verfolgte auch aufmerksam die Entwicklungen im Zusammenhang mit der Krise, die rund um moldauische Schulen in Transnistrien, die in lateinischer Schrift unterrichten, entstanden war. Im Juli reiste der stellvertretende bulgarische Außenminister Petko Draganow nach Moldau, um die OSZE-Mission in Moldau in ihren Bemühungen um eine Entschärfung der zunehmenden Spannungen zwischen den beiden Parteien in dieser Frage zu unterstützen.

Als die Krise weiter eskalierte, bestellte der Amtierende Vorsitzende den ehemaligen bulgarischen Präsidenten Petar Stojanow zu seinem **Persönlichen Gesandten für Moldau**. Der Besuch von Präsident Stojanow im September in Chişinău und Tiraspol unterstrich das Engagement des Vorsitzes für eine Gesamtlösung in dieser umstrittenen Frage. Trotz des unermüdlichen Einsatzes der Vermittler und einiger positiver Entwicklungen in der ersten Jahreshälfte waren keinerlei Fortschritte in Richtung einer umfassenden politischen Regelung festzustellen.

In dem Bestreben, den festgefahrenen Verhandlungsprozess wieder in Gang zu bringen, lud der Vorsitz die Vermittler am 11. und 12. Oktober zu einem Treffen in Sofia ein. Im Anschluss daran kam es am 8. und 9. November zu einem Treffen in Warna

(Bulgarien), an dem die Vermittler und Vertreter der Republik Moldau und Transnistriens teilnahmen. Bis Jahresende wurde weiter an vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen gearbeitet.

Bei allen seinen Kontakten appellierte der Vorsitz an die Konfliktparteien, einen Dialog aufzunehmen und zu vertiefen, der den Weg zu einer wirksameren und dauerhafteren Lösung frei macht. Es bedarf jedenfalls weiterer Bemühungen, um eine Formel für eine umfassende Regelung auf der Grundlage einer gestärkten Souveränität und territorialen Integrität der Republik Moldau zu finden, die Transnistrien gleichzeitig einen Sonderstatus garantiert.

#### **Belarus**

Im März reiste ein Vertreter des Vorsitzes zu Gesprächen über die Beziehungen zwischen der OSZE und Belarus nach Minsk, bei denen auch die Vorbereitungen für den

Besuch des Amtierenden Vorsitzenden erörtert wurden. Der Amtierende Vorsitzende begab sich im Juni nach Minsk, um im Lichte der OSZE-Verpflichtungen Möglichkeiten einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem Gastland zu erörtern und sich aus erster Hand über die Lage in Belarus zu informieren. Der Amtierende Vorsitzende benützte die Gelegenheit auch dazu, den Standpunkt der OSZE zu einigen Besorgnis erregenden Fragen deutlich zu machen, etwa zur zunehmenden Verschlechterung der Lage in Bezug auf die Zivilgesellschaft, NROs, die Massenmedien und die politischen Parteien. Im Hinblick auf die Parlamentswahlen am 17. Oktober betonte der Amtierende Vorsitzende, dass diese frei und gerecht sein müssten. Er unterstützte das OSZE-Büro in Minsk in dessen mandatsgemäßen Aktivitäten, deren Ziel es ist, Belarus in Zusammenarbeit mit den Behörden und der Zivilgesellschaft des Landes dabei zu helfen, seinen OSZE-Verpflichtungen nachzukommen.

## Internationale Vermittlung in der ukrainischen Wahlkrise: Die Rolle der OSZE

Im Herbst 2004 stand die Ukraine mehrere Wochen im Scheinwerferlicht der internationalen Medien. Behaupteter Wahlbetrug im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahlen vom 21. November, zu denen Premierminister Viktor Janukowitsch und Oppositionsführer Viktor Juschtschenko angetreten waren, hatte zu einer ersten politischen Krise im Land geführt. In Kundgebungen, die bald als „orange Revolution“ bekannt wurden, versammelten sich hunderttausende Menschen auf dem Hauptplatz der ukrainischen Hauptstadt Kiew und Millionen gingen im ganzen Land auf die Straße. Bilder ukrainischer Bürger, die in der Kälte friedlich – aber entschlossen – für ihr Recht auf freie und faire Wahlen demonstrierten, beherrschten 17 Tage lang die Fernsehschirme.

### **Suche nach einem politischen Kompromiss**

Die Krise konnte schließlich unter internationaler Vermittlung beigelegt werden. Im November und Dezember traten im Kiewer Mariinski-Palast drei Gesprächsrunden zusammen. Auf Ersuchen des Amtierenden Vorsitzenden nahm OSZE-Generalsekretär Ján Kubiš an allen drei Sitzungen teil, zu denen sich hochrangige politische Persönlichkeiten versammelten, unter ihnen der polnische Präsident Aleksander Kwaśniewski, der litauische Präsident Valdas Adamkus, der Hohe Vertreter der EU für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Javier Solana, und der Präsident der Staatsduma der Russischen Föderation, Boris Gryslow. Von ukrainischer Seite nahmen der amtierende Präsident Leonid Kutschma, der Präsident des ukrainischen Parlaments, Wolodymyr Lytwyn, sowie die beiden Präsidentschaftskandidaten teil.

Das erste Treffen am 26. November gab den Behörden und der Opposition des Landes seit Beginn der Krise eine erste Gelegenheit zur Begegnung und zu Verhandlungen. Es wurde eine gemeinsame Erklärung verabschiedet, in der alle Seiten zum Verzicht auf den Einsatz von Gewalt und zur Aufnahme politischer Verhandlungen aufgefordert wurden. Dieser Appell wurde von den internationalen Vermittlern in den Sitzungen vom 1. und 6. Dezember wiederholt.

Die Erörterungen bildeten eine solide Basis für den politischen

Kompromiss, der am 8. Dezember erreicht wurde. Das Parlament verabschiedete ein umfangreiches Paket von Vereinbarungen, einschließlich einer Novellierung des Gesetzes zur Regelung der Wahl des Präsidenten der Ukraine, die Betrug und Fälschung verhindern soll, und Novellen zur Verfassung der Ukraine, die das politische System des Landes reformieren und ein besseres Gleichgewicht zwischen den Gewalten gewährleisten.

Dieser Kompromiss ebnete den Weg für die friedliche Beilegung der Krise und die Abhaltung einer freien, fairen und transparenten Wiederholung des zweiten Wahlgangs der Präsidentschaftswahlen.

### **Größte Wahlbeobachtungsmission in der Geschichte der OSZE**

Diese Wahlwiederholung vom 26. Dezember wurde von der größten Zahl von OSZE-Beobachtern überwacht, die je bei Wahlen im Einsatz war. Das BDIMR und die Parlamentarische Versammlung der OSZE entsandten rund 1300 internationale Wahlbeobachter.

Ursprünglich war am 31. August eine BDIMR-Wahlbeobachtungsmission in Kiew zur Beobachtung der Präsidentschaftswahlen vom 31. Oktober eingetroffen. Die Mission unter der Leitung von Botschafter Geert-Hinrich Ahrens bestand aus 57 Experten und Langzeitbeobachtern, die die Aufgabe hatten, den Wahlkampf, die rechtlichen Rahmenbedingungen und deren Einhaltung, die Lage der Medien und die Arbeit der Wahlbehörde und der einschlägigen Regierungsstellen zu beobachten. Am Tag vor dem Wahlgang stießen 600 Kurzzeitbeobachter zu dem Team, um die Stimmabgabe und die Stimmenauszählung zu überwachen. Zum Leiter der Kurzzeitwahlbeobachter hatte der Amtierende Vorsitzende Bruce George, den Ehrenpräsidenten der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, bestellt.

Die Beobachter meldeten nach dem ersten Wahlgang eine Reihe von Bedenken an, darunter Voreingenommenheit der staatlichen Medien, Einmischung des Staates zugunsten von Premierminister Janukowitsch, die Störung oder Behinderung von Wahlkampfveranstaltungen der Opposition durch die staatlichen Behörden und mangelnde Kompetenz der Zentralen Wahlkommission im Umgang mit Anfechtungen.

Da keiner der Kandidaten im ersten Wahlgang die absolute Mehrheit erreichte, fand am 21. November ein zweiter Wahlgang statt. Die Zentrale Wahlkommission gab bekannt, dass Juschtschenko und Janukowitsch 46,61 Prozent bzw. 49,46 Prozent der Stimmen erhalten hätten. Die Wahlbeobachtungsmission kam erneut zu dem Schluss, dass es auch beim zweiten Wahlgang zu Unregelmäßigkeiten gekommen sei und es an Transparenz gefehlt habe, insbesondere in Bezug auf die Verteilung der Stimmen.

„Diese Wahl war zwar sicherlich ein Wettbewerb zwischen den Kandidaten, allerdings nicht unter gleichwertigen Voraussetzungen,“ sagte Ahrens.

Nach einem Urteil des Obersten Gerichtshofs der Ukraine vom 3. Dezember, in dem der zweite Wahlgang für ungültig erklärt wurde, und einem anschließenden Beschluss der Zentralen Wahlkommission der Ukraine vom 4. Dezember wurde für den 26. Dezember die Wiederholung des zweiten Wahlgangs angesetzt. Angesichts der Bedeutung dieser Wiederholungswahl beschlossen die OSZE-Teilnehmerstaaten, die Wahlbeobachtungsmission auf etwa 1300 Beobachter aufzustocken.

Die Beobachter stellten fest, dass die Wahlkampfbedingungen für den wiederholten zweiten Wahlgang weit gerechter waren, ihnen weniger Fälle von Druckausübung auf Wähler gemeldet worden seien, die Durchführung der Wahl transparenter und die Medienberichterstattung ausgewogener als in den vorhergehenden Wahlgängen gewesen sei.

„Ich kann gar nicht sagen, wie sehr es mich freut, feststellen zu dürfen, dass die Wahlen in der Ukraine nach unserer kollektiven Meinung trotz der Kürze der Zeitspanne erheblich näher an die Erfüllung der OSZE- und anderer europäischer Standards herangerückt sind,“ erklärte Bruce George.

„Unserer Beurteilung nach kann das Volk dieses großartigen Landes wirklich stolz darauf sein, dass es gestern mit der Wahl des nächsten Präsidenten der Ukraine einen großen Schritt vorwärts in Richtung freier und demokratischer Wahlen getan hat.“

## **Ukraine**

Seit seinem Treffen mit dem ukrainischen Außenminister Hryschtschenko am 14. April 2004 sprach der Amtierende Vorsitzende offen über die Hilfe, die die OSZE für die Wahlen in der Ukraine, beginnend mit dem ersten Wahlgang am 31. Oktober, zur Verfügung stellen könnte. Der Projektkoordinator der OSZE in der Ukraine war mit einem Projekt zur Verbesserung des Wahlprozesses in die Vorbereitungen für die Wahlen eingebunden.

Die Präsidentenwahlen in der Ukraine rückten das Land und die OSZE in das Zentrum des öffentlichen Interesses. Das BDIMR kritisierte offen einige Aspekte des Wahlprozesses. Nach dem zweiten Wahlgang vom 21. November und der im Gefolge der Wahlen entstandenen politischen Krise forderte der Amtierende Vorsitzende am 24. November in einer Erklärung die ukrainischen Behörden nachdrücklich auf, „die festgestellten Unregelmäßigkeiten entschlossen und unverzüglich zu untersuchen“. Außerdem ernannte er den Generalsekretär der OSZE zu seinem Gesandten für die Diskussionsrunden, bei denen internationale Vermittler versuchten, ein Ende der Krise herbeizuführen.

Am 4. Dezember gab der Amtierende Vorsitzende eine Erklärung ab, in der er die Entscheidung des ukrainischen Höchstgerichts begrüßte, den zweiten Durchgang der Präsidentenwahlen für ungültig zu erklären, und die uneingeschränkte Unterstützung der OSZE für die Wahlwiederholung zusagte. Er stellte fest, dass die Entscheidung des Höchstgerichts in Übereinstimmung mit den Erkenntnissen internationaler Beobachter einschließlich des BDIMR stehe und dass „die Entscheidung eine friedliche Lösung der gegenwärtigen politischen Krise ermöglichen“ werde. Er rief die ukrainischen Behörden dazu auf, für einen fairen Wahlkampf zu sorgen, und unterstrich insbesondere die Notwendigkeit einer unvoreingenommenen Berichterstattung durch die staatlich kontrollierten Medien.

Das Thema Ukraine stand auch auf der Tagesordnung des Ministerrats in Sofia. In seiner Eröffnungsansprache stellte der Amtierende Vorsitzende fest, dass die Gewinner in diesem Prozess die Demokratie und die Rechtsstaatlichkeit seien, und er betonte die Schlüsselrolle der OSZE bei der Wahlbeobachtung und als Katalysator. Er rief die Teilnehmerstaaten dazu auf, die internationale Wahlbeobachtung bei der Wiederholung des zweiten Wahlgangs zu unterstützen. Mit mehr als 1000 Beobachtern erreichte der Wahlbeobachtungseinsatz der OSZE bei der Wiederholungswahl in der Ukraine am 26. Dezember eine beachtliche Stärke.

## **Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen**

Die Weiterentwicklung der Beziehungen der OSZE zu Partnerorganisationen und -institutionen war 2004 eine der Prioritäten des bulgarischen Vorsizes.

Der Vorsitz war das ganze Jahr über bestrebt, die Arbeitsbeziehungen mit den **Vereinten Nationen** zu

vertiefen. Im Juli 2004 nahm der Amtierende Vorsitzende aktiv an der Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen mit regionalen Organisationen über die „Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Organisationen bei Stabilisierungsprozessen“ teil. Auf Einladung der Vereinten Nationen wohnte der Amtierende Vorsitzende gemeinsam mit dem Generalsekretär und hochrangigen Vertretern der Europäischen Union und der NATO einem Treffen zum Meinungsaustausch über die weitere Zukunft des Kosovo bei. Im Oktober hielt der Stellvertretende Außenminister Bulgariens auf der 59. Tagung der VN-Generalversammlung eine Rede über die Zusammenarbeit zwischen UNO und OSZE.

Das ganze Jahr stand im Zeichen von Bemühungen zur Weiterentwicklung der Beziehungen zwischen der OSZE und der **Europäischen Union**. Unter irischer bzw. niederländischer Präsidentschaft kamen die Ministertrios der OSZE und der EU im Januar und Juli am Rande des Rates Allgemeine Angelegenheiten und Außenbeziehungen der Europäischen Union zusammen. Im Februar und Oktober kam es in Wien zu weiteren Treffen zwischen den Trios der OSZE und des Politischen und Sicherheitspolitischen Komitees der EU. Der Umstand, dass die Niederlande gleichzeitig die EU-Präsidentschaft innehatten und der OSZE-Troika angehörten, erleichterte die Kontakte. Der Vorsitz unterhielt auch auf politischer Ebene enge Beziehungen zur EU-Präsidentschaft, zum Ratssekretariat und zur Europäischen Kommission. Ein wichtiges Anliegen des bulgarischen Vorsizes war die Fortführung des Dialogs mit den EU-Mitgliedstaaten über maßgebliche Entwicklungen in der OSZE und das Zustandekommen von EU-Stellungnahmen, die die Politik der OSZE unterstützen. Zur Erleichterung des Informationsflusses und der Koordination wurden mehrere EU-Vertreter eingeladen, im Ständigen Rat zu sprechen, unter ihnen der irische und der niederländische Außenminister sowie der EU-Kommissar für Außenbeziehungen.

*„Angesichts der Größenordnung der vor uns liegenden Herausforderungen ist die Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen von größter Wichtigkeit.“*  
**Solomon Passy**

2004 nahmen die Beziehungen zum **Europarat** einen wichtigen Platz in der Agenda der OSZE ein. Der Amtierende Vorsitzende der OSZE reagierte positiv auf die Initiative des norwegischen Vorsizes des Ministerkomitees des Europarats, die darauf abzielte, die Beziehungen zwischen den beiden Organisationen zu verstärken und ihre Zusammenarbeit auszubauen. Es war dies ein Hauptthema auf der Tagesordnung des Treffens zwischen den Vorsitzenden der beiden Organisationen am 13. Oktober in Sofia. Die Minister stellten übereinstimmend fest, dass Spielraum für ein verstärktes Zusammenwirken zwischen der OSZE und dem Europarat vorhanden sei, wodurch unnötige Arbeitsüberschneidungen vermieden werden könnten und den Erwartungen der Teilnehmerstaaten und Mitgliedstaaten voll entsprochen würde. Am 2. Dezember verabschiedete der Ständige Rat der OSZE einen Beschluss über die Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und dem

Europarat, aufgrund dessen eine Koordinationsgruppe zwischen der OSZE und dem Europarat eingerichtet werden wird.

Der Vorsitz bemühte sich systematisch um einen regelmäßigen Dialog mit der **Nordatlantikvertrags-Organisation** (NATO). Im Januar bzw. November sprach der Amtierende Vorsitzende vor dem Nordatlantikrat und dem Euroatlantischen Partnerschaftsrat und brachte den Mitglied- und Partnerstaaten Fragen der Zusammenarbeit zwischen OSZE und NATO zur Kenntnis. Anlässlich seiner Rede vor dem Nordatlantikrat traf der Amtierende Vorsitzende mit Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer zu Gesprächen über die weitere Verstärkung der Zusammenarbeit auf allen Ebenen zwischen OSZE und NATO zusammen. Mitglieder der OSZE-Troika waren auch an Arbeitsgesprächen zwischen dem OSZE-Sekretariat und Vertretern des internationalen Stabes der NATO beteiligt.

Der Vorsitz nahm auch dieses Jahr wieder am Dreiertreffen zwischen den Vereinten Nationen, der OSZE und dem Europarat teil, an dem auch das Generalsekretariat des EU-Rates, die Europäische Kommission, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und die IOM beteiligt sind. Er war auch beim zielorientierten Treffen auf Expertenebene im erweiterten Dreierformat zugegen. Beide Treffen wurden von der OSZE in Wien ausgerichtet. Das Dreiertreffen befasste sich mit den Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert und der Zusammenarbeit vor Ort, während auf dem zielorientierten Treffen Aktivitäten der internationalen Partnerorganisationen im Südkaukasus und deren Zusammenarbeit besprochen wurden.

Der Vorsitz führte mit Partnerorganisationen eine Reihe von Konsultationen über den Ad-hoc-Konsultationsmechanismus. Dieser Mechanismus, der in der Maastricht-Strategie vorgesehen wurde, bildet ein von der OSZE zur Verfügung gestelltes Instrument, das einen flexiblen Konsultationsrahmen durch Kontaktaufnahme mit einschlägigen Organisationen und Institutionen im Falle des Auftretens oder der Verschärfung konkreter Bedrohungen bietet.

Der Vorsitz förderte auch eine verstärkte Zusammenarbeit mit anderen regionalen und subregionalen Organisationen. Im Mai nahm der Amtierende Vorsitzende am Arabischen Gipfel in Tunesien teil.

### **Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum**

Durch die Beschlüsse des Ministerrats von Maastricht kam es 2004 zu einer deutlichen Zunahme der Kontakte auf verschiedenen Ebenen zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien. Auf Grundlage der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert verabschiedeten die Teilnehmerstaaten den PC-Beschluss Nr. 571, in dem zusätzliche Bereiche der Kooperation und Interaktion mit den Kooperationspartnern aufgezeigt werden, um auf beiden Seiten die Sicherheit zu erhöhen und die

Kooperationspartner zu veranlassen, als Mittel zur weiteren Interaktion mit der OSZE die OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen freiwillig umzusetzen.

In der informellen Freundesgruppe unter dem Vorsitz des Botschafters Finnlands wurde ein ausführlicher Bericht über die verstärkte Zusammenarbeit erstellt, der auf alle drei OSZE-Dimensionen einging. In der Folge verabschiedete der Ministerrat in Sofia einen Beschluss über die OSZE und ihre Kooperationspartner (Beschluss Nr. 17), in dem auf die Bedeutung des Berichts verwiesen wird, der auf einem Meinungsaustausch – auch mit den Kooperationspartnern der OSZE – beruht. In dem Beschluss werden der Ständige Rat und das FSK aufgefordert, mit der Angelegenheit befasst zu bleiben.

Die Partnerstaaten wurden auch öfter als bisher eingeladen, als Beobachter an Sitzungen des Ständigen Rates und des FSK teilzunehmen. Sie waren regelmäßiger bei den Treffen der Kontaktgruppen mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum bzw. in Asien vertreten, in denen die OSZE-Teilnehmerstaaten und die Partnerstaaten an einem Tisch sitzen.

Vertreter der Kooperationspartner nahmen an den OSZE-Veranstaltungen zur Förderung des öffentlichen Bewusstseins für Toleranz und Nichtdiskriminierung, der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz und einer Konferenz technischer Experten über Grenzmanagement und Grenzsicherheit teil, die von der OSZE und dem UNODC organisiert wurde.

Am 15. und 16. März fand in Tokio die OSZE/Japan-Konferenz zum Thema „Die Suche nach wirksamer Konfliktverhütung unter den neuen Sicherheitsbedingungen – Europäische Sicherheitsmechanismen und Sicherheit in Asien“ statt, die vom japanischen Außenministerium und der OSZE gemeinsam veranstaltet wurde. Der Vorsitz war durch den Stellvertretenden Außenminister Bulgariens vertreten, der darauf hinwies, dass die Konferenz eine ausgezeichnete Gelegenheit biete, um Erfahrungen über die Durchführung von Krisenverhütungsmaßnahmen auszutauschen und Möglichkeiten zur Förderung des Dialogs zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern in Asien über Sicherheitsangelegenheiten zu erörtern.

Die Teilnehmer stellten fest, dass sich beide Regionen ähnlichen Herausforderungen gegenüber sähen und ein gemeinsames Interesse daran hätten, in einem neuen Sicherheitsumfeld angemessene Reaktionen auf diese Herausforderungen zu finden. Bei den Treffen der Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern in Asien wurden einige Vorschläge für Folgemaßnahmen gemacht und erörtert. Unmittelbar nach dieser Konferenz fand am 16. und 17. März in Tokio unter dem gemeinsamen Vorsitz Japans und Thailands ein informelles Treffen der Konferenzteilnehmer mit Teilnehmern des Workshops über vorbeugende Diplomatie des ASEAN-Regionalforums statt, bei dem die Mitglieder des Forums über die Schlussfolgerungen der OSZE/Japan-Konferenz und die Erfahrungen der OSZE mit vorbeugender Diplomatie informiert wurden.

Am 18. und 19. November fand in Scharm-el-Scheich (Ägypten) das jährliche OSZE-Mittelmeerseminar zum

Thema „Bedrohungen für die Sicherheit im einundzwanzigsten Jahrhundert: Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum“ statt, das gemeinsam vom ägyptischen Außenministerium und der OSZE veranstaltet wurde. Auf diesem Treffen brachte der Amtierende Vorsitzende die Bereitschaft der OSZE zum Ausdruck, den Mittelmeerländern als Beitrag zur Schaffung eines gerechten und dauerhaften Friedens in der Region ihre beträchtliche Erfahrung mit Vertrauensbildung und der Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung zur Verfügung zu stellen. Es wurden mehrere konkrete Vorschläge gemacht, etwa für künftige gemeinsame Aktivitäten zu Fragen der Toleranz und gegenseitigen Achtung und der Integration von Migranten, einschließlich ihrer Rechte und Pflichten und jener der Aufnahmeländer. Mehrere Teilnehmer schlugen vor, die OSZE möge bei den Wahlen vom 9. Januar 2005 in den Palästinensergebieten eine Rolle übernehmen.

Besondere Erwähnung verdient das Engagement der OSZE 2004 in Afghanistan. Auf Einladung der

Regierung Afghanistans entsandte sie ein OSZE-Wahlunterstützungsteam nach Afghanistan. Damit führte die OSZE zum ersten Mal einen Einsatz außerhalb ihrer Region durch.

Die engere und intensivere Interaktion zwischen der OSZE und ihren Partnerstaaten kam bei den beiden Treffen der Ministertrioika mit den Amtskollegen auf Seiten der Kooperationspartner im Mittelmeerraum und in Asien zum Ausdruck, die am 5. Dezember unmittelbar vor dem Ministerratstreffen in Sofia unter der Leitung des Amtierenden Vorsitzenden stattfanden. Die Teilnehmer waren der Auffassung, dass 2004 wesentliche Schritte im Hinblick auf gemeinsame Aktivitäten gesetzt wurden und dass das dabei Erreichte eine solide Grundlage für die Arbeit im nächsten Jahr darstellt.

In seiner Rede im Ministerrat von Sofia am 6. Dezember forderte der Amtierende Vorsitzende seine Kollegen auf, das Wirken der OSZE nach außen weiter zu verstärken, da die Organisation viel zu bieten habe.

## Zugehen auf einen Partnerstaat: Das Wahlunterstützungsteam für Afghanistan

Im September betrat die OSZE Neuland, als sie erstmals in ihrer Geschichte ein Wahlunterstützungsteam zu einem ihrer Kooperationspartner entsandte. Das 42 Personen umfassende Team wurde nach Afghanistan entsandt, um das Land bei der Durchführung der ersten Präsidentenwahlen vom 9. Oktober zu unterstützen, die in diesem Land je abgehalten wurden. Dieser Einsatz ging auf ein Schreiben des afghanischen Außenministers Abdullah Abdullah an den Vorsitz zurück, in dem dieser die Organisation um Entsendung von BDIMR-Experten ersuchte. Der Ständige Rat stimmte der Entsendung des Teams am 29. Juli in dem Bestreben zu, Bemühungen zur Festigung der Demokratie und der Menschenrechte und zur Stärkung der Stabilität in Afghanistan zu unterstützen.

*„Der bulgarische OSZE-Vorsitz hält es für äußerst wichtig, bei der Normalisierung in Afghanistan Hilfestellung zu leisten und die steten Fortschritte des Landes in Richtung Demokratie und Achtung der Menschenrechte zu unterstützen. Wir meinen, dass die Präsidentenwahlen am 9. Oktober 2004 diese historischen Entwicklungen beschleunigen sollten. Die Entsendung des Wahlunterstützungsteams ist ein Zeichen für die Entschlossenheit der OSZE, einem wichtigen Nachbarn zu helfen, sowie für die Fähigkeit der Organisation, rasch und effektiv zu reagieren.“*

### **Der Amtierende Vorsitzende der OSZE und bulgarische Außenminister Solomon Passy**

Das Mandat des Teams unterschied sich erheblich von allen früheren Wahleinsätzen der Organisation. Seine Hauptaufgabe war nicht die Beobachtung des Wahlgangs an sich, sondern es hatte den Wahlprozess zu analysieren und gegebenenfalls Empfehlungen an die Wahlbehörde zu richten. Diese Analyse bezog sich auf spezielle Fragen wie die Wählerregistrierung, die Tätigkeit der Wahlkommissionen, die Stimmenauszählung und Stimmenverteilung sowie Beschwerde- und Anfechtungsverfahren.

Vor der Entsendung des Teams am 26. September besuchten einige hochrangige OSZE-Vertreter Kabul, unter ihnen der Amtierende Vorsitzende im April und Generalsekretär Ján Kubiš Anfang September. Im Juli hielt sich eine Bedarfsermittlungsmission des OSZE-Sekretariats und des BDIMR in Afghanistan auf. Einige Wochen vor der eigentlichen Entsendung des Teams begab sich eine Vorbereitungsgruppe nach Afghanistan, die Fragen der Logistik und der Sicherheit vor der Ankunft der 28 Wahlexperten klären sollte. Die meisten dieser Experten wurden eine Woche vor dem Wahltag in den sieben Regionalzentren des Landes stationiert. Die restlichen Zwei-Personen-Teams betreuten Kabul und Umgebung.

Abgesehen von einer Ad-hoc-Beratung vor Ort über mögliche Verbesserungen im Wahlmanagement trug das Team wichtige Analysedaten zusammen, die mithalfen, eine plötzliche politische Krise am Wahltag zu bewältigen, die entstand, als eine Koalition von Präsidentschaftskandidaten drohte, die Wahl aufgrund vermuteter Unregelmäßigkeiten nicht anzuerkennen. Das Team arbeitete außerdem einen Katalog von Empfehlungen an die Wahlbehörde aus, der im Oktober erschien und in allen Einzelheiten beschrieb, was geschehen müsse, um die für 2005 vorgesehenen Parlamentswahlen möglich zu machen.

*„Der 9. Oktober war ein historischer Tag für Afghanistan, und die Millionen Menschen, die zu den Urnen gingen, wünschten sich eindeutig eine Abkehr von der Herrschaft der Waffe hin zur Herrschaft des Rechts ... Unsere Teams waren zutiefst beeindruckt von dem Umstand, dass Millionen afghanischer Männer und Frauen gestern im Iran und in Pakistan sowie in Afghanistan kamen, sich geduldig, oft in Schnee, Regen und Staub, unter Bedrohung ihres Lebens, in Warteschlangen einreihen und voll Begeisterung ihre Stimme abgaben. Wir wissen noch nicht, wofür sie sich entschieden haben, doch wir wissen, dass ihre Entscheidung jedenfalls zu respektieren sein wird.“*

**Botschafter Robert L. Barry, Leiter des OSZE-Wahlunterstützungsteams in Afghanistan**

## DIE ARBEIT DES STÄNDIGEN RATES

2004 engagierte sich der Ständige Rat (PC) aktiv in einer Reihe von Fragen, die einen wichtigen Platz in der OSZE-Agenda einnehmen. Nach dem Ministerrat von Maastricht fassten die Teilnehmerstaaten mehrere wichtige Beschlüsse zur Bekämpfung des Terrorismus, zur Bekämpfung des Antisemitismus, über Toleranz und den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung und über die Förderung von Toleranz und Medienfreiheit im Internet. Es wurde ein OSZE-Aktionsplan zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern verabschiedet, sowie Beschlüsse über die Schaffung eines Wirtschaftsprüfungsausschusses und über verstärkte Zusammenarbeit mit dem Europarat.

Durch wichtige Beschlüsse über die Entsendung eines Wahlunterstützungsteams nach Afghanistan bzw. über die Aufnahme der Mongolei als Kooperationspartner wurden Partnerschaften gestärkt.

Die Erörterungen im PC unter dem Tagesordnungspunkt „Aktuelle Fragen“ waren oft lebhaft und manche Teilnehmerstaaten brachten Entwicklungen im OSZE-Raum zur Sprache oder nahmen dazu Stellung und debattierten über die Rolle und die Zukunft der OSZE. Auch der Vorbereitungsausschuss wurde ausgiebig für die Erörterung und Vorbereitung von Beschlüssen vor ihrer Einbringung im PC genutzt.

In mehreren Arbeitsgruppen wurden Fachfragen diskutiert, die thematisch von konkreten Finanz- und Verwaltungsfragen und der Vorbereitung der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz bis zu allgemeineren Fragen wie Reform, Grenzen, Gleichberechtigung der Geschlechter und Kampf gegen den Menschenhandel, Bekämpfung des Terrorismus, Wirkung nach außen und Verbesserung der Funktionsweise und Effektivität der OSZE-Feldeinsätze reichten.

Der PC wurde regelmäßig von den Institutions- und Missionsleitern über ihre Tätigkeit informiert. Wie schon seit längerer Zeit üblich, fasste der PC Beschlüsse über die Verlängerung der Missionsmandate. Mehrere Gäste, unter ihnen zehn Minister, hielten Vorträge im Ständigen Rat.

Wie schon in den vergangenen Jahren war die intensivste Periode für den PC die Zeit vor dem Ministerrat, galt es doch, Beschlüsse vorzubereiten und zur Genehmigung durch die OSZE-Außenminister in Sofia zu verabschieden. Versuche, zu einigen wichtigen Fragen Konsens zu erreichen, beschäftigten die Delegationen bis zum Ende des Jahres.

Der Ständige Rat hatte 2004 eine umfangreiche Agenda zu bewältigen und stellte seine Bedeutung als das wichtigste politische Forum und Beschlussfassungsorgan der Organisation unter Beweis.

[www.osce.org/pc](http://www.osce.org/pc)

## Gastredner im Ständigen Rat der OSZE 2004

	<b>Gastredner</b>	<b>Thema des Vortrags</b>
22. Januar	<b>Dick Roche</b> Minister für europäische Angelegenheiten Irlands	Irische EU-Präsidentschaft
5. Februar	<b>Ilinka Mitreva</b> Ministerin für auswärtige Angelegenheiten der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien	EU- und NATO-Erweiterung
12. Februar	<b>Heidi Tagliavini</b> Sonderbeauftragte des Generalsekretärs für Georgien	Aktivitäten und Prioritäten der VN-Beobachtermission in Georgien zur Beilegung des Konflikts in Abchasien (Georgien)
16. Februar	<b>Miomir Zuzul</b> Minister für auswärtige Angelegenheiten Kroatien	Die wichtigsten politischen Ziele der kroatischen Regierung
26. Februar	<b>Kastriot Islami</b> Minister für auswärtige Angelegenheiten Albanien	Zusammenarbeit in Südosteuropa und Albanien Bemühungen um Mitgliedschaft in EU und NATO
1. April	<b>Heikki Talvitie</b> EU-Sonderbeauftragter für den Südkaukasus	Tätigkeitsbericht
22. April	<b>Lucius Cafilisch</b> Mitglied des Präsidiums des Gerichtshofs, im Namen des Präsidenten des OSZE-Vergleichs- und Schiedsgerichtshofs	OSZE-Vergleichs- und Schiedsgerichtshof
13. Mai	<b>Udo Janz</b> UNHCR-Vertreter in Bosnien und Herzegowina	Zusammenarbeit zwischen OSZE und UNHCR in Bosnien und Herzegowina
20. Mai	<b>Erhard Busek</b> Sonderkoordinator des Stabilitätspakts für Südosteuropa	Bestandsaufnahme anlässlich des fünfjährigen Bestehens des Stabilitätspakts
27. Mai	<b>Bruce George</b> Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE	Abschiedsrede
18. Juni	<b>Vuk Drašković</b> Außenminister Serbien und Montenegros	Aufruf zum Dialog und zur Dezentralisierung im Kosovo
14. Juli	<b>Bernard Rudolf Bot</b> Minister für auswärtige Angelegenheiten des Königreichs der Niederlande	Prioritäten der niederländischen EU-Präsidentschaft
15. Juli	<b>Christopher Patten</b> Mitglied der Europäischen Kommission, zuständig für Außenbeziehungen	Zusammenarbeit zwischen EU und OSZE
22. Juli	<b>Walter Schwimmer</b> scheidender Generalsekretär, Europarat	Zusammenwachsen Europas: Agenda für einen Traum
22. Juli	<b>Vasile Sova</b> Minister für Reintegration Moldaus	Schulkrise in der moldauischen Region Transnistrien
29. Juli	<b>Salome Surabischwili</b> Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Georgiens	Jüngste Ereignisse in Georgien
18. August	<b>Salome Surabischwili</b> Ministerin für auswärtige Angelegenheiten Georgiens	Jüngste Ereignisse in Georgien
9. September	<b>Kassym Schomart Tokajew</b> Minister für auswärtige Angelegenheiten Kasachstans	Parlamentswahlen in Kasachstan
21. Oktober	<b>Javier Rupérez</b> Exekutivdirektor, Exekutivdirektorium des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus (CTED)	Werbung um Unterstützung durch die OSZE im Kampf gegen den Terrorismus
21. Oktober	<b>Heikki Talvitie</b> EU-Sonderbeauftragter für den Südkaukasus	Unterrichtung der OSZE über seine Aktivitäten für den Südkaukasus
11. November	<b>Alcee L. Hastings</b> Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE	Antrittsrede einschließlich Tätigkeitsbericht des neuen Präsidenten
25. November	<b>Antonio Maria Costa</b> Exekutivdirektor des UNODC	Anbauüberwachung
30. November	<b>Andrei Stratan</b> Minister für auswärtige Angelegenheiten der Republik Moldau	Moldaus Ansichten zu aktuellen OSZE-Fragen

# AKTIVITÄTEN DER PERSÖNLICHEN BEAUFTRAGTEN DES AMTIERENDEN VORSITZENDEN

## **Das Übereinkommen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen in Bosnien und Herzegowina (Anhang 1-B Artikel II) und das Übereinkommen über subregionale Rüstungskontrolle (Anhang 1-B Artikel IV des Friedensübereinkommens von Dayton)**

Es war als enormer Fortschritt im Normalisierungsprozess der Region zu werten, als die Parteien des Übereinkommens über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM) in Bosnien und Herzegowina am 28. September beschlossen, die Bestimmungen von Anhang 1-B Artikel II des Friedensübereinkommens von Dayton außer Kraft zu setzen. In ihrem Beschluss verwiesen sie auf die außerordentlichen Fortschritte bei der Umsetzung des VSBM-Regimes und berücksichtigten die Umsetzung des Verteidigungsgesetzes in Bosnien und Herzegowina, mit dem eine einheitliche Verteidigungsstruktur geschaffen worden war. Das Außerkrafttreten des Übereinkommens hindert keine der Parteien daran, Maßnahmen, die im Übereinkommen enthalten waren oder mit ihm in Verbindung standen, freiwillig fortzusetzen.

Die Parteien des Übereinkommens zu Artikel IV setzten den Rüstungskontrollprozess in der Region fort, der deutlich zum weiteren Stabilisierungsprozess beitrug. Wie geplant führten die Parteien dreizehn Inspektionen unter Beteiligung von Experten aus 28 OSZE-Ländern durch. Der Persönliche Beauftragte nahm an zwei Inspektionen durch ein Team von Bosnien und Herzegowina in Kroatien bzw. Serbien und Montenegro teil und würdigte die dabei festgestellte Zusammenarbeit und Transparenz. Die Qualität des jährlichen Informationsaustauschs erreichte einen hohen Standard. Aufgrund des andauernden Umstrukturierungsprozesses der Streitkräfte erstatteten die Parteien halbjährlich Bericht. Die Reduzierung der Waffen ging entsprechend weiter.

Auf der vierten Überprüfungskonferenz zum Übereinkommen wurden wichtige Beschlüsse gefasst, die gewisse Schlupflöcher beseitigen sollten, wie etwa von den Beschränkungen ausgenommene Ausrüstungen, die es den Parteien gestatteten, erhebliche Mengen an Ausrüstung über vereinbarte Obergrenzen hinaus in ihren Beständen zu halten. Im Einklang mit Beschluss 1/26 der Subregionalen Beratungskommission (SRCC) wurde eine Sondervereinbarung getroffen, der zufolge Waffen, die für Forschungs- und Entwicklungszwecke von den Begrenzungen ausgenommen sind, bis Ende 2004 in jeder der durch Artikel IV begrenzten Kategorien auf höchstens fünf Prozent beschränkt werden. Fortschritte

gab es auch in Bezug auf die Reduzierung von Waffen in den Beständen der Kräfte der inneren Sicherheit.

Der Persönliche Beauftragte setzte seine Konsultationen mit OSZE-Delegationen fort, um eine langfristige Strategie im Einklang mit der Gesamtstrategie in der Region zu entwickeln, deren Ziel unter anderem darin besteht, die Verantwortung für diesen Prozess an die Parteien zu übertragen und die Rolle, die Präsenz und die Aufgaben der internationalen Gemeinschaft schrittweise zu reduzieren. Für das Artikel-IV-Übereinkommen wurde die Eigenverantwortung bereits voll verwirklicht. Der Persönliche Beauftragte wird den Parteien auch weiterhin mit Anleitungen und technischer Unterstützung bei der Umsetzung des Inspektionsregimes sowie mit Analysen und Know-how für die Durchführung des jährlichen Informationsaustauschs zur Seite stehen.

## **Das Büro des Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst**

Die Verhandlungen zur Beilegung des Konflikts um Berg-Karabach gewannen 2004 an Tempo, insbesondere durch die Treffen zwischen den Präsidenten Aserbaidschans und Armeniens und den so genannten „Prager Prozess“ von Treffen der jeweiligen Außenminister. Diese verstärkte Aktivität bedeutete für den Persönlichen Beauftragten, Botschafter Andrzej Kasprzyk, der den Vorsitz und die Minsk-Gruppe, einschließlich ihrer Kovorsitzenden, über die Entwicklungen zu unterrichten hat, einen erhöhten Arbeitsaufwand.

Der Persönliche Beauftragte und sein Büro erfüllten weiter ihren Auftrag in Bezug auf die Beobachtung der Frontlinie, die es ihnen gestattete, sich ein genaues Bild von der militärischen Lage zu machen und mitzuhelfen, Spannungen zu entschärfen. Das war vor allem im Juni wichtig, als wiederholte Verletzungen der Waffenruhe gemeldet wurden. Die Berichte des Persönlichen Beauftragten warnten frühzeitig vor dieser Zunahme der Spannungen, und es wurden Maßnahmen zur Normalisierung der Lage getroffen. Die militärische Lage an der Frontlinie scheint sich stabilisiert zu haben.

Der Persönliche Beauftragte unterstützte darüber hinaus die Hochrangige Planungsgruppe bei der Erfüllung ihrer mandatsgemäßen Aufgaben. Er hielt auch Kontakt mit Organisationen wie der EU, dem Europarat, UNHCR, dem IKRK und verschiedenen internationalen NROs im Zusammenhang mit den gravierenden Problemen der Binnenvertriebenen und Flüchtlinge, der Kriegsgefangenen, Vermissten und Inhaftierten sowie in Bezug auf die Minenräumung.

Die vom Büro geförderten vertrauensbildenden Maßnahmen zwischen den Seiten beschränkten sich weitgehend auf Schritte, die notwendig waren, um die Überwachungsaktivitäten durchzuführen und bei der Rückkehr der von den Seiten inhaftierten Kriegsgefangenen Hilfestellung zu leisten. Es wurden weitere Bemühungen unternommen, um Kontakte zwischen den Seiten auf lokaler Ebene zu fördern. Gegen Ende des Berichtszeitraums führten neue Impulse in Richtung einer Beilegung des Konflikts zu einer Vereinbarung zwischen den Seiten über einen Erkundungsbesuch der Minsk-Gruppe der OSZE in den besetzten Gebieten um Berg-Karabach, der Anfang 2005 stattfinden soll.

### **Die Hochrangige Planungsgruppe**

Die Hochrangige Planungsgruppe (HLPG) wurde 1994 vom Budapester Gipfeltreffen der KSZE-Teilnehmerstaaten mit dem Auftrag eingerichtet, dem Amtierenden Vorsitzenden hinsichtlich des Konflikts, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, Optionen für die Planung einer multinationalen OSZE-Friedenstruppe zu empfehlen. Dazu zählen Pläne für die Einrichtung, die nötige Truppenstruktur, Einsatzbedingungen sowie Größe und Merkmale dieser Kräfte.

Zur Verbesserung ihres Informationsstandes unterhielt und erweiterte die HLPG 2004 ihre Kontakte mit mehreren internationalen Gremien wie dem Hauptquartier der Südosteuropabrigade (SEEBRIG) in Constanța (Rumänien) und der Multinationalen Brigade aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft für Operationen der Vereinten Nationen (SHIRBRIG) in Kopenhagen (Dänemark).

Angesichts der unverändert heiklen Lage im Konfliktgebiet war es der HLPG nicht möglich, die so dringend benötigte Mission zur Beschaffung von Informationen über operative und logistische Aspekte im Konfliktgebiet durchzuführen. Die Gruppe nahm stattdessen an mehreren Überwachungsmissionen an der Kontaktlinie teil, wie sie dies seit September 1998 tut.

### **Der Persönliche Gesandte des Amtierenden Vorsitzenden für die Teilnehmerstaaten in Zentralasien**

Der ehemalige finnische Präsident Martti Ahtisaari, der 2003 zum Persönlichen Gesandten des Amtierenden Vorsitzenden für Zentralasien berufen worden war, übte diese Funktion weiter aus und unterstützte den Vorsitz seinem Mandat entsprechend auch weiterhin bei der Pflege von Kontakten mit den Teilnehmerstaaten in Zentralasien auf höchster politischer Ebene. Im Sinne seines Auftrags reiste der Persönliche Gesandte zweimal nach Kirgisistan und Turkmenistan und einmal nach Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan.

Neben seinen Treffen mit hochrangigen Politikern festigte Präsident Ahtisaari seine Kontakte und führte Verhandlungen mit Vertretern der Zivilgesellschaft, der Medien, der internationalen Gemeinschaft und den Botschaftern der OSZE-Teilnehmerstaaten. Er verfolgte auch die Entwicklung von OSZE-unterstützten Projekten wie dem Informationszentrum über Arbeitskräftemigration in Duschanbe und der OSZE-Akademie in Bischkek, wo er lange mit Studenten diskutierte.

Da in den Ländern der Region 2004 zahlreiche Wahlen abgehalten wurden und auch 2005 einige stattfinden werden, waren Wahlen eines der Hauptthemen, die der Persönliche Gesandte mit den Behörden erörterte. Um sich mit den Wahlgesetzen und Wahlsystemen vertraut zu machen, führte er Gespräche mit den Vorsitzenden der Zentralen Wahlkommissionen in Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan und Usbekistan. Präsident Ahtisaari erinnerte seine Gesprächspartner daran, dass freie und faire Wahlen eine notwendige, wenn auch nicht die einzige Voraussetzung für Demokratie seien.

Weitere Themen seiner Erörterungen waren das Bildungswesen als eine der Prioritäten des Vorsitzes, Good Governance, ein Moratorium in Bezug auf die Todesstrafe und deren spätere Abschaffung sowie Fragen wie Minenräumung, Entwicklung der Zivilgesellschaft und der Kampf gegen den Terrorismus und Extremismus. Der Persönliche Gesandte wurde bei der Erfüllung seines Auftrags durch die finnische NRO *Crisis Management Initiative* unterstützt.

# BERICHTE DER VORSITZENDEN DER KONTAKTGRUPPEN MIT DEN KOOPERATIONSPARTNERN IM MITTELMEERRAUM UND MIT DEN KOOPERATIONSPARTNERN IN ASIEN\*

Kooperationspartner im Mittelmeerraum sind: Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Marokko und Tunesien  
Vorsitz 2004 in der Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum: Slowenien

Kooperationspartner in Asien sind: Afghanistan, Japan, Korea, die Mongolei und Thailand  
Vorsitz 2004 in der Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern in Asien: Niederland

**Verstärktes Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern.** Als Ergebnis der im Dezember 2003 beim Ministerrat von Maastricht verabschiedeten Beschlüsse kam es 2004 zu einem reichhaltigeren, konzentrierteren und intensiveren Dialog zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern. Die OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert und ein späterer Beschluss über die Fortsetzung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten (Beschluss Nr. 571 des Ständigen Rates<sup>1</sup>) gaben Gelegenheit zur Erörterung möglicher neuer Bereiche der Interaktion.

In der informellen Freundesgruppe unter dem Vorsitz des Botschafters Finnlands fanden diesbezügliche Diskussionen statt. Die Bedeutung des daraus entstandenen Berichts, der auf dem Austausch verschiedener Ansichten, auch mit den Kooperationspartnern, beruht, wurde in einem Beschluss hervorgehoben, den der Ministerrat im Dezember 2004 in Sofia fasste und in dem die zunehmende Bedeutung der fest verankerten Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien anerkannt wird.

Die Arbeit in den Sitzungen der Mittelmeer- und der Asien-Kontaktgruppe im Jahr 2004 ergänzte den verbesserten Zugang der Partnerstaaten zu verschiedenen OSZE-Aktivitäten, auch zum PC und zum FSK. Der Vorsitzende des Ständigen Rates referierte in den Kontaktgruppensitzungen regelmäßig über die laufenden Aktivitäten des Amtierenden Vorsitzenden. Die Arbeit in den Sitzungen der beiden Kontaktgruppen stand auch im Zusammenhang mit Erörterungen über die Umsetzung von PC-Beschluss Nr. 571 in der informellen Freundesgruppe.

Die Partnerstaaten nahmen aktiv an der OSZE-Antisemitismuskonferenz in Berlin, der OSZE-Tagung über die Zusammenhänge zwischen rassistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Propaganda im Internet und Hassdelikten in Paris sowie an der OSZE-

Konferenz über Toleranz und den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in Brüssel teil. Sie wurden auch zu einer technischen Expertenkonferenz über Grenzmanagement und Grenzsicherung eingeladen, die von der OSZE und dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung organisiert wurde, sowie zur gemeinsamen Konferenz der Parlamentarischen Versammlung und des Konfliktverhütungszentrums der OSZE über demokratische Kontrolle und die parlamentarische Aufsicht über Streitkräfte, Polizei und Sicherheitskräfte. Sie beteiligten sich auch an der jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE.

**Die Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum.** Unter slowenischem Vorsitz fanden 2004 acht Kontaktgruppensitzungen mit den Mittelmeerpartnern statt, vor denen oft Sitzungen der Kontaktstellen auf Arbeitsebene abgehalten wurden. Die Tagesordnungen dieser Sitzungen widmeten sich ausgewogen allen drei OSZE-Dimensionen – unter anderem einem Gedankenaustausch mit dem Vorsitzenden des Forums für Sicherheitskooperation, dem Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE, dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit und dem Direktor des BDIMR.

Es wurden auch andere OSZE-Aktivitäten diskutiert, die für die Mittelmeerpartner von Belang sind. Sie reichten vom Kampf gegen den Menschenhandel über Genderfragen bis zu Angelegenheiten des Grenzmanagements. Darüber hinaus fand eine Diskussion mit dem Leiter der Gruppe Terrorismusbekämpfung des Sekretariats über OSZE-Aktivitäten zu diesem Thema statt, einschließlich eines Workshops über die Bedrohung der Zivilluftfahrt auf Flughäfen durch MANPADS.

Die Kontaktgruppe lud auch Vertreter anderer internationaler Organisationen ein, etwa den Direktor der Kommission für Demokratie durch Recht (Venedig-Kommission) des Europarats und Vertreter der EU-

\* Siehe auch die Berichte des Amtierenden Vorsitzenden und des Generalsekretärs über das Zusammenwirken mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien sowie mit regionalen Organisationen außerhalb des OSZE-Raums.

<sup>1</sup> Fortsetzung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern und Erkundung des möglichen Umfangs für die umfassendere Weitergabe der OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen an andere.

Präsidentschaft zum Barcelona-Prozess der EU.

**Weitergabe von Wissen betreffend vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen.** Nachdem die Kooperationspartner im Mittelmeerraum entsprechendes Interesse angemeldet hatten, organisierte der Vorsitzende der Mittelmeer-Kontaktgruppe im Mai erstmals einen Arbeitsbesuch und informellen Gedankenaustausch zu ausgewählten vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen der OSZE aus dem Wiener Dokument 1999.

Bei dieser Veranstaltung wurde ein Beurteilungsbesuch auf einem Militärstützpunkt in Marburg (Maribor) simuliert. Solche Übungen sind nicht nur ein wichtiger Beitrag zur Vertrauensbildung im Mittelmeerraum, sondern auch ein nützliches Instrument, um Partnerstaaten den Besitzstand der OSZE zu demonstrieren. Ähnliche Veranstaltungen sollen 2005 zu allen drei OSZE-Dimensionen stattfinden.

**Förderung der weiteren Vertiefung der Beziehungen durch Parallelveranstaltungen.** Auf Ersuchen der Mittelmeerpartner wurden am Rande mehrerer OSZE-Aktivitäten Nebenveranstaltungen abgehalten. Diese Veranstaltungen unter der Leitung des Vorsitzenden der Mittelmeer-Kontaktgruppe dienten der weiteren Förderung der Beziehungen zwischen der OSZE und ihren Partnern. So gab es etwa am Rande des Wirtschaftsforums in Prag Diskussionen über die Erschließung des Arbeitskräftepotenzials und, parallel zum Warschauer Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension, Sitzungen, bei denen die Erfahrungen der OSZE mit Wahlbeobachtung diskutiert wurden.

Parlamentarierdelegationen der OSZE-Staaten und der Mittelmeerpartner nahmen auch an Parallelveranstaltungen sowohl der Winter- als auch der Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE teil. Der OSZE-Generalsekretär und der Vorsitzende der Mittelmeer-Kontaktgruppe wohnten dem zweiten Mittelmeerforum der Parlamentarischen Versammlung am 1. Oktober in Rhodos bei.

**OSZE-Mittelmeerseminar.** Auf Einladung Ägyptens fand im November in Scharm-el-Scheich das Mittelmeerseminar 2004 zum Thema „Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert: Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum“ statt. Die zweitägige Veranstaltung unterstrich die Bedeutung der OSZE-Mittelmeerdimension und das zunehmende Zusammenwirken zwischen der OSZE und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum vor dem Hintergrund weltweiter Bedrohungen und Herausforderungen für die Sicherheit. An dem Seminar nahmen 37 Teilnehmerstaaten, alle Kooperationspartner im Mittelmeerraum, zwei asiatische Partner sowie Vertreter anderer internationaler Organisationen und Institutionen teil.

Eine der wichtigsten Botschaften des Seminars war es, dass die globalen Sicherheitsbedrohungen ein gemeinsames Vorgehen verlangen. Es wurden Vorschläge für künftige Aktivitäten zu Fragen der Toleranz und der gegenseitigen Achtung gemacht, und es wurde vorgeschlagen, sich intensiver mit Fragen der

Eingliederung von Migranten sowie deren Rechten und Pflichten zu befassen. Außerdem wurde der OSZE nahe gelegt, die Übernahme von Aufgaben bei den Präsidentenwahlen in den Palästinensergebieten am 9. Januar 2005 zu überlegen.

**Die Kontaktgruppe mit den Kooperationspartnern in Asien.** Die vier Sitzungen der Kontaktgruppe mit den asiatischen Partnern konzentrierten sich 2004 unter niederländischem Vorsitz auf die laufende Arbeit in der OSZE und die Vorbereitung der OSZE/Japan-Konferenz 2004 und der OSZE/Korea-Konferenz 2005. Diskutiert wurden unter anderem das OSZE-Konzept für Grenzsicherung und Grenzmanagement, gemeinsame Maßnahmen gegen den Terrorismus im Hinblick auf die Folgeveranstaltung der Sondersitzung des Ausschusses zur Bekämpfung des Terrorismus des VN-Sicherheitsrats sowie Vorbereitungsarbeiten für das Zwölfte Wirtschaftsforum. Die Teilnehmer befassten sich außerdem mit den Präsidentenwahlen in Afghanistan und der diesbezüglichen Rolle des OSZE-Wahlunterstützungsteams.

**Die OSZE/Japan-Konferenz.** Im März versammelten sich rund 180 Vertreter der Teilnehmerstaaten, der Partnerstaaten in Asien und im Mittelmeerraum, internationaler Organisationen, wissenschaftlicher Einrichtungen und von NROs aus Asien und Europa in Tokio zur OSZE/Japan-Konferenz. Bei der Veranstaltung mit dem Titel „Die Suche nach wirksamer Konfliktverhütung unter den neuen Sicherheitsbedingungen – Europäische Sicherheitsmechanismen und Sicherheit in Asien“ wurde vorgeschlagen, mit den asiatischen Partnern, insbesondere mit dem ASEAN-Regionalforum, gemeinsame Veranstaltungen über die Bekämpfung des illegalen Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen und des Menschenhandels zu organisieren.

Nach der Konferenz trafen die Teilnehmer informell mit Mitgliedern des ASEAN-Regionalforums zusammen, die an einem Workshop über vorbeugende Diplomatie unter dem gemeinsamen Vorsitz Japans und Thailands teilgenommen hatten; bei diesem Treffen wurden die Teilnehmer über die Ergebnisse der OSZE/Japan-Konferenz und über die Erfahrungen der OSZE mit vorbeugender Diplomatie informiert. Die Veranstaltung diente der Festigung der Verbindung zwischen der OSZE und dem ASEAN-Regionalforum.

**Die OSZE/Korea-Konferenz im April 2005.** Die zweite OSZE/Korea-Konferenz ist für den 25. und 26. April 2005 in Seoul geplant und wird sich mit dem Thema „Neue Sicherheitsbedrohungen und ein neues Sicherheitsparadigma“ befassen. An der Veranstaltung werden voraussichtlich die OSZE-Teilnehmerstaaten, die Kooperationspartner, Vertreter internationaler Organisationen und Institutionen, die Mitgliedstaaten des ASEAN-Regionalforums, Vertreter der Zivilgesellschaft sowie NROs teilnehmen.

**Das OSZE-Wahlunterstützungsteam für Afghanistan.** Auf Einladung des afghanischen Außenministers Abdullah Abdullah, der den Amtierenden Vorsitzenden der OSZE ersucht hatte, das BDIMR möge die ersten Präsidentenwahlen des Landes im Oktober beobachten, beschloss der Ständige Rat im Juli, ein

Wahlunterstützungsteam für Afghanistan einzurichten. Das Team unter der Leitung von Botschafter Robert Barry wurde nach Afghanistan entsandt, um bestimmte Aspekte des Wahlprozesses – die Wählereintragung, die Arbeit der Wahlkommissionen, die Stimmenausrählung und Stimmenverteilung sowie die Beschwerde- und Anfechtungsverfahren – zu analysieren.

Mit dieser Unterstützung für das Land unterstrich die OSZE, wie wichtig demokratische Wahlen sind, um die Demokratie und die Menschenrechte zu festigen, die Stabilität in Afghanistan zu fördern und einen Beitrag zu den internationalen Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus zu leisten. Das Engagement der OSZE wurde allgemein als Beitrag zur Stabilität Afghanistans begrüßt. Beim Amtierenden Vorsitzenden ging auch eine Einladung an die OSZE ein, die für Frühjahr 2005 vorgesehenen Parlamentswahlen in Afghanistan zu beaufsichtigen. (Näheres zum OSZE-Wahlunterstützungsteam für Afghanistan findet sich auf Seite xx.)

**Sitzungen der Ministertrioika mit Vertretern der Partnerstaaten.** Unmittelbar vor dem 12. Ministerratstreffen in Sofia traf die Ministertrioika mit ihren jeweiligen Amtskollegen auf Seiten der

Kooperationspartner in Asien und im Mittelmeerraum zusammen. Gemeinsam erörterten sie unter anderem das Zusammenwirken zwischen der OSZE und den Mittelmeerpartnern bei der Auseinandersetzung mit aktuellen Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität im Zusammenhang mit der Umsetzung des PC-Beschlusses Nr. 571 sowie Vorschläge für weiteren Dialog und gemeinsame Aktivitäten.

**Die Mongolei – ein neuer Kooperationspartner.** Entsprechend einem Ersuchen des mongolischen Außenministers in einem an den Amtierenden Vorsitzenden gerichteten Schreiben wurde der Mongolei der Status eines Kooperationspartners zuerkannt, nachdem der Ständige Rat am 2. Dezember in einem Beschluss festgestellt hatte, dass die Mongolei die OSZE-Prinzipien und -Ziele unterstützt und das umfassende und kooperative Konzept der Organisation in Bezug auf Sicherheit und damit zusammenhängende Fragen der wirtschaftlichen und menschlichen Entwicklung teilt. Die Mongolei, die eine gemeinsame Grenze mit der OSZE hat, äußerte ihr Interesse an der Herstellung enger Beziehungen zur Organisation durch den Austausch von Gedanken und Informationen zu verschiedenen Fragen von beiderseitigem Interesse und durch Teilnahme an OSZE-Sitzungen und -Aktivitäten.

# **DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION**

# DAS FORUM FÜR SICHERHEITSKOOPERATION

Das auf dem Gipfeltreffen von Helsinki 1992 eingerichtete Forum für Sicherheitskooperation (FSK) ist für die politisch-militärische Dimension der OSZE zuständig. Auf den wöchentlichen Sitzungen im Wiener Kongresszentrum Hofburg führen die Vertreter der OSZE-Staaten Verhandlungen und Konsultationen über Maßnahmen, durch die die Sicherheit und Stabilität im gesamten OSZE-Gebiet von Vancouver bis Wladiwostok gestärkt werden kann. Die wichtigsten Ziele des Forums sind:

- Verhandlung und Verabschiedung politisch bindender Beschlüsse über Rüstungskontrolle sowie über Abrüstung und vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen (VSBM)
- Regelmäßige Konsultationen und intensive Zusammenarbeit in Angelegenheiten, die Sicherheitsfragen betreffen
- Weitere Verringerung des Risikos von Bedrohungen und Konflikten
- Durchführung und Überprüfung der Durchführung vereinbarter VSBM und Verpflichtungen

Darüber hinaus ist das Forum für das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung verantwortlich, das ein Forum zur Erörterung und Klarstellung von Informationen bietet, die gemäß vereinbarten VSBM ausgetauscht wurden. Auch Beiträge zur Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz, die Vorbereitung von Seminaren und Workshops und die Unterrichtung des Ministerrats über das im Laufe des Jahres Erreichte zählen zu den Aufgaben des Forums.

Der Vorsitz im Forum wechselt alle vier Monate in der alphabetischen Reihenfolge der OSZE-Teilnehmerstaaten. 2004 stand das Forum unter dem Vorsitz Andorras, Armeniens und Österreichs.

In letzter Zeit hat das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) immer vielfältigere Sicherheitsaufgaben übernommen und damit rechtzeitig und effektiv auf die Notwendigkeit reagiert, seine Werkzeuge und Schwerpunkte an ein sich änderndes Sicherheitsumfeld und neue Herausforderungen anzupassen, zum Beispiel die Verminderung der Risiken, die gefährliche Lagerbestände überschüssiger Munition darstellen, und die Kontrolle über Kleinwaffen und leichte Waffen.

**Verbesserung der Sicherheit, Stabilität und Transparenz.** Auf der Grundlage seiner Verpflichtung, die Sicherheit, Stabilität und Transparenz im OSZE-Gebiet zu verbessern, arbeitete das Forum 2004 weiter an der vollen und umfassenden Umsetzung, rechtzeitigen Anpassung und weiteren Entwicklung der Aktivitäten in Bezug auf Rüstungskontrolle, Abrüstung und VSBM. Die Treffen des OSZE-Ministerrats in Maastricht und Sofia übertrugen dem FSK mit ihren Beschlüssen – etwa der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert – konkrete Mandate und Aufgaben. Die Beschlüsse unterstrichen, dass das Forum durch seinen Beitrag zu den Bemühungen der Organisation um Verhütung und Bekämpfung von Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum eine Schlüsselrolle spielt. 2004 verabschiedete der Ministerrat von Sofia vier vom Forum vorgeschlagene Entwürfe.

**Der Umgang mit gefährlichen Lagerbeständen von Munition und Kleinwaffen und leichten Waffen.** Überschüssige Lagerbestände an Munition sowie an Kleinwaffen und leichten Waffen (SALW), Relikte aus der Zeit des Kalten Krieges, stellen eine erhebliche Bedrohung für die Bevölkerung, die Infrastruktur und die Umwelt vieler OSZE-Länder dar. Sie werden oft ungenügend bewacht und können somit zur allgemeinen Sicherheitsbedrohung werden, wenn sie Terroristen in die Hände fallen.

Das OSZE-Dokument über Lagerbestände konventioneller Munition und das Dokument über

Kleinwaffen und leichte Waffen bieten den Teilnehmerstaaten einen Rahmen für Hilfsersuchen oder Hilfeleistung bei der Sicherung oder Vernichtung solcher Lagerbestände. Die Frage, wie auf solche Ersuchen angemessen zu reagieren ist, stellt das FSK und die OSZE vor eine neue Herausforderung.

Hilfeersuchen zur Sicherung oder Beseitigung überschüssiger Lagerbestände an Munition wurden von der Ukraine, Belarus, der Russischen Föderation, Tadschikistan und zuletzt durch Kasachstan gestellt. Eine Sondersitzung am 29. September, bei der die Probleme, technischen Mittel und Management- und finanziellen Ressourcen zur Lösung des Problems überschüssiger Lagerbestände geprüft wurden, zeigte die Größenordnung und Dringlichkeit der Frage auf. Es wurde deutlich, dass erhebliche Anstrengungen von Gebern notwendig sind, um den Ersuchen zu entsprechen. Dank intensiver Konsultationen konnten die nächsten Schritte geklärt werden, etwa die Vorbereitung von Beurteilungsmissionen, zum Beispiel in die Oblast Kaliningrad.

Belarus, Tadschikistan und kürzlich auch Kasachstan ersuchten um Hilfestellung bei der Sicherung oder Zerstörung überschüssiger SALW-Lagerbestände. Beratungen im FSK und Initiativen von Teilnehmerstaaten führten zu einer Reihe von Maßnahmen, darunter Beurteilungsbesuche in Belarus und Tadschikistan und, im Fall von Belarus, zu einem Beschluss des Ständigen Rates und zur Ausarbeitung detaillierter Projektpläne.

Es wird notwendig sein, in der Öffentlichkeit das Bewusstsein für die latente Bedrohung der öffentlichen Sicherheit durch solche Lagerbestände zu wecken, und es wird der internationalen Zusammenarbeit bedürfen, um zu gewährleisten, dass die erforderlichen Mittel von Geberländern bereitgestellt werden und die wirksamsten Lösungen umgesetzt werden können.

**Beurteilung der OSZE-Arbeit zu Sicherheitsfragen.** Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz (ASRC) wurde vom Ministerrat in Porto (2002) als „Rahmen für einen verstärkten Sicherheitsdialog und für die Überprüfung der Arbeit der OSZE und ihrer Teilnehmerstaaten im Sicherheitsbereich“ eingerichtet. Das Forum wurde beauftragt, einen maßgeblichen Beitrag zu dieser Überprüfung in der politisch-militärischen Dimension der OSZE zu leisten, damit die vorhandenen Instrumente rechtzeitig an das sich wandelnde Sicherheitsumfeld angepasst werden können. Die zweite ASRC fand im Juni statt und befasste sich mit Terrorismus, Grenzsicherung und strategischer Sicherheit sowie mit der weiteren Vorgehensweise. Bei der Konferenz wurden über hundert Vorschläge zur weiteren Verbesserung der Sicherheitskooperation zwischen den Teilnehmerstaaten erarbeitet.

Eine wesentliche Aufgabe des Forums besteht darin, die Umsetzung der zahlreichen Verpflichtungen betreffend die im Wiener Dokument 1999 und in anderen einschlägigen FSK-Beschlüssen enthaltenen VSBM durch die Teilnehmerstaaten zu bewerten, um sicherzustellen, dass diese Verpflichtungen von allen Teilnehmerstaaten eingehalten werden. Das im März vom Forum organisierte 14. Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung gab Gelegenheit zu einer vollständigen Überprüfung aller Implementierungsmaßnahmen und ergab rund vierzig Vorschläge, durch die die Transparenz und Aussagekraft der ausgetauschten militärischen Informationen weiter verbessert werden soll. Einige der Vorschläge wurden bereits in die Tat umgesetzt.

**Bekämpfung des Terrorismus.** Vom Beitrag des Forums zum Kampf gegen den Terrorismus zeugt insbesondere die Verabschiedung dreier bedeutender Dokumente. Es sind dies:

- die OSZE-Prinzipien für die Ausfuhrkontrolle schultergestützter Flugabwehrraketensysteme (MANPADS)
- die OSZE-Prinzipien für die Kontrolle über Vermittlungsgeschäfte mit Kleinwaffen und leichten Waffen und
- Standardelemente von Endabnehmerzertifikaten und Verifikationsverfahren für die Ausfuhr von Kleinwaffen und leichten Waffen

Diese Dokumente sind wertvolle Werkzeuge, durch die verhindert werden soll, dass schultergestützte Flugabwehrraketen und andere Kleinwaffen und leichte Waffen auf illegale Märkte abgezweigt werden oder Terroristen in die Hände geraten. Des Weiteren

verabschiedete das Forum Beschlüsse über einen überarbeiteten Fragebogen zu Antipersonenminen und explosiven Kampfmittelrückständen sowie über eine Aktualisierung des internen Kommunikationssystems, das den direkten Austausch militärischer Informationen zwischen den Teilnehmerstaaten ermöglicht.

**Plattform für den Dialog über Sicherheitsfragen.** Der Sicherheitsdialog ist ein äußerst wichtiges und dynamisches Instrument des Forums für Sicherheitskooperation. Er steht regelmäßig auf der Tagesordnung der FSK-Sitzungen und bietet allen Teilnehmern Gelegenheit, Sicherheitsfragen allgemeinerer Natur zur Sprache zu bringen, seien es das sich ändernde Sicherheitsumfeld und seine Konsequenzen, neue Entwicklungen in der Verteidigungspolitik oder der Militärdoktrin, dimensionsübergreifende Aspekte oder neue Ideen für Dokumente. 2004 befassten sich die Teilnehmerstaaten und internationale Experten mit einer Vielfalt von Fragen, darunter Verteidigungsplanung, Streitkräftereform, internationale Missionen, Terrorismus, Militärdoktrin sowie die Nichtverbreitung und Lagerbestände von Munition.

**Stärkung der Zusammenarbeit mit anderen internationalen Gremien.** Das Forum lud zahlreiche Experten aus anderen internationalen Gremien ein, über konkrete Fragen mit Sicherheitsbezug zu referieren. So gab es etwa Präsentationen über Aktivitäten gegen den Terrorismus, über Massenvernichtungswaffen, die europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik, europäische und amerikanische Verteidigungsstrategien, dimensionsübergreifende Sicherheitsaspekte wie zum Beispiel die Zusammenhänge zwischen Waffeneinfuhren und nachhaltiger Entwicklung sowie über mögliche Formen der Zusammenarbeit zwischen verschiedenen Organisationen.

**Stärkung der inneren Zusammenarbeit.** Es wurden auch Bemühungen zur weiteren Verbesserung der Zusammenarbeit mit anderen OSZE-Organen und -Institutionen unternommen, insbesondere mit dem Konfliktverhütungszentrum und dem Ständigen Rat. Das Forum erweiterte überdies seine Zusammenarbeit mit dem BDIMR, dem Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE und den Feldeinsätzen der Organisation. Um die OSZE-Kooperationspartner zur verstärkten Mitwirkung zu veranlassen, ermutigte das Forum die Partnerstaaten in einem Dokument zur Mitarbeit im politisch-militärischen Bereich und zur freiwilligen Umsetzung der einschlägigen Prinzipien und vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen.

[www.osce.org/fsc](http://www.osce.org/fsc)

# **DIE PARLAMENTARISCHE VERSAMMLUNG DER OSZE**

# AKTIVITÄTEN DER PARLAMENTARISCHEN VERSAMMLUNG DER OSZE

Die Parlamentarische Versammlung der OSZE (PV) steht für die parlamentarische Dimension der Organisation. Die aus insgesamt 317 Parlamentariern bestehende Versammlung hat vor allem die Aufgabe, den interparlamentarischen Dialog zu fördern, der einen wichtigen Aspekt der Gesamtbemühungen im Interesse der Demokratie in der ganzen OSZE-Region darstellt.

Die vom Pariser Gipfeltreffen 1990 zur Förderung einer verstärkten Einbindung der nationalen Parlamente in die OSZE ins Leben gerufene Parlamentarische Versammlung hat sich zu einem sehr aktiven Mitglied der OSZE-Familie entwickelt. Ihr Präsident beteiligt sich regelmäßig auf politischer Ebene an der Arbeit der OSZE, etwa durch seine Teilnahme an Sitzungen der Ministertroika und des Ministerrats. Der Generalsekretär der Versammlung und die Bediensteten ihres Internationalen Sekretariats arbeiten mit dem OSZE-Sekretariat und den anderen OSZE-Institutionen eng zusammen.

## **Eine einzigartige Struktur**

Die Parlamentarische Versammlung wählt jedes Jahr mit einfacher Mehrheit einen Präsidenten, der den Vorsitz bei ihren regelmäßigen Tagungen führt und als ihr hoher Vertreter fungiert. Dem Präsidenten stehen neun gewählte Vizepräsidenten und ein gewählter Schatzmeister zur Seite.

Das Internationale Sekretariat befindet sich in Kopenhagen (Dänemark); die Räumlichkeiten dafür werden vom dänischen Parlament zur Verfügung gestellt. Es steht unter der Leitung von Generalsekretär Spencer Oliver, der 1992 in diese Funktion gewählt wurde und dessen gegenwärtige Amtszeit Ende 2005 zu Ende geht. Die Versammlung wird durch einen Jahreshaushalt finanziert, der im Juli jedes Jahres vom Ständigen Ausschuss der Delegationsleiter genehmigt wird. Im abgelaufenen Finanzjahr, das am 30. September 2004 endete, blieb die Versammlung das elfte Jahr in ununterbrochener Reihenfolge im Rahmen ihres Jahreshaushalts. Der gegenwärtige Haushalt beträgt 2.309.576 Euro.

2003 richtete der Generalsekretär der Parlamentarischen Versammlung ein Filialbüro in Wien ein, dessen Aufgabe es ist, die Arbeit des Ständigen Rates und des OSZE-Sekretariats zu verfolgen.

## **Wintertagung, Wien, Februar 2004**

Insgesamt 250 Parlamentarier aus 50 OSZE-Teilnehmerstaaten nahmen an der dritten jährlichen Wintertagung der Versammlung in Wien teil. Die Tagung befasste sich mit der im vorhergehenden Jahr verabschiedeten, für die Jahrestagung in Edinburgh ausgearbeiteten Erklärung und hörte Berichte führender OSZE-Beamter, einschließlich des Amtierenden Vorsitzenden. Dieser erklärte unter anderem, dass seiner persönlichen Meinung nach das Überleben der Organisation eine Änderung der Konsensregel verlange und dass er persönlich die einfache Mehrheit für durchaus ausreichend halte.

## **Jahrestagung, Edinburgh, Juli 2004**

Unter dem Motto „Zusammenarbeit und Partnerschaft: Bewältigung neuer Bedrohungen der Sicherheit“ traten mehr als 300 Parlamentarier aus 52 OSZE-Teilnehmerstaaten im Juli zur 13. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung zusammen. Die Konferenz endete mit der Verabschiedung der Erklärung von Edinburgh, die ein breites Spektrum politischer, wirtschaftlicher und menschenrechtlicher Aspekte behandelt. Es wurden auch mehrere andere Dokumente verabschiedet, darunter Entschlüsse über

- die Bekämpfung des Menschenhandels,
- die Erfüllung der OSZE-Verpflichtungen in Bezug auf die Bekämpfung von Rassismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit,
- Folter,

- Maßnahmen zur Förderung des Eintretens nichtstaatlicher Akteure für das totale Verbot von Antipersonenminen,
- nationale Minderheiten,
- den Kosovo,
- Moldau,
- die Ukraine,
- die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum,
- schwere Menschenrechtsverletzungen in Libyen,
- Frieden im Nahen Osten und
- georgische Friedenstruppen in Südossetien.

Die Parlamentarier stimmten außerdem mit überwältigender Mehrheit Entschlüsse zu, in denen die OSZE eindringlich aufgefordert wurde, ihren auf Konsens basierenden Beschlussfassungsprozess zu reformieren, da dieser, so die Entschlüsse, die Arbeit der Organisation oft behindere.

Wie in den vorhergegangenen Jahren hielten sowohl der Amtierende Vorsitzende als auch der Generalsekretär der OSZE auf der Jahrestagung in Edinburgh eine Rede und sie beantworteten Fragen aus dem Saal. Eine eigene Sitzung von Parlamentarierinnen war dem Genderbericht 2004 der Versammlung gewidmet. Am letzten Tag der Konferenz wählte die Versammlung den Abgeordneten zum US-Kongress, Alcee L. Hastings, zu ihrem Präsidenten. Folgende drei Vizepräsidenten wurden für eine dreijährige Amtszeit gewählt: Panos Kammenos (Griechenland), Giovanni Kessler (Italien) und Nebahat Albayrak (Niederlande).

## Ministerrat, Sofia, Dezember 2004

Am 6. Dezember sprach der Präsident der Parlamentarischen Versammlung der OSZE, Alcee L. Hastings, bei der Eröffnungssitzung des zwölften OSZE-Ministerrats in Sofia. Er ging in seiner Rede auf die Beiträge der Parlamentarischen Versammlung zur Arbeit der OSZE ein, würdigte die Verdienste des bulgarischen Vorsizes und die wichtige Rolle der Parlamentarier in Wahlbeobachtungsmissionen und verwies auf die Unterstützung der Versammlung für die OSZE-Erklärung über die Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus. Er betonte auch die Beiträge der Versammlung zur Vertiefung der Beziehungen zwischen der OSZE und ihren Partnern im Mittelmeerraum und in Asien sowie die Notwendigkeit einer Reform der Organisation.

„Die Parlamentarische Versammlung teilt die Ansichten des Vorsizes in Bezug auf die notwendige Reform und Anpassung der OSZE“, erklärte er. Präsident Hastings erinnerte den Rat daran, dass die Versammlung in ihrer Entschließung über Zusammenarbeit ihre früheren Empfehlungen wiederholt habe, in denen sie die OSZE dringend zur Reform des Beschlussfassungsverfahrens gemahnt habe. Dabei sollte sowohl größere Transparenz als auch die Möglichkeit einer Differenzierung des Konsensprinzips angestrebt werden. Für Beschlüsse betreffend Haushalts- und Personalfragen, insbesondere für die Bestellung der Institutions- und Missionsleiter sowie anderer ranghoher Funktionsträger, könnte zum Beispiel, so Hastings, Konsens minus zwei oder drei gelten.

## Wahlüberwachung

Die Parlamentarische Versammlung spielte weiter eine Schlüsselrolle bei der Überwachung von Wahlen im OSZE-Gebiet, insbesondere von Parlamentswahlen. Immer dann, wenn die Versammlung in führender Funktion bei der Überwachung von Wahlen tätig wird, ernennt der Amtierende Vorsitzende der OSZE ein ranghohes Mitglied der Versammlung zu seinem Sonderkoordinator, der die Leitung des OSZE-Beobacherteams übernimmt und die Schlussfolgerungen der gemeinsam mit dem OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) und anderen offiziellen Beobachtern durchgeführten Beobachtungsmission präsentiert.

2004 bestellte der Amtierende Vorsitzende folgende Amtsträger der Parlamentarischen Versammlung zu Sonderkoordinatoren:

- Bruce George – für die Präsidentenwahlen in Georgien im Januar und die Parlamentswahlen im März (als Präsident der PV) sowie für die Parlamentswahlen in der Ukraine im Oktober und Dezember
- Vizepräsident Ihor Ostasch – für die Parlamentswahlen in Kasachstan im September
- Vizepräsidentin Tone Tingsgård – für die Parlamentswahlen in Belarus im Oktober

- Vizepräsidentin Barbara Haering – für die Präsidenten- und Parlamentswahlen in den Vereinigten Staaten im November

An den in enger Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Versammlung des Europarats, dem Europäischen Parlament und dem BDIMR durchgeführten Wahlbeobachtungsmissionen des Jahres 2004 waren nahezu 300 Parlamentarier aus dem gesamten OSZE-Raum beteiligt.

## Parlamentarierbesuche vor Ort

Um den Parlamentariern die Möglichkeit zu geben, sich von den OSZE-Aktivitäten vor Ort ein genaueres Bild zu machen, und zur Unterstützung der Arbeit der Feldeinsätze der Organisation organisierte die Parlamentarische Versammlung 2004 regelmäßig Parlamentarierbesuche bei OSZE-Missionen und -Außenstellen.

Im März reisten drei Mitglieder der Versammlung in die Ukraine, wo sie mit dem OSZE-Projekt Koordinator und ukrainischen Parlamentariern zusammentrafen. Dieser zweite Besuch von OSZE-Parlamentariern in Kiew gab der Gruppe Gelegenheit zu Gesprächen mit Vertretern der wichtigsten politischen Gruppierungen im Land und zur Beurteilung der politischen Reformen und der Reform der Wahlordnung, die vor den Präsidentenwahlen vom November 2004 eingeleitet wurden.

## Ad-hoc-Ausschüsse

Die Parlamentarische Versammlung hat mehrere Ad-hoc-Ausschüsse eingerichtet, die sich mit konkreten Fragen oder Bereichen befassen, zu denen Parlamentarier einen positiven Beitrag leisten können. Diese Ausschüsse unterstützten die Arbeit der OSZE 2004 auf folgende Weise:

**Stärkung der Transparenz und Rechenschaftspflicht in der OSZE.** Die Verbesserung der Arbeitsbeziehungen zwischen der OSZE und der Parlamentarischen Versammlung ist das Hauptziel des Ad-hoc-Ausschusses der Versammlung für Transparenz und Rechenschaftspflicht. Auf der Jahrestagung in Edinburgh verabschiedete die Versammlung einstimmig eine vom Leiter des Ausschusses eingebrachte Entschließung, in der eine Reform der OSZE gefordert wird.

Die Parlamentarier empfahlen in dieser Entschließung, das bei der OSZE geltende, auf der Konsensregel beruhende Beschlussfassungsverfahren zu reformieren und die Rechenschaftspflicht zu verstärken. Sie empfahlen ferner, die Rolle und Stellung des OSZE-Generalsekretärs zu stärken und seine Befugnisse insbesondere im politischen Bereich zu erweitern. Das Dokument enthielt auch das Ersuchen der Parlamentarischen Versammlung um freien Zugang zu allen OSZE-Treffen und -Veranstaltungen und um Einbeziehung des Sonderbeauftragten der Versammlung in Wien in die Beratungsprozesse der Organisation.

#### OSZE-Journalismuspreis zum neunten Mal verliehen

Auf ihrer Wintertagung im Februar verlieh die Versammlung den Preis für Journalismus und Demokratie 2004 an das *Committee to Protect Journalists (CPJ)* aus den Vereinigten Staaten von Amerika. Das 1981 gegründete CPJ ist eine gemeinnützige parteiunabhängige Organisation, die sich der weltweiten Verteidigung der Pressefreiheit verschrieben hat. Bei der Preisverleihung erklärte der damalige Präsident der Parlamentarischen Versammlung, Bruce George:

„Mit dieser Auszeichnung für die Arbeit des *Committee to Protect Journalists*, das engagiert über die Medienfreiheit in der Welt wacht und hohes Ansehen genießt, machen wir gleichzeitig auf die tausenden Verstöße gegen die Medienfreiheit aufmerksam, die das CPJ seit seiner Gründung vor über 20 Jahren untersucht hat und gegen die es energisch vorgegangen ist.“

Der Preis wurde erstmals 1996 dem Journalisten Adam Michnik verliehen. Weitere Preisträger waren Anna Politkowskaja, Andrei Babizki, Christiane Amanpour, Timothy Garton Ash, Friedrich Orter und Pawel Scheremet. 2001 wurde er posthum Georgi Gongadse und José Luis López de la Calle verliehen

In der Entschließung wurde darüber hinaus die Einrichtung einer Arbeitsgruppe der Parlamentarischen Versammlung beschlossen, die das Haushaltsgebaren in der OSZE prüfen und der Versammlung darüber Bericht erstatten soll. Der Präsident der Versammlung bestellte in der Folge eine Arbeitsgruppe zum OSZE-Haushalt, die erstmals auf der Herbsttagung der Versammlung in Rhodos zusammentrat. Wie in den vergangenen Jahren präsentierte der OSZE-Generalsekretär dem Ständigen Ausschuss auf der Herbsttagung den Entwurf zum OSZE-Haushalt für das kommende Jahr, wobei die Mitglieder der Versammlung Fragen stellen konnten.

**Vermittlung eines Dialogs zwischen den politischen Kräften in Belarus.** Die Ad-hoc-Arbeitsgruppe zu Belarus bemühte sich weiterhin um Vermittlung eines Dialogs zwischen den verschiedenen politischen Akteuren im Land. Im Juni begaben sich Mitglieder der Arbeitsgruppe nach Minsk. Außerdem leitete die Gruppe am Rande der Jahrestagung eine Diskussion über die Mediensituation in Belarus, an der sich die verschiedensten politischen Persönlichkeiten aus Belarus sowie Journalisten aus regimetreuen und aus oppositionellen Kreisen beteiligten. Im Oktober reiste die Arbeitsgruppe nahezu geschlossen nach Belarus, um die Parlamentswahlen vom 17. Oktober zu beobachten. An dieser Mission waren fast 50 Beobachter der Parlamentarischen Versammlung beteiligt.

**Suche nach Lösungen für den Status Transnistriens.** Nachdem die Verhandlungen über den Status der moldauischen Region Transnistrien Ende 2003 zum Stillstand gekommen waren, bemühte sich das Parlamentarierteam der Versammlung zu Moldau, einen Dialog zwischen den Gesetzgebern und den politischen Kräften in Chişinău und Tiraspol in Gang zu bringen. Nach einem Besuch in den beiden Städten im Juni schlug das Team vor, eine Diskussionsrunde zwischen den beiden gesetzgebenden Körperschaften abzuhalten, um den Verhandlungsprozess zu fördern und eine Einigung über die Grundsätze herbeizuführen, die die Grundlage einer möglichen Lösung bilden könnten. Nachdem beide Seiten ihre Teilnahme an einem solchen Treffen zugesagt hatten, suchte das Team nach einem für alle Parteien annehmbaren Termin.

#### Tagungen, Konferenzen und Seminare

Im Mai hielten das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) der OSZE und die Parlamentarische Versammlung in Wien ein Seminar über die parlamentarische Aufsicht über Streitkräfte, Polizei und Sicherheitskräfte ab. Dieses zweite Seminar zu diesem Thema hatte den Zweck, das Bewusstsein für die im OSZE-Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit skizzierte Verantwortung der Parlamentarier stärker bewusst zu machen und den Dialog zwischen ranghohen Militärs und den mit der Aufsicht über die Streitkräfte befassten Parlamentariern zu fördern.

Im September versammelten sich über 130 Parlamentarier aus 43 OSZE-Teilnehmerstaaten und Partnerstaaten zur Herbsttagung der Versammlung in Rhodos. Thema der Veranstaltung war der Menschenhandel als Sicherheitsgefährdung und als neue Form der Sklaverei, und es wurden internationale Strategien zur Bekämpfung dieses Verbrechens erörtert. Unmittelbar nach der Tagung in Rhodos fand das Parlamentarierforum zum Mittelmeerraum statt, bei dem der Kampf gegen den Terrorismus, Sicherheit im Wirtschaftsbereich sowie der Handel und die Zusammenarbeit in dieser Region erörtert wurden.

#### Andere Aktivitäten

**Sitzungen der Führungsgremien der Versammlung.** 2004 fanden mehrere regelmäßige hochrangige Sitzungen der Führungsgremien der Parlamentarischen Versammlung statt. Der Ständige Ausschuss der Versammlung tagte im Februar in Wien, im Juni in Edinburgh und im September in Rhodos. Der Ständige Ausschuss setzt sich aus den Leitern der nationalen Delegationen zur Versammlung, den Mitgliedern des Präsidiums und den Vorsitzenden der Allgemeinen Ausschüsse zusammen. Er bereitet gemeinsam mit dem Präsidium die Arbeit der Versammlung zwischen den Sitzungsperioden vor und sorgt für ihren reibungslosen Betrieb. Das Präsidium wird aus dem Präsidenten und den neun Vizepräsidenten der Versammlung, dem Schatzmeister und dem Ehrenpräsidenten gebildet. Präsidiumssitzungen fanden im Juli in Edinburgh und im Dezember in Sofia statt.

Das Erweiterte Präsidium, das seine Jahrestagung im April in Kopenhagen abhielt und die Jahrestagungen der Versammlung vorzubereiten hat, besteht aus dem Präsidium und den Amtsträgern der Allgemeinen Ausschüsse. Es gibt drei Allgemeine Ausschüsse: für politische Angelegenheiten und Sicherheit, für wirtschaftliche Angelegenheiten, Wissenschaft, Technologie und Umwelt sowie für Demokratie, Menschenrechte und humanitäre Fragen.

**Ein neuer Präsident.** Vor seiner Wahl zum siebenten Präsidenten der Versammlung auf der Jahrestagung im Juli diente Alcee L. Hastings der Parlamentarischen Versammlung mehrere Jahre in verschiedenen Funktionen. Er war Vizepräsident, Vorsitzender und Stellvertretender Vorsitzender des Ersten Allgemeinen Ausschusses und zwei Amtszeiten hindurch Bericht-erstatte des Ausschusses.

2004 nahm Präsident Hastings aktiv die Vertretung der Versammlung nach außen wahr und förderte die parlamentarische Dimension der OSZE. Er absolvierte offizielle Besuche in der Türkei, in der Russischen Föderation und in Österreich, wo er im Ständigen Rat der OSZE sprach. Er hielt Reden auf der 50. Jahrestagung der Parlamentarischen Versammlung der NATO in Venedig und auf der Konferenz über Toleranz und den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung in Brüssel, die von der OSZE und der belgischen Regierung organisiert wurde.

Ein weiterer wichtiger Punkt in der Agenda von Präsident Hastings war die Fortführung der Bemühungen um die Stärkung der Zusammenarbeit der OSZE und der Versammlung mit den Kooperationspartnern der Organisation im Mittelmeerraum. Im September führte er den Vorsitz auf dem dritten Parlamentarischen Forum der Versammlung in Rhodos.

**[www.oscepa.org](http://www.oscepa.org)**

# **DIE OSZE-FELDEINSÄTZE**

# Südosteuropa



# DIE OSZE-PRÄSENZ IN ALBANIEN

Die OSZE-Präsenz unterstützt Albanien in seinem Rechts- und Justizreformprozess, etwa auch bei der Reform der Wahlordnung und der Regionalverwaltung, beim Kapazitätsaufbau im Parlament und im Kampf gegen den Menschenhandel und die Korruption; sie unterstützt Projekte zur Förderung der Unabhängigkeit der Medien, von Good Governance und der Zivilgesellschaft und leistet Polizeiunterstützung. Seit ihrer Einrichtung 1997 hat sie wesentlich zur Stabilisierung und Demokratisierung des Landes beigetragen.

2004 stand die Wahlrechtsreform im Mittelpunkt der Aktivitäten der Präsenz. Gemeinsam mit ihren albanischen Partnern und dem BDIMR war sie ein wichtiger Mitwirkender an diesem Prozess, in dessen Verlauf im Juli ein parlamentarischer Ad-hoc-Ausschuss für die Wahlrechtsreform eingesetzt wurde. Dessen Arbeit führte im Oktober zur Verabschiedung zweier Gesetze durch das albanische Parlament, mit denen die Zentrale Wahlkommission des Landes neu strukturiert und ein verbessertes Wählereintragungssystem geschaffen wurde.

Die Technische Expertengruppe unter der Führung der Präsenz erarbeitete einen Gesetzesentwurf über die Rückgabe von Eigentum und die Entschädigung für Enteignungen, der im Juli das Parlament passierte. Von dem Gesetz wurde erwartet, dass es mithelfen würde, seit langem strittige Eigentumstitel an Grund und Boden in Albanien zu klären. Entscheidende Fortschritte gab es auch bei der Reform der Geschäftsordnung des Parlaments. Dies war der erste Schritt in der Modernisierung des Parlaments, die voraussichtlich nach den Parlamentswahlen 2005 abgeschlossen sein wird.

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Stärkung der grenzübergreifenden Zusammenarbeit und des Kampfes gegen die organisierte Kriminalität.** In dem Bemühen, die albanische Regierung bei der Umsetzung des Strategischen integrierten Grenzmanagementplans zu unterstützen, erweiterte die Präsenz den Teilnehmerkreis der regelmäßigen Sitzungen über grenzübergreifende Zusammenarbeit. Sie bilden das wichtigste Forum für den Informationsaustausch zwischen der albanischen Grenzpolizei, der VN-Mission im Kosovo (UNMIK) und den NATO-Truppen im Kosovo (KFOR).

Die Präsenz lud erstmals auch albanische Zollbeamte zu den Sitzungen ein und ermöglichte monatliche Sitzungen zwischen den Bürgermeistern albanischer und kosovarischer Gemeinden.

Zur Verbesserung des landesweiten Polizeikommunikationsnetzes und der Fähigkeit der albanischen Grenzpolizei, gegen grenzüberschreitende und organisierte Kriminalität vorzugehen, spendete die Präsenz der Grenzpolizei ihr Funk- und Übertragungssystem im Wert von 200.000 Euro.

„Diese Spende hat mitgeholfen, unseren Grenzdienst zu modernisieren, insbesondere was die Standardisierung der rechtlichen Verfahren für den Personenverkehr und Zuwanderungsprobleme angeht“, meinte der Generaldirektor der staatlichen albanischen Polizei, Bajram Ibraj.

## Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

**Unterstützung für Regierungsstellen im Kampf gegen Wirtschaftskriminalität.** Eine von der Präsenz veranstaltete Regionalkonferenz über die Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität im Januar in Tirana vermittelte den Teilnehmern aus öffentlichen und privaten Einrichtungen die Bedeutung von Transparenz, Good Governance und Rechtsstaatlichkeit. Die Präsenz setzte auch ihre technische Unterstützung für die mit der Bekämpfung der Geldwäsche befasste Abteilung des Finanzministeriums fort.

**Förderung von Initiativen für wirtschaftliche Eigenständigkeit.** Die Präsenz nahm die dritte Phase eines für junge Roma, Opfer von Menschenhandel und Frauen aus dem ländlichen Raum bestimmten Projekts in Angriff, das jungen Leuten unternehmerisches Know-how vermittelt und sie bei der Gründung eines eigenen Unternehmens berät.

**Erhöhung der Selbstverantwortung der Bürger für den Umweltschutz.** Um die Öffentlichkeit auf die Wichtigkeit des Umweltschutzes aufmerksam zu machen, produzierte die Präsenz eine TV-Dokumentation über gravierende Umweltschäden, so genannte „Hot spots“, und deren Folgen für die Volksgesundheit. Sie organisierte auch Seminare, in denen Experten aus kommunalen Verwaltungsbehörden über die neuen Umweltgesetze informiert wurden.

## Aktivitäten in der menschlichen Dimension

### REFORM DER WAHLORDNUNG UND DEMOKRATISIERUNG

**Vorbereitung der Parlamentswahlen 2005.** Die Arbeit im Jahr 2004 stand im Zeichen von Maßnahmen im Anschluss an den im Februar erschienenen endgültigen Bericht des BDIMR über die Kommunalwahlen 2003 und der vom BDIMR und der Venedig-Kommission des Europarats herausgegebenen Gemeinsamen Empfehlungen zur albanischen Wahlordnung. Dieser Bericht enthielt die erste umfassende Beurteilung der

albanischen Rechtslage in Bezug auf Wahlen und unterstrich die Notwendigkeit einer weiteren Überarbeitung der Wahlordnung und anderer damit verbundener Rechtsvorschriften.

Um den Wahlreformprozess erneut in Gang zu bringen, traf die Präsenz mit der regierenden Sozialistischen Partei und der in Opposition befindlichen Demokratischen Partei eine Vereinbarung darüber, wie die Empfehlungen des BDIMR umgesetzt werden sollen. Im Sinne dieser Vereinbarung, die am 1. Juli unterzeichnet wurde, richtete das Parlament einen Ad-hoc-Ausschuss zur Wahlrechtsreform ein. Eine Technische Expertengruppe unter dem Vorsitz der Präsenz wurde beauftragt, einen Entwurf mit entsprechenden Änderungen der Wahlordnung auszuarbeiten, in dem die gemeinsamen Empfehlungen berücksichtigt werden.

Im Oktober unterzeichneten die Sozialistische und die Demokratische Partei ein weiteres Abkommen über die Neustrukturierung der Zentralen Wahlkommission und lösten damit eine Frage, die im Ad-hoc-Ausschuss lange Zeit umstritten war. In diesem Abkommen wurde verfügt, dass die bestehende Wahlordnung mit Veröffentlichung des Endergebnisses der Parlamentswahlen 2005 außer Kraft gesetzt wird. Es sah ferner eine systematische Überprüfung des Wahlsystems auf seine Verfassungs- und Gesetzmäßigkeit im Hinblick auf die Wahlen nach 2005 vor.

**Modernisierung des albanischen Parlaments.** Das 2001 gestartete Unterstützungsprojekt der Präsenz für das Parlament stellte Expertenhilfe für die Überarbeitung der Geschäftsordnung des Parlaments mit dem Ziel bereit, die parlamentarische Arbeit transparenter und effizienter zu machen. Außerdem initiierte die Präsenz ein Pilotschulungsprogramm für eine Gruppe von Mitarbeitern der Abgeordneten, um die albanischen Parlamentarier bei der Verbesserung der Infrastruktur in ihren Gebieten und bei ihren Kontakten mit ihren Wählern zu unterstützen. Ein im Dezember 2002 begonnenes Schulungsprogramm für parlamentarisches Verwaltungspersonal wurde 2004 fortgesetzt. Es vermittelte unter anderem, verbesserte Methoden der Personalverwaltung.

**Unterstützung der Zivilgesellschaft.** Über ein von der Präsenz 2001 geschaffenes Netz von Zentren zur Entwicklung der Zivilgesellschaft wurden über 3000 Personen ausgebildet und beraten. Mehr als 2500 Personen nutzten die in den Zentren vorhandenen Büro- und Sitzungsräume. Das Netz stellt örtlichen NROs und gemeinschaftseigenen Gruppen ein Basis-Entwicklungsprogramm zur Verfügung. Die Zentren wurden 2004 als lokale NROs registriert und wurden für die Präsenz zu unabhängigen Durchführungspartnern. Ein sechstes Zentrum wurde in Shkodër eröffnet; damit sollen sich die Aktivitäten auch auf den nördlichen Teil des Landes erstrecken.

**Ermutigung der Zivilgesellschaft zu verstärkter Mitwirkung am Entscheidungsprozess.** Die Präsenz war in enger Zusammenarbeit mit der Regierung und albanischen NROs, die sich mit Behindertenfragen befassen, an der Entwicklung einer nationalen Strategie für Menschen mit Behinderungen und eines nationalen

Aktionsplans beteiligt. Zum ersten Mal gab eine Geberkonferenz Regierungs- und Nichtregierungsstellen Gelegenheit, ein gemeinsames Projektkonzept mit den Prioritäten der Strategie vorzulegen.

#### **Förderung der Eigenständigkeit von Frauen.**

Gemeinsam mit UNDP, der Weltbank und UNICEF berief die Präsenz eine internationale Gender-Arbeitsgruppe ein, um die Unterstützung für Frauenorganisationen und so wichtige staatliche Einrichtungen wie das Nationale Komitee für Chancengleichheit zu koordinieren. Die Gruppe und ihre Adressliste waren ein wichtiges Werkzeug für den Austausch von Informationen und bewährten Praktiken. Dank einer Initiative der Präsenz wurde im nordalbanischen Kukës ein Beratungszentrum für Frauen ins Leben gerufen, das Opfern von häuslicher Gewalt psychologische und rechtliche Beratung anbietet. Über das Netzwerk der Zentren für die Entwicklung der Zivilgesellschaft konnte das Wissen der örtlichen Zivilgesellschaft und der Kommunen über Gender-Mainstreaming vertieft werden. Die OSZE-Außenstellen sorgten im Einvernehmen mit der Gendergruppe der Präsenz dafür, dass Genderfragen in ihrer Zusammenarbeit mit örtlichen Beamten berücksichtigt werden und dass sich in den Regionen vermehrt die Erkenntnis durchsetzt, dass Genderfragen in alle Bereiche Eingang finden müssen.

## RECHTSSTAATLICHKEIT UND RECHTSREFORM

**Verbesserung der Rechtsvorschriften zur Regelung der Eigentumsverhältnisse.** Strittige Eigentumsverhältnisse an Grund und Boden erschweren nach wie vor die wirtschaftliche Entwicklung Albaniens. Die Präsenz führte den Vorsitz in der Technischen Expertengruppe, die das mit Spannung erwartete Gesetz über die Rückgabe von Eigentum und die Entschädigung für Enteignungen ausarbeitete, und leistete den albanischen Behörden Hilfestellung bei der Abfassung weiterführender Gesetze zum Thema Eigentum. Die Verabschiedung des Gesetzes durch das Parlament im Juli wurde allgemein als wichtiger Durchbruch auf dem Weg zu einer endgültigen Lösung der Eigentumsproblematik angesehen.

Eines der Ziele des Eigentumsprojekts der Präsenz war auch die Ersteintragung von Eigentum, die einen notwendigen Schritt für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes und für die ordnungsgemäße Umsetzung des Rückgabe- und Entschädigungsprogramms darstellt.

**Unterstützung für die Rechtsreform.** Um der albanischen Regierung dabei zu helfen, den Rechtsbestand des Landes zu vervollständigen, entwarf die Präsenz weiterführende rechtliche Bestimmungen zum Zeugenschutzgesetz und half auch bei seiner praktischen Umsetzung. Die Präsenz und das BDIMR unterstützten darüber hinaus das Justizministerium bei der Änderung des bestehenden Jugendstrafrechts.

Ein Novum in Albanien stellte die Veröffentlichung eines Berichts über das Rechtswesen durch die Präsenz dar, ein Dokument, in dem die aktuellen Entwicklungen im Rechtswesen des Landes einer Beurteilung unterzogen werden. Der Bericht beschreibt die

rechtlichen Rahmenbedingungen und den organisatorischen Status jeder Einrichtung des Rechtssektors und die geleistete Unterstützung und schlägt Verbesserungen vor.

**Erhöhung der Transparenz im Gerichtswesen und der Prozessstandards.** Um das Vertrauen der Bürger in das Strafrechtssystem zu erhöhen, initiierte die Präsenz das Entwicklungsprojekt „Gerechtes Verfahren“. Das Projekt sah nicht nur die Beobachtung der Gerichte, sondern auch konkrete Anschlussprojekte zur Verbesserung des Know-hows der im Gerichtswesen tätigen Personen vor. Die Präsenz veröffentlichte einen Zwischenbericht, in dem die Erkenntnisse der fünf Gerichtsbeobachtungsberichte zusammengefasst sind, und richtete eine Datenbank mit den landesweit verhängten Urteilen in Fällen schwerer Verbrechen und in Korruptionsfällen ein.

## MENSCHENRECHTE

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Die Präsenz leitete 2004 ein Projekt ein, in dessen Rahmen die Erstbefragung illegaler Migranten und von Asylsuchenden durchgeführt wird. Die gemeinsame Initiative des albanischen Flüchtlingsamtes, der IOM und von UNHCR sieht vor, dass inhaftierte Ausländer einem entsprechenden Verfahren – Asyl, Unterstützung oder freiwillige Repatriierung – zugeführt werden, wobei es letztendlich das Ziel ist, ein bestandfähiges Asylsystem einzurichten. Die Präsenz schulte und entsandte fünf Beamte für Erstbefragungen an wichtige Grenzübergangsstellen, um der albanischen Regierung bei der vollen Übernahme der Verwaltung des Asylsystems Hilfestellung zu leisten.

Über 500 Personen nützten die zweite Phase der WRATE-Seminare zur Aufklärung über Frauenrechte und die Bekämpfung des Menschenhandels. Zielgruppe dieser Seminare, die ein wichtiges Instrument zur Verhütung des Menschenhandels und zur Sensibilisierung für Gewalt in der Familie sind, waren gefährdete Gruppen wie Studenten und Frauen aus ländlichen Gebieten in Nordostalbanien sowie Roma.

**Förderung der Gefängnisreform.** 2004 unternahm Albanien einen weiteren Schritt zur Verbesserung seines Untersuchungshaftsystems. Nach einer entsprechenden Empfehlung der Präsenz im März änderte die Regierung das Verfahren für die geplante Übertragung der Zuständigkeit für die Untersuchungshaft vom Ministerium für öffentliche Ordnung an das Justizministerium, wodurch den Erfordernissen des albanischen Untersuchungshaftsystems besser entsprochen werden soll. Bislang wurde erst eine einzige Einrichtung der Zuständigkeit des Justizministeriums unterstellt, doch hat die albanische Regierung einen

Leitplan ausgearbeitet, durch den der Vorgang zu einem Abschluss gebracht werden kann.

**Bewusstseinsbildung für Arbeitnehmerrechte.** Im Dezember fand eine nationale Konferenz zu den zentralen Problemen und Prioritäten rund um die Verbesserung der Rechte albanischer Arbeitnehmer statt, bei der die Weichen für eine neue Strategie gestellt wurden. Die Konferenz wurde von der OSZE-Präsenz, der albanischen Volksanwaltschaft, den Gewerkschaften Albanien und verschiedenen anderen internationalen Organisationen veranstaltet.

## MEDIENENTWICKLUNG

**Verbesserung des Medienrechts.** Auf Einladung des Ministerpräsidenten leistete die Präsenz den albanischen Behörden Hilfestellung bei der Heranführung des albanischen Medienrechts an europäische Standards. In Zusammenarbeit mit dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit, ARTICLE 19 und dem Europarat nahm die Präsenz eine gründliche Begutachtung des bisherigen und des vorgeschlagenen neuen Medienrechts vor. Darunter waren das Gesetz über elektronische Medien, die Satzung der albanischen Rundfunk- und Fernsehanstalt, das Gesetz über den Zugang zu Informationen, das Printmediengesetz, gesetzliche Bestimmungen über Verleumdung und üble Nachrede und ein Novellierungsentwurf zum digitalen terrestrischen Rundfunk.

**Stärkung der Medieneinrichtungen.** Die Präsenz stellte dem albanischen Rundfunkregulator, dem Staatlichen Rundfunk- und Fernsehrat (NCRT), und dem Medienausschuss des Parlaments ihr Fachwissen in Medienfragen zur Verfügung. So erstellte sie in Zusammenarbeit mit dem Europäischen Büro für Funkangelegenheiten Empfehlungen zur geplanten Strategie des NCRT für digitalen Rundfunk.

**Unterstützung für die Einrichtung von Mechanismen zur Selbstkontrolle.** Zur Stärkung der ethischen und professionellen Standards in den albanischen Medien setzte sich die Präsenz für die Einrichtung eines Medien-Ethikrates ein. Im Juli hielt sie für führende Journalisten, Herausgeber und Medieneigentümer eine Tagung über die Entwicklung von Selbstkontrollmechanismen und die Einrichtung von Verbänden zum Schutz des journalistischen Berufsstands ab.

**Leiter der Präsenz:**  
**bis Oktober 2004 Botschafter Osmo Lipponen,**  
**seither Botschafter Pavel Vacek**  
**Revidierter Haushalt: € 3.740.900**  
**[www.osce.org/albania](http://www.osce.org/albania)**

# DIE OSZE-MISSION IN BOSNIEN UND HERZEGOWINA

2004 kamen die Reformen in Bosnien und Herzegowina rascher als bisher voran und die Mission machte mit ihren Programmen große Fortschritte. In Zusammenarbeit mit ihren internationalen Partnern – insbesondere dem Amt des Hohen Repräsentanten (OHR), dem EU-Sonderbeauftragten (EUSR), der Stabilisierungstruppe unter NATO-Führung (SFOR)<sup>1</sup>, dem Europarat und dem UNDP – setzte die Mission ihre Arbeit zur Konsolidierung des Friedens, der Demokratie und der Stabilität im Land fort.

2004 lag der Schwerpunkt der Mission in folgenden Bereichen:

- begleitende Kontrolle des Schutzes der Menschenrechte und Unterstützung örtlicher Bemühungen zur Förderung und Verteidigung der Menschenrechte, zur Festigung der Rechtsstaatlichkeit und zum Aufbau bestandfähiger Menschenrechtsinstitutionen
- Förderung der Entwicklung wirksamer, transparenter und rechenschaftspflichtiger Regierungsinstitutionen
- Unterstützung des politischen Engagements der Bürger, um die Regierung zu größerer Verantwortlichkeit auf allen Ebenen zu veranlassen und um zur Gemeinschaftshilfe zu ermutigen
- Hilfestellung bei der Entwicklung eines Schulsystems, in dem Schülern der Schulbesuch ungeachtet politischer, religiöser, kultureller oder anderer Überlegungen ermöglicht wird
- Gewährleistung der Nachhaltigkeit von Bemühungen um eine Bildungsreform und Stärkung der Grundlagen für ein modernes Schulsystem
- Unterstützung des Wahlprozesses und Hilfe für die Wahlbehörde des Landes bei der Entwicklung zu einer eigenständigen, wirksamen staatlichen Institution
- aktive Unterstützung kommunaler Behörden bei der Reform der öffentlichen Verwaltung
- Ermutigung zur demokratischen Kontrolle der Streitkräfte des Landes auf Staatsebene

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Unterstützung des Verteidigungsreformprozesses.** Um Bosnien und Herzegowina bei der vollständigen Einhaltung seiner politisch-militärischen Verpflichtungen zu helfen, setzte die Mission ihre Unterstützung der Landesbehörden bei der Reform der Verteidigungsstrukturen fort. Wichtige Entwicklungen waren in diesem Zusammenhang die Schaffung eines gesamtstaatlichen Verteidigungsministeriums im März und die gleichzeitige Bestellung des ersten Verteidigungsministers des Landes, Nikola Radovanović. Beide Ereignisse kamen mit Hilfe der Mission und anderer internationaler Organisationen im Land zustande.

### Unterstützung für die Umsetzung des Friedensübereinkommens von Dayton

Als Ergebnis des umfassenden politisch-militärischen Reformprozesses der letzten Jahre in Bosnien und Herzegowina wurde das Übereinkommen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen – Anhang 1-B Artikel II des Friedensübereinkommens von Dayton – am 28. September außer Kraft gesetzt (siehe auch Seite xx). Fast acht Jahre lang leistete die Mission dem Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die Artikel II und IV technische und logistische Unterstützung. Das Dokument, mit dem das Übereinkommen außer Kraft gesetzt wurde, unterzeichnete der Persönliche Beauftragte gemeinsam mit Vertretern Bosniens und Herzegowinas und seiner beiden Teilgebiete – der Republika Srpska und der Föderation Bosnien und Herzegowina – im Juni auf dem letzten Treffen der Gemeinsamen Beratungskommission, die für die Überwachung der Umsetzung des Übereinkommens zuständig war.

Dank dieser Hilfestellung setzten die Behörden von Bosnien und Herzegowina den zahlenmäßigen Abbau der Streitkräfte und Waffenbestände fort und führten ein neues Kommando- und Kontrollkonzept für die Streitkräfte des Landes ein. Dadurch ergaben sich finanziell nachhaltigere und besser legitimierte Verteidigungskapazitäten. Die Mission half auch dem Verteidigungsministerium des Landes bei der Entwicklung von Ausbildungsprogrammen, die die Streitkräfte auf die künftige Teilnahme an friedenserhaltenden Einsätzen vorbereiten sollen.

Durch die Verteidigungsreform wurden die aktiven Truppen und die Reservetruppen Bosniens und Herzegowinas von 19.800 Mann auf 11.891 Mann reduziert, wodurch die Bestände an überschüssigen Waffen noch größer wurden. Gemeinsam mit anderen internationalen Organisationen unterstützte die Mission ein Pilotprojekt, in dessen Rahmen 20.000 überschüssige Kleinwaffen und leichte Waffen eingeschmolzen wurden. Diese Initiative wird als Vorbild für die künftige Zerstörung von Waffen in der ganzen Region Südosteuropa dienen.

**Förderung der demokratischen Kontrolle der Streitkräfte.** Nach der Schaffung des Gemeinsamen Ausschusses für Verteidigungs- und sicherheitspolitische Fragen im Dezember 2003 setzte die Mission ihre Unterstützung für beide Kammern der Parlamentarischen Versammlung Bosniens und Herzegowinas im Hinblick auf eine verstärkte demokratische Kontrolle der Streitkräfte fort. Darüber hinaus förderte sie die Zusammenarbeit zwischen den Verteidigungs- und Sicherheitsausschüssen der Parlamente des Gesamtstaats und der Teilgebiete und organisierte zu diesem Zweck fünf gemeinsame Tagungen und einen bilateralen Besuch im kroatischen Parlament im November.

**Unterstützung bei der Schaffung eines modernen Nachrichtendienstes.** Die Mission stellte Know-how für die Entwicklung eines modernen gesamtstaatlichen

<sup>1</sup> Das Mandat der SFOR lief am 2. Dezember 2004 ab. Die Stabilisierungstruppe wurde von den Einsatzkräften der Europäischen Union in Bosnien und Herzegowina (EUFOR) abgelöst.

Nachrichtendienstes zur Verfügung. Sie war bei der Errichtung gesamtstaatlicher Überwachungs- und Kontrolleinrichtungen für den Nachrichtendienst behilflich und unterstützte den Aufbau einer wirksamen nachrichtendienstlichen Einrichtung, die zum Austausch von Informationen mit anderen euroatlantischen Nachrichtendiensten in der Lage ist.

Die Mission unterstützte weiterhin den Persönlichen Beauftragten des Amtierenden Vorsitzenden für die Umsetzung von Artikel IV, der Maßnahmen für subregionale Rüstungskontrolle in Kroatien, Bosnien und Herzegowina und der Bundesrepublik Jugoslawien (nunmehr Serbien und Montenegro) vorsieht.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

Die Schaffung einer gut funktionierenden, professionellen und entpolitisierten öffentlichen Verwaltung wurde zu einem immer wichtigeren Schwerpunkt des Friedensprozesses in Bosnien und Herzegowina. Als sich die Regierung im März 2003 vor dem Rat für die Umsetzung des Friedens zur Reform der öffentlichen Verwaltung verpflichtete, beschloss die Mission, sie bei diesem wichtigen Vorhaben zu unterstützen.

**Reform der öffentlichen Verwaltung.** Die Mission konzentrierte ihre Hilfestellung in diesem Bereich auf die Entwicklung transparenter Strukturen für die Finanzverwaltung und den Einsatz moderner Verwaltungsverfahren in der kommunalen Verwaltung. Insgesamt unterstützten die Berater der Mission 90 von 142 Gemeinden bei der Verbesserung ihrer Finanz- und Personalverwaltung und beim Aufbau einer umfassenden und leistungsfähigen internen Kontrolle.

**Effizientere Verwaltung personeller Ressourcen.** Im Durchschnitt fließen in Bosnien und Herzegowina 60 bis 70 Prozent der Gemeindeeinnahmen in die Verwaltung. Um diese Ausgaben zu reduzieren und mehr Mittel für Dienstleistungen für die Bürger des Landes verfügbar zu machen, half die Mission den kommunalen Verwaltungen bei der Umgestaltung ihres institutionellen Aufbaus, der größtmäßigen Korrektur ihrer Verwaltungsstrukturen und der Verbesserung der Auswahlverfahren für neue Mitarbeiter. Zum Aufbau eines stärker ergebnis- und leistungsorientierten Beamtentums leistete die Mission den Gemeinden auch Hilfestellung bei der strategischen Planung und laufenden Fortschrittskontrolle.

**Verbesserung der Haushaltsführung.** Im gesamten Land muss die Finanzverwaltung auf eine grundlegend neue Basis gestellt werden, damit der öffentliche Sektor den Anforderungen einer modernen, wettbewerbsorientierten Wirtschaft gewachsen ist. Die Mission konzentrierte sich bei ihrer Tätigkeit in diesem Bereich unter anderem auf Fragen im Zusammenhang mit der schwachen internen Kontrolle, der unzulänglichen strategischen Planung und der unangebrachten Betonung der Inputkontrolle anstelle der Erbringung effizienter und wirksamer Ergebnisse.

Die Mission unterstützte, ausgerichtet auf mehrere Jahre, kommunale Behörden bei der Umsetzung einer wirksamen und transparenten Haushaltsführung und Verwaltung der öffentlichen Ausgaben und eines Berichtssystems. Sie unterstützte auch die Entwicklung besserer Finanzverwaltungssysteme, die bei gleichzeitiger Verbesserung der Entscheidungsprozesse auf Führungsebene die Planung, laufende Programmkontrolle und Evaluierung erleichtern.

Zur Förderung der Wirtschaftsentwicklung auf lokaler Ebene und zur Stärkung der internen Kontrolle der kommunalen Verwaltung erstellte die Mission ein Modellprojekt für fünf Gemeinden. Es umfasst die ordnungsgemäße Verbuchung ihres Anlagevermögens, die Zusammenführung ihrer Grundbücher und Vermögensverzeichnisse und die Zusammenstellung eines aktualisierten Verzeichnisses des Gemeindevermögens. Im Rahmen weiterer Initiativen sollen Mechanismen für eine geregelte Finanz- und Personalverwaltung im öffentlichen Sektor geschaffen und den zuständigen Behörden Unzulänglichkeiten gemeldet werden.

### **Ausstieg der Kommunen in Bosnien und Herzegowina aus der Schuldenspirale**

Nachdem sich die Mission im Jahr 2003 ein Bild von der Praxis öffentlichen Finanz- und Personalverwaltung in allen Gemeinden des Landes gemacht hatte, begann sie 2004 mit der praktischen Hilfeleistung. Die Beurteilung hatte ergeben, dass die schlechte Finanzverwaltung für den Schuldenberg und die Zahlungsrückstände in vielen Gemeinden verantwortlich ist, unter anderem auch in Lukavac im Nordosten des Landes.

Bei einem Jahreshaushalt von 2,3 Millionen Euro hatte die Kommunalverwaltung der 56.000 Einwohner zählenden Stadt Lukavac ein Defizit von über 6,1 Millionen Euro angehäuft. In Anbetracht dieser Situation konnte die Kommunalverwaltung nicht in lokale Infrastrukturprojekte investieren oder Ausgaben für andere lokale Bedürfnisse tätigen.

Der Finanzberater der Mission nahm eine Bestandsaufnahme aller Schulden und Forderungen vor und riet der Stadtverwaltung, die Gehaltszahlungen an die Bediensteten und die Erledigung anhängiger Klagen vorzuziehen. Darüber hinaus erhielt die Stadtverwaltung Unterstützung bei der Erstellung eines endgültigen Schuldentilgungsplans, dessen Grundlagen die Begleichung offener Zahlungsverpflichtungen, die Erstellung maßgeschneiderter Rückzahlungspläne für die Hauptschuldner und eine insgesamt rigorose Ausgabendisziplin waren. Mit Hilfe der Mission hatte Lukavac sein Defizit zu Jahresende 2004 um 70 Prozent (4,3 Millionen Euro) reduziert und ist auf bestem Wege zur Zahlungsfähigkeit.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

### **MENSCHENRECHTE**

**Überprüfung der Durchführung der Rückgabe von Eigentum.** Gemeinsam mit dem Amt des Hohen Repräsentanten und UNHCR setzte sich die Mission weiterhin für die Rückgabe von Eigentum an die Vorkriegseigentümer bzw. -inhaber ein. 2004 begann sie mit Überprüfungen, um die Erledigung aller Eigentumsansprüche durch die lokalen Behörden zu kontrollieren. Seit Kriegsende waren über 200.000 derartige Ansprüche geltend gemacht und erledigt worden. Die Mission kontrollierte auch die Fälle, in denen befristete Unterbringungsmöglichkeiten zur

Verfügung gestellt wurden, um auf diese Weise für eine effiziente und gerechte Bereitstellung von Wohnraum für die Bevölkerung zu sorgen.

**Förderung und Schutz der wirtschaftlichen und sozialen Rechte.** Um den örtlichen Behörden bei der schrittweisen Sicherung der wirtschaftlichen und sozialen Rechte aller beizustehen, machte sich die Mission an die Bestandsaufnahme der Hindernisse, die die Bürger in Bosnien und Herzegowina am Zugang zu medizinischer Versorgung, Sozialhilfe und Wohnraum hindern. Im Mittelpunkt dieser Bemühungen standen besonders gefährdete Gruppen wie Rückkehrer und Angehörige der Roma-Minderheit, doch wird diese Initiative, die auch 2005 fortgesetzt werden soll, schließlich allen zugute kommen.

**Aufbau starker landeseigener Menschenrechtsinstitutionen.** Das Missionsprogramm „Menschenrechtsinstitutionen in Bosnien und Herzegowina“ soll dafür sorgen, dass bei Menschenrechtsverletzungen zugängliche, unabhängige und richtig verstandene Rechtsmittel zur Verfügung stehen, die ausnahmslos alle wirksam schützen. Diesen Zweck verfolgte die Mission auch mit der Unterstützung der Zusammenlegung der drei Volksanwaltschaften des Landes. Die Mission verfolgte auch wie bisher die Umsetzung der Entscheidungen der Menschenrechtskammer, die im Rahmen des Friedensübereinkommens von Dayton zur Behandlung von Beschwerden über Menschenrechtsverletzungen eingerichtet wurde, ebenso wie die Übertragung der Kompetenzen der Kammer an den Menschenrechtsausschuss des Verfassungsgerichts im Jahr 2004.

**Schutz der Menschenrechte der Roma und anderer nationaler Minderheiten.** Um die Rechte der Roma auf diskriminierungsfreien Zugang zu medizinischer Versorgung, Unterricht und Wohnraum zu unterstützen, leistete die Mission Aufklärungsarbeit und, gemeinsam mit Roma-Gemeinden und kommunalen Behörden, Hilfestellung bei der standesamtlichen Eintragung der Geburten von Roma-Kindern. Die Mission erleichterte auch die Tätigkeit einer Sonderarbeitsgruppe, die zur Erstellung eines landesweiten Aktionsplans für die schulische Betreuung der Roma und anderer nationaler Minderheiten eingerichtet worden war, und sorgte für die aktive Einbindung von NROs, Unterrichtsministerien und Minderheitenvertretungen. Im Februar verabschiedeten die örtlichen Unterrichtsbehörden einen Plan, der Maßnahmen zur Aufnahme der Kultur, Geschichte und Literatur nationaler Minderheiten in die bestehenden Lehrpläne vorsieht, soziale und wirtschaftliche Hindernisse für Minderheiten im Schulsystem durch Subventionen für Lehrbücher und Schülertransporte abbauen und die Roma über die Bedeutung der Schulbildung aufklären soll. Die Mission schloss auch eine Bestandsaufnahme der informellen Roma-Siedlungen ab, um örtliche Bemühungen zu unterstützen, die den Roma bei der Sicherung ihrer Ansprüche auf das Land, auf dem sie leben, helfen sollen.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Die Bemühungen in diesem Bereich konzentrierten sich auf die Unterstützung des Büros des staatlichen Koordinators für

die Bekämpfung des Menschenhandels und auf Aufklärungskampagnen. Um für ausreichende Ressourcen zu sorgen, teilte die Mission einen ihrer Mitarbeiter dem Büro als Experten zu und leistete finanzielle Unterstützung durch einen freiwilligen Beitrag Islands. Darüber hinaus erstellte sie einen umfassenden Überblick über die nationalen Leitsysteme für Menschenhandelsopfer und führte in Printmedien sowie in Rundfunk und Fernsehen Aufklärungskampagnen durch, die potenzielle Opfer vor dem Menschenhandelsproblem warnen und Strafverfolgungsbeamten Hinweise für das Erkennen von Opfern geben sollen.

#### **Nationale Leitsysteme – Schutz der Rechte von Menschenhandelsopfern**

Die nationalen Leitsysteme (NRM) sind fester Bestandteil der OSZE-Strategie zur Bekämpfung des Menschenhandels und ein Instrument, mit dessen Hilfe Regierungen Kontakte aufbauen und mit Strafverfolgungsbehörden, NROs und anderen an der Bekämpfung des Menschenhandels interessierten Stellen zusammenarbeiten können. Der OSZE-Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels empfiehlt den Teilnehmerstaaten, durch den Aufbau einer partnerschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Polizei, die Ausarbeitung von Richtlinien für das richtige Erkennen der Opfer von Menschenhandel und die Schaffung sektoren- und disziplinenübergreifender Teams, die Strategien zur Bekämpfung des Menschenhandels ausarbeiten und deren Umsetzung kontrollieren, nationale Leitsysteme zu schaffen. Ein nationales Leitsystem hat im Wesentlichen den Zweck, dafür zu sorgen, dass die Menschenrechte von Menschenhandelsopfern geachtet werden, und eine wirksame Methode zur Weiterleitung der Opfer von Menschenhandel an Betreuungseinrichtungen zu bieten.

2004 gab das BDIMR ein Handbuch für Leitsysteme heraus, das Richtlinien für den Aufbau und die Verwirklichung dauerhafter Strukturen vorgibt, die sowohl die Verfolgung der Täter als auch die Unterstützung der Opfer ermöglichen sollen.

## RECHTSSTAATLICHKEIT

Anfang 2003 wurde in Bosnien und Herzegowina sowohl auf gesamtstaatlicher als auch auf Ebene der Teilgebiete eine neue Strafprozessordnung eingeführt, die Teil der umfassenden Reform der Strafrechtspflege ist, die auf eine Initiative des Hohen Repräsentanten zurückgeht. Ziel und Zweck der neuen Prozessordnung war die Stärkung der Rechtsstaatlichkeit und die Errichtung einer wirksamen, zugänglichen und gerechten Rechtsprechung in Strafsachen. Die neue Prozessordnung stellte die Verfahren im Bereich der strafrechtlichen Ermittlungen und der Rechtsprechung durch die Gerichte auf eine völlig neue Grundlage. Zu den wichtigsten Änderungen gehörte die Abschaffung der Institution des Untersuchungsrichters, die Einführung des Rechts auf Anhörung bei Strafprozessen und neuer gerichtlicher Verfahren, wie etwa Verhandlungen über das Strafmaß zwischen Anklagevertretung und Verteidigung. Von Januar bis August betrieb die Mission ein Projekt, das die Umsetzung der neuen Prozessordnung beurteilte, und beobachtete insgesamt 1032 Strafprozesse in ganz Bosnien und Herzegowina. Die Ergebnisse und Empfehlungen wurden den örtlichen Institutionen übermittelt, die in die Strafrechtsreform eingebunden sind.

**Reform der Judikative.** 2004 setzte Bosnien und Herzegowina seine Bemühungen zur Schaffung einer gerechten und wirksamen Rechtspflege in Strafsachen fort, die internationalen Menschenrechtsstandards entsprechen soll und in der unabhängige Berufsrichter Recht sprechen sollen. Zur Unterstützung dieser

Bemühungen entsandte die Mission 24 Gerichtsbeobachter zu 38 Gerichten, die dann den örtlichen Behörden systematisch über die Strafverfahren an den Gerichten der Republika Srpska und der Föderation sowie am gesamtstaatlichen Gericht von Bosnien und Herzegowina Bericht erstatteten. Darüber hinaus wurden für Richter und Staatsanwälte Workshops abgehalten, bei denen die Umsetzung der neuen Strafprozessordnung erörtert wurde, die den Richtern größeren Ermessensspielraum bei ihren Urteilen gibt und eine kohärentere Rechtsanwendung mit sich bringt.

Die Mission stellte auch zwei ihrer Mitarbeiter zur fachlichen Unterstützung des für die Beurteilung der Umsetzung des Strafrechts zuständigen Teams des gesamtstaatlichen Justizministeriums ab und gab regelmäßige Rückmeldungen an die Ausbildungszentren für Richter und Staatsanwälte der Republika Srpska und der Föderation in Bezug auf Durchführungsfragen, die noch weitere Ausbildungsmaßnahmen hinsichtlich der Verfahren im Zusammenhang mit dem Anspruch auf rechtliches Gehör, der Beweiserhebung, der Verhandlung zwischen Anklagevertretung und Verteidigung über das Strafausmaß und der Strafzumessung erfordern.

**Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen.** Die Mission beobachtete und berichtete über Kriegsverbrecherprozesse vor inländischen Gerichten und ging besonders auf die Hindernisse ein, die in diesen Fällen eine gerechte und wirksame Strafverfolgung verhindern. Sie unterstützte die örtlichen Behörden und das Amt des Hohen Repräsentanten bei der Schaffung einer Kammer für Kriegsverbrechen am gesamtstaatlichen Gericht und beteiligte sich an Initiativen zur Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit bei der Ermittlung und strafrechtlichen Verfolgung in Fällen von Kriegsverbrechen.

## DEMOKRATISIERUNG

**Förderung einer transparenten und rechenschaftspflichtigen Regierungsführung.** Im Rahmen des Parlamentsunterstützungsprogramms war die Mission bei der Abänderung der Geschäftsordnung der Parlamentarischen Versammlung von Bosnien und Herzegowina behilflich. Diese Reform wird sowohl durch ein vereinheitlichtes Gesetzgebungsverfahren als auch eine verbesserte parlamentarische Aufsicht die Wirksamkeit und Transparenz der Parlamentarischen Versammlung von Bosnien und Herzegowina verstärken. Das Programm umfasste auch die Unterstützung für die Schaffung einer Nachforschungsstelle in der Parlamentarischen Versammlung von Bosnien und Herzegowina und einer parlamentarischen Pressegalerie.

Eine weitere wichtige Initiative war die Stärkung der lokalen Demokratie durch einen Dialog zwischen Bürgern und örtlicher Verwaltung. Zu dieser Initiative gehörten verschiedene Maßnahmen zur Einbindung der Bürger in die Reform der örtlichen Verwaltung wie öffentliche Diskussionen und Gespräche am runden Tisch, Arbeitsgruppen und Ausschüsse sowie Projekte, bei denen Bürger und Kommunalvertreter partnerschaftlich zusammenarbeiten. Die Bemühungen galten der Umsetzung des Gesetzes über den freien Zugang zu Informationen, der Einhaltung der

Europäischen Charta der kommunalen Selbstverwaltung und der Einführung eines Ehrenkodex für gewählte Amtsträger. Die Ergebnisse in den für diese Kernprogramme ausgewählten 20 Kommunen waren ermutigend. Bis Dezember war in diesen Gemeinden das Informationsgesetz zu etwa 80 Prozent umgesetzt, bei der Charta und dem Ehrenkodex lag die Umsetzungsrate bei etwa 60 Prozent.

**Verbesserung der Rechtsvorschriften und der rechtlichen Rahmenbedingungen.** In enger Zusammenarbeit mit internationalen Partnern und beiden Teilgebieten unterstützte die Mission die Überarbeitung der Gesetzesentwürfe für kommunale Selbstverwaltung in beiden Teilgebieten. Auf lokaler Ebene wurden 20 Kommunen und 7 Kantone bei der Überarbeitung ihrer Geschäftsordnung unterstützt, die an die gesetzlichen Vorgaben und den für ganz Bosnien und Herzegowina geltenden Verfassungsrahmen angepasst wurde.

**Stärkung der Zivilgesellschaft.** Zur Bekämpfung der Politikverdrossenheit der Bevölkerung in Bosnien und Herzegowina und um das Selbstvertrauen der Menschen zu stärken, ermutigte die Mission mehr als 100 Bürgerinitiativen dazu, sich aktiver in das öffentliche Leben einzubringen. Dazu gehörten die Veranstaltung von Diskussionen im Vorfeld von Wahlen zum Thema Rechenschaftspflicht der Regierung und NRO-Kampagnen zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen vor Ort, zum Beispiel durch sauberere und sicherere Strassen, und Stipendien für Schüler und Studenten.

Die Mission unterstützte auch über 400 Partnerschaften zwischen Bürgern und Kommunalbehörden, unter anderem zur Einbindung junger Menschen ins öffentliche Leben, zur Gleichstellung der Geschlechter sowie zu Umwelt-, Beschäftigungs- und Bildungsfragen.

So entwickelte die Mission zum Beispiel einen völlig neuen partnerschaftlichen Ansatz mit der von der Regierung des Vereinigten Königreichs finanzierten Initiative zur Einbeziehung und Beteiligung der Bürger, die gemeinsam mit zwei örtlichen NROs durchgeführt wurde. Im Rahmen dieser Initiative wurden für Bürger und Amtsträger aus 30 Gemeinden Kurse über Entscheidungsprozesse auf kommunaler Ebene abgehalten, und sie erfuhren Wissenswertes über Instrumente zur Bürgerbeteiligung, die Abfassung von Projektanträgen, die Anwendung des Informationsgesetzes, Öffentlichkeitsarbeit und Konfliktmanagement. Im Anschluss daran führten die Teilnehmer gemeinsame Aktionen zum Informationsgesetz, zu Umweltfragen und zur Einbindung der Jugend durch, die Bürger verstärkt in örtliche Entscheidungsprozesse einbeziehen sollen. Als Folge dieser Initiative entschlossen sich mehrere Gemeinden zu einer neuen Politik. So richtete etwa die Gemeinde Rudo einen Ausschuss von Bürgern und Kommunalvertretern ein, der sich mit Jugendfragen befasst und bereits mit der Ausarbeitung strategischer Konzepte und eines Jahresaktionsprogramms begonnen hat; die Gemeinde Ustiprača sorgte für eine verbesserte Umsetzung des Informationsgesetzes durch die Veröffentlichung von kommunalen Informationsbroschüren. In einigen anderen Gemeinden wurden entweder Informationsbeauftragte oder

Koordinatoren für Jugendarbeit ernannt, die dafür zuständig sind, dass das Informationsgesetz vollständig umgesetzt wird.

**Heranbildung junger Führungskräfte.** Die von der Mission 2002 entwickelte Initiative für die junge Generation (SGI) setzte ihre erfolgreiche Zusammenarbeit mit jungen Menschen zur Förderung ihrer Führungsfähigkeiten fort, um sie bei der praktischen Umsetzung von Projekten zur Verbesserung ihrer Lage zu unterstützen. Im Oktober 2004 wurden zwei der 25 Teilnehmer zu Gemeinderäten gewählt.

**Aus Ideen werden Projekte – die Initiative für die junge Generation organisiert eine Jugendmesse, die Beratung bei der Laufbahnplanung und über Ausbildungsmöglichkeiten anbietet**

Dzenita Bosto, eine 21-jährige Studentin aus Bugojno und ehemalige Mitarbeiterin der Initiative für die junge Generation, hat eine Lösung für ein Problem gefunden, das ganz Bosnien und Herzegowina betrifft: Es ist für junge Menschen fast unmöglich, sich gründlich über Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten zu informieren.

Dzenita fand folgende Lösung: Sie organisierte eine Informationsmesse für Jugendliche, die diese Informationen allen zur Verfügung stellt. Die erste derartige Initiative in Bosnien und Herzegowina war ein voller Erfolg: rund 300 Schüler und Studenten und Vertreter der zuständigen Behörden aus dem ganzen Land kamen im Oktober nach Bugojno zur Messe. „Hier konnten sich die Jugendlichen aus erster Hand über Beschäftigungsmöglichkeiten und über die beruflichen Qualifikationen informieren, die die Wirtschaft von ihnen erwartet, wie auch über Studienmöglichkeiten – Informationen, die für sie von größter Bedeutung sind“, erläuterte Dzenita. In den Medien fand die Messe ein großes und positives Echo, was hoffen lässt, dass 2005 eine ähnliche Veranstaltung abgehalten wird.

**Förderung fairer Beschäftigungsbedingungen und verantwortungsbewusster Unternehmer.** Die

Bemühungen der Mission in diesem Bereich bewirkten, dass die neun größten Arbeitgeber des Landes faire Arbeitsbedingungen einführten, die mehr als 20.000 Arbeitnehmern sowie potenziellen neuen Mitarbeitern zugute kommen. Die Mission leistete den Unternehmen technische Unterstützung, um sie zu ermutigen, eine faire Beschäftigungspolitik zu betreiben und Satzungen zu beschließen, die den Grundsätzen fairer Beschäftigungsbedingungen Rechnung tragen. Damit sollte sichergestellt werden, dass die Unternehmen bei ihrer Einstellungspolitik modernste Personalmanagementkriterien anwenden. Die Mission setzte sich auch dafür ein, den Angestellten bessere Möglichkeiten einzuräumen, die Unternehmensführung für ihre Einstellungspraktiken zur Rechenschaft zu ziehen. Durch die Verteilung von Informationsbroschüren über grundlegende Arbeitsrechte, die Abhaltung von Diskussionsrunden und die Ausstrahlung von Radiosendungen zur Förderung der Gleichbehandlung bei der Einstellung und in den Arbeitsbeziehungen unterstützte die Mission die Forderung der Arbeitnehmer und der Öffentlichkeit nach fairen Einstellungsbedingungen und wirksamen Methoden zur Beseitigung der Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt und in den Arbeitsbeziehungen.

## BILDUNGSWESEN

**Förderung eines für alle zugänglichen Schulsystems.** Im Schuljahr 2003/04 arbeitete die Mission eng mit der Koordinierungsstelle für das Übergangsübereinkommen betreffend die besonderen Erfordernisse und Rechte der Kinder von Rückkehrern zusammen, um den Bedürfnissen der Rückkehrerkinder weiterhin gerecht zu werden. Der Koordinationsrat, dem Vertreter der Ministerien der Teilgebiete und Kantone sowie der pädagogischen Institute angehören, setzt sich federführend dafür ein, dass der Durchführungsplan für das Übergangsübereinkommen, das von allen Unterrichtsministern im November 2003 unterzeichnet wurde, vollständig umgesetzt wird. Diese Zusammenarbeit soll in erster Linie dafür sorgen, dass mehr Rückkehrerkinder an ihrem Wohnort die Schule besuchen. Der Koordinationsrat bemühte sich, auf der Grundlage der Erfolge im Schuljahr 2002/03 einen Satz von Richtlinien für geeignete, unpolitische, verbindende Namen und Symbole auszuarbeiten, die in den Schulen verwendet werden sollen.

In Zusammenarbeit mit dem Europarat unterstützte die Mission die Schaffung einer unabhängigen Lehrbuchkommission, die Richtlinien für die Verfasser von Geschichts- und Geographielehrbüchern erstellt. Die im Schulunterricht verwendeten Lehrbücher stellen geschichtliche Ereignisse allzu oft einseitig dar und vernachlässigen andere Sichtweisen. Es steht zu hoffen, dass diese neuen Richtlinien auf der Grundlage eines vom Europarat entwickelten „multiperspektivischen Ansatzes“ die Darstellung unterschiedlicher Standpunkte in Lehrbüchern fördern und den Schülern die Möglichkeit geben werden, die Geschichte und Geographie aller Bevölkerungsteile, aus denen der Staat Bosnien und Herzegowina besteht, verstehen zu lernen.

**Auf dem Weg zu multiethnischen Schulen: Das alte Gymnasium von Mostar**

Nach den Bemühungen der Mission in den vergangenen zwei Jahren konnte das renommierte alte Gymnasium in Mostar, das als Symbol für gute Ausbildung in der Region eine wichtige Rolle spielt, im September seine Pforten für mehr als 200 bosnische und 200 kroatische Schüler öffnen, die unter einem Dach unterrichtet werden. Kriegsbedingte Schäden und die anschließende Vernachlässigung hatten das Gebäude in einem höchst reparaturbedürftigen Zustand hinterlassen, und die Mission tat, was sie konnte, um Mittel für seinen Wiederaufbau sowie für nicht im Lehrplan vorgesehene Aktivitäten aufzubringen. Nach wie vor bemüht sie sich um eine weitere Integration, die Generalsanierung der Schule und die Anhebung des Ausbildungsniveaus.

„Das ist eine beachtliche Leistung, nicht nur zur Lösung des Problems getrennter Schulen, sondern auch als Beitrag zur Verbesserung des schulischen Niveaus.“

**Botschafter Douglas Davidson, Leiter der OSZE-Mission**

Auch im Minderheitenschulwesen war ein Schritt vorwärts zu verzeichnen. Unter der Schirmherrschaft einer Arbeitsgruppe, in der die Mission den Kovorsitz innehatte, wurde im Februar von allen Unterrichtsministern der Teilgebiete und der Kantone ein landesweiter Aktionsplan für die Bildungsbedürfnisse der Roma und anderer nationaler Minderheiten beschlossen.

**Unterstützung von Strukturreformen.** Nach der Annahme des Rahmengesetzes über das Primar- und Sekundarschulwesen für den Gesamtstaat im Juni 2003 setzte sich die Mission für die Verabschiedung entsprechender Gesetze durch die Behörden der Republika Srpska, die Kantone der Föderation und den Bezirk Brčko ein. Das Rahmengesetz sorgt nicht nur für gleichen Zugang zu Bildung und fördert nicht nur ein europäisches Unterrichtsniveau, sondern ermöglicht auch eine größere Schulautonomie und die verstärkte Einbindung von Eltern und Lehrern in Bildungsangelegenheiten. Zur Unterstützung der Durchführung dieser Gesetze leistete die Mission Hilfestellung bei der Ausarbeitung einer Modellverordnung.

Ein gesamtstaatliches Hochschulgesetz ist Voraussetzung für die Umsetzung der Verpflichtungen, die die Behörden von Bosnien und Herzegowina mit der Unterzeichnung der Erklärung von Bologna von 1999<sup>1</sup> und der Ratifikation des Übereinkommens von Lissabon von 1997 über die Anerkennung von Qualifikationen<sup>2</sup> eingegangen sind. Zu diesen Verpflichtungen gehört die Erleichterung der Anerkennung von Studienabschlüssen und der Mobilität von Studenten sowie die Stärkung der Hochschulautonomie. Im Frühjahr wurde im Parlament von Bosnien und Herzegowina ein gesamtstaatliches Gesetz eingebracht, dessen Verabschiedung infolge politischer Verzögerungstaktik lange auf sich warten ließ. Daher setzte die Mission ihr Lobbying für die Verabschiedung eines Hochschulrahmengesetzes auf Staatsebene während des ganzen Jahres fort. Man hofft, dass zu Beginn des Jahres 2005 ein überarbeiteter Entwurf für ein Hochschulgesetz im Parlament eingebracht wird.

Die berufliche Aus- und Fortbildung stellt einen weiteren prioritären Arbeitsbereich der Mission dar. In enger Zusammenarbeit mit der Europäischen Union und den Interessengruppen in Bosnien und Herzegowina arbeitete die Mission einen Entwurf für ein gesamtstaatliches Rahmengesetz zur Berufsausbildung und -fortbildung aus, das Anfang 2005 im Parlament eingebracht werden dürfte. Dieses Gesetz wird auch das Niveau der Berufsausbildung und -fortbildung an die Entwicklung in anderen europäischen Ländern heranführen, was die Mobilität und Beschäftigungsfähigkeit der Absolventen sicherstellt und so zur wirtschaftlichen Entwicklung beiträgt.

**Ermutigung der Bürger zur Beteiligung an der Bildungsreform.** 2004 war die Mission Gastgeber für zwei Foren zum Thema Bildung – eines zu Hochschulen und ein zweites zur Berufsbildung –, die jeweils von mehr als 300 Interessenten besucht wurden. Darüber hinaus fanden Diskussionsveranstaltungen sowie zahlreiche Radio- und Fernsehgesprächsrunden statt, viele davon betrafen die Entwicklung von Eltern- und Schülervertretungen. Alle diese Bemühungen sollten die Bürger dazu ermutigen, sich verstärkt in ihrer Gemeinde und im Schulbereich zu engagieren und damit an Entscheidungen mitzuwirken, die ihr Leben direkt betreffen.

Bei der Bildungsreform geht es in erster Linie um Schüler und Studenten. Amila Rujanac ist ein Beispiel dafür, was Schüler erreichen können, wenn sie sich selbst für ihre Interessen und Anliegen in der Öffentlichkeit einsetzen. Amila ist als Mitglied der Eltern- und Schülervertretung am Gymnasium in Bugojno aktiv; gemeinsam mit ihren Klassenkollegen führte sie 2004 mehrere Projekte verschiedenster Art durch: Antidrogenkampagnen, Umweltinitiativen und eine *Gitarijada*, bei der Jugendliche aus unterschiedlichen sozialen Milieus zu einem Gitarrenkonzert zusammenkamen.

„Ich bin davon überzeugt, dass uns die Zusammenarbeit zwischen der OSZE, unseren Elternvertretungen an den Schulen und NROs hilft, unsere Bedürfnisse und Anliegen besser zu verstehen“, erklärte Amila. „Wir verfolgen ja mehr oder minder dieselben Ziele wie die Projekte der OSZE: Verbesserung des Bildungswesens, der Zivilgesellschaft und der Gesellschaft ganz allgemein.“

## WAHLREFORM

Das ganze Jahr hindurch unterstützte die Mission wie schon im Vorjahr den Wahlprozess in Bosnien und Herzegowina. Die Mission, die mit zwei Sitzen in der siebenköpfigen Wahlbehörde vertreten ist, beschäftigte sich besonders mit der Reform des Wahlrechts und der Umsetzung des Gesetzes über Interessenkonflikte.

Durchführung der Wahlen in Eigenverantwortung: Bosnien und Herzegowina hält Kommunalwahlen ab. Am 2. Oktober fanden in 139 Gemeinden, den Städten Mostar und Banja Luka und im Bezirk Brčko Kommunalwahlen statt. Mit diesem Umengang wurde in vielerlei Hinsicht Neuland betreten:

- Zum ersten Mal seit Inkrafttreten des Allgemeinen Rahmenübereinkommens für Frieden 1995 wurden Wahlen zur Gänze von den Landesbehörden durchgeführt und finanziert.
- Zum ersten Mal wurden Bürgermeister direkt gewählt (mit Ausnahme von Mostar und dem Bezirk Brčko).
- Zum ersten Mal seit der Zusammenlegung der Verwaltungen im März 2004 fanden in Mostar Wahlen nach einer neuen Wahlordnung statt.
- Es waren die ersten Direktwahlen zur Bezirksversammlung von Brčko seit dem endgültigen Schiedsspruch im März 1999.

Die Wahlbehörde für Bosnien und Herzegowina erteilte insgesamt 27.426 Kandidaten aus 70 politischen Parteien, 18 Koalitionen und sechs unabhängigen Kandidatenlisten die Zulassung zu den Wahlen. Die Kandidaten bewarben sich um 140 Bürgermeisterposten und 3.145 Gemeinderatssitze. Das BDIMR beurteilte die Durchführung der Wahlen als einwandfrei.

Die Wahlbehörde und die Mission nahmen auch an einer von der Parlamentarischen Versammlung eingerichteten Arbeitsgruppe teil, die die Wahlordnung des Landes durch das Schließen von Rechtslücken, eine klarere Formulierung der Bestimmungen und die Anpassung von Fristen weiterentwickeln soll. Im Januar und April wurden Änderungen zur Wahlordnung verabschiedet. Die Änderungen waren mehrheitlich verfahrenstechnischer Art und betrafen zum Beispiel die Zusammensetzung und Bestellung der Wahlausschüsse

<sup>1</sup> Die Erklärung von Bologna hat die Schaffung eines Europäischen Hochschulraumes im Jahr 2010 zum Ziel.

<sup>2</sup> Übereinkommen über die Anerkennung von Qualifikationen im Hochschulbereich in der europäischen Region.

für die Wahllokale, Mediovorschriften, Anfechtungen und Beschwerden, Wahlbeobachter und bezahlte Wahlwerbung in elektronischen Medien.

Inzwischen begann die Mission auch damit, ihren Rückzug aus der Wahlbehörde von Bosnien und Herzegowina zu planen. Um für einen möglichst reibungslosen Ausstieg zu sorgen, wird die Mission weiterhin ihre Unterstützung und ihr Know-how für Rechtsreformen, die Durchführung des Gesetzes über Parteienfinanzierung und die Verbesserung des Wählereintragungssystems zur Verfügung stellen.

**Förderung der Gleichstellung der Geschlechter**

Die Mission übernahm sowohl in ihren Programmen als auch in ihrer eigenen Verwaltung die wesentlichen Elemente des OSZE-Aktionsplans zur Gleichstellung von Frauen und Männern. Mit ihren Programmen zur Demokratisierung und Reform der öffentlichen Verwaltung förderte die Mission nicht diskriminierende Personalverwaltungsmethoden in Unternehmen und Gemeindeverwaltungen, die niemanden ausschließen. Missionsintern erklärte sie Gender Mainstreaming zum festen Bestandteil ihrer Programmplanung und -umsetzung und bemühte sich darum, allen Mitarbeitern der Mission ein qualifiziertes Arbeitsumfeld zu bieten und für Gleichstellung der Geschlechter zu sorgen.

**Leiter der Mission:  
Botschafter Douglas Davidson  
Revidierter Haushalt: € 19.465.300  
[www.oscebih.org](http://www.oscebih.org)**

# DIE OSZE-MISSION IN KROATIEN

Eines der eindringlichsten Bilder des Jahres 2004 war jenes, auf dem der kroatische Ministerpräsident Ivo Sanader mit einer Serbin, die wie 100.000 andere serbische Flüchtlinge nach dem Krieg von 1992 bis 1995 nach Kroatien zurückgekehrt war, gemeinsam das landestypische Brot (*pogača*) brach. Dieses Ereignis fand im Mai statt, zeitgleich mit dem Besuch des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in Kroatien. Zum ersten Mal in der Geschichte sah man einen kroatischen Ministerpräsidenten das Haus serbischer Rückkehrer betreten. Dieses Bild sagte für die zahlreichen kroatischen Flüchtlinge, die noch immer im Exil leben und nicht wissen, ob sie zurückkehren sollen, mehr aus als die sprichwörtlichen tausend Worte.

2004 war auch das Jahr, in dem das vom Krieg gezeichnete Kroatien als erstes Land Südosteuropas von der Europäischen Union den Status eines Bewerberlandes erhielt. Das Mandat der OSZE-Mission in Kroatien entspricht im Wesentlichen den politischen Aufgaben, die das Land für einen Beitritt zur EU erfüllen muss und die größtenteils mit der Normalisierung und Aussöhnung nach dem Krieg zusammenhängen. In Anbetracht dessen wandte sich Kroatien an die OSZE, die es als Partner bei der Umsetzung dieser Agenda braucht. Mit der Unterzeichnung eines Übereinkommens mit Abgeordneten der Minderheiten in Kroatien im Dezember 2003 erkannte die Regierung die Bedeutung der Fragen der Flüchtlingsrückkehr und der Minderheitenfrage an.

*„Die Mission konnte ihre Rolle als unabhängiger Berater und Katalysator für den Wandel festigen und eine erfolgreiche Partnerschaft mit der Regierung eingehen.“*

**Botschafter Peter Semneby, Leiter der OSZE-Mission**

## Umbau der Mission

In Anbetracht der Fortschritte Kroatiens bei der Erfüllung des OSZE-Mandats und der daraus folgenden inhaltlichen Änderungen der Tätigkeit der Mission begann diese 2004 mit der Neuordnung ihrer Strukturen. Während die Arbeit im Zusammenhang mit der Betreuung einzelner Rückkehrerfälle abnahm, erhöhte sich der Bedarf an Beratung und Unterstützung für regionale politische Stellen, was auf eine Verbesserung des politischen Klimas hindeutet, in dem die Mission ihr Mandat wahrnimmt.

Der strukturelle Umbau betraf auch die Feldpräsenz der Mission; es gibt nun weniger, aber größere Außenstellen, was einen effizienteren Einsatz der Personalressourcen ermöglicht. Die OSZE-Mission in Kroatien verfügt nun über Außenstellen in Gospić, Karlovac, Sisak, Split, Vukovar und Zadar. Aktivitäten in der menschlichen Dimension

## Aktivitäten in der menschlichen Dimension

### FLÜCHTLINGSRÜCKKEHR

Wie in den Vorjahren galt die Arbeit der Mission in Kroatien vorrangig den zurückkehrenden Flüchtlingen. Der Schlüssel zum Erfolg war hier die grundsätzliche Zusage der Regierung, den rückkehrwilligen Flüchtlingen eine Rückkehr unter angemessenen Verhältnissen zu ermöglichen, was in erster Linie Sicherheit und Wohnraum bedeutet.

Den Serben wurden umfangreiche Mittel zum Wiederaufbau ihres durch den Krieg beschädigten Eigentums zur Verfügung gestellt, und die Regierung unterstützte verstärkt die Rückgabe von Häusern, die während oder nach dem Krieg besetzt worden waren. Zu Jahresende 2004 waren noch rund 1.500 strittige Fälle von besetztem Eigentum anhängig. Die Regierung ließ auch durchblicken, dass sie sich an einer gemeinsamen regionalen Initiative beteiligen würde, die den Regierungen von Kroatien, Bosnien und Herzegowina und Serbien und Montenegro von der OSZE, der Europäischen Kommission und UNHCR vorgeschlagen wurde, damit das Flüchtlingsdossier innerhalb einer angemessenen Frist endgültig geschlossen werden kann.

Die kroatischen Serben Sofija Škorić und ihr Mann Svetozar kehrten 1997 in ihr zerstörtes Haus im verwüsteten Dorf Biljane Donje im Hinterland von Zadar zurück, nachdem sie zwei Jahre als Flüchtlinge zugebracht hatten. Nach einem schwierigen ersten Jahr begann UNHCR mit dem Wiederaufbau ihres Hauses, doch die Explosion einer Landmine machte ihre Hoffnung auf eine Rückkehr in ihr Haus zunichte, da die Bauarbeiten danach eingestellt wurden. Mit Hilfe der OSZE-Mission beantragte – und erhielt – das Ehepaar Škorić die ihm zustehende staatliche Wiederaufbauhilfe. Doch immer wieder kamen die Bauarbeiten durch Brandstiftung und andere Arten der Einschüchterung zum Stillstand, und als ihr Haus nochmals zerstört und das neu angeschaffte Baumaterial gestohlen wurde, gaben sie die Hoffnung schließlich endgültig auf.

Sechs Jahre lang mussten Sofija und ihr Mann provisorisch in einem nahe gelegenen Haus unterkommen, wobei sie fürchteten, diese provisorische Regelung könnte zu einer Dauereinrichtung werden. Doch mit dem gemeinsamen Lokalausweis des kroatischen Ministerpräsidenten Sanader und des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE in Flüchtlingsdörfern im Hinterland von Zadar am 11. Mai wendete sich das Blatt. In nur fünf Tagen wurde das Haus des Ehepaars Škorić gerade rechtzeitig für den Besuch wieder aufgebaut.

Seither kamen weitere Flüchtlinge nach Biljane Donje zurück und mit ihnen kehrt wieder Leben in das bis dahin verlassene Dorf ein.

Ein weiterer wichtiger Erfolg für die Mission war die Tatsache, dass die Regierung ihrem Rat bezüglich geeigneter Methoden zur Beseitigung der rechtlichen und administrativen Hemmnisse, die die Rückkehr und Ansiedlung von Flüchtlingen behindern, Folge leistete. Die Mission legte der Regierung auch eine detaillierte

Analyse über die mangelhafte Stromversorgung zahlreicher Rückkehrer-Dörfer vor. Als Folge dieser Analyse werden 2005 einige dieser Dörfer endlich ans Stromnetz angeschlossen werden. Dieser Erfolg ermutigte die Mission dazu, sich dem schwierigeren Problem der mangelhaften Wasserversorgung von Rückkehrer-Dörfern und dem Bedarf an grundlegender Infrastruktur zuzuwenden.

**Wohnraumprogramme für Inhaber „ersessener“ Wohn-/Mietrechte.** Trotz aller Bemühungen der Mission hat eine Kategorie von Flüchtlingen und Vertriebenen nach wie vor keinen Zugang zu Wohnraum, und zwar diejenigen, die früher in gemeindeeigenen Sozialbauten wohnten und deren Wohn- bzw. Mietrechte nun erloschen sind. 2004 übernahm die Mission gemeinsam mit der Regierung, UNHCR und der Europäischen Kommission die Führung bei der Suche nach einer Lösung für diese dringende Frage. Die Zusage der Regierung, zwei Wohnraumbeschaffungsprogramme für diese Flüchtlingskategorie zu verwirklichen, soll durch eine Informationskampagne unterstützt werden, die sich an die in den Nachbarländern lebenden ehemaligen Inhaber derartiger ersessener Wohn- bzw. Mietrechte richtet.

Nach erfolgreicher Verwirklichung dieser Programme werden viele Flüchtlinge aus kroatischen Städten zum ersten Mal Zugang zu Wohnraum erhalten.

Zur Schaffung eines positiven Klimas für rückkehrwillige Flüchtlinge und Vertriebene, die auf ein deutliches Willkommenszeichen warten, das ihnen Sicherheit und Aufnahmebereitschaft signalisiert, organisierten die Mission, die Regierung und ihre internationalen Partner im September eine Kampagne, um die Öffentlichkeit in Kroatien für Versöhnung und dauerhafte Rückkehr zu sensibilisieren. Diese Kampagne soll Flüchtlinge und Binnenvertriebene dazu ermutigen, nach ausreichender Information eine Entscheidung zu treffen, ob sie zurückkehren wollen oder nicht. Sie soll auch ein Klima fördern, das eine dauerhafte Rückkehr begünstigt, und zu diesem Zweck die Bedeutung von Toleranz und Integration in einer multiethnischen Gesellschaft auf der Grundlage europäischer Werte hervorheben. Zur Vorbereitung dieses Projekts gab die Mission einen Bericht über die Einstellung der Menschen zur Flüchtlingsrückkehr in Auftrag, dessen Veröffentlichung großes Echo hervorrief.

## RECHTSSTAATLICHKEIT

### **Fachliche Beratung bei Kriegsverbrecherprozessen.**

Die Mission wurde ihrer Aufgabe als wichtigste Informationsquelle und Berater für die Durchführung von Kriegsverbrecherprozessen in Kroatien gerecht. Im Rahmen der Ausstiegsstrategie des Internationalen Strafgerichtshofs für das ehemalige Jugoslawien (ICTY), die eine Abtretung der am ICTY anhängigen Fälle an nationale Gerichte vorsieht, wurde die Mission gebeten, ihre Fachkompetenz für diese Prozesse zur Verfügung zu stellen.

Dank ihres ausgedehnten Außenstellennetzes beobachtete die Mission so gut wie alle Kriegsverbrecherprozesse vor inländischen Gerichten und erstellte dazu drei große Berichte. Diese Berichte wurden

der Öffentlichkeit bei einer gemeinsamen Pressekonferenz des Missionsleiters und des kroatischen Justizministers vorgelegt und immer wieder zitiert – auch vom Präsidenten des ICTY, wenn es um die mögliche Abtretung von ICTY-anhängigen Fällen an kroatische Gerichte ging.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt in den Bemühungen der Mission war die Verbesserung der zwischenstaatlichen justiziellen Zusammenarbeit, die bei Kriegsverbrecherprozessen besonders wichtig und heikel ist. Die Unterstützung der Mission bewirkte, dass der Generalstaatsanwalt Kroatiens mit seinen Amtskollegen in Serbien und Montenegro sowie in Bosnien und Herzegowina eine vorläufige Vereinbarung schloss, die einen Meilenstein in der direkten Zusammenarbeit darstellt; durch sie sollen sowohl die Ermittlungen gegen Kriegsverbrecher als auch die Bekämpfung des organisierten Verbrechens in Südosteuropa erleichtert werden.

**Hilfestellung bei der Justizreform.** Die Mission setzte ihre Hilfestellung für die Bemühungen der Regierung um eine Justizreform fort. Das Hauptaugenmerk galt der Umsetzung der Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und des Verfassungsgerichtshofs, von denen sich viele auf die Arbeitsweise der Gerichte bezogen.

Ein Bericht der Mission, in dem alle Kroatien betreffenden Fälle vor dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte analysiert wurden, betonte, dass die Menschenrechte durch die Landesbehörden besser geschützt und dazu die inländischen Institutionen gestärkt werden müssen. Insbesondere empfahl der Bericht Maßnahmen zur Stärkung des Verfassungsgerichtshofs. Der Bericht wurde dem Ausschuss für Menschen- und Minderheitenrechte des kroatischen Parlaments unterbreitet, der daraufhin auf Grundlage der Empfehlungen der Mission eine Entschließung verabschiedete.

Die Mission setzte auch ihre Bemühungen zur Stärkung und Unterstützung der Rolle des Verfassungsgerichtshofs als Hüter der Menschenrechte in Kroatien fort. Seit 2003 half die Mission mit finanzieller Hilfe und Unterstützung durch die norwegische Regierung dem Verfassungsgerichtshof bei der Neugestaltung seiner Website, die nun ein sinnvolles Hilfsmittel für die Verbreitung von Informationen über die Gerichts- und Verfahrenspraxis ist. Die Website trägt sowohl zur Hebung des Wissensstandes als auch zur Steigerung der Kompetenz der „Benutzer“ des Gerichts bei, nämlich von Rechtsanwälten, NROs und Privatparteien. Zur Vereinfachung und Verbesserung des Zugangs zu den Gerichten arbeitete die Mission auch einen „E-Leitfaden“ aus, anhand dessen die Bürger Kroatiens sich informieren können, wie man eine Klage beim Verfassungsgerichtshof einbringt.

Da noch immer kein kostenloses Rechtshilfesystem verabschiedet wurde, unterstützte die Mission NRO-Projekte, die benachteiligten Bevölkerungsgruppen kostenlose Rechtshilfe zur Verfügung stellen. Zielgruppe dieser Initiative sind insbesondere mittellose Flüchtlinge und Vertriebene, die Unterstützung bei der Geltendmachung ihrer Rechte in rückkehrbezogenen

Rechtsfragen wie Wiederinbesitznahme und Wiederaufbau ihres Vorkriegseigentums erhalten.

#### **Unterstützung bei der Wiederinbesitznahme von Eigentum**

Das Café Panda und die Pizzeria Sara dürften wohl die zwei Fälle einer Wiederinbesitznahme von Eigentum sein, die in Kroatien das größte öffentliche Aufsehen erregten. Dabei wurden private Betriebe, die zuvor Flüchtlingen gehört hatten, vom Staat vorübergehend neuen Besitzern zugewiesen. Das Problem konnte nicht einmal durch Befassung des VN-Sicherheitsrats 1997 gelöst werden.

2004 engagierte die OSZE-Mission über Vermittlung des norwegischen Flüchtlingsrats einen Rechtsanwalt aus Zagreb, der die kostenlose Rechtsvertretung von fünf Flüchtlingen bei ihren juristisch komplizierten Wiederinbesitznahmeprozessen übernahm. Den Eigentümern von Panda und Sara wurde dieselbe Unterstützung angeboten. Ohne diese hätten sich die Rückkehrer auf einen kostspieligen, langwierigen Rechtsstreit einlassen müssen, der ihre Mittel überstiegen hätte.

Die Erfolge in der ersten Jahreshälfte waren ermutigend. In zwei von fünf Fällen, unter ihnen das Café Panda, erhielten die Eigentümer ihren Besitz zurück. Die Eigentümer von Sara sollten ihren Besitz Anfang 2005 zurückbekommen.

Gleichzeitig tauchten jedoch neue rechtliche Komplikationen auf. In einem eigenen Gerichtsverfahren klagten die unrechtmäßigen zeitweiligen Inhaber von Panda und Sara ihrerseits die Eigentümer auf Schadenersatz. Während die Eigentümer in dem von ihnen angestregten Berufungsverfahren noch auf ein Urteil warten, könnte der Fall darauf hinauslaufen, dass sie nach einem jahrelangen Kampf um die Rückgabe ihrer Betriebe nun ihren Besitz verkaufen müssen, um die zeitweiligen Inhaber zu entschädigen. Diese letzten Entwicklungen machen auch deutlich, dass juristische Hilfestellung noch für einige Zeit von entscheidender Bedeutung sein wird.

**Förderung von Minderheitenrechten.** Auf diesem Gebiet setzte die Mission ihre Zusammenarbeit mit dem Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten fort. Mit ihm gemeinsam berät sie die kroatischen Behörden bei der Erstellung von Plänen für die Vertretung der Minderheiten in Justiz und Verwaltung. Die Durchführung dieses wichtigsten Teils des 2002 verabschiedeten Verfassungsgesetzes über nationale Minderheiten steht noch aus.

Um die Angehörigen der Minderheiten in Kroatien verstärkt zu einer Eintragung in die Wählerlisten zu veranlassen, organisierte die Mission eine Informations- und Aufklärungskampagne, die sich besonders an die im Land lebende bosnische Minderheit und die Roma richtete. Diese beiden Volksgruppen sind in den Wählerlisten unterrepräsentiert, was sich direkt auf die zahlenmäßige Vertretung der Minderheiten auf allen Verwaltungsebenen auswirkt. Dieser Umstand wurde auch bei einer Vortragsreihe vor Gemeindeversammlungen in ganz Kroatien besonders betont.

#### **MEDIENENTWICKLUNG**

Die kritische Durchleuchtung des Medienrechts in Kroatien war auch weiterhin ein wichtiger Tätigkeitsbereich der Mission. Gemeinsam mit der Europäischen Kommission und dem Europarat gab die Mission bei internationalen Medienfachleuten ein Gutachten über bestimmte Abschnitte des Medienrechts und deren Übereinstimmung mit internationalen

Standards in Auftrag. Das erste wichtige Ergebnis dieser Arbeit war die Verabschiedung eines neuen Medienrechts im April. Die Regierung erklärte, dass sich künftige Änderungen des Medienrechts, die 2005 verabschiedet werden sollen, nach den Leitlinien der Experten richten werden.

Gemeinsam mit dem OSZE-Beauftragten für Medienfreiheit trat die Mission weiterhin für die Entkriminalisierung des Tatbestands Verleumdung bzw. üble Nachrede in Kroatien ein. Zwar stellen Verleumdung und üble Nachrede teilweise nach wie vor einen strafrechtlichen Tatbestand dar, doch wurden in den 2004 verabschiedeten Novellen zum kroatischen Strafrecht die Ratschläge der OSZE in wesentlichen Teilen berücksichtigt. So liegt nun bei Verleumdung bzw. übler Nachrede erstmalig die Last der Beweisführung nicht mehr beim Angeklagten, sondern beim Kläger.

#### **DEMOKRATISIERUNG**

Die Entwicklung der Zivilgesellschaft stand auch in diesem Jahr im Zentrum der Tätigkeit der Mission. 2004 wurden insgesamt 52 von der Mission, örtlichen Partnern und Teilnehmerstaaten veranlasste und entwickelte Projekte in Höhe von insgesamt 1,3 Millionen Euro erfolgreich verwirklicht.

Diese Projekte deckten ein breites Themenspektrum ab und unterstützten nicht nur die Kernaktivitäten der Mission in den Bereichen Flüchtlingsrückkehr, Rechtsstaatlichkeit und Medienentwicklung, sondern förderten auch Good Governance und die Zivilgesellschaft in den vom Krieg betroffenen Gebieten und trugen zur Annäherung zwischen den Volksgruppen bei. Sie reichten von landesweiten Aktivitäten auf hoher Ebene, wie z. B. Workshops zum Thema Justizreform, bis zu Initiativen an der Basis, etwa einem Arbeits-Universitätscamp.

**Förderung der Wahlrechtsreform.** Auf dem Gebiet der Wahlrechtsreform begannen die Mission und das OSZE-Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) mit der Aufarbeitung der Empfehlungen des BDIMR nach den Parlamentswahlen des vergangenen Jahres. Dazu zählte unter anderem die notwendige Einrichtung einer ständigen Behörde für die Vorbereitung und Durchführung von Wahlen, die Verbesserung der Transparenz bei der Wahlkampffinanzierung und der Führung der Wählerlisten sowie die Rationalisierung der Durchführung der Stimmabgabe im Ausland. Die Mission lud führende kroatische Rechts- und Regierungsexperten zu einer Diskussionsrunde zur Erarbeitung von Richtlinien für eine Wahlrechtsreform ein – ein Thema, das im Hinblick auf die 2005 in Kroatien anstehenden Präsidenten- und Kommunalwahlen von besonderer Bedeutung ist.

**Polizeiaufbau.** Die Umwandlung der kroatischen Polizei in einen modernen Polizeidienst ist ein Anliegen, das sowohl der Mission als auch dem Innenministerium wichtig ist. Um dieses Vorhaben voranzutreiben, unterstützte die Mission das Ministerium bei der Ausarbeitung eines Plans für die Polizeireform und bei der Schaffung eines Forums für das Management der

Polizeireform, an dem die OSZE und die Europäische Kommission mitwirken. Die Mission begann sich auch Reformen zuzuwenden, die eine verstärkte Vertretung von Frauen und nationalen Minderheiten in der Polizei zum Ziel haben. Weitere Bemühungen der Mission und anderer internationaler Partner, insbesondere Deutschlands und des Vereinigten Königreichs, galten der Weiterentwicklung des Konzepts der bürgernahen Polizeiarbeit im ganzen Land. Dazu gehörte die Ausbildung von rund 150 Polizisten für bürgernahe Polizeiarbeit (so genannte Kontaktbeamte) und ein Besuch kroatischer Polizisten im Vereinigten Königreich, wo sie ihre britischen Kollegen bei der praktischen Arbeit begleiteten, um vor Ort bürgernahe Polizeiarbeit als Methode der Verbrechenverhütung zu erlernen. Im Wissen um die Bedeutung eines gut organisierten Managements der Personalressourcen, das der Schlüssel zu einer leistungsfähigen Polizei ist, arbeitete die Mission mit der deutschen Polizei zusammen, um bewährte Methoden und Erfahrungen in diesem Bereich auszutauschen. Die Mission betreute einen fünftägigen Workshop zu diesem Thema, der von zwei für Personalführungsfragen zuständigen Experten der deutschen Polizei geleitet wurde. Im Anschluss an den Workshop reisten fünf hohe Beamte der kroatischen Polizei zu einem von der Mission finanzierten Studienbesuch nach Deutschland, wo sie sich im Innenministerium von Sachsen-Anhalt mit den Methoden der Personalführung in einer modernen europäischen Polizei vertraut machten.

Die Mission förderte die Verbesserung der polizeilichen Zusammenarbeit auf regionaler und internationaler

Ebene. Abgesehen von der Koordinierung der internationalen Hilfe für die kroatische Polizei stellte die Mission auch Beratung zu verschiedenen Sicherheits- und Menschenrechtsfragen, etwa zum Thema Aufdeckung und Verhütung von Menschenhandel, zur Verfügung.

***Förderung der Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben.*** Die Mission unterstützte weiter zwei außerbudgetäre Projekte, die Frauen zur verstärkten Teilnahme am politischen und öffentlichen Leben befähigen sollen. Die vom italienischen Außenministerium finanzierten und von den Büros der Gender-Task-Force des Stabilitätspakts für Südosteuropa durchgeführten Projekte laufen seit 2001. Beide Projekte sollen Frauen die Notwendigkeit bewusst machen, sich verstärkt politisch zu engagieren.

2004 fand erstmals eine regionale Tagung von NROs statt, die sich mit der Bekämpfung des Menschenhandels und der Korruption in der Stabilitätspaktregion befassen. Die Mission unterstützte diese Initiative, die vom *Women's Room Centre* (ACTA) veranstaltet und vom BDIMR mitfinanziert wurde. Die Konferenz half den ACTA-Mitgliedern bei der Entwicklung künftiger Strategie- und praktischer Einsatzpläne.

**Leiter der Mission:**  
**Botschafter Peter Semneby**  
**Revidierter Haushalt: € 10.404.300**  
**[www.osce.org/croatia](http://www.osce.org/croatia)**

# DIE OSZE-MISSION IM KOSOVO

Die schweren Ausschreitungen zwischen den Volksgruppen Mitte März 2004 waren ein Rückschlag für den Kosovo auf seinem Weg zu dauerhaftem Frieden und überschatteten die Ereignisse bis zum Jahresende. Allen Hindernissen zum Trotz setzte die Mission ihre Bemühungen fort, dem Kosovo dabei zu helfen, seinen Weg aus einer schwierigen Vergangenheit in eine stabile Zukunft zu finden, in der Frieden und Toleranz zwischen den verschiedenen Volksgruppen herrschen. Die Mission trat zwar zumeist nicht öffentlich in Erscheinung, doch hatte sie konkrete Ergebnisse vorzuweisen: die demokratische Selbstverwaltung nimmt Gestalt an und setzt sich langsam im gesamten Kosovo durch.

Seit die OSZE-Mission im Jahr 1999 als Pfeiler III der Mission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) eingerichtet wurde, bemüht sie sich, das Fundament für den Aufbau und die Festigung demokratischer Institutionen zu schaffen und zugleich die Wiederherstellung der Beziehungen zwischen den

„Die ‚Standards für den Kosovo‘ beschreiben einen Kosovo mit repräsentativen und demokratischen staatlichen Institutionen, einen Rechtsstaat, der von allen geachtet wird und für alle zugänglich ist, in den rückkehrwillige Binnenvertriebene ohne Behinderung, Bedrohung oder Einschüchterung zurückkehren dürfen und können, wo alle ungeachtet ihrer ethnischen Herkunft in Sicherheit reisen und arbeiten und überall und in allen Institutionen des Kosovo ihre eigene Sprache (deren Gebrauch zulässig ist) verwenden können; einen Kosovo, in dem die Rahmenbedingungen für eine funktionierende Marktwirtschaft gegeben sind und in dem sich die Kosovo-Friedenstruppe streng an ihr Mandat hält; darüber hinaus beschreiben die Standards einen Kosovo, in dem Pristina in einem fruchtbaren Dialog mit Belgrad steht und in dem der Kosovo stabile und friedliche Beziehungen zu seinen Nachbarn in der Region unterhält. Kurz gesagt, einen wahrhaft multiethnischen, stabilen und demokratischen Kosovo, der sich europäischen Standards annähert.“

**Zitat aus: Plan für die Durchführung der Kosovo-Standards**

## Aktivitäten in der menschlichen Dimension

### WAHLEN

Im Oktober wählten 1,3 Millionen Kosovaren ein neues Parlament. Nachdem die Mission seit 1999 drei erfolgreiche Wahlgänge nacheinander organisiert hatte, übergab sie nunmehr zum ersten Mal die Verantwortung für Schlüsselbereiche an eine einheimische Wahlleitung, das Sekretariat der Zentralen Wahlbehörde (CECS).

**Stabübergabe.** Das CECS wurde 2003 als operativer Arm der Zentralen Wahlbehörde eingerichtet. Es hat seinen Sitz in Prishtinë/Priština und rein verwaltungstechnische Aufgaben; es wurde mit ausreichenden Ressourcen und Kapazitäten für eine ordnungsgemäße Abwicklung der Wahlen ausgestattet.

Volksgruppen im Kosovo zu fördern. 2004 war das Hauptziel der Mission die Stärkung der örtlichen Eigenverantwortung im Sinne des im Dezember 2003 beschlossenen Verfahrens „Standards für den Kosovo“. Dieser Prozess gibt konkrete Ziele vor, die die provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen (PISG) erfüllen müssen, ehe über den endgültigen Status des Kosovo entschieden wird.

Vier Bereiche standen im Mittelpunkt der Missionsarbeit:

- Aufbau leistungsfähiger staatlicher und nichtstaatlicher Institutionen
- Überwachung und Förderung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit
- Medienentwicklung
- fortlaufende Aus- und Fortbildung sowie Spezialisierung der kosovarischen Polizei

„Mit ihrer bewährten Präsenz vor Ort ist die OSZE wie keine andere Organisation dazu befähigt, im kritischen Prozess des Aufbaus von Kapazitäten im Land und der Überwachung der Übertragung von Aufgaben an die Institutionen des Kosovo eine Führungsrolle zu übernehmen.“

**Søren Jessen-Petersen, Sonderbeauftragter des VN-Generalsekretärs, UNMIK**

Bei den Parlamentswahlen 2004 fungierte die OSZE-Mission als Berater, nachdem sie ihre Zuständigkeit für die Wahlen und die operative Verantwortung an das neue CECS abgetreten hatte. Das war ein großer Schritt in Richtung der Übernahme von Eigenverantwortung durch kosovarische Institutionen und stand im Einklang mit der Verpflichtung der OSZE, die Verantwortung für den Wahlprozess schrittweise in die Hände der Einwohner des Kosovo zu legen. Das CECS wird aus dem konsolidierten Haushalt für den Kosovo finanziert, alle seine Mitarbeiter sind Kosovaren. In Zukunft werden alle Wahlen vom CECS durchgeführt.

**Schaffung der Voraussetzungen für Wahlen.** Um die Übergabe des Wahlprozesses in örtliche Eigenverantwortung zu beschleunigen, gab die Arbeitsgruppe Wahlen – ein beratendes Gremium unter dem Vorsitz der Mission und von dieser betreut, in dem die wichtigsten örtlichen politischen und zivilen Kräfte vertreten sind – dem Sonderbeauftragten des VN-Generalsekretärs Empfehlungen bezüglich der Rahmenbedingungen für die Wahlen 2004.

Viele der in diesem Rahmen angeführten Aufgaben wurden vom CECS übernommen, unter anderem die Koordinierung der Wahlen am Wahltag und die gemeinsame Planung mit den lokalen Wahlkommissionen und Wahlhelfern in den einzelnen Gemeinden. Weitere Aufgaben waren die Zulassung politischer Parteien, wahlwerbender Kandidaten und Gruppierungen, die Information der Öffentlichkeit, die Akkreditierung von Beobachtern und die Verteilung von

Wahlmaterial. In der Endphase der Wahlvorbereitungen waren das CECS und die Mission besonders bestrebt, allen Vertriebenen die Teilnahme an den Wahlen zu ermöglichen.

## DEMOKRATISIERUNG

**Unterstützung für die Institutionen der Zentralregierung.** Das Programm „Initiative zur Unterstützung des Parlaments“ (ASI) erfüllt eine Schlüsselfunktion für die Unterstützung der Zentralverwaltung im Kosovo; es wurde von zehn internationalen Partnern unter Führung der OSZE-Mission 2001 in Angriff genommen. Besonders wichtig war die Initiative für den institutionellen Aufbau des kosovarischen Parlaments. 2004 setzten die ASI-Partner ihre Ausbildungskurse für Parlamentsarbeit und Polizeifragen im Kosovo und im Ausland fort. Viele der Programme widmeten sich schwerpunktmäßig der Entwicklung einer parlamentarischen Kultur und boten den Parlamentsausschüssen fachliche Unterstützung für das Gesetzgebungsverfahren.

Im Rahmen der Initiative wurden internationale Arbeitsbesuche und öffentliche Anhörungen gefördert, dem Parlamentssekretariat wurden Beratung und ein Programm zum Aufbau von Kapazitäten zur Verfügung gestellt. Um Minderheitengruppen dabei zu unterstützen, gemeinsame Standpunkte zu Fragen, die ihre Wählerschaft betreffen, zu formulieren, förderte die Initiative die Rolle und Mitwirkung dieser Volksgruppen im Parlament. Darüber hinaus wurde ein achtmonatiges Programm zum Aufbau von Kapazitäten organisiert, in dessen Rahmen auch Arbeitsbesuche der politischen Berater der provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen in Wien und Brüssel stattfanden, ferner – im Anschluss an die Wahl im Oktober – ein zweimonatiges Einführungsprogramm für neu gewählte Parlamentsabgeordnete.

**Unterstützung der Regierungsarbeit auf kommunaler Ebene.** Zur Verbesserung der Regierungsarbeit im Sinne von Good Governance auf lokaler Ebene bot die Mission kommunalen Amtsträgern Beratung bei Gesetzgebungs- und Verwaltungsverfahren an, die ein effizientes und verantwortungsbewusstes Regieren fördern sollen. Mehrere Programme dienten der Stärkung ihrer Kompetenz in der politischen Entscheidungsfindung und der Umsetzung ihrer Entscheidungen. So arbeiteten zum Beispiel in den Regionen Prishtinë/ Priština und Lipjan/Lipljan die Mission und die regionale Wirtschaftsagentur in Haushalts- und Wirtschaftsentwicklungsfragen mit den Ausschüssen für Politik und Finanz zusammen. Die Mission unterstützte die Herausgabe mehrsprachiger Gemeindebroschüren. Es nützt allen Menschen, die in diesen Gemeinden leben, wenn sie mehr über die von der Gemeinde angebotenen Dienstleistungen erfahren. Diese Broschüren machen darüber hinaus auch deutlich, dass die Gemeindeverwaltung den Menschen dient und nicht umgekehrt.

### Einbindung kosovarischer Jugendlicher in Entscheidungsprozesse

Eine wichtige Initiative zur Förderung des Verständnisses bei Jugendlichen für politische Entscheidungsprozesse auf lokaler Ebene und Fragen der Gemeindepolitik ist das 2003 begonnene Projekt der Mission für Jugendparlamente. Es richtet sich an junge Albaner, Serben, Roma, Ashkali und Türken im Kosovo und soll deren Zusammenarbeit mit den Institutionen der Lokal- und Zentralverwaltung verbessern.

Im August veranstaltete die Mission für die Teilnehmer an diesen Jugendparlamenten die erste von zwei viertägigen Klausuren, durch die die Vernetzung der an der Initiative teilnehmenden Jugendlichen verstärkt werden sollte. 10 Jugendparlamente mit über 240 Teilnehmern aus dem gesamten Kosovo reisten in das benachbarte Montenegro, wo sie über Wahlverfahren, Toleranz und die Rolle der Institutionen der Zentralverwaltung diskutierten. Einen Höhepunkt der Veranstaltung bildete eine fiktive Sitzung des kosovarischen Parlaments, bei der die jungen Teilnehmer Gesetzesentwürfe einbrachten, über die sie dann abstimmten.

„Es ist ganz wichtig, den jungen Menschen im Kosovo verständlich zu machen, welche Rolle und Bedeutung ihnen selbst im Rahmen der politischen Entwicklungen zukommt und wie sich die Verwaltung auf ihr tägliches Leben auswirkt“, erläuterte der für das Programm zuständige Projektleiter der Mission, Matthew Minns.

Zur Verstärkung ihrer Rolle als wichtige Instanz zur Verhinderung von Diskriminierung setzte die Mission ihre Arbeit mit den Gemeinde- und Mediationsausschüssen fort. Dabei handelt es sich um gesetzlich vorgeschriebene Ausschüsse der Kommunalverwaltungen, die zur Verhinderung von Diskriminierung eingerichtet wurden. Sie sollen einerseits den Schutz der Rechte und Interessen aller Volksgruppen sicherstellen und andererseits Angehörige von Minderheiten zur aktiven Teilnahme ermutigen. Das PR-Projekt für Gemeinderäte, das die Wähler dazu ermutigen soll, Kontakt zu ihren gewählten Vertretern zu halten, wurde finanziell und materiell unterstützt, etwa durch Kompetenzaufbaukurse. Die Mission führte auch ein Programm unter dem Titel „Deine Gemeinde – deine Zukunft“ durch, das aus einer Serie von Workshops für Oberschüler besteht und deren Mitarbeit in Gemeindestrukturen verstärken soll.

### Förderung der Beziehungen zwischen Gebietskörperschaften und der Bevölkerung

Das fortgesetzte Engagement der Mission für gute Verwaltung auf kommunaler Ebene hilft mit, dafür zu sorgen, dass die gesetzgebenden Organe auf die Bedürfnisse ihrer Wählerschaft eingehen. Im Rahmen dieser Bemühungen organisierte das Missionsbüro in Strpce/ Shterpce im Juni einen Besuch von Gemeindevertretern aus Ferizaj/Uroševac vor Ort. Abgeordnete des Gemeinderats, UNMIK-Mitarbeiter und Vertreter der örtlichen Medien stellten den Dörfern Dubrave/Dubrava und Babljak/Bablak einen Besuch ab, um sich vor Ort ein Bild von den Verhältnissen zu machen und den Einwohnern Gelegenheit zu geben, der örtlichen Verwaltung ihre Anliegen direkt vorzutragen. Viele Gemeindeabgeordnete erlebten dabei zum ersten Mal die armseligen Verhältnisse, unter den die Menschen in ihrem Zuständigkeitsbereich leben, und nahmen unverzüglich Gespräche über Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensbedingungen in den von ihnen besuchten Gebieten auf.

**Förderung der Mitwirkung der Zivilgesellschaft.** Zur Unterstützung einer verstärkten Partizipation der Zivilgesellschaft an öffentlichen Aufgaben setzte die Mission ihre Zusammenarbeit mit Basisinitiativen fort,

die Bürgerrechte und demokratische Werte innerhalb der Volksgruppen und Gemeinden fördern sollen.

Zur Förderung des politischen Bewusstseins unter jungen Menschen wurde mit Unterstützung der Mission und der Europäischen Agentur für Wiederaufbau eine Aussöhnungsinitiative für Jugendliche ins Leben gerufen und als Partner in ein Netz in Peje/Peć einbezogen. Mit Aktionen wie der Herausgabe eines mehrsprachigen Informationsblatts half das Projekt Jugendlichen dabei, auf Gemeindeebene aktiv an politischen Entscheidungsprozessen mitzuwirken.

Zu den Aktivitäten in diesem Bereich zählt das 2002 gegründete Projekt für einen Dialog zwischen Bürgern, das Kontakte zwischen NROs und anderen Gruppen aus dem Kosovo und dem eigentlichen Serbien im Rahmen von unpolitischen Aktivitäten und Aussöhnungsprojekten knüpft, die sich unter anderem mit der Gleichstellung der Geschlechter befassen und unter Mitwirkung von NROs durchgeführt werden, die in und mit Medien tätig sind. Dabei unterstützte das von der Mission geknüpfte Netz zwischen NRO-Ressourcen- und Gemeindezentren örtliche Bürgergruppen bei der Planung und Verwirklichung von Basisprojekten, durch die bewährte Methoden für die Einbindung der Zivilgesellschaft im ganzen Kosovo gefördert werden sollen. Im Sinne der Politik der Mission, eine verstärkte Übertragung von Aufgaben in örtliche Eigenverantwortung anzustreben, wurden die Zentren nach und nach an örtliche Gruppen der Zivilgesellschaft übergeben.

**Unterstützung für Minderheitengemeinden.** Ein besonderes Anliegen sind der Mission die Probleme der Kinder von Roma, Ashkali und Ägyptern im Bildungsbereich. In Zusammenarbeit mit dem Ministerium der PISG für Unterricht, Wissenschaft und Technik betreute die Mission ein Projekt, das die Aufnahme von Romani-Sprachunterricht und Förderunterricht in die Lehrpläne vorbereiten soll, um die Integration dieser Kinder in das Regelschulsystem und die Ausbildung von für den Romani-Unterricht geeigneten Lehrern zu unterstützen. Das Ausbildungsprogramm der Mission beinhaltet auch Maßnahmen zur Aufklärung der Eltern über die Wichtigkeit des Vorschulunterrichts und des Schulbesuchs sowie einer beruflichen Ausbildung für ihre Kinder.

Das Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten trat am 1. Februar 1998 in Kraft und ist der erste rechtsverbindliche multilaterale Vertrag über den Schutz von Minderheiten im Allgemeinen. Das Rahmenübereinkommen kann als Vorbild und rechtlicher Standard dienen, an dem in den Mitgliedstaaten des Europarats und in den Staaten, die eine Mitgliedschaft anstreben, die Gesetzgebung und Praxis im Umgang mit Minderheiten gemessen wird.

Die Mission spielte weiterhin eine führende Rolle im Bereich der Förderung des Rechts der Minderheiten auf ihre Sprache und setzte ihr Engagement im Rahmen der Sonderarbeitsgruppe Sprachenrechte unter VN-Führung fort. Im September war die Mission Gastgeber einer Konferenz über Sprachenvielfalt im Kosovo, die unter dem Motto *Pax Linguistica* stand und die Institutionen der PISG im Hinblick auf eine bessere Umsetzung der offiziellen Sprachpolitik konstruktiv unterstützen sollte. An der Veranstaltung nahmen unter anderem

internationale Experten und Vertreter der Volksgruppen des Kosovo sowie NRO-Vertreter teil.

Darüber hinaus wurden kompetenzfördernde Seminare für Minderheiten-NROs veranstaltet, um diese bei der Erstellung eines eigenen Berichts darüber zu unterstützen, wie Vertreter der Zivilgesellschaft ihrerseits die Umsetzung von Menschenrechtsnormen durch die staatlichen Behörden beurteilen, womit einer Anregung aus dem Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten Folge geleistet wurde.

## GOOD GOVERNANCE

**Beratung des Büros des Ministerpräsidenten.** Die Unterstützung des Beratungsbüros für Good Governance, Menschenrechte, Chancengleichheit und Genderfragen und des Beratungsbüros für Volksgruppenfragen im Büro des Ministerpräsidenten steht im Mittelpunkt des Good-Governance-Programms der Mission. Diese beiden Büros sind wichtige Ansprechpartner der Mission bei ihren Bemühungen um den Aufbau von Institutionen auf zentraler Ebene; sie unterstützen den Ministerpräsidenten bei der Durchführung der Übernahme von UNMIK-Kompetenzen in Menschenrechtsfragen und in Fragen ethnischer Minderheiten. Das Büro des Ministerpräsidenten wurde auch in zahlreichen anderen Fragen unterstützt: Durchführung von Gesetzen, Regierungsstrategie und -politik, Bürgerbeteiligung, Umsetzung der Standards, Vermeidung von Diskriminierung am Arbeitsmarkt und bei Dienstleistungen, Gleichstellungsfragen, Bekämpfung des Menschenhandels, Schutz des kulturellen Erbes u. a.

**Dauerhafte Flüchtlingsrückkehr und Versöhnung.** Flüchtlinge, die in den Kosovo zurückkehren, stoßen dort auf vielerlei Hindernisse. Die Mission bemühte sich gezielt um Initiativen, die Rückkehrern das Verbleiben im Kosovo erleichtern und ihnen bei der Eingewöhnung und dem Aufbau funktionierender Beziehungen zu ihren Nachbarn helfen sollen. Dazu gehörte auch die Verbesserung der Rückkehrbedingungen, vom gleichen Zugang zu den grundlegenden Dienstleistungen und Beschäftigungsmöglichkeiten bis hin zu Eigentumsfragen. Den Regierungsinstitutionen wurde nahe gelegt, für die notwendigen Dienstleistungen und den erforderlichen Schutz ohne Diskriminierung zu sorgen.

Der im Januar von der Mission eingerichtete und aus freiwilligen Beiträgen der OSZE-Teilnehmerstaaten finanzierte Zukunftsfonds für Volksgruppen (ECSF) unterstützte die Versöhnung und Integration kleinerer Gruppen durch kleine, aber wirksame interethnische und toleranzfördernde Projekte, wie etwa friedensstiftende und sozialpädagogische Aktivitäten in Gjilan/Gnjilane und eine Busverbindung für zurückkehrende Kosovobosniaken und Kosovoserben in Prizren. Die Bemühungen konzentrierten sich auf die lokale Ebene und animierten diese Gruppen dazu, mit Hilfe alternativer Methoden eine Lösung für gemeinsame Anliegen zu finden. In der Gemeinde Štrpce/Shtërpçe wurden Mittel des Zukunftsfonds z. B. zur Einrichtung von Tanz- und Aerobic-Kursen verwendet, bei denen die Kinder kosovarischer Albaner und kosovarischer Serben

gemeinsam in unbeschwerter Umgebung bei Sport und Spiel zusammenkommen.

## MENSCHENRECHTE

Der Schutz und die Förderung der Menschenrechte waren und sind eines der wichtigsten Anliegen der Mission. Zu diesem Zweck führte die Mission kompetenzfördernde Kurse für lokale Institutionen und ein aktives Menschenrechtsmonitoring durch, um den unzulänglichen Umgang mit Menschenrechtsverletzungen zu verbessern. Die Mission machte die zuständigen Behörden auf Probleme aufmerksam, wobei sie gangbare Wege zur Abhilfe empfahl und die Öffentlichkeit über den Stand der Einhaltung der Menschenrechte informierte. Nach wie vor war die Mission bestrebt, tausenden Schülern und Studenten, Lehrern, den provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen sowie NRO-Vertretern den richtigen Umgang mit Menschenrechten zu vermitteln und diese zu fördern.

**Menschenrechtskompetenz für die Institutionen im Kosovo.** Parallel zur Übertragung von UNMIK-Kompetenzen an die provisorischen Selbstverwaltungsinstitutionen, darunter auch die Zuständigkeit für den Schutz der Menschenrechte, entwickelte die Mission eine neue Strategie, zu der als fixer Bestandteil auch die Weitergabe ihres Fachwissens in Menschenrechtsfragen an die örtlichen Verwaltungsstrukturen gehört.

Zentrales Element der Strategie ist die Entsendung von Menschenrechtsexperten, die in Gemeinden im gesamten Kosovo tätig werden sollen. Ende 2004 waren diese Experten bereits in 17 kosovarischen Gemeinden im Einsatz. Darüber hinaus wurde auch dem Büro des Ministerpräsidenten ein Experte zugeteilt, der bei der Entwicklung institutioneller Gleichstellungsmechanismen und Mechanismen für den Schutz der Menschenrechte behilflich sein soll. Die Mission stellte dem Beratungsbüro für Good Governance, Menschenrechte, Chancengleichheit und Genderfragen Fachberatung und Unterstützung in Verwaltungsfragen zur Verfügung, als Hilfestellung für die Durchführung des Antidiskriminierungsgesetzes und die damit zusammenhängende Bewusstseinsbildung im Kosovo.

### **Mehr Toleranz durch Kunst: „Global Motion“**

Eine alternative Methode zur Förderung der Versöhnung ist das Projekt *Global Motion*, eine von der italienischen Regierung über die OSZE-Mission finanzierte Initiative, die mit Hilfe künstlerischer Methoden jungen Menschen im Kosovo die Auseinandersetzung mit den wesentlichen, ihre Volksgruppe betreffenden sozialen Fragen ermöglichen soll. Junge Menschen unterschiedlicher Herkunft erlernen Zusammenarbeit, indem sie sich künstlerisch betätigen, kreative Ausdrucksmöglichkeiten und kritisches Denken, Selbstverwirklichung und Toleranz lernen.

Das Kompetenzbildungsprogramm der Mission benutzte auch Workshops und Schulungskurse, um Staatsbeamten eine Ausbildung in den Menschenrechten zu vermitteln und ihnen dabei zu helfen, in ihrer täglichen Arbeit menschenrechtsverträgliche Methoden anzuwenden. In 14 Gemeinden war die Mission auch bei der Schaffung von Menschenrechtsklubs behilflich, durch die

Oberschülern Menschenrechtsbewusstsein vermittelt werden soll. Die Klubs halfen ihnen, durch profunde Diskussionen Menschenrechte verstehen zu lernen und dieses Wissen in der Folge an ihre Mitschüler und innerhalb ihrer Volksgruppe weiterzugeben.

**Menschenrechtsmonitoring und Berichterstattung über Menschenrechtsbelange.** Die Mission beobachtete weiterhin die Menschenrechtslage im Kosovo. Dabei galt ihre besondere Aufmerksamkeit dem Schutz der Menschenrechte in Bezug auf Strafverfolgung und Rechtsprechung, Nichtdiskriminierung, Eigentumsfragen, den Schutz gegen und die Verhütung von Menschenhandel sowie Gewalt in der Familie.

Den Schwerpunkt der Berichterstattung bildete die Rechtsprechung, vor allem durch die örtlichen Gerichte. Nach den Verbesserungen im Bereich der Strafrechtspflege seit 1999, die eine Übergabe der Aufgaben der Mission an örtliche Beobachter ermöglichte, galten die Bemühungen nunmehr verstärkt den Zivil- und Verwaltungsgerichten. Für die Überwachung dieser Gerichte sind nach wie vor ausschließlich internationale Menschenrechtsbeobachter zuständig.

Die Mission gab auch eine aktualisierte Fassung eines Katalogs der nach kosovarischen Recht zulässigen Rechtsmittel heraus, mit dem die Mission und die Regierungsbeamten über ein Instrument verfügen, das eine verbesserte Überwachung der Umsetzung und Wirksamkeit dieser Rechtsmittel ermöglicht.

Im Anschluss an die Unruhen im März erstellte die Mission einen umfassenden Bericht über die Herausforderungen im Bereich der Menschenrechte, der auf die wichtigsten Menschenrechtsprobleme im Gefolge dieser Ausschreitungen einging, darunter der Zugang von Minderheiten zur Rechtsprechung im Kosovo, die Überwachung der Justiz, Eigentumsrechte, die Auswirkungen paralleler Institutionen und die Reaktion der Behörden.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Ohne technische und finanzielle Unterstützung durch die Mission wäre der erste kosovoweite Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels, mit dessen Umsetzung im Frühjahr 2005 begonnen werden soll, kaum zustande gekommen. Die Menschenrechtsreferenten der Mission fungierten als regionale Kontaktpersonen für die Bekämpfung des Menschenhandels; sie kontrollierten in dieser Funktion die kosovarischen Zentren für Sozialarbeit und Ermittlungsstellen für Menschenhandel und Prostitution und überprüften mutmaßliche Opfer.

Die Mission sorgte weiterhin für sichere Unterkünfte, in denen Opfer vorübergehend Zuflucht finden. Über ihre Außenstellen führte sie mit Hilfe von Diskussionsrunden, Konferenzen und Seminaren, Zeitungsartikeln, Mitteilungsblättern und Radiointerviews Programme zur Bewusstseinsbildung in Menschenhandelsfragen durch.

## RECHTSSTAATLICHKEIT

**Unterstützung der kosovarischen Juristengemeinde.** In diesem Bereich führte die Mission ihr Qualifizierungsprogramm für praktizierende und angehende Juristen im Kosovo fort und arbeitete mit den bestehenden Institutionen darauf hin, dass die Rechtsexperten eines Tages selbst solche Projekte durchführen können. Die Aktivitäten lassen sich in folgende drei Kategorien einordnen:

- Unterstützung der kosovarischen Rechtsanwaltskammer
- Unterstützung von Rechtshilfe-NROs, die kostenlose Rechtsberatung in zivilrechtlichen und Verwaltungsverfahren anbieten
- Förderung der Ausarbeitung einer Zulassungsprüfung für Rechtsanwälte

Zur Absicherung der Bestandfähigkeit der von ihr gegründeten Institutionen – des Instituts für juristische Fortbildung und des Rechtszentrums im Kosovo – setzte die Mission den Aufbau der Kapazitäten dieser Institutionen fort.

## MEDIENAUFBAU

**Verstärkter Medienaufbau.** Die Förderung des Aufbaus von Medien im Kosovo war wieder eine wichtige Priorität für die Mission, deren Tätigkeit sich in diesem Bereich auf die Verbesserung der institutionalisierten Journalistenausbildung, die Hebung des Stellenwerts der Bildung in den Medienprogrammen und die Förderung von Minderheitensendungen konzentrierte.

Die Mission legte den Grundstein für eine professionellere Medienlandschaft und entwickelte Lehrgänge für Medienmanager mit den Schwerpunkten Marketing und redaktionelle Gestaltung von Qualitätsprogrammen. Im Hinblick auf eine Institutionalisierung der Journalistenausbildung im Kosovo bemühte sich die Mission an führender Stelle um die Schaffung eines professionellen Medieninstituts. Als erster Schritt wurde eine Machbarkeitsstudie durchgeführt, um herauszufinden, wie ein Fortbildungsprogramm für bereits im Beruf stehende Journalisten optimal anzulegen ist. Im Laufe des Jahres 2005 sollen die Grundzüge des Medieninstituts endgültig feststehen.

Weitere Medienförderprogramme:

- RTV-Herc, ein multiethnischer, zweisprachiger Sender in der Stadt Štrpce/Shtërpçë, erhielt finanzielle Unterstützung und Ausbildung für die Einrichtung eines Teams aus kosovo-serbischen und kosovo-albanischen Mitarbeitern, die für beide Volksgruppen Informationssendungen mit Niveau produzieren
- der Kosovo-Medienverbund (KOSMA), dem 27 kosovo-serbische Radiosender angehören, erhielt Ausrüstung und Ausbildung, um Nachrichtensendungen in der jeweiligen Volkssprache produzieren und ausstrahlen zu können

- ein Programm „Polizei und Medien“ zu Verbesserung der Kommunikation zwischen Polizisten und Journalisten, in dessen Rahmen realistische Krisenszenarien, Aktionen zur Intervention im Falle von Unruhen und Verbrechen szenen nachgestellt wurden

### Sesamstraße im Kosovo-TV – wie man Kindern Toleranz und Verständnis beibringt

Bert, Ernie und Big Bird haben es geschafft, im Kosovo ins Fernsehen zu kommen. Seit Dezember können die Kinder im Kosovo die Sesamstraße, eine der erfolgreichsten TV-Kindersendungen, in ihrer Sprache sehen. Die Serie wurde von der OSZE-Mission, UNICEF und Radio-TV-Kosovo (RTK) ins Land gebracht und hilft Kindern im Vorschulalter dabei, wichtige Fertigkeiten wie Lesen und Rechnen zu erlernen und ihre eigene Kultur sowie die Kultur ihrer Nachbarn kennen zu lernen.

Die Live-Sendungsteile wurden vor Ort produziert und haben einen pädagogischen Lehrplan als Grundlage, dessen Inhalt gemeinsam und mit albanisch- und serbischstämmigen Kosovaren entwickelt wurde. Die Sendung ist ein Loblied auf die Vielfalt und zeigt den Alltag von Kindern, Beziehungen zwischen Familienmitgliedern und kulturelle Elemente wie Feste, Sprache, Tänze und Musik.

Die Serie trägt auf Albanisch den Titel *Rruga Sesam*, auf Serbisch *Ulica Sezam* und wird von der öffentlich-rechtlichen Sendeanstalt RTK sowie von drei serbischsprachigen TV-Stationen ausgestrahlt. Die Ausstrahlung von insgesamt 52 Episoden in jeder Sprache ist geplant.

## POLIZEIAUSBILDUNG UND -AUFBAU

**Eine Grundausbildung für Polizeibeamte.** Die Kosovo-Polizeischule kam der Verwirklichung ihres Ziels, zum Aufbau eines neuen Polizeidienstes im Kosovo beizutragen, 2004 einen weiteren Schritt näher. In diesem Jahr wurden an der Schule wieder 665 Rekruten für die kosovarische Polizei ausgebildet, womit sich die Gesamtzahl der Polizeischüler, die die Grundausbildung erfolgreich absolviert haben, auf 6.925 erhöhte. 16 Prozent davon sind Frauen und 17 Prozent Angehörige von Minderheiten. 2005 soll das Endziel von 7.300 Polizisten mit abgeschlossener Grundausbildung erreicht sein.

Die kosovarischen Polizisten erhielten eine Ausbildung in Theorie und Praxis in demokratischer Polizeiarbeit und Menschenrechten, einschließlich zeitgemäßer Methoden im Umgang mit Gewalt in der Familie, Aufklärung über Menschenhandel und bürgernahe Polizeiarbeit. Viele der Auszubildenden sind einheimische Beamte der kosovarischen Polizei, die selbst diese Ausbildungskurse absolviert haben. Für den Aufbau eines zukunftsfähigen Polizeidienstes erhielten die Beamten auch eine Unterweisung in Supervisions- und Führungsmethoden. Die Aufbau- und Spezialkurse für künftige Polizisten beinhalten auch Unterricht in Ermittlungstechniken bei Tötungsdelikten und im Umgang mit dem organisierten Verbrechen. Die Polizeischule bietet für diese Fragen immer mehr Speziallehrgänge an, mit den Schwerpunkten Verbrechenermittlung, grenzpolizeiliche Aufgaben, Kriminaltechnik und Drogenüberwachung.

Die Kosovo-Polizeischule nahm ihre Tätigkeit 1999 auf. Sie ist nicht nur ein landesweit einzigartiger Erfolg sondern auch ein hervorragendes Beispiel für den Einsatz bewährter Methoden bei der Ausbildung und dem Aufbau von Polizeikräften nach einem Konflikt. Seit 2004 übersteigt die Zahl der kosovarischen Streifenpolizisten jene ihrer Kollegen von der zivilen VN-Polizei, und sie nehmen ihre neuen Obliegenheiten in jeder Hinsicht auf vorbildliche Weise war.

**Kontaktaufnahme mit den verschiedenen Volksgruppen im Kosovo.** Die Polizeischule bemüht sich auch um die Verbesserung der Beziehungen zwischen Polizei und Jugendlichen und um die Erhöhung der Sicherheit im Gemeinwesen. Im Juli veranstaltete die Polizeischule ein dreitägiges Jugendlager für künftige Führungskräfte, in dessen Rahmen junge Kosovaren aller Volksgruppen Gelegenheit erhielten, Vertrauen zu einander und Achtung voreinander zu entwickeln. Rund 150 Schüler der Sekundarstufe nahmen an dieser Aktion teil und erfuhren gemeinsamen mehr über bürgernahe Polizeiarbeit, gewaltfreie Problemlösungsmethoden und

staatsbürgerliche Verantwortung. Die Initiative war Teil der Bemühungen der Polizeischule zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen jungen Kosovaren und der Polizei, insbesondere nachdem zahlreiche Jugendliche an den Ausschreitungen im März beteiligt gewesen waren. Die Schüler lernten auch, wie man eine demokratisch gewählte Schülerversammlung aufbaut und damit arbeitet.

Außerdem war die Polizeischule bei der Einrichtung gemeinschaftlicher Sicherheitsteams behilflich, die sich über die übliche Polizeiarbeit hinaus schwerpunktmäßig mit Verbrechensbekämpfung befassen sollen, um die Volksgruppen dazu zu ermutigen und zu befähigen, die Verantwortung für ihre Sicherheit selbst zu übernehmen. Sie wollen die Beziehungen zwischen Polizei, örtlicher Verwaltung und den Volksgruppen fördern und dadurch zur Verbrechensbekämpfung beitragen und durch kooperative Projekte und Strategien die Lebensbedingungen und die Sicherheit der Bevölkerung verbessern

#### **Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern**

Die Mission widmete sich weiterhin der Unterstützung von Programmen und Projekten zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern und zum Schutz der Rechte von Frauen, die wesentlich zu einer bestandfähigen Demokratie beitragen. Dazu zählte auch die Tätigkeit in den Bereichen Opferhilfe, Qualifizierung und Bewusstseinsbildung sowie Unterstützung bei Gesetzgebung und Politik.

Zum Thema Gewalt in der Familie setzte sich die Mission erneut mit Nachdruck für einen sektorenübergreifenden Umgang mit geschlechtsspezifischen Formen von Gewalt ein und ermutigte zur Vernetzung innerhalb der Region und zur Stärkung der kosovoweiten Leitsysteme. Im Januar 2004 wurden die Weichen für eine neue Politik zur Bekämpfung der Gewalt in der Familie gestellt und die Verfahren zur Bekämpfung des Menschenhandels auf ausländische Opfer ausgedehnt. Zur Unterstützung geschlechtsspezifischer Themen führte die Mission auch zwei Aufklärungskampagnen durch, wobei die an die Zielgruppe der Oberschüler gerichtete Aktion die Themen Kontaktaufnahme mit dem anderen Geschlecht und Gewalt in der Familie zum Gegenstand hatte. Die zweite Kampagne unter dem Motto „Mache der Gewalt ein Ende – suche Schutz“ richtete sich an die Öffentlichkeit und machte Werbung für einen telefonischen Notrufdienst für die Opfer familiärer Gewalt.

Darüber hinaus war die Mission bestrebt, bei den kosovarischen Polizeikräften das Bewusstsein für die Geschlechterproblematik zu heben und dafür Kompetenz aufzubauen. Insgesamt nahmen 170 Beamte der kosovarischen Polizei an einem Spezialkurs für die Ermittlung bei Gewalt in der Familie teil, der für Polizisten gedacht war, die bei geschlechtsspezifischen Verbrechen und Gewalt in der Familie einzuschreiten haben. Die Mission informierte Beamte der kosovarischen Polizei über den richtigen Umgang mit Gewalt in der Familie und erstellte Leitfäden, die die einschlägigen Gesetze und politischen Strategien sowie Informationen über Kontaktstellen für Soforthilfe enthalten.

**Leiter der Mission:**  
**Botschafter Pascal Fieschi**  
**Revidierter Haushalt: € 42.607.700**  
[www.osce.org/kosovo](http://www.osce.org/kosovo)

# DIE OSZE-MISSION IN SERBIEN UND MONTENEGRO

Die OSZE-Mission in Serbien und Montenegro konnte bei ihrer Arbeit 2004 Fortschritte in Bereichen erzielen, die das Land und seine beiden Republiken vor große Herausforderungen stellen. Das ganze Jahr hindurch setzten die Mitarbeiter der Mission in der Zentrale im serbischen Belgrad (Serbien und Montenegro), in der Außenstelle im montenegrinischen Podgorica (Serbien und Montenegro), in der Präsenz in Südserbien sowie in den Polizeiausbildungszentren in beiden Republiken ihre Unterstützung für allgemeine demokratische Reformen fort.

Der Mission ging es in erster Linie um eine Festigung der Fortschritte zur Erhaltung der Stabilität und zur Förderung der Integration zwischen den Volksgruppen in Südserbien, einer Region, in der albanische und serbische Gemeinden nebeneinander existieren. Trotz der Unruhen im Kosovo (Serbien und Montenegro) im März blieb es in der Region ruhig.

In Montenegro trug die Mission maßgeblich dazu bei, dass die größten Oppositionsparteien nach einem längeren Boykott ins Parlament zurückkehrten, so dass wichtige politische und wirtschaftliche Reformen im regulären Forum erörtert werden konnten.

Ein Großteil der täglichen Arbeit der Mission galt der Unterstützung der laufenden Reformen in Serbien und Montenegro, darunter die Förderung der Menschen- und Minderheitenrechte, der Kampf gegen Korruption und organisiertes Verbrechen und die Medienreform. Zu nennen sind ferner Aktivitäten zur Kompetenzsteigerung des serbischen Gerichtspersonals im Hinblick auf die Durchführung inländischer Kriegsverbrecherprozesse nach internationalen Standards.

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

### *Konfliktverhütung in Südserbien.*

Die Konfliktverhütungstätigkeit der Mission konzentrierte sich auf die serbische und die albanische Volksgruppe in Südserbien. Ziel der Bemühungen war es, die albanische Volksgruppe in die Arbeit der örtlichen Behörden einzubinden, das Misstrauen zwischen den verschiedenen Volksgruppen abzubauen und örtliche Justiz- und Sicherheitsstrukturen zu schaffen, die für die Angehörigen aller Volksgruppen zugänglich sind.

Die Mission unterstützte die Behörden weiterhin bei der Umsetzung des so genannten „Čović-Friedensabkommens“ von 2001 zur Wiedereingliederung der albanischen Volksgruppe. Zur Entspannung der Lage wurden verschiedene Strukturen, etwa ein von der Regierung eingesetzter Koordinierungsrat für Südserbien, geschaffen, die den Führern und Politikern der Volksgruppen, leitenden Polizeibeamten und Vertretern der örtlichen Verwaltung die Möglichkeit geben, sich mit allen auftretenden Problemen auseinander zu setzen. Zusätzlich zu diesen Initiativen förderte die Mission die multiethnische Polizeiarbeit in

der Region, was auch zum Abbau der Spannungen zwischen den Volksgruppen und den Sicherheitskräften beitrug.

Um die Öffentlichkeit besser über diese Fragen zu informieren, stellte die Mission den örtlichen Rundfunkanstalten, die mehrsprachige Programme erstellen, Ausbildung und fachliche Unterstützung zur Verfügung. Für Schüler und Studenten, die Minderheiten angehören, wurden eigene Fachlehrgänge angeboten, um sie für eine Tätigkeit in den örtlichen Behörden, in der Justiz und in den Gemeinderäten auszubilden. Als besonders erfolgreich erwies sich ein Tutoren-System für Jurastudenten, die ihre Rechtsanwaltsprüfung vorbereiten, an dem insgesamt 76 Studenten der albanischen und der serbischen Volksgruppe teilnahmen.

**Polizeireform.** Eine der wichtigsten Aufgaben der Mission ist die Reform der Polizeikräfte in Serbien und Montenegro, die über ihr Polizeientwicklungsprogramm erfolgt. Mit der Unterzeichnung einer Vereinbarung im November erfuhr die ohnehin engen Arbeitsbeziehungen zwischen der Mission und dem serbischen Innenministerium eine weitere Verstärkung.

Das Polizeientwicklungsprogramm führte moderne Lehrpläne ein, die für bereits in Dienst stehende Polizeibeamte verschiedener Ebenen bestimmt waren. Basierend auf dem Konzept *Train-the-Trainers* bot es Lehrgänge für die Schulung von Ausbildern, für bürgernahe Polizeiarbeit und Führungsmethoden an. Auf diese Art und Weise wurden 2004 in Serbien und Montenegro insgesamt 396 Polizisten ausgebildet.

Zur Verstärkung der internen Aufsicht der Polizei und zur Verhinderung von Korruption in den eigenen Reihen veranstaltete die Mission eigene Fachseminare, organisierte für das Büro des serbischen Generalinspektors Besuche zu Studienzwecken und rüstete dieses mit modernen IT- und technischen Geräten aus.

Die Förderung bürgernahe Polizeiarbeit bildete einen weiteren wichtigen Schwerpunkt der Mission. In Montenegro führte die Mission mehrere Umfragen bei der Polizei und in der Öffentlichkeit zu diesem Konzept durch, nahm Modellprojekte in allen sieben Sicherheitszentren der Republik in Angriff und erstellte eine Gesamtstrategie für bürgernahe Polizeiarbeit in Montenegro.

In Serbien wurde dieses Konzept im Rahmen eines Modellprojekts in zehn Sicherheitszentren eingeführt. Es ist geplant, die im Rahmen dieser Testläufe gewonnenen Erfahrungen als Grundlage für eine serbienweite Strategie für bürgernahe Polizeiarbeit zu nützen, die 2005 in Angriff genommen werden soll. Experten evaluieren regelmäßig die Fortschritte bei der bürgernahen Polizeiarbeit, um festzustellen, wie die örtliche Bevölkerung darauf reagiert.

Nach dem Vorbild ähnlicher Bestrebungen in den Nachbarländern bereitet sich auch Serbien und Montenegro darauf vor, die Zuständigkeit für die Grenzkontrolle vom Verteidigungsministerium an das Innenministerium zu übertragen. Zum Aufbau von Kapazitäten in der Grenzpolizei veranstaltete die Mission acht Fachseminare, unter anderem zu Fragen der Bekämpfung des Menschenhandels und des Schmuggels, und war bei der Entwicklung einer Strategie zur Migrationssteuerung behilflich.

Zur Unterstützung des Ochrid-Prozesses trat das serbische Innenministerium im Juli als Gastgeber einer internationalen Konferenz für gemeinsame Ausbildungsmaßnahmen auf, zu der Vertreter aller Staaten des ehemaligen Jugoslawien und ihrer Nachbarn zusammenkamen. Das Innenministerium von Montenegro veranstaltete im September ein Folgeseminar, bei dem die Kontrolle der so genannten „blauen Grenzen“ (Seegrenzen) im Mittelpunkt stand.

#### **Der „Ochrid-Prozess“**

Der so genannte „Ochrid-Prozess“ geht auf eine Initiative der OSZE, der Europäischen Union, der NATO und des Stabilitätspakts für Südosteuropa vom Mai 2003 zurück und ist nach der mazedonischen Stadt benannt, in der der Plan verabschiedet wurde. Der „Ochrid-Prozess“ bezeichnet die gemeinsamen Bemühungen der Länder Südosteuropas und ihrer internationalen Partner zur Bewältigung der sensiblen Probleme Grenzsicherheit und Grenzmanagement auf der Grundlage einer gemeinsamen Plattform, die von den vier teilnehmenden internationalen Organisationen vorgeschlagen wurde.

**Fortsetzung des Kampfes gegen die Korruption.** Nach Angabe des von *Transparency International* – einer führenden Nichtregierungsorganisation, die sich weltweit dem Kampf gegen Korruption widmet – veröffentlichten *Corruption Perception Index 2004* liegt Serbien und Montenegro an 97. Stelle der 145 untersuchten Länder. Um zur Verbesserung dieser Situation beizutragen, unterstützte die Mission weiterhin den staatlichen serbischen Korruptionsbekämpfungsrat, dem sie rechtliche und fachliche Beratung anbot. Sie organisierte mehrere internationale Konferenzen, um zur regionalen Zusammenarbeit und zum Erfahrungsaustausch anzuregen. Bei diesen Konferenzen kamen Vertreter der Regierung und von Nichtregierungsorganisationen mit Vertretern der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO), der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) und des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) zusammen.

**Bekämpfung der organisierten Kriminalität.** Der Kampf gegen das organisierte Verbrechen hatte für die Mission auch 2004 höchste Priorität. Sie beobachtete wieder mehrere aufsehenerregende Prozesse in Serbien und Montenegro, darunter auch die Prozesse gegen die mutmaßlichen Mörder des Ministerpräsidenten Zoran Djindjić, des ehemaligen Präsidenten Ivan Stambolić und des Herausgebers der in Podgorica erscheinenden Tageszeitung *Dan*, Duško Jovanović.

Ein Beispiel für die erfolgreiche internationale Zusammenarbeit bei der Bekämpfung des organisierten Verbrechens ist die Verbindung zwischen dem serbischen Innenministerium und der italienischen Direktion zur Bekämpfung der Mafia, die im Anschluss

an einen von der OSZE vermittelten Besuch des zuständigen italienischen Staatsanwalts im Juli zustande kam. Die von der Mission koordinierte künftige bilaterale Unterstützung in dieser Frage soll den Aufbau einer leistungsfähigen Datenbank und die Durchführung von Ausbildungskursen in Italien für Ermittler gegen das organisierte Verbrechen umfassen.

Die Mission stellte Experten für die Abfassung und Umsetzung von Zeugenschutzgesetzen in Serbien und Montenegro zur Verfügung, die dringend notwendig sind, damit eine wirksame Strafverfolgung in Fällen organisierter Kriminalität und Kriegsverbrecherprozesse im Inland ermöglicht werden. In Montenegro ist ein derartiges Gesetz bereits in Kraft, das sich im Fall der Anklageerhebung gegen Täter als wichtiges Instrument erweisen könnte. Darüber hinaus erhielten 210 Polizisten aus Serbien und Montenegro eine Ausbildung in moderner Kriminaltechnik.

**Kriegsverbrechen.** Die Forderung, dass Serbien und Montenegro seinen internationalen Verpflichtungen gegenüber dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY) nachkommt, war Dauerthema im Rahmen der Informationsstrategie der Mission in Serbien und Montenegro. Ohne rückhaltlose Zusammenarbeit mit dem ICTY kann der Staat auf dem Weg zur Integration in die euroatlantischen Institutionen nicht vorankommen.

Die Mission prüfte die Fähigkeit der serbischen Justiz, Kriegsverbrecherprozesse nach internationalen Standards durchzuführen, und beobachtete zu diesem Zweck einige derartige Prozesse in Serbien. Im Rahmen der von der OSZE geförderten Stärkung der zwischenstaatlichen Zusammenarbeit bei Kriegsverbrecherprozessen war die Mission im November Gastgeber eines Expertentreffens zwischen Richtern und Staatsanwälten aus Bosnien und Herzegowina, Kroatien sowie Serbien und Montenegro, bei dem einige Empfehlungen zur Zeugenfrage abgegeben wurden.

*„Es ist kein Zeichen von Schwäche, sich mit Kriegsverbrechen und den Gräueln der Vergangenheit auseinander zu setzen. Es zeugt im Gegenteil von Mut und innerer Stärke. Es ist der beste Weg, den ein selbstbewusstes Serbien und Montenegro beschreiten kann, um in die Familie der europäischen Demokratien aufgenommen zu werden. Daher geht es bei Kriegsverbrechen nicht nur um die Vergangenheit, sondern auch um die Zukunft“.*  
**Botschafter Maurizio Massari, Missionsleiter**

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Verbesserung des Wirtschaftsklimas.** Im Zentrum der Aktivitäten der Mission in diesem Bereich stand die Förderung der volkswirtschaftlichen und unternehmerischen Entwicklung durch eine verstärkte Partnerschaft zwischen Gebietskörperschaften, der Wirtschaft und den verschiedenen Vertretern der internationalen Gemeinschaft vor Ort. Im Rahmen des Programms „Seminare für Jungunternehmer“ (YES) nahmen über 180 Jungunternehmer aus dem ganzen Land an einer Workshop-Reihe teil, die ihnen die grundlegenden Voraussetzungen für die Gründung eines Kleinbetriebs vermittelte.

Um eine ständige Anlaufstelle zur Beratung von Jungunternehmern zu schaffen, leistete die Mission Hilfestellung bei der Gründung von Technologiezentren in Kikinda, Knjaževac und Smederevska Palanka. Diese Zentren befinden sich in Gemeinden mit vergleichbaren wirtschaftlichen und sozialen Strukturen und ähnlich hoher Arbeitslosigkeit; sie bieten Jungunternehmern und Unternehmen in der Startphase Arbeitsräume, Coaching und sonstige Hilfsdienste an. Sie gelten als wirkungsvolles Hilfsmittel zur Förderung einer nachhaltigen Entwicklung der wirtschaftlichen und personellen Ressourcen und tragen zu Sicherheit und Stabilität in der Region bei.

**Entwicklung für Niš.** Im Mai unterzeichneten die Mission und die serbische Stadt Niš ein Dokument über eine strategische Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung. Die Mission sagte zu, ihr Fachwissen für die Ausarbeitung einer Rahmenstrategie zur wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung der Stadt auf Grundlage der ortsansässigen Gewerbe wie Fremdenverkehr und Lebensmittelerzeugung zur Verfügung zu stellen. Diese Bereiche gelten als wesentlich für die Schaffung von Arbeitsplätzen in der Region. Niš kann dank dieser ersten derartigen Strategie in Serbien nun auch an regionalen und europaweiten Initiativen und Programmen teilnehmen, da die Strategie auch die gemeinsamen wirtschaftlichen, kulturellen und Umweltinteressen der Nachbarländer einbezieht.

## Aktivitäten in der menschlichen Dimension

**Hilfestellung für die Flüchtlingsrückkehr.** Gemeinsam mit UNHCR und den jeweiligen Delegationen der Europäischen Kommission schlugen die drei OSZE-Missionen in der Region den Regierungen von Bosnien und Herzegowina, Kroatien und Serbien und Montenegro im September einen so genannten „Rückkehrfahrplan“ vor. Unter Hinweis auf die noch nicht eingelösten Verpflichtungen der Staaten in Bezug auf die Flüchtlingsrückkehr bot die Initiative den Regierungen Hilfe bei der Erfüllung der umfassenden politischen Verpflichtung an, um konkrete Fortschritte vor Ort zu ermöglichen. Diese Hilfestellung war seit 2002 mehrfach angeboten worden und besteht aus Rechtsberatung sowohl für die Regierungen als auch für NROs in Bezug auf die internationalen Rechtsstandards für den Schutz von Flüchtlingen und Rückkehrern.

**Unabhängigkeit der Justiz.** Als Verfechter einer unabhängigen Justiz, die internationalen Standards gerecht wird, unterstützte die Mission Gesetzesentwürfe, die die Unabhängigkeit der Richter und Staatsanwälte garantieren. In diesem Zusammenhang begrüßte sie die 2004 in Serbien durchgeführten Gesetzesänderungen betreffend Richter, Staatsanwälte bzw. den Obersten Justizrat. Diese Änderungen weisen zwar auf eine positive Entwicklung hin, doch sind nach wie vor strukturelle Reformen zur Verbesserung des Rechtssystems erforderlich. Priorität hat nach wie vor die Angleichung der Gesetze über Richter bzw. Staatsanwaltschaft an internationale Rechtsnormen.

Die Mission unterstützte auch die Richtervereinigung, die Vereinigung der Staatsanwälte und das Zentrum für Aus- und Fortbildung für Justizbeamte. Diese

Unterstützung umfasste auch die Aus- und Fortbildung für Richter im Zusammenhang mit Kriegsverbrecherprozessen sowie Austauschprogramme mit anderen europäischen Vereinigungen.

**Unterstützung der Gefängnisreform.** In den serbischen Gefängnissen herrschen nach wie vor untragbare Zustände, unter anderem aufgrund der starken Überbelegung und der schlechten medizinischen Versorgung der Häftlinge. Um internationale Unterstützung für die Verbesserung der Haftbedingungen zu mobilisieren, hielten die Mission und das Justizministerium im Belgrader Zentralgefängnis eine Geberkonferenz ab, um den potenziellen Geldgebern drastisch vor Augen zu führen, wie groß der Bedarf an Infrastrukturinvestitionen ist. Auch internationale Geberorganisationen nahmen teil, um die Reformpläne der Regierung zu evaluieren. Die serbische Regierung bemüht sich um die Finanzierung für die Errichtung von drei neuen Hochsicherheitsgefängnissen.

Nachdem die Mission seit 2001 mehrere erfolgreiche Ausbildungsseminare für Gefängnisaufseher durchgeführt hatte, eröffnete das Justizministerium im September die erste Ausbildungsakademie für Gefängnispersonal in Serbien. Die Mission plant, die Akademie mit Sitz in Niš bei der Ausarbeitung eines Lehrplans für die Fortbildung des vorhandenen bzw. die Ausbildung von neuem Gefängnispersonal zu unterstützen, wodurch Serbien seiner Verpflichtung nachkommen soll, für eine Behandlung der Gefangenen im Sinne internationaler Übereinkommen zu sorgen.

**Unterstützung für das Parlament und die lokale Selbstverwaltung.** Die Mission veranstaltete wieder Ausbildungsseminare für Gemeindeangestellte über das 2002 verabschiedete serbische Gesetz über lokale Selbstverwaltung. Zum Programm gehörte auch eine Ausbildung in geeigneten Führungsstrategien und Verhandlungstechniken sowie die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern auf allen Verwaltungsebenen. Mit Unterstützung der Mission, die insbesondere Lobbying bei Parlamentariern betrieb und Rechtsberatung erteilte, fasste das Parlament der Vojvodina einen Beschluss über die Gleichstellung von Frauen und Männern, die damit zum ersten Mal in Serbien offiziell zum Ziel erklärt wurde.

**„Wenn ich Ministerpräsident von Serbien wäre...“**  
Zur Förderung des politischen Bewusstseins bei Jugendlichen veranstaltete die Mission im Mai einen Aufsatzwettbewerb für Oberschüler. In der Jury saßen prominente Journalisten und Menschenrechtsaktivisten aus Serbien und Montenegro, die jene drei Schüleraufsätze zum Thema „Wenn ich Ministerpräsident von Serbien wäre...“ auszeichneten, in denen eigene Gedanken und Vorstellungen der Schüler zu politischer Führung und Demokratie am besten zum Ausdruck kamen. Über 1000 Schüler von mehr als 100 Oberschulen in Serbien nahmen an diesem Wettbewerb teil. Die besten Arbeiten wurden in der landesweit erscheinenden Tageszeitung *Danas* veröffentlicht, die Preisträger wurden zu einem Studienbesuch im OSZE-Sekretariat in Wien eingeladen und die jeweiligen Schulbüchereien erhielten eine großzügige Spende.

**Schutz der Rechte nationaler Minderheiten.** Die Unterstützung der Mission für den Schutz der Minderheitenrechte erfolgte zum größten Teil in Form von Schulungsprogrammen für Mitglieder der nationalen

Minderheitenräte, die zwischen 2001 und 2004 im Rahmen des gesamtstaatlichen Gesetzes über nationale Minderheiten und Volksgruppen durchgeführt wurden. Rund 50 Mitglieder aus 11 Wahlkollegien erhielten eine Ausbildung als Bürgerbeauftragte, Konsulenten, Teamleiter und Führungskräfte.

Eine eigene Zielgruppe unter den Minderheiten in Serbien und Montenegro ist die Volksgruppe der Roma, die mit besonders schwer wiegenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen konfrontiert ist, darunter eine hohe Analphabetenrate, hohe Arbeitslosigkeit und große Armut. Die Mission unterstützte die Entwicklung einer landesweiten Strategie zur Integration der Roma, die zwar im April vom Nationalen Roma-Rat, nicht jedoch von der Regierung verabschiedet wurde. Die Unterstützung bestand unter anderem in einem umfassenden Schulungsprogramm für die Mitglieder der einschlägigen Arbeitsgruppen im Hinblick auf die Umsetzung von Strategieplänen in konkrete Aktionspläne und Projektvorschläge. Die Mitglieder der Arbeitsgruppen waren entweder von den zuständigen Ministerien oder dem Nationalen Roma-Rat entsandte Vertreter oder unabhängige Fachleute aus der Roma-Minderheit.

Die Mission organisierte auch Fachkurse und Schreibwerkstätten für Roma-Medien und half ihnen bei der Produktion von Sendungen in Romani für mehrsprachige Rundfunkanstalten.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Angesichts der Tatsache, dass die Behörden in Serbien und Montenegro nur in jedem zehnten Fall von Menschenhandel das Opfer als solches erkennen, war die Entwicklung eines breit angelegten nationalen Leitsystems besonders wichtig, um den Menschenhandel besser bekämpfen zu können. Zur Unterstützung der Identifizierung, des Schutzes und der Weiterleitung von Opfern in die entsprechenden Institutionen war die Mission beiden Republiken bei der Entwicklung eines derartigen Mechanismus behilflich.

Da das organisierte Verbrechen ein regionales Phänomen ist, das nicht vor Grenzen halt macht, unterstützte die Mission den Austausch sachdienlicher Erfahrungen und bewährter Methoden in Bezug auf die Bekämpfung des Menschenhandels und den Betrieb von Unterbringungseinrichtungen. Darüber hinaus bot sie für Richter und Staatsanwälte sowie für Polizisten, Sozialarbeiter, Mitarbeiter der Regierung und Vertreter von NROs eine einschlägige Fachschulung an. Die Mission beobachtete auch mehr als ein Dutzend Prozesse, bei denen es um Menschenhandel ging.

**Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern.** Die Mission nahm weiterhin eine aktive Rolle bei der Unterstützung des Aufbaus von Institutionen wahr, die sich für die Gleichstellung von Männern und Frauen auf allen Regierungsebenen in Serbien und Montenegro einsetzen sollen. Nachdem die Mission in 30 Gemeinden Anlaufstellen für geschlechtsspezifische Fragen errichtet hatte, schlossen sich weitere 12 Gemeinden in ganz Serbien freiwillig diesem Projekt an. Diese neu hinzugekommenen Gemeinden erhielten 2004 eine Grundausbildung in Genderfragen, 2005 sollen sie

in das Kompetenzbildungsprogramm der Mission aufgenommen werden.

Die Mission setzte auch ihre Seminare unter dem Titel „Frauen schaffen es, Teil III“ in 17 serbischen Gemeinden fort; diese Seminare sind Teil des OSZE-Projekts „Kommunale Anlaufstellen für Gender- und Gleichstellungsfragen“ (GEOFP). Zielgruppe des Projekts sind prominente Frauen in der lokalen Selbstverwaltung, in lokalen politischen Parteien und in Gemeindeinstitutionen sowie Unternehmerinnen. Das Projekt verfolgt das Ziel, die Frauen auszubilden und zu befähigen, Gender Mainstreaming in örtlichen Entscheidungsgremien zu verankern und die Teilnahme von Frauen an politischen Entscheidungsprozessen zu fördern.

Vor den Kommunalwahlen führte die Mission fünf Schulungseinheiten zur Erhöhung des Genderbewusstseins bei Kandidatinnen für Gemeinderäte durch. Diese Kurse fanden in Zusammenarbeit mit GEOFP statt und trugen wesentlich zur politischen Sichtbarkeit und Wahrnehmung der Anlaufstellen sowie zur Fortführung ihrer Tätigkeit in der Zeit nach den Wahlen bei.

**Unterstützung der Medienentwicklung.** Im Mittelpunkt der Aktivitäten der Mission in diesem Bereich stand die Stärkung der Regulierungsgremien für elektronische Medien in beiden Republiken, wobei die Bemühungen zur Beilegung des seit 2003 andauernden Streits über die personelle Besetzung des Serbischen Rundfunkrats im Vordergrund standen. Das serbische Parlament genehmigte eine Änderung des Rundfunkgesetzes, die eine Neubestellung des gesamten Rates ermöglicht. Sobald der Rat bestellt ist, können die nächsten Schritte zur Umwandlung der staatlichen serbischen Rundfunk- und TV-Anstalt (RTS) in Angriff genommen werden.

Das Rundfunkgesetz bereitete den Boden für die Privatisierung der lokalen Rundfunkanstalten in den kommenden Jahren. Um sie dabei zu unterstützen, bot die Mission den Rundfunksendern der verschiedenen Sprachgemeinschaften technische, journalistische und Managementausbildung an. Diese Initiative soll ihnen bei der qualitativen Verbesserung ihrer Sendungen und der Erstellung von Betriebsentwicklungsplänen helfen, damit sie wirtschaftlich auf eigenen Beinen stehen können.

Die Mission unterstützte auch den montenegrinischen Staatssender bei der Umwandlung in eine weitgehend selbsttragende öffentlich-rechtliche Anstalt. Einzelne Sender erhielten eine journalistische und Medienmanagementschulung; einige der Kurse waren themenbezogen, wie Parlamentsberichterstattung, Finanzberichterstattung und Minderheitenberichterstattung.

Im rechtlichen Bereich stellte die Mission ihr Know-how für die Ausarbeitung eines Gesetzes über Informationsfreiheit zur Verfügung, durch das die serbische Regierung und die öffentlichen Einrichtungen für die Öffentlichkeit leichter durchschaubar werden sollen. Das Gesetz passierte im November das serbische Parlament; es gibt dem einzelnen Bürger das Recht, über die Arbeitsweise des Staates informiert zu werden, und

erschließt den Medien eine weitere wichtige

Informationsquelle.

**Zugehen auf die einheimische Bevölkerung**

In diesem Jahr setzte die Mission ihr erfolgreiches „Outreach-Programm“ fort, womit regelmäßige Besuche des Missionsleiters und der Mitarbeiter der OSZE bei verschiedenen Volksgruppen in Serbien und Montenegro gemeint sind. Diese Besuche geben Gelegenheit zur Kontaktaufnahme mit Vertretern der örtlichen Verwaltung, der Medien, der Zivilgesellschaft, der Glaubensgemeinschaften und der Polizei. Sie geben den Mitarbeitern der Mission auch die Möglichkeit, sich ein Bild von der Lage vor Ort zu machen und die laufenden Projekte kurz darzustellen.

2004 wurden folgende Orte besucht: Kikinda, Zrenjanin (Vojvodina), Kruševac, Aleksandrovac, Čačak, Novi Pazar (Zentralserbien), Bijelo Polje und Herceg Novi (Montenegro). Im Rahmen dieses Programms spendete die Mission 15 Oberschulen im ganzen Land Bücher im Wert von rund 1000 Euro. Die Bücher zu verschiedenen Themen wurden nach Maßgabe der Bedürfnisse der einzelnen Oberschulen ausgewählt und den Schulbüchereien zur Verfügung gestellt, wo sie von Schülern ausgeliehen werden können. „Wir hoffen, damit die jungen Menschen zum Lesen zu animieren und so ihre Chance auf bessere Noten zu erhöhen“, erläuterte Botschafter Massari.

**Leiter der Mission:  
Botschafter Maurizio Massari  
Revidierter Haushalt: € 9.834.300  
[www.osce.org/sam](http://www.osce.org/sam)**

# DIE OSZE-„SPILLOVER“-ÜBERWACHUNGSMISSION IN SKOPJE

Nachdem die Umsetzung des Rahmenabkommens von Ochrid in Bezug auf die langfristigen politischen Ziele gut vorangekommen war, wurden die Aktivitäten der Regierung im Jahr 2004 – die von der OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje und anderen internationalen Partnern sehr unterstützt wurden – von zwei unvorhergesehenen Ereignissen überschattet, die die Nation in Bann hielten: der tragische Tod des Präsidenten Boris Trajkovski am 26. Februar und das Referendum über die territoriale Neuordnung vom 7. November, das die Opposition gefordert hatte, nachdem das Parlament per Gesetz neue Verwaltungsgrenzen im Land beschlossen hatte. Regierung wie Opposition reagierten jedoch sehr bedacht und so konnte der vorübergehende Aufschub langfristiger politischer Zielsetzungen das Land nicht von seinem Kurs abbringen. Mazedonien stellte nicht nur den formellen Antrag auf EU-Mitgliedschaft, sondern konnte mit der Verabschiedung des entscheidenden Dezentralisierungsgesetzes auch einen Weg aus der Sackgasse finden. Diese unerwarteten Ereignisse stellten auch die Ressourcen und die Flexibilität der Mission auf eine harte Probe, angefangen von verstärkten Aktivitäten zur Sicherheitsüberwachung und Vertrauensbildung bis hin zur Unterstützung des BDIMR bei der Wahlbeobachtung. Die Mission konnte diese Unterstützung auch weiter leisten, ohne ihre Kernaktivitäten zurücknehmen zu müssen. Dies ist teilweise der verstärkten Koordination mit der internationalen Gemeinschaft und den Landesbehörden in Schlüsselbereichen ihrer Arbeit zur Umsetzung des Rahmenabkommens von Ochrid zu verdanken. Schwerpunkte waren insbesondere die Justizreform, die gleichberechtigte Vertretung aller Volksgruppen des Landes, die Dezentralisierung und das Bildungswesen.

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Anhaltende Unterstützung für eine umfassende Polizeireform.** Zur Unterstützung der langfristigen Polizeireformstrategie der Regierung konsolidierte die Mission weiterhin ihre Aktivitäten an der Polizeiakademie mit dem Schwerpunkt bürgernahe Polizeiarbeit und Schulung. Weitere Prioritäten waren die Unterstützung der Grenzpolizei und die Zusammenarbeit mit dem Innenministerium im Rahmen ihres Programms zur Ausweitung der bürgernahen Polizeiarbeit durch Schulungskurse für Medienschaffende und die Durchführung öffentlicher Informationskampagnen.

Einen wichtigen Platz auf der Agenda der Mission nahm hier die Fachausbildung ein. Die Unterstützung der Polizeiakademie bei der Grund- und weiterführenden Ausbildung wurde fortgesetzt, ebenso die Schulung von Ausbildnern und die Unterstützung der Lehrplanelentwicklung. Auch Coaching und Beratung für

Polizeibeamte bei der Drogenerkennung, bei Menschenrechten und Menschenhandel wurden das ganze Jahr über fortgesetzt. Der Kurs zum Thema Menschenhandel bestand aus interdisziplinären Schulungsseminaren, an denen Richter, Polizeibeamte, Staatsanwälte und NRO-Vertreter teilnahmen.

Neben ihrem bisherigen Schwerpunkt Kapazitätsaufbau konzentrierte sich die für Polizeientwicklung zuständige Abteilung darauf, die Bürgerberatungsgruppen weiterzuentwickeln und zu festigen. Diese Gruppen waren in den letzten zwei Jahren vom Innenministerium eingerichtet worden, um einem möglichst breiten Spektrum der Bevölkerung und Beamten der örtlichen Polizei Gelegenheit zum Informationsaustausch und zur Diskussion über Fragen zu geben, die für alle von Belang sind. Die Mission organisierte einen Schulungskurs für mehr als 300 Mitglieder solcher Gruppen über Themen wie lokale Selbstverwaltung, Aufbau von Partnerschaften, Problemlösung und Verfassen von Projektvorschlägen. Man erhofft sich davon eine Vorbildwirkung für gute Polizeiarbeit auf kommunaler Ebene.

### Polizeiausbildung auch für die nächste Generation von Grenzbeamten

Im Dezember 2003 beschloss die Regierung die integrierte Grenzmanagementstrategie, in deren Rahmen die Zuständigkeit für die Kontrolle der 850 km langen Landesgrenzen vom Verteidigungsministerium an das Innenministerium übergehen soll. Ab Ende 2005 soll dann das Innenministerium für die gesamte Grenzsicherheit zuständig sein, und bis dahin wird die Mission rund 1000 weitere Polizeischüler in ihr Grenzpolizeiprogramm an der Polizeiakademie in Idrizovo aufnehmen.

Im Rahmen einer feierlichen Veranstaltung aus Anlass der erstmaligen Übertragung von Grenzkontrollkompetenzen im Mai begrüßte der Missionsleiter der OSZE, Botschafter Carlos Pais, diese Entwicklung mit den Worten: „Es ist immer ein gutes Zeichen, wenn es nicht mehr nötig ist, dass die Armee die Grenzen sichert, sondern diese Aufgabe von der Polizei übernommen werden kann.“

Im September hatte das Innenministerium bereits die Grenzkontrolle zu Griechenland und Bulgarien in seine Zuständigkeit übernommen. Parallel dazu wurden über 550 Polizeischüler an der von der OSZE unterstützten Polizeiakademie ausgebildet. Die für Polizeientwicklung zuständige Abteilung der Mission bildete auch Polizisten in Grenzmanagement aus, um die Führungsqualitäten der leitenden Beamten zu verbessern und die Wirksamkeit und Effizienz der Polizei zu erhöhen.

Angesichts der Notwendigkeit, Polizei und Bürger einander näher zu bringen, organisierte die Mission gemeinsam mit dem Innenministerium und der niederländischen Botschaft landesweit fünf Tage der offenen Tür für bürgernahe Polizeiarbeit. Tausende Kinder kamen zu diesen Veranstaltungen, lernten die Aufgaben und Pflichten der Polizei kennen und machten bei zahlreichen pädagogischen Aktivitäten zu

verschiedensten Themen mit, die von der Sicherheit im Straßenverkehr bis zur Drogenaufklärung reichten.

#### **Schwerpunkt Polizeiarbeit zur Hauptsendezeit**

Sechs Monate lang bereisten Medienfachleute der Mission und ein kleines Fernsichteam das ganze Land auf der Suche nach interessanten Situationen, die Polizisten in Aktion zeigen. Aufgenommen wurden Szenen, bei denen die Polizei z. B. gegen verbotenes Fischen im Ochrid-See oder gegen Taschendiebe auf Märkten vorging, nicht angeschnallte Autofahrer abmahnte und winteruntaugliche Fahrzeuge anhält; aus diesen Aufnahmen entstanden zweiminütige Spots, die im Rahmen der öffentlichen Informationskampagne des Innenministeriums unter dem Titel *Odblisku* („Schau genau“) landesweit ausgestrahlt wurden, um die Bedeutung der bürgernahen Polizeiarbeit und ihre Vorteile für die örtliche Bevölkerung zu unterstreichen. Viele dieser Fernsehspots, von denen 2004 über 50 hergestellt wurden, wurden von 24 lokalen und landesweiten Fernsehsendern zur Hauptsendezeit im ganzen Land sowohl in Mazedonisch als auch in Albanisch ausgestrahlt. Sie zeigten z. B. die Arbeit von Spürhunden, den Kampf gegen Drogenmissbrauch unter Jugendlichen, Umweltschutz und grundlegende Selbstverteidigungsmaßnahmen.

**Stärkung vertrauensbildender Maßnahmen.** Die für Vertrauensbildung zuständige Abteilung der Mission (CBU) setzte ihre Bemühungen um Konfliktverhütung und Frühwarnung fort und führte mehrere Projekte durch, die die Aussöhnung zwischen den Volksgruppen im Land fördern und eine multiethnische Gesellschaft aufbauen helfen sollten.

Einen besonderen Schwerpunkt stellten dabei Bildungsfragen dar, die man als potenzielle Ursache für interethnische Spannungen und Intoleranz erkannte. Die CBU reagierte auf konkrete Spannungsherde mit Konfliktlösungsmaßnahmen und allgemeinen vertrauensbildenden Projekten, die Integration und Aussöhnung langfristig fördern sollen. Dazu gehörten multiethnische Fortbildungskurse für Lehrer, die mit einem Pilotprojekt begannen, in dessen Rahmen mazedonische Lehrer Albanischunterricht erhielten. Die Mission unterstützte auch den Hohen Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten bei seiner Tätigkeit als Berater der vor kurzem rechtlich anerkannten Universität Tetovo vor ihrer Eröffnung im Herbst 2004. Ein Experte wurde in die Kommission entsandt, die die rechtsgültige Gründung der Universität Tetovo als dritte staatliche Universität vornahm.

### **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Mobilisierung von Unterstützung für den Dezentralisierungsprozess.** In Fortführung ihrer Aktivitäten zur Unterstützung des Dezentralisierungsprozesses laut Rahmenabkommen bemühte sich die für die Reform der öffentlichen Verwaltung zuständige Abteilung der Mission – die Nachfolge der für die Unterstützung der öffentlichen Verwaltung zuständigen Abteilung übernommen hatte –, diese Entwicklung für die Öffentlichkeit transparent zu machen. In Zusammenarbeit mit anderen nationalen und internationalen Partnern führte die Abteilung ein breit angelegtes Programm durch, zu dem Schulungskurse für einheimische Führungspersonlichkeiten und Bürger ebenso gehörten wie die Hilfestellung für die Regierung bei der Durchführung einer Kampagne zur Aufklärung

der Öffentlichkeit über die Vorteile der Dezentralisierung.

Die Abteilung gab auch Untersuchungen in Auftrag, um Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden und innerhalb der Gemeinden im Hinblick auf die geplante Übertragung der Kompetenzen von der Zentralregierung auf die lokale Ebene zu sondieren, die einen wesentlichen Schritt im Dezentralisierungsprozess darstellt. Bei dieser Untersuchung der möglichen Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden soll ausgelotet werden, inwieweit dadurch leistungsfähigere öffentliche Dienste auf Gemeindeebene ermöglicht werden. Die Untersuchung über die Zusammenarbeit innerhalb der einzelnen Gemeinden wurde im Rahmen des vom Ministerium für örtliche Selbstverwaltung betriebenen Ausbaus der so genannten „Nachbarschafts-Selbstverwaltung“ oder Dorfräte durchgeführt. Die Untersuchungen sind die Grundlage für das künftige Engagement der Mission in diesem Bereich.

Die Mission stellte auch im Rahmen eines zu Jahresende aufgenommenen Projekts fachliche und materielle Unterstützung für die Gleichstellungskommissionen in den Gemeinden zur Verfügung. Die für die Reform der öffentlichen Verwaltung zuständige Abteilung der Mission arbeitet gemeinsam mit der für die Förderung der Gleichstellung zuständigen Abteilung des Ministeriums für Arbeit und Sozialpolitik und mit der Union der mazedonischen Frauenorganisationen (UWOM) darauf hin, die Kompetenz, das Mandat und das Profil der Gleichstellungskommissionen zu verbessern, um aus ihnen wirksame und zukunftsfähige kommunale Verwaltungsstellen zu machen. Das Projekt lief parallel zu der 2004 im Rahmen des Gesetzes über lokale Selbstverwaltung begonnenen Verwaltungsreform. An ihm lassen sich auch die Fortschritte im Bereich der OSZE-Initiativen zur Förderung der Selbstbestimmung von Frauen ablesen, die inzwischen landesweite Aktionen zugunsten der Entwicklung lokaler Kapazitäten zurückgestellt haben.

**Praktische Ratschläge für Mitglieder der örtlichen Versammlungen.** Um die neu gewählten örtlichen Amtsträger wie etwa die Gemeinderäte mit dem nötigen Rüstzeug auszustatten, damit sie ihre Rolle und ihre Aufgaben, die ihnen aus ihrer Funktion erwachsen, besser verstehen, finanzierte die Mission die Veröffentlichung eines Leitfadens mit praktischen Informationen und Ratschlägen. Dieses Handbuch ist landesweit das erste seiner Art und soll im März 2005 nach den Kommunalwahlen an rund 1500 neu gewählte kommunale Amtsträger verteilt werden.

### **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Überwachung der Rechtsstaatlichkeit und langfristige Programmentwicklung.** Da die Sicherheitslage im Land das ganze Jahr hindurch anhaltend stabil war, blieb die Mission bei ihrem Kurs, die Überwachung der Rechtsstaatlichkeit im Allgemeinen zugunsten langfristiger Programme zurückzustellen, in deren Mittelpunkt der Aufbau von Institutionen und Kapazitäten, die Bekämpfung des Menschenhandels und die Justizreform stehen. Die für Rechtsstaatlichkeit zuständige Abteilung der Mission setzte trotzdem ihre

Beobachtung in einzelnen Fällen, in denen Polizisten Misshandlungen vorgeworfen wurden, sowie die Beobachtung von Kriegsverbrecherprozessen und anderer aufsehenerregender Festnahmen und Prozesse fort. Obwohl sich 2004 noch einige neue öffentlichkeitswirksame Fälle ereigneten, ging ihre Zahl im Vergleich zu den Vorjahren insgesamt deutlich zurück.

Dank ihrer engen Zusammenarbeit mit der Volksanwaltschaft und der Abteilung für interne und fachliche Kontrolle im Innenministerium, deren Reformbemühungen sie unterstützte, konnte die Mission feststellen, dass die Bevölkerung zunehmend bereit ist, den Rechtsweg zu beschreiten, um sich Recht zu verschaffen. Daher gab es auch Fortschritte in Bezug auf die Wirksamkeit und die Anrufung dieser innerstaatlichen Mechanismen für Menschenrechtsbeschwerden.

Um die Vertreter der Justiz verstärkt für ihre Verpflichtungen aus internationalen Übereinkommen zur Bekämpfung der Folter zu sensibilisieren, veranstaltete die Mission im April ein viel beachtetes Schulungsseminar, an dem rund 50 Richter, Staatsanwälte und Vertreter des Innenministeriums teilnahmen. Das Einleitungsreferat hielt der Sonderberichtersteller der Vereinten Nationen über Folter, Theo van Boven.

**Fortsetzung des Aufbaus von Institutionen.** Ein wichtiger Faktor für den Aufbau zukunftsfähiger rechtsstaatlicher Institutionen und eine der Forderungen des Rahmenabkommens ist die landesweite Einrichtung von sechs regionalen Volksanwaltschaften. Die Mission koordinierte die internationale Hilfe für dieses Vorhaben, und trotz einiger politisch bedingter Verzögerungen konnten die Büros im November eröffnet werden. Anfang 2005 sollen sie ihren Betrieb in vollem Umfang aufnehmen, doch waren Ende 2004 die sechs Stellvertreterposten noch immer unbesetzt.

#### **Eine Koalition für gerechtere Gerichtsverfahren**

Ein Jahr lang beobachtete die von der OSZE gesponserte NRO-Koalition „Fairer Prozess um jeden Preis“ Gerichtsverfahren im ganzen Land, nicht nur um Mängel aufzudecken, sondern auch um konstruktive Anregungen zur Verbesserung der Justiz unterbreiten zu können.

„Das ist ein ganz real existierendes Netz – eine Basisbewegung, die echte Veränderungen bewirken kann“, erläuterte der Rechtsanwalt Lukas Bojarski, der auch für die polnische Helsinki-Foundation für Menschenrechte als Ausbilder arbeitet. „Diese Koalition nimmt nicht nur die Rechte der Zivilgesellschaft auf Kontrolle der Fairness von Gerichtsverfahren wahr, sondern gibt auch Rückmeldungen, die bei der Justizreform hilfreich sein können.“

Nach der Veröffentlichung ihres Schlussberichts wurde eine Arbeitsgruppe bestehend aus Richtern und Juristen eingerichtet, die dafür sorgen soll, dass die Empfehlungen aus dem Bericht in die Justizreform einfließen.

Zur Behandlung der Beschwerden über Misshandlungen durch die Polizei richtete die für Rechtsstaatlichkeit zuständige Abteilung ein Projekt zur Menschenrechtsunterstützung ein, bei dem es sich um ein NRO-Netz handelt, das den meisten der neuen Beschwerdefälle nachgeht. Das Netz soll 2005 auf das

gesamte Land ausgedehnt werden, um die Nachhaltigkeit der Bemühungen der Mission um den Aufbau von Institutionen abzusichern.

**Justizreform.** Die Mission unterstützte die öffentliche Diskussion zwischen Standesvertretern und Fachleuten über die landesweite Strategie zur Justizreform durch öffentliche Beratungskonferenzen, die von einer NRO, der Vereinigung für bürgerliche Toleranz und Zusammenarbeit, veranstaltet wurden. Die für Rechtsstaatlichkeit zuständige Abteilung der Mission führte den Vorsitz in der Informationsgruppe zur Justizreform und unterstützte ein Projekt der Vereinigung, das Stellungnahmen von Richtern und Rechtspflegern in den Gerichten erster Instanz im ganzen Land zu den Problemen und zur Notwendigkeit von Reformen in der Justiz einholte. Die Ergebnisse der Erhebung werden veröffentlicht und sollen als Leitfaden für die diesbezüglichen Aktivitäten der Mission dienen und in der Folge den zuständigen staatlichen Stellen zugeleitet werden.

Die Abteilung stellte auch eine umfassende Analyse des aktuellen Standes in Bezug auf die gerechte Vertretung von Minderheiten in der Justiz fertig. Der Bericht empfiehlt detaillierte Maßnahmen, die die Behörden durchführen können, um Angehörige von Minderheiten stärker in das Rechtssystem einzubinden. Er bildet die Grundlage für die weitere Mitarbeit der Abteilung an der Förderung eines repräsentativeren Justizwesens.

Zusätzlich zu diesen Projekten nahm die Mission ein Pilotprojekt auf, das ausgegrenzten Volksgruppen in ehemaligen Krisengebieten unentgeltliche Rechtsberatung zur Verfügung stellt, um ihnen das Rechtssystem verständlicher zu machen und ihr Vertrauen in die Rechtsordnung zu stärken. Rund 450 Personen haben von der von örtlichen Juristen angebotenen Rechtshilfe Gebrauch gemacht.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Auf Grundlage des OSZE-Aktionsplans und des Nationalen Aktionsplans der Regierung zur Bekämpfung des Menschenhandels haben sich örtliche und internationale Partner 2004 auf drei konkrete Aktivitätsbereiche konzentriert:

- Schaffung eines Rahmens für Zeugenschutz
- Stärkung von NRO-Kapazitäten für Bewusstseinsbildung und Opferhilfe
- Verbesserung der Bemühungen von Staatsanwaltschaft und Ermittlungsbehörden in Menschenhandelsfällen

Gemeinsam mit dem Fortbildungszentrum der Richtervereinigung trat die Mission als Sponsor einer Reihe von Fachseminaren für Juristen und Strafverfolgungsbeamte auf. Bei insgesamt sieben Workshops für rund 240 Teilnehmer stand die Verbesserung der Strafverfolgung und die Sicherstellung fairer Gerichtsverfahren in Fällen von Menschenhandel auf dem Programm.

Um das Land bei der Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen zu unterstützen, war die Mission bei der Errichtung der ersten, von einer NRO verwalteten sicheren Unterkunft in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien behilflich, die den Opfern von Menschenhandel, insbesondere minderjährigen Opfern, als Erstaufnahmestelle zur Verfügung steht. Wie wichtig es ist, dem Land in seinen Bemühungen im Kampf gegen den Menschenhandel beizustehen, zeigt auch die laufende Unterstützung der Mission für ein SOS-Bürgertelefon, das von der örtlichen Außenstelle der NRO *La Strada* betreut wird.

**Förderung eines ausgewogenen Geschlechterverhältnisses.** Im Sinne des OSZE-Aktionsplans für Genderfragen und des Nationalen Aktionsplans der Regierung zur Gleichstellung der Geschlechter unterstützte die Mission die Bemühungen nationaler Partner wie UWOM und der Regierungsstelle für die Förderung der Gleichstellung zwischen den Geschlechtern um Verbesserung des zahlenmäßigen Verhältnisses zwischen Frauen und Männern bei Wahlen. Ein Ergebnis dieser Bemühungen war die 2004 erfolgte Novellierung des Kommunalwahlgesetzes, das für alle Kandidatenlisten eine Frauenquote von 30 Prozent sowohl für die obere als auch für die untere Hälfte der Liste vorschreibt. Diese Bemühungen und die Initiative „Frauen schaffen es, Teil II“ sollen aufgrund der Verschiebung der Kommunalwahlen 2005 weiterlaufen.

Nach der Veröffentlichung des offiziellen Länderberichts zum Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) finanzierte die Mission die Erstellung und Veröffentlichung eines NRO-Parallelberichts, der beurteilen sollte, ob Frauen im Land gemäß dem VN-Übereinkommen behandelt werden.

**Schwerpunkt Medienentwicklung: Reform der staatlichen Rundfunkanstalt.** Die Mission widmete sich auch weiterhin dem Umstellungsprozess innerhalb des staatlichen Rundfunks (MRTV). Die Tätigkeit bestand hauptsächlich in berufsbegleitenden Schulungsseminaren im MRTV-Schulungszentrum für die Fernsehnewsredaktion, die Mitarbeiter der sechs Sprachenabteilungen des Radiosenders und der Abteilungen Dokumentation und Bildung. Darüber hinaus veranstaltete die Mission Fortbildungsseminare für die Angestellten des MRTV-Archivs und des Online-Dienstes.

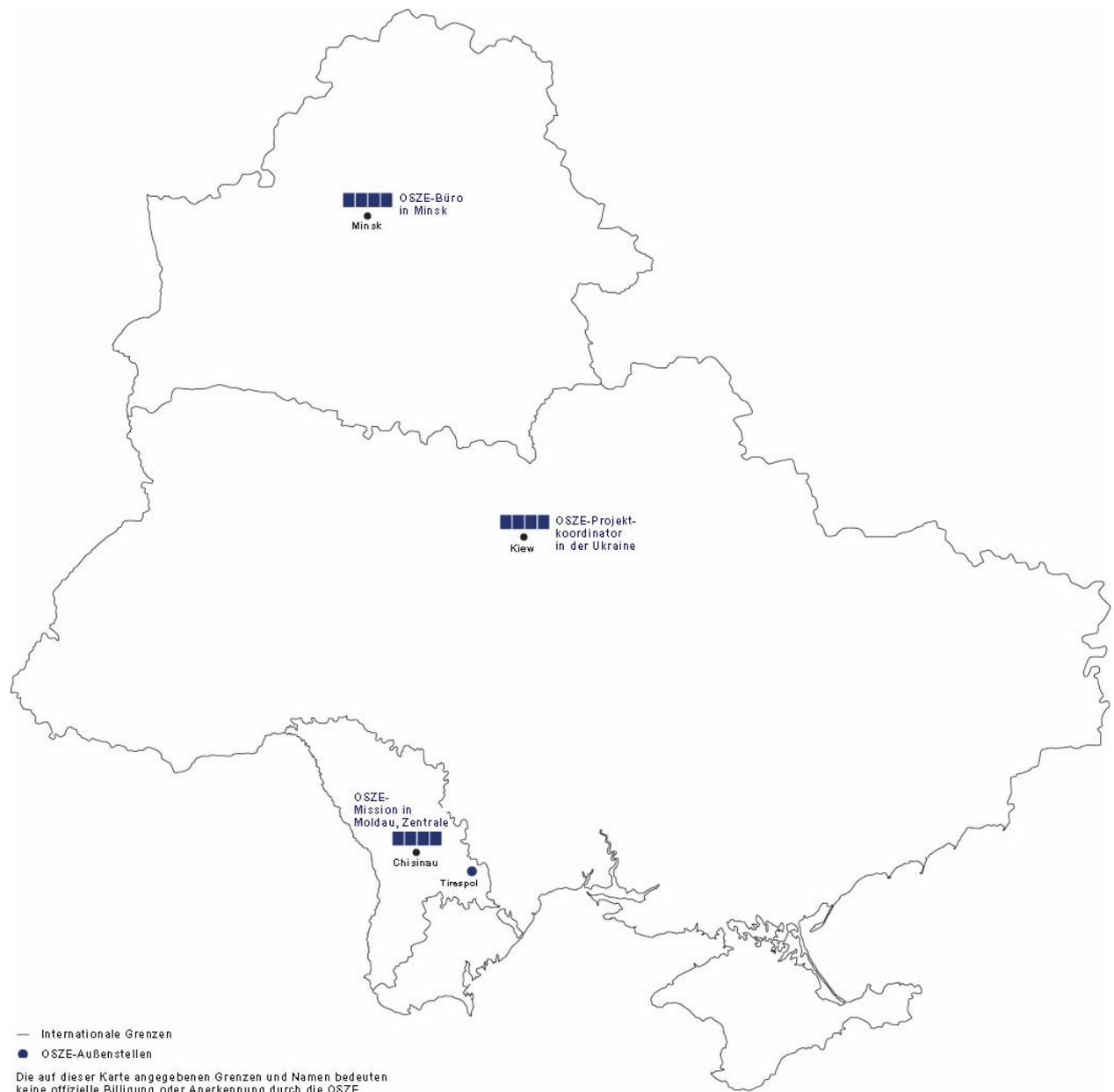
**Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen für die Medien.** In enger Zusammenarbeit mit dem Europarat und dem Stabilitätspakt für Südosteuropa unterstützte die Mission die Ausarbeitung eines neuen Rundfunkgesetzes, das einen unabhängigen Rundfunkrat schaffen und die rechtliche Umwandlung des staatlichen Rundfunks in eine unabhängige öffentlich-rechtliche Anstalt ermöglichen soll. Ein solches neues Gesetz würde auch das rechtliche Umfeld für private Sendeanstalten verbessern.

**Mehr Professionalität in den Medien.** Die Schaffung einer professionellen und institutionalisierten Journalistenausbildung, die zukunftsfähig und für Journalisten mit unterschiedlichem Hintergrund zugänglich ist, stand nach wie vor im Mittelpunkt der Medienentwicklungsarbeit der Mission. Die für Medienentwicklung zuständige Abteilung der Mission unterstützte einen einjährigen Lehrgang für angehende und bereits im Beruf stehende Journalisten am mazedonischen Medieninstitut, der mit einem international anerkannten Zeugnis abschließt, und einen Sommerpraxiskurs am Journalistikinstitut der staatlichen Universität Skopje. Der Lehrgang, der im August begann und mit einer beruflichen Befähigung abschließt, soll die Medien bei der Ausbildung hauptberuflicher Journalisten unterstützen, damit diese den Anforderungen eines modernen Journalismus gerecht werden und zur Schaffung einer modernen und professionellen Medienlandschaft in Mazedonien beitragen.

Mit Unterstützung des Bildungsministeriums eröffnete die OSZE-Zeitschrift *Point* – eine multiethnische Monatszeitschrift, die von jungen Menschen für junge Menschen gemacht wird – im September ein eigenes, gut ausgestattetes Büro. *Point* erscheint auf Albanisch und Mazedonisch in einer Auflage von monatlich 13.000 Exemplaren und arbeitet mit einem Pool von Studenten im ganzen Land. Nach Auskunft der Managerin der Monatszeitschrift, Violeta Josifovska, ist das Blatt, dessen Mitarbeiter anfangs Oberschüler waren, kaum wiederzuerkennen. Voll Stolz berichtet Josifovska: „Die Studenten, die heute für *Point* arbeiten, schreiben nicht nur Artikel und machen Fotos, sondern erarbeiten auch gemeinsam mit den Redakteuren den Inhalt und das Lay-out. Einige der jungen Leute befassen sich sogar mit dem Marketing der Zeitschrift, da wir derzeit bemüht sind, nicht länger von Spenden abhängig zu sein und uns selbst zu erhalten.“

**Leiter des Büros:  
Botschaft Carlos Pais  
Revidierter Haushalt: € 13.745.600  
[www.osce.org/skopje](http://www.osce.org/skopje)**

# OSTEUROPA



# DAS OSZE-BÜRO IN MINSK

Laut seinem Mandat hat das OSZE-Büro in Minsk die Regierung von Belarus zu unterstützen, um den Aufbau von Institutionen voranzutreiben, die Rechtsstaatlichkeit zu festigen, die Beziehungen zur Zivilgesellschaft weiter zu entwickeln und dem Land bei der Bewältigung von Wirtschafts- und Umweltfragen zu helfen.

Zu diesem Zweck führte das Büro in Zusammenarbeit mit den belarussischen Behörden mehrere Projekte im Bereich der Wirtschafts- und Umweltdimension sowie der menschlichen Dimension durch. Es baute tragfähige Arbeitsbeziehungen mit den Behörden und Vertretern der Zivilgesellschaft auf und bemühte sich um die Schaffung eines Rahmens für Dialog und Zusammenarbeit. Darüber hinaus verfolgte das Büro die Lage in Belarus insbesondere im Hinblick auf das Funktionieren der Zivilgesellschaft.

## Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

### *Stärkung der wirtschaftlichen Entwicklung.*

Gemeinsam mit einigen anderen Partnern veranstaltete das Büro mehrere Tagungen und Seminare zur Unterstützung von Rechtsreformen betreffend kleine und mittlere Unternehmen (KMU), um dadurch das Investitionsklima in Belarus ganz allgemein zu verbessern. Partner waren das *International Education Centre*, das Staatliche Redaktionszentrum für Gesetzestexte, das Wirtschaftsministerium und der Beirat für Finanzinvestitionen.

Im November reiste der Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE nach Minsk, um dort den Vorsitz bei einer Sitzung zum Thema KMU-Gesetzgebung zu führen, die sich unter anderem mit Möglichkeiten für Kleinkredite und der Minimierung administrativer Hürden auseinandersetzte. Als Ergebnis der Veranstaltung wurde ein neuer Gesetzesentwurf zur Regelung der staatlichen Unterstützung für KMU empfohlen. Bei seinem Besuch erörterte der Koordinator mit Vertretern der belarussischen Regierung auch andere Projekte im Bereich der Bekämpfung von Geldwäsche und Korruption.

Behandlung von Umweltfragen. Grenzüberschreitende Gewässer sind ein wichtiger Punkt auf der Tagesordnung des Büros. Als Hilfestellung für die Vereinheitlichung der Prüfverfahren für die Wasserqualität der durch Belarus und Litauen fließenden Memel veranstaltete das Büro eine gemeinsame Arbeitstagung für das belarussische Ministerium für natürliche Ressourcen und Umweltschutz und das litauische Umweltministerium. Ausgangspunkt für die Tagung war eine Analyse von Experten aus Belarus, Litauen und der Europäischen Union, das Ergebnis war ein detaillierter Aktionsplan, der die Entwicklung koordinierter Standards für die

laufende Kontrolle der Wasserqualität in beiden Ländern vorsieht.

### **Tourismusförderung für ländliche Gebiete in Belarus**

2004 unterstützte das Büro in Minsk ein Projekt zur Förderung des Tourismus in den ländlichen Gebieten von Belarus. Es handelt sich dabei um eine Initiative der örtlichen NRO *Agro&Eco Tourism*, in deren Rahmen ein Katalog mit 45 Häusern erstellt wurde, die in ländlichen Gegenden von Belarus Zimmer mit Frühstück anbieten. Der Katalog wurde im November bei einer dreitägigen belarussischen Tourismusausstellung in Minsk vorgestellt. Diese Veranstaltung stieß auf lebhaftes Interesse bei Fremdenverkehrsunternehmen und Informationsagenturen und ließ die Nachfrage nach Informationen über derartige Angebote deutlich ansteigen. *Agro&Eco Tourism* verfolgt ein einfaches, aber wirkungsvolles Konzept: „Wir wollen erst die Öffentlichkeit über Fremdenverkehrsmöglichkeiten in Belarus informieren und dann ihre Wünsche befriedigen.“ Diese Initiative bietet Gelegenheit zur Wiederbelebung der ländlichen Gegenden von Belarus und zur Schaffung von Arbeitsplätzen in Gebieten, in denen ansonsten kaum wirtschaftliche Entwicklung stattfindet. Das Büro trug zur Verwirklichung dieser Idee durch finanzielle Unterstützung für die Besichtigung der Häuser, die Einschätzung der Qualität des Angebots und die Einteilung in Kategorien bei. Für die Vermieter wurden mehrere Workshops veranstaltet, die das Büro unterstützte, wobei die Verbesserung der Qualität des Angebots im Mittelpunkt stand.

Da das Land dringend gesetzliche Bestimmungen für einen geordneten Umweltschutz braucht, unterstützte das Büro eine Gruppe von Rechtsanwälten der belarussischen staatlichen Universität und der örtlichen NRO *EcoPrava*, die eine genaue Analyse der gesetzlichen Defizite erstellte und die vorhandenen Gesetze kommentierte. Dieser Kommentar wurde vom Staatlichen Redaktionszentrum für Gesetzestexte geprüft und im November einem öffentlichen Forum zur Diskussion vorgelegt. Die Initiative war der erste Schritt, den Belarus zur Harmonisierung seiner Gesetze im Bereich des Umweltschutzes unternahm.

### *Unterstützung für die Sanierung der von Tschernobyl betroffenen Gebiete.*

Im Mai veranstaltete das Büro ein Auswahlverfahren für Kleinsubventionen zur Förderung der Umsetzung des CORE-Programms, eines Sanierungsprojekts für die Gebiete in Belarus, die durch die Katastrophe von Tschernobyl in Mitleidenschaft gezogen wurden. Das Programm soll die Lebensbedingungen der Menschen in den Regionen Bragin, Tschetschersk, Slawgorod und Stolin verbessern. Es konzentriert sich auf das Gesundheitswesen, das Schulwesen, die wirtschaftliche und soziale Entwicklung, die Abnahme der Strahlenbelastung und die Einbindung örtlicher Initiativen. Über 40 Projektvorschläge wurden für das Auswahlverfahren eingereicht, von denen fünf für alle vier Regionen ausgewählt wurden. Darunter waren Hilfsprogramme für Behinderte und ein Hilfsprogramm für ein medizinisches Zentrum für Kinder sowie ein Projekt zur Wiederanpflanzung einer Obstplantage. Nach der Genehmigung der Projektvorschläge durch den zuständigen CORE-Projektprüfungsausschuss und das

Genehmigungsgremium im November reichte das Büro die vorgeschlagenen Projekte beim Wirtschaftsministerium zur Bewilligung ein.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Förderung der Menschenrechtserziehung.** Um der jungen Generation in Belarus die Grundprinzipien der Menschenrechte zu vermitteln, arbeiteten das Büro und das Unterrichtsministerium ein Lehrbuch für Oberschüler aus. Die Herstellungskosten konnten zu einem wesentlichen Teil aus Mitteln bestritten werden, die das Büro gesammelt hatte. Gemeinsam mit dem Ministerium und Institutionen der Zivilgesellschaft leistet das Büro weiterhin methodische Unterstützung für Lehrer, die an Menschenrechtsprogrammen mitarbeiten.

**Stärkung der Rechtsstaatlichkeit.** Das Büro setzte seine Unterstützung für ein gemeinsames Projekt der EU und des BDIMR fort, das wirksamere Alternativen zu Haftstrafen fördern soll, um die überbelegten Gefängnisse in Belarus zu entlasten. Gemeinsam mit der Strafvollzugsabteilung des Innenministeriums veranstaltete das Büro mehrere Schulungskurse für Bewährungshelfer und Runde Tische für Richter und Staatsanwälte. Die Initiative umfasste auch zwei Studienreisen für Richter und Bewährungshelfer nach Polen und Lettland, wo sie Einblick in die in diesen Ländern praktizierten Sozialdienste nehmen konnten. Im Anschluss an diese Reisen richteten die Teilnehmer an das Innenministerium und die örtlichen Behörden in Belarus einen Katalog von Empfehlungen, in denen konkrete Maßnahmen zur Steigerung der Effizienz der sozialen Dienste und zu ihrer verstärkten Inanspruchnahme vorgeschlagen werden.

Das Büro veranstaltete auch einen Wettbewerb für alternative Strafformen, um eine wissenschaftliche Diskussion auf Expertenebene in Gang zu setzen und praktische Empfehlungen für den Einsatz von Alternativen zum Freiheitsentzug vorzulegen. Drei der zehn Teilnehmer erhielten einen Geldpreis.

**Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung.** In dem Bemühen, die Kontakte zwischen nationalen Minderheiten und Religionsgemeinschaften und ihre Beziehungen zu den belarussischen Behörden zu verbessern, verfasste das Büro gemeinsam mit dem Religionen- und Nationalitätenausschuss, der dem Ministerrat untersteht, zwei Bücher zur Förderung von Toleranz und Nichtdiskriminierung.

Die erste der beiden Publikationen beschreibt das Brauchtum und die Kultur nationaler Minderheiten in Belarus. Die zweite gibt einen Überblick über die in Belarus tätigen Religionsgemeinschaften, ihre Arbeit und Geschichte sowie über alle für die Religionsausübung geltenden Vorschriften. Beide Publikationen sollen Anfang 2005 veröffentlicht und an Vertreter von nationalen Minderheiten und Religionsgemeinschaften sowie an einschlägig tätige Regierungsbeamte verteilt werden.

**Medienentwicklung.** Das Büro veranstaltete eine Studienreise für belarussische Journalisten zum OSZE-

Sekretariat in Wien, wo sie auch an der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE teilnahmen. Darüber hinaus besuchten die Journalisten das österreichische Radio und Fernsehen und interviewten mehrere OSZE-Vertreter. Ihre Berichte wurden in der unabhängigen belarussischen Presse veröffentlicht.

**Kampf gegen Gewalt in der Familie.** Eine zweitägige Konferenz im Juli, die vom Büro unterstützt wurde, brachte das Problem der Gewalt in der Familie gegen Frauen und Kinder neuerlich in die Medien und in die belarussische Öffentlichkeit. Mehr als 70 einheimische und internationale Teilnehmer erörterten verschiedenste Themen im Zusammenhang mit der Verhütung und Bekämpfung der häuslichen Gewalt, unter anderem einen einschlägigen Gesetzesentwurf, der kurz zuvor von einem Parlamentsausschuss geprüft worden war. Diese Veranstaltung war ein gutes Beispiel für die erfolgreiche Zusammenarbeit zwischen belarussischen Regierungsstellen, Parlamentariern und NROs bei der gemeinsamen Bewältigung dieses konkreten Problems. Die Teilnehmer an der Konferenz verabschiedeten eine Reihe von Empfehlungen und sagten zu, weiterhin mit den Parlamentariern im Hinblick auf die Verabschiedung des Gesetzesentwurfs zusammenzuarbeiten.

**Menschenrechtsmonitoring.** Das Büro unterstützte die Wahlbeobachtungsmission des BDIMR bei den belarussischen Parlamentswahlen im Oktober. In Belarus wurde gleichzeitig mit den Wahlen ein Referendum über die Verlängerung der Amtszeit des Präsidenten abgehalten. Im Anschluss an die Wahlen und das Referendum kam es zu Protesten und zahlreichen Festnahmen durch die Polizei, in deren Verlauf auch führende Oppositionspolitiker verhaftet wurden. Alle diese Ereignisse wurden vom Büro genau verfolgt.

Das Büro beobachtete auch die Geschehnisse rund um mehrere prominente Persönlichkeiten, wie Professor Juri Bandaschewski, den ehemaligen Minister für Außenwirtschaft, Michail Marinitsch, den Vorsitzenden eines Streikkomitees der Marktvorkäufer, Waleri Lewonewski, und seinen Stellvertreter Alexander Wassiljew, und brachte seine Besorgnis über diese Fälle auch in der Öffentlichkeit zum Ausdruck.

**Behandlung von Individualbeschwerden.** Beim Büro gingen rund 200 Beschwerden von Privatpersonen wegen angeblicher Menschenrechtsverletzungen ein, die sich im Wesentlichen auf polizeiliche Übergriffe bezogen. Unter den Beschwerden waren zivilrechtliche wie auch strafrechtliche Fälle, bei vielen ging es um die angebliche Missachtung des Rechts auf einen fairen Prozess und um die Behandlung von Gefangenen. Die Erkenntnisse und Bedenken des Büros wurden den belarussischen Behörden regelmäßig zur Kenntnis gebracht. In der Regel erfolgte eine rasche Reaktion. In mehreren Fällen sorgte die zuständige Stelle auf Grund der Intervention des Büros für Abhilfe.

**Leiter des Büros:**  
**Botschafter Eberhard Heyken**  
**Revidierter Haushalt: € 942.100**  
**[www.osce.org/belarus](http://www.osce.org/belarus)**

# DIE OSZE-MISSION IN MOLDAU

Im ersten Halbjahr 2004 bemühte sich die OSZE-Mission in Moldau, den Verhandlungsprozess für eine politische Regelung zwischen der moldauischen Regierung und den transnistrischen Behörden wieder in Gang zu bringen. Die zweite Jahreshälfte stand ganz im Zeichen der Versuche, die Krise in den Beziehungen zwischen den beiden Seiten einzudämmen, die im Juli durch die Schließung moldauischer Schulen in Transnistrien ausgelöst wurde, die in lateinischer Schrift unterrichten.

Die Verhandlungen über eine politische Regelung waren zu Jahresanfang zum Stillstand gekommen, nachdem der moldauische Präsident Wladimir Woronin Ende November 2003 in letzter Minute beschlossen hatte, das so genannte „Kosak-Memorandum“ nicht zu unterzeichnen, das die von der Russischen Föderation ausgehandelte Regelung schriftlich fixierte. Unter aktiver Beteiligung des bulgarischen OSZE-Vorsitzes und der russischen und ukrainischen Mediatoren trug die Mission zu den intensiven diplomatischen Bemühungen bei, den festgefahrenen Verhandlungsprozess wieder in Gang zu bringen. Im Mai wurden schließlich die Verhandlungen über eine politische Regelung offiziell wieder aufgenommen.

Leider schlossen die transnistrischen Behörden Mitte Juli ganz ohne Vorwarnung mehrere moldauische Schulen im transnistrisch kontrollierten Hoheitsgebiet, die in lateinischer Schrift unterrichten. Dieser Schritt ließ die Krise in den Beziehungen zwischen Chişinău und Tiraspol erneut aufflammen und veranlasste die moldauischen Verhandler, ihre Teilnahme an den Gesprächen über eine Regelung auszusetzen. Einige weitere, durch die Schulkrise verschärfte Streitpunkte brachten den politischen Lösungsprozess schließlich zum Erliegen.

Die Mission, der OSZE-Vorsitz und die Komeditoren bemühten sich während der zweiten Jahreshälfte um eine Wiederaufnahme des Dialogs zwischen Chişinău und Tiraspol über diese ungelösten praktischen Fragen. Im Spätherbst hatte sich die Lage so weit stabilisiert, dass der bulgarische Vorsitz beide Seiten auffordern konnte, Vertreter zu Gesprächen mit den drei Mediatoren zu entsenden. Zu Jahresende waren die Gespräche für eine politische Lösung jedoch erneut festgefahren und der Konflikt nach wie vor eingefroren.

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Politische Verhandlungen.** Der Verhandlungsprozess zur Herbeiführung einer politischen Regelung kam infolge mehrerer strittiger und zeitweise hoch explosiver Fragen zwischen Chişinău und Tiraspol zum Erliegen, bei denen es um konkurrierende Befugnisse oder einander überschneidende Zuständigkeiten zwischen Gebietskörperschaften ging. Die Tatsache, dass sich in

der von Transnistrien kontrollierten, am rechten Ufer gelegenen Stadt Bendery moldauische Regierungsinstitutionen befinden, sorgte für ständige Spannungen.

Im Februar versuchten die transnistrischen Behörden, die moldauische Polizei aus dem Gebäude zu vertreiben, das sie sich in Bendery mit der transnistrischen Miliz teilt. Die Stadtverwaltung drängte auch auf die Räumung der in Bendery untergebrachten moldauischen Haftanstalten. Von Juli bis September hinderten die transnistrischen Behörden moldauische Bauern daran, die Ernte von ihren auf transnistrisch kontrolliertem Hoheitsgebiet befindlichen Feldern einzubringen. Es wurden auch mehrere neue transnistrische so genannte Grenz-, Zoll- und Migrationsdienststellen in der Sicherheitszone (einem schmalen Streifen entlang des Dnjestr, der beide Seiten trennt) eingerichtet, und im September konfiszierte die transnistrische Miliz Eigentum der moldauischen Eisenbahngesellschaft in Bendery und an anderen Orten im transnistrisch kontrollierten Hoheitsgebiet.

Zur Zerreißprobe kam es, als die transnistrische Seite Mitte Juli beschloss, die moldauischen Schulen auf transnistrischer Seite, die in lateinischer Schrift unterrichten, zu schließen. Als Reaktion darauf setzte die moldauische Seite ihre Teilnahme an den fünfseitigen Verhandlungen über eine politische Regelung aus.

Gemeinsam mit der Russischen Föderation und der Ukraine als Komeditoren mobilisierte die Mission alle Kräfte, um zwischen Mitte Juli und Herbst die Schulkrise zu entschärfen und eine Lösung zu finden und umzusetzen. Die Mission bemühte sich auch, die Spannungen zwischen beiden Seiten in Bezug auf Bewegungsfreiheit, landwirtschaftliche Nutzflächen und die Eisenbahn abzubauen. Der erste bulgarische stellvertretende Außenminister Petko Draganow reiste zur Unterstützung dieser Bemühungen Ende Juli überraschend nach Moldau. Im September bestellte der Amtierende Vorsitzende der OSZE den ehemaligen bulgarischen Präsidenten Petar Stojanow zu seinem Sondergesandten für Moldau; dieser nahm in der Folge Gespräche mit den Führern beider Seiten auf, um die Spannungen abzubauen zu helfen.

Dank der Bemühungen der Mission kamen Chişinău und Tiraspol überein, der Einladung des bulgarischen Vorsitzes zu politischen Konsultationen in Warna Anfang November Folge zu leisten. Bei diesen Konsultationen konnte man sich allerdings nicht über das weitere Vorgehen einigen. Inzwischen setzte die Mission ihre Bemühungen zur Lösung einiger konkreter Streitpunkte zwischen den beiden Seiten fort.

**Die Gemeinsame Kontrollkommission.** Als zuständiges Gremium für die Umsetzung des Waffenstillstandsabkommens vom Juli 1992 und als Aufsichtsorgan über die gemeinsamen

friedenserhaltenden Kräfte in der Sicherheitszone verbrachte die Gemeinsame Kontrollkommission (JCC) den Großteil des Jahres damit, Zwischenfälle zu vermeiden und die Auswirkungen der Streitigkeiten über Schulen, Eisenbahn, Zugang zu landwirtschaftlichen Nutzflächen, Bewegungsfreiheit und die Polizei in Bendery nicht ausufern zu lassen. Militärische Mitarbeiter der Mission nahmen an allen JCC-Sitzungen teil und unterstützten die Bemühungen der Kommission, Zusammenstöße zu vermeiden und die Spannungen abzubauen.

**Abzug von Waffen und Ausrüstung der Russischen Föderation.** 2004 wurde nur ein einziger Zug mit rund 1000 Tonnen Munition aus den Lagern der Einsatzgruppe der russischen Streitkräfte in Transnistrien abgezogen. Rund 21.000 Tonnen Munition, mehr als 40.000 Kleinwaffen und leichte Waffen und rund zehn Zugladungen verschiedenster militärischer Ausrüstung warten noch immer auf den Abzug. Die Mission koordinierte nach wie vor die technische und finanzielle Hilfe für diese Aktivitäten der Russischen Föderation.

**Verstärkte Vertrauensbildung.** Seit Jahren schon nahm die Mission an Gesprächen über die Förderung militärischer Transparenz und die Stärkung des Vertrauens zwischen den Konfliktparteien teil. In der ersten Jahreshälfte arbeiteten die Experten der Mission insgesamt 14 Vorschläge für Vereinbarungen über vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen aus. Der Amtierende Vorsitzende legte diese der Führung Moldaus und Transnistriens im Juni vor.

In diesen Vorschlägen geht es um den Entwurf für Vereinbarungen über den möglichen Abbau von Streitkräften und Rüstung. Das Paket enthielt auch Vorschläge für verstärkte Kontakte, die Überwachung von Waffenproduktionseinrichtungen, die gemeinsame Schulung für friedensunterstützende Einsätze, gemeinsame Katastropheneinsätze und gemeinsame Verfahren für die Beseitigung überschüssiger Munition und überschüssiger Kleinwaffen. Beide Seiten zeigten Interesse an dieser Initiative und es wurden bereits erste Vorgespräche mit Experten der Kommediatoren Russland und Ukraine geführt.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Schutz der Sprachenrechte.** Die Schließung der moldauischen Schulen, die in lateinischer Schrift unterrichten, durch Transnistrien erfolgte im Widerspruch zu den 2003 von der Mission und dem Büro des Hohen Kommissars der OSZE für nationale Minderheiten ausgehandelten Vereinbarungen über die örtliche Zulassung und Tätigkeit dieser Schulen (siehe auch den Abschnitt betreffend den Hohen Kommissar für nationale Minderheiten auf Seite xx). Dieser Schritt Tiraspol brachte die Behörden und die öffentliche Meinung am rechten Ufer des Dnjestr auf und es bestand die Gefahr einer direkten Konfrontation. Gemeinsam mit den Kommediatoren griff die OSZE-Mission ein, um eine Ausweitung der Krise abzuwenden. Mitarbeiter der Mission waren fast rund um die Uhr an Schlüsselstellen am linken Ufer anwesend und forderten durch ständige Kontakte zur Zurückhaltung und Aussöhnung auf.

Die Mission bemühte sich einerseits um eine Abkühlung des aufgeheizten Klimas vor Ort und verstärkte andererseits ihre Anstrengungen zur Vermittlung einer Lösung zwischen den Unterrichtsbehörden beider Seiten, um den sechs moldauischen Schulen die Wiederaufnahme des normalen Schulbetriebs zu ermöglichen. Schließlich gestatteten die transnistrischen Behörden die vorläufige Zulassung der Schulen durch die örtlichen Behörden, so dass die meisten Schulen den Unterricht im neuen Schuljahr – wenn auch einen Monat später – wieder aufnehmen konnten. Ende 2004 hatte nur eine einzige Schule in Tiraspol ihre Pforten nicht wieder geöffnet; die meisten der 550 Schüler mussten zum Unterricht in moldauisch kontrollierte Gebiete pendeln.

**Überwachung der Menschenrechte und der Religionsfreiheit.** Bei der Mission gingen nach wie von beiden Seiten des Dnjestr zahlreiche Individualbeschwerden wegen Menschenrechtsverletzungen ein, auf die sie auch reagierte. Die Beschwerdeführer wurden entweder an die zuständigen örtlichen Institutionen verwiesen, oder die Mission selbst wandte sich direkt an die zuständigen Stellen mit der Bitte um Klarstellung oder Beseitigung der Missstände. In einigen ausgewählten Fällen verfolgte die Mission auch die Verhandlungen vor Gericht.

Mit besonderer Aufmerksamkeit wurde der Fall der verbliebenen Mitglieder der Ilascu-Gruppe verfolgt, denen die transnistrischen Behörden Verbrechen während des Konflikts des Jahres 1992 zur Last legen. Die Mission hatte insbesondere mit ihrer Intervention für Andrei Ivantoc Erfolg, der im Januar aus Protest gegen die Haftbedingungen in Hungerstreik getreten war. In Zusammenarbeit mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz konnte die Mission die transnistrischen Behörden dazu bewegen, die Haftbedingungen von Andrei Ivantoc so zu verbessern, dass er in der Folge seinen Hungerstreik abbrach.

**Aufbau von Kapazitäten durch Förderung der Menschenrechte.** Die Mission unterstützte eine Reihe kleinerer Projekte zur Förderung der Menschenrechte und der Toleranz auf beiden Seiten des Dnjestr und insbesondere bei nationalen Minderheiten. Eine weitere spezielle Zielgruppe waren die NROs beider Seiten, die an Menschenrechtsseminaren der OSZE teilnahmen. So etwa am Projekt „Junge Friedensaktivisten für eine gemeinsame Zukunft“, das bei Jugendlichen und Schülern auf beiden Seiten des Dnjestr das Vertrauen heben und sie in einen Dialog über eine gemeinsame Zukunft in einem gemeinsamen Staat einbinden sollte.

**Bekämpfung des Menschenhandels und Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern.** Die in der Mission für die Bekämpfung des Menschenhandels zuständige Gruppe sorgte für die ständige Verbindung zwischen den in Moldau laufenden örtlichen und internationalen Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels. Sie organisierte monatliche Sitzungen zur technischen Koordinierung, bei denen sie als Gastgeber fungierte, und führte eine Datenbank über laufende Projekte zur besseren Vernetzung und zur Unterstützung der Finanzierungs Bemühungen. Die Mission leistete dem Staatskomitee zur Bekämpfung des Menschenhandels auch beratende Hilfestellung und führte den Kovorsitz in der Untergruppe

„Rechtsvorschriften“, die die Abfassung neuer Gesetze gegen den Menschenhandel veranlasste und die Ausarbeitung dieser Gesetze unterstützte.

In Zusammenarbeit mit internationalen Partnern unterstützte die Mission das moldauische Innenministerium bei der Entwicklung von Schulungskursen zum Thema Menschenhandel für Polizeibeamte. Die Mission führte auch Lehrgänge für moldauische Konsularbeamte, Richter und Staatsanwälte durch. Eine Reihe von Workshops zur Qualifikation von Sozialarbeitern für die Unterstützung der Opfer von Menschenhandel erwies sich als besonders erfolgreich und führte zur Erstellung eines Praxisleitfadens für Sozialarbeiter, die mit der Bekämpfung des Menschenhandels befasst sind.

Die Mission spielte eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung und Einführung des nationalen Leitsystems (NRM). Die nationalen Leitsysteme dienen ganz allgemein dem Ziel, dafür zu sorgen, dass die Grundrechte der Opfer von Menschenhandel geschützt werden und wirksame Methoden zur Überweisung der Opfer an die richtigen Dienststellen zum Einsatz kommen. Als Hilfe zur Wiedereingliederung der Opfer von Menschenhandel stellte die Mission neben direkter Unterstützung für die Opfer von Menschenhandel Universitätsstipendien und Praktikaplätze zur Verfügung. Nahezu 130 Opfer kamen im Laufe des Jahres in den Genuss dieses Programms.

Zur Förderung der Chancengleichheit in Moldau unterstützte die Mission die Abfassung des Gleichstellungsgesetzes und betrieb Lobbying für seine Verabschiedung. Die Ausarbeitung des Gesetzes erfolgte unter UNIFEM-Leitung und unter der Schirmherrschaft des Ministeriums für Arbeit und sozialen Schutz. Im Oktober unterstützte die Mission einen Besuch der Vorsitzenden der Gender-Sonderarbeitsgruppe des Stabilitätspakts, Sonja Lokar. Die Mission ermöglichte auch eine Reihe von Treffen des Lenkungsgremiums des Projekts „Frauen schaffen es“ mit Parteiführern, bei denen Sonja Lokar dafür eintrat, mehr Frauen auf die Parteienlisten für die nächsten Parlamentswahlen zu setzen.

**Medienfreiheit.** Die Mission setzte sich aktiv für die Förderung der Medienfreiheit beiderseits des Dnjestr ein. Der Jahresanfang stand unter dem Zeichen einer heftigen Auseinandersetzung rund um die zeitweilige Schließung der städtischen Rundfunksender Antena-C und Euro-TV, denen im Februar die Sendelizenz entzogen wurde. Die Mission, der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs des Europarats sowie zahlreiche in Moldau akkreditierte

diplomatische Missionen bemühten sich nach Kräften, die Behörden dazu zu bewegen, ihre Entscheidung auf Rücknahme der bereits erteilten Bewilligung rückgängig zu machen, so dass beide Rundfunksender schließlich im April wieder ihren Sendebetrieb aufnehmen konnten.

Im März unterbreitete die Mission gemeinsam mit dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs des Europarats den Verantwortlichen des staatlichen moldauischen Rundfunksenders einen Satz allgemein akzeptierter Richtlinien für öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten. Diese Richtlinien wurden in der Folge vom moldauischen Präsidenten Voronin unterstützt und in das Statut der nationalen Rundfunkanstalt Teleradio Moldova (TRM) übernommen, als diese in eine öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalt umgewandelt wurde.

Diese Umstellung verlief nicht störungsfrei, weil einige der früher bei TRM angestellten Journalisten im Laufe dieses Prozesses politische Einmischung geltend machten. Darüber hinaus wurde von einem unabhängigen Überwachungsprojekt behauptet, dass die von TRM ausgestrahlten Sendungen die Regierungspartei bevorzugten. Im Spätsommer und Frühherbst protestierten die unzufriedenen Angestellten einige Wochen lang im Hauptgebäude von TRM und in dessen Umgebung. Die Mission und der Sonderbeauftragte des Generalsekretärs des Europarats versuchten in dieser Auseinandersetzung zwischen den ehemaligen TRM-Journalisten und der Unternehmensverwaltung zu vermitteln. Schließlich kam es zur Aufnahme von Gesprächen und die Proteste ebten ab. Bis Jahresende konnten jedoch nicht alle strittigen Fragen einer Lösung zugeführt werden.

Die Mission verfolgte auch genau die Lage der Medien in der Region Transnistrien, wo unabhängige Journalisten ständig Bedrohungen, Unterdrückung und Vergeltungsmaßnahmen durch die Sicherheitskräfte, die Polizei und die Justizbehörden ausgesetzt sind. Missionsmitarbeiter nahmen an Gerichtsverfahren gegen unabhängige Journalisten als Beobachter teil. Die Mission intervenierte und protestierte auch in einigen Fällen, bei denen es um Übergriffe der transnistrischen Behörden gegen unabhängige Journalisten und NROs ging.

**Leiter der Mission:  
Botschafter William H. Hill  
Revidierter Haushalt: € 1.389.200  
[www.osce.org/moldova](http://www.osce.org/moldova)**

# DER OSZE-PROJEKTKOORDINATOR IN DER UKRAINE

Der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine hat den Auftrag, in Zusammenarbeit mit den maßgeblichen ukrainischen Behörden sowie mit der OSZE und ihren Institutionen Projekte zu planen, durchzuführen und zu überwachen. 2004 wurden Projekte in allen drei OSZE-Dimensionen unterstützt oder durchgeführt.

In Vorbereitung der Präsidentenwahlen vom 31. Oktober starteten die Zentrale Wahlkommission (CEC) und das Büro des ukrainischen Ombudsmanns für Menschenrechte in Zusammenarbeit mit dem Büro des Koordinators ein Projekt zur weiteren Stärkung des Wahlprozesses in der Ukraine. Es beinhaltete die Abstimmung mit ukrainischen Beamten über wahlbezogene Aktivitäten zahlreicher Akteure und verschiedene Aktivitäten wie Schulungsveranstaltungen für Journalisten und Richter, Wählererziehung und Aufklärungskampagnen für Auslandswähler.

Weitere wichtige Aktivitäten erstreckten sich über den gesamten Bereich der menschlichen und der politisch-militärischen Dimension. Dazu gehörten unter anderem Bemühungen, die Ukraine im Kampf gegen den Menschenhandel durch Präventionsarbeit und Hilfsprogramme für Opfer zu unterstützen. Diese Projekte gingen Hand in Hand mit anderen Projekten, die kürzlich aus dem Dienst entlassenen Militärangehörigen den Übergang in das Zivilleben erleichtern sollen, insbesondere im Hinblick auf Ausbildung und Beschäftigung.

Das Büro führte auch umfangreiche Programme auf dem Gebiet der Rechtsstaatlichkeit und in der Wirtschafts- und Umweltdimension durch. Es unterstützte wirtschaftliche Entwicklungsprogramme, die zu ausländischen Direktinvestitionen anregen und bei der Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen helfen sollen.

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Hilfe für entlassene Soldaten beim Einstieg in das Zivilleben.** Um ehemaligen Militärangehörigen, die von der Reduzierung der Streitkräfte des Landes betroffen sind, den Einstieg in das Zivilleben zu erleichtern, half der Projektkoordinator in der Ukraine dem Verteidigungsministerium bei der Veranstaltung von Seminaren, bei denen die Teilnehmer dringend benötigte Informationen über ihre Rechte und Ansprüche erhielten. 2004 nahmen rund 300 ehemalige Offiziere an diesen Veranstaltungen teil, deren Themen von Wohnungs- und Pensionsfragen bis zu Bürgerrechten und Beschäftigungsmöglichkeiten reichten. Im Verlauf dieser Tagungen erörterten Vertreter regionaler Arbeitsämter Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten. Nach dem Schema „Schulung für Ausbilder“ wurden die Teilnehmer der Seminare ermutigt, die erhaltenen

Informationen an andere Personen in ihren Herkunftsregionen weiterzugeben.

Das Büro des Koordinators unterstützte auch eine Initiative, in deren Zentrum die Umschulung ehemaliger Militärangehöriger stand; diesen sollten die Kenntnisse vermittelt werden, die sie benötigen, um leichter eine Beschäftigung außerhalb des Militärs zu finden. Das Büro des Koordinators veranstaltete in Zusammenarbeit mit dem Verteidigungsministerium und dem Staatlichen Koordinationsrat für Wiedereingliederungs- und Konversionsfragen eigene Schulungskurse für höherrangige Offiziere, die jüngst aus dem Dienst entlassen wurden oder deren Entlassung unmittelbar bevorsteht. Zu den in diesen Kursen behandelten Themen zählten Betriebs- und Volkswirtschaftslehre, Strategiefragen, Marketing und Verkauf, Personalwesen und betriebswirtschaftliches Rechnungswesen. Ein wichtiger Teil der Initiative war es, den Teilnehmern auch bei der Suche nach einer Beschäftigung im zivilen Bereich behilflich zu sein. Bis Ende Dezember hatten insgesamt 165 Personen die Schulungskurse abgeschlossen; drei Viertel von ihnen hatten bis Ende des Jahres einen Arbeitsplatz gefunden.

## *Hilfestellung für Behörden zur Verbesserung des Wahlprozesses und der demokratischen Institutionen.*

Im Vorfeld der Präsidentenwahlen vom 31. Oktober entwickelte der Projektkoordinator ein Programm zur Unterstützung der ukrainischen Behörden bei der Verbesserung des Wahlprozesses. (Näheres zum Engagement der OSZE bei den Präsidentenwahlen in der Ukraine 2004 findet sich auf Seite xx.) In Zusammenarbeit mit Regierungsstellen auf staatlicher und lokaler Ebene, insbesondere der Zentralen Wahlkommission und dem ukrainischen Ombudsmann für Menschenrechte, wurde ein umfassender Aktionsplan entworfen, der unter anderem auf die Rolle der Massenmedien bei Wahlen, auf Wahlverfahren und Rechtsstaatlichkeit einging. Der Aktionsplan sah für den Projektkoordinator eine führende Rolle in all diesen Bereichen vor. Im Rahmen des Projekts wurden die Aktivitäten in allen Regionen des Landes zwischen den maßgeblichen Regierungsstellen, der internationalen Gemeinschaft und der Zivilgesellschaft koordiniert.

Darüber hinaus unterstützte der Projektkoordinator zahlreiche konkrete Aktivitäten zur Unterstützung der Wahlen, darunter:

- Unterstützung lokaler Behörden bei der Aktualisierung von Wählerverzeichnissen
- Unterstützung der CEC bei der Ausarbeitung und Herausgabe des offiziellen Handbuchs für Verfahren in den Wahllokalen
- Abhaltung von Schulungsveranstaltungen für Mitglieder von Wahlkommissionen
- Unterstützung bei der Planung von Schulungsveranstaltungen für Journalisten
- Schulung von Medienanwälten

- Unterstützung bei der Ausarbeitung eines Handbuchs für Richter, das als Entscheidungshilfe bei Wahlanfechtungen dienen sollte
- Information der Bürger über ihre gesetzlich verankerten Rechte als Wähler
- Koordination von Aufklärungskampagnen für Wähler
- Unterstützung des Ablaufs der Stimmabgabe im Ausland

Im September begann der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine mit der Ausarbeitung eines einjährigen Nachbereitungsprogramms, das staatsbürgerliche Erziehung, Initiativen zur Verbesserung des Zugangs der Bürger zu Informationsdiensten von Regierungsstellen und ein Projekt zur Verstärkung der öffentlichen Beteiligung am Entscheidungsprozess zum Gegenstand haben wird.

## **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung auf lokaler Ebene.** Zur Verbesserung der Bedingungen für Unternehmer und zur Unterstützung der Entwicklung von Kleinunternehmen auf regionaler Ebene initiierte der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine ein lokales Wirtschaftsentwicklungsprojekt, das mit der *Eurasia Foundation* in Absprache mit den staatlichen Arbeitsämtern der drei ukrainischen *oblasti* (Regionen) Riwna, Dnipropetrowsk und Tschernihiw durchgeführt wird. 2004 wurden im Rahmen des Projekts 525 Beschäftigungslosen betriebswirtschaftliche Kenntnisse vermittelt. Die Teilnehmer erfuhrten auch, wie sie Zugang zu wichtigen Informationen erhalten und welche Finanzierungsmöglichkeiten für kleine und mittlere Unternehmen bestehen. Rund 1150 Einzelunternehmer wurden kostenlos in betriebswirtschaftlichen Fragen beraten und informiert. Darüber hinaus erhielten im Rahmen dieser Initiative 295 Unternehmen eine einmalige Starthilfe von rund 405 € pro Person. Seit Beginn des Projekts wurden insgesamt 120.000 € aus lokalen Haushalten für Unternehmensgründungen ausgegeben.

**Stimulierung der Wirtschaft durch fortschrittliche Entwicklungsmodelle.** Moderne Entwicklungsmodelle wie etwa Industriecluster waren das Kernstück eines neuen Projekts, das 2004 vom OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine initiiert wurde. In dem Wissen, dass solche Modelle durch die Schaffung neuer Marktverflechtungen und Arbeitsplätze und durch Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Markt das lokale Wirtschaftswachstum stimulieren können, gaben das Büro des Projekt Koordinators und die ukrainische *International Market Support Foundation* eine von ihnen finanzierte umfassende Studie über das Wirtschaftspotenzial von zehn ukrainischen Regionen in Auftrag. Ziel dieser Erhebung war es, potenzielle Wachstumsbranchen herauszufinden und festzustellen, wo Industriecluster oder andere fortschrittliche Entwicklungsmodelle besondere Vorteile bieten könnten. Der Bericht wurde im Dezember veröffentlicht und den ukrainischen Behörden, mit der Wirtschaftsentwicklung befassten NROs und der internationalen Gebergemeinschaft zugeleitet.

**Kommunale Entwicklung.** Mit Hilfe des OSZE-Projekt Koordinators in der Ukraine führte die Stadt Riwna in der nördlichen Zentralukraine eine detaillierte Studie über die Reform ihrer öffentlichen Versorgungsbetriebe durch. Auf dieser Grundlage wurde ein Reformprojekt ausgearbeitet, für das Riwna von der ukrainischen Stiftung für lokale Selbstverwaltung einen Zuschuss von umgerechnet rund 125.000 € erhielt. Das Büro unterstützte Riwna auch bei der Schaffung einer Agentur für Investitionsförderung, um der Region bei der Beschaffung ausländischer Direktinvestitionen durch Entwicklung der Infrastruktur und Fördertätigkeit behilflich zu sein.

Ein weiteres vom OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine durchgeführtes kommunales Entwicklungsprojekt hatte zum Ziel, die Umwandlung des ehemaligen Militärstützpunkts Scherebkowo in der Südukraine in eine zivile Gemeinde zu unterstützen. Im Rahmen dieser Initiative sollte die sozioökonomische Entwicklung der Gemeinde Scherebkowo durch Maßnahmen zur Verbesserung der Infrastruktur für kleine und mittlere Unternehmen, Herbeiführung eines Dialogs zwischen den örtlichen Wirtschaftstreibenden und den Behörden und Ausarbeitung einer langfristigen örtlichen Wirtschaftsentwicklungsstrategie gefördert werden. Das Büro veranstaltete Schulungsseminare für örtliche Führungskräfte zum Thema „NRO-Managementmethoden“ und half bei der Gründung eines Kreditverbandes, der örtlichen Unternehmern Finanzierungsmöglichkeiten bietet.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels.** Diese Tätigkeit steht in der Prioritätenliste des OSZE-Projekt Koordinators in der Ukraine an vorderster Stelle. Das Büro unterstützt die ukrainische Regierung bei der Umsetzung eines umfassenden staatlichen Programms zur Bekämpfung des Menschenhandels. Dieses Programm dient dem Schutz und der Wiedereingliederung der Opfer, der Ausbildung von Mitarbeitern der Strafverfolgungs- und Justizbehörden des Landes, um die strafrechtliche Verfolgung der Täter zu erleichtern, und der Prävention durch Aufklärung.

Neben vielen anderen wichtigen Aktivitäten werden NROs unterstützt, die sich dem Kampf gegen den Menschenhandel verschrieben haben und in der gesamten Ukraine Hotline-Dienste anbieten und Informationskampagnen durchführen. Von Januar bis August 2004 nahmen über 10.000 Personen diese Hotline-Dienste in Anspruch; sie wurden im Zusammenhang mit Informationen über Auslandsreisen sowie Arbeits- und Studienmöglichkeiten im Ausland über die Gefahren des Menschenhandels aufgeklärt. Gemeinsam mit dem ukrainischen Ministerium für Familie, Jugend und Kinder, UNICEF, der US-Agentur für internationale Entwicklung (USAID) und dem *British Council* führte der OSZE-Projekt Koordinator in der Ukraine 2004 eine Bewertungsstudie zum Menschenhandel durch. Diese im Oktober fertig gestellte Studie gibt einen umfassenden Überblick über die aktuelle Situation in Bezug auf den Menschenhandel in die Ukraine, durch die Ukraine und aus der Ukraine und

enthält eine Beurteilung der derzeit im Land laufenden Programme und Projekte gegen den Menschenhandel.

Im November empfing der Projektkoordinator 60 NROs aus 35 Ländern zu einem Schulungsseminar über die Rolle von Hotlines im Kampf gegen den Menschenhandel in der Ukraine und diesbezügliche bewährte Praktiken. Die von der Europäischen Kommission und dem BDIMR finanzierte Veranstaltung führte zur Schaffung eines NRO-Netzwerks in den Herkunfts-, Transit- und Zielländern der Opfer von Menschenhandel. Die betreffenden NROs nutzen ihre neuen Kontakte in ihrer täglichen Arbeit zur Bekämpfung des Menschenhandels und zur Unterstützung der Opfer.

**Hilfestellung für ukrainische Gerichte zur Durchsetzung der Europäischen Menschenrechtskonvention.** Eines der Projekte des OSZE-Projektkoordinators im Bereich Rechtsstaatlichkeit war die Herausgabe eines Leitfadens, der die Rechtsprechung des Straßburger Gerichtshofs enthält und analysiert und auf einschlägige verfassungsrechtliche und grundsatzpolitische Entwicklungen im Menschenrechtsbereich eingeht. Der Leitfaden wurde im Verlauf einer Seminarreihe an Vertreter der Justiz verteilt und dient den ukrainischen Gerichten als Hilfsmittel bei der Durchsetzung der Europäischen Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten.

**Erstellung von Rechtsgutachten zu Menschenrechtsstandards.** In Partnerschaft mit dem Ausschuss für europäische Integration der Werchowyna Rada der Ukraine (Parlament) unterstützt der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine ein Team von Rechtsexperten, das auf Ersuchen ukrainischer Parlamentarier Gesetzesvorschläge begutachtet. Das Team beurteilt diese im Hinblick auf ihre Übereinstimmung mit den internationalen Menschenrechten, den Standards des Europarats, der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, den OSZE-Prinzipien, den rechtlichen Erfordernissen der zweiten und dritten Säule der Europäischen Union und den Kopenhagener Kriterien für den EU-Beitritt. Das Team gibt auf Ersuchen auch Empfehlungen hinsichtlich der Verbesserung von Gesetzen ab.

**Hilfestellung bei der Umsetzung des neuen Zivil- und Handelsgesetzbuchs.** Diese Gesetzbücher traten im Januar 2004 in Kraft. Zur Bereinigung von Inkonsistenzen zwischen den Gesetzbüchern und zur Gewährleistung einer einheitlichen Anwendung führte der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine ein Projekt

durch, das Richter, Mitarbeiter der Strafverfolgungsbehörden und Rechtsanwälte bei der Umsetzung der neuen Rechtsvorschriften unterstützt. Das Projekt beinhaltet auch die Ausarbeitung eines Dokuments, das die widersprüchlichen Gesetzesbestimmungen aufzeigt und praktische Richtlinien enthält. Im Rahmen dieses Projekts werden auch Informationsseminare für Richter an Berufungsgerichten abgehalten. Es wird in Zusammenarbeit mit der ukrainischen Justiz, insbesondere dem Obersten Gerichtshof, durchgeführt.

**Einführung gerechter Auswahlverfahren für Richter.** Auf Ersuchen der Justizakademie der Staatlichen Justizverwaltung unterstützte der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine die Entwicklung eines Beurteilungsinstruments zur Überprüfung der Qualifikation, des Wissens und der Sachkenntnis von Richtern, die sich für Posten an Verwaltungsgerichten bewerben. Nachdem die Justizakademie die vorgeschlagene Methode, die Prüfungsfragen, Fallstudien und die Ausfertigung juristischer Schriftstücke umfasst, genehmigt hatte, erstellte das Büro des Koordinators auch einen Studienführer für die Richter an Verwaltungsgerichten.

Ein weiteres Projekt auf diesem Gebiet, das vom Büro konzipiert und umgesetzt wurde, galt der Hilfestellung für ukrainische Behörden bei der Ausarbeitung und Einführung von Kursen zum Thema Rechtsstaatlichkeit an Rechtsfakultäten im gesamten Land. Partner in diesem Projekt sind das Unterrichtsministerium und die Kiewer Mohyla-Akademie.

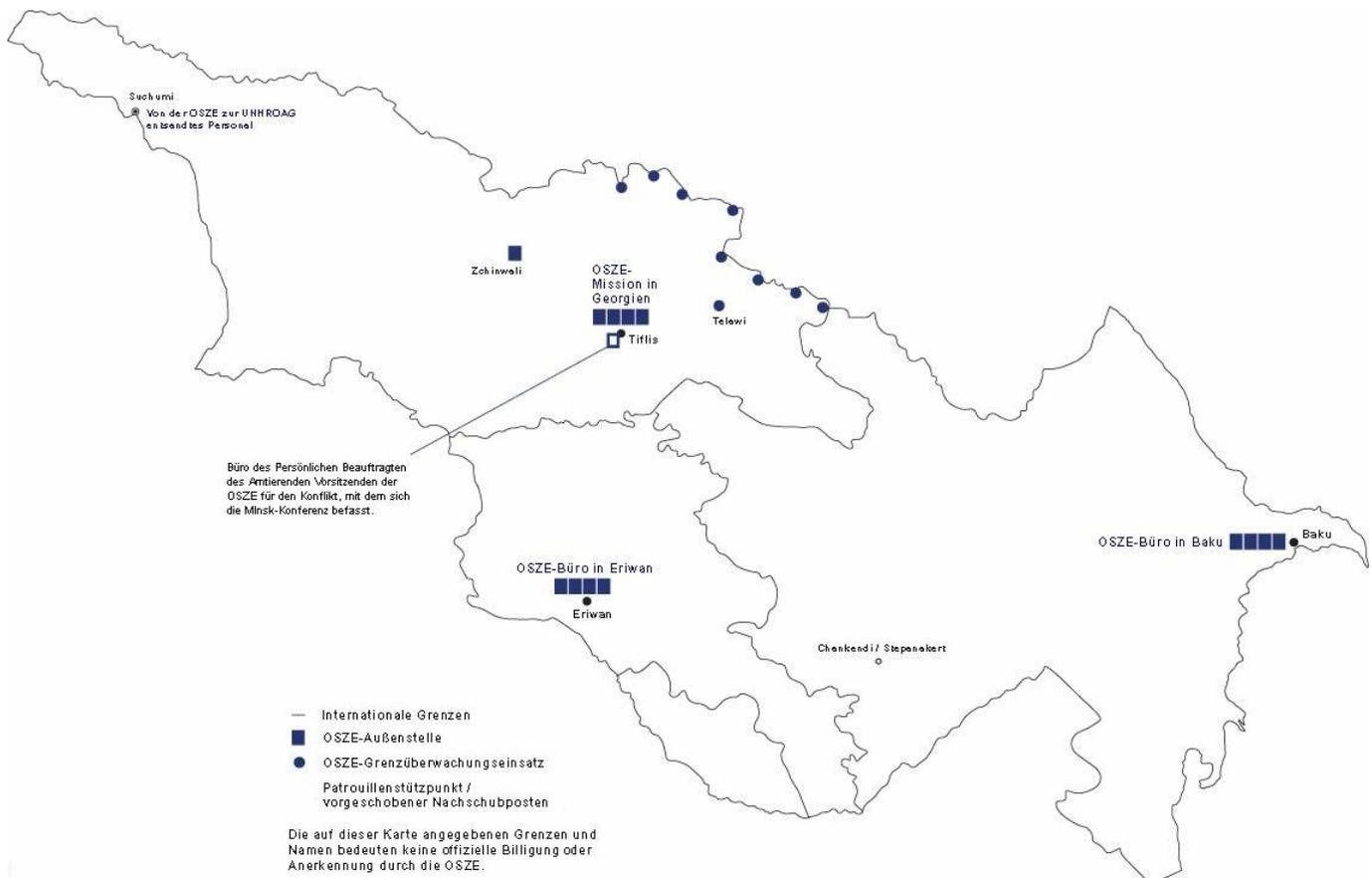
#### **Filmfestival zum Thema Menschenrechte**

Ein Programm zum Thema Menschenrechtsbewusstsein und -erziehung, das 2005 in der ganzen Ukraine laufen soll, begann im Dezember in Kiew mit einem Filmfestival zum Thema Menschenrechte. Zu den Organisatoren des Festivals und ihren Partnern zählten nicht nur der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine, sondern auch in der Ukraine vertretene VN-Organisationen, die NRO *Transparency International*, der *British Council* und die Internationale Organisation für Migration.

Das Filmfestival in Kiew fand vom 9. bis 13. Dezember statt und wurde von 7000 Personen besucht. Insgesamt wurden 33 Filme gezeigt, die Themen wie Frauen, Kinder, HIV/Aids und schutzbedürftige Gruppen in 18 verschiedenen Ländern behandelten. Diese Veranstaltung soll im Frühjahr 2005 in Lemberg (Lwiw), Donezk, Charkiw und Odessa wiederholt werden.

**Projektkoordinator:  
Botschafter David Nicholas  
Revidierter Haushalt: € 1.085.000  
[www.osce.org/ukraine](http://www.osce.org/ukraine)**

# KAUKASUS



# DAS OSZE-BÜRO IN BAKU

2004 hatte das Büro in Baku einen beträchtlichen Anstieg in seinen Aktivitäten zu verzeichnen. Die Aufgaben des Büros, die auf viele Herausforderungen eingehen, mit denen Aserbaidschan in seiner Entwicklung konfrontiert ist, reichten von Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus über die Unterstützung von Kleinunternehmen und Polizeischulung bis zu Medienentwicklung und Menschenrechten.

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Vorbereitung auf das Polizeiunterstützungsprogramm.** Die Vorbereitungsarbeiten des Büros für die Einführung des Polizeiunterstützungsprogramms, das 2005 beginnen soll, kamen gut voran. Die jüngst renovierte Polizeischule in Baku erhielt über 2000 Bücher, Computer und andere Lehr- und Lernmittel und das Büro leistete Hilfe bei der Erstellung eines Lehrplans nach den modernen Prinzipien der bürgernahen Polizeiarbeit. Die Schule soll Ende 2005 eröffnet werden.

Um Polizeibeamten eine zügige Aufnahme und Untersuchung von Straftaten zu ermöglichen, half das Büro der Stadt Baku auch bei der Einrichtung einer Website, auf der die Öffentlichkeit Informationen über den Polizeidienst des Landes und die Rechte jedes Bürgers findet. Es wurde auch eine interne örtliche Kriminaldatenbank eingerichtet, auf die Dienst habende Polizeibeamte in der ganzen Stadt Zugriff haben.

Das Büro beteiligte sich auch an der Schulung der Mitarbeiter des (zur Armee gehörigen) aserbaidschanischen Pipeline-Schutzdienstes und sorgte für die Aufnahme der Menschenrechtsthematik auf der Grundlage örtlicher Gesetze und der Prinzipien der bürgernahen Polizeiarbeit in die Schulungsprogramme jedes Dienstes. Diese Unterrichtsbausteine wurden von der *Human Rights and Police Training Consultancy* von *Equity International* im Auftrag von *British Petroleum* (BP), dem führenden Mitglied des Pipeline-Konsortiums, ausgearbeitet. Weitere Beiträge zu diesem Thema leistete das Büro in Form von Seminaren in Stadtgemeinden, bei denen der Polizei, der Zivilgesellschaft und den Kommunalbehörden vor Augen geführt wurde, dass eine Zusammenarbeit allen zum Vorteil gereicht, und sie mit den Grundsätzen der bürgernahen Polizeiarbeit vertraut gemacht wurden. Ein wichtiges Programm, Staatsbürgerliche Erziehung für Polizei und NROs, das in den 13 an der Pipeline gelegenen Landbezirken durchgeführt wurde, sollte zu einem verstärkten Zusammenwirken und einer sinnvollen Kooperation zwischen Polizeibeamten, den Kommunalbehörden, NROs und der Bevölkerung führen.

**Unterstützung im Kampf gegen den Terrorismus.** Gemeinsam mit dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechensbekämpfung (UNODC) und

Das Büro unterstützte die Regierung von Aserbaidschan bei der Ausarbeitung von Gesetzen gegen Menschenhandel und Korruption. Es dehnte Sensibilisierungsprojekte für Menschenrechte und zivilgesellschaftliche Entwicklung auf die ländlichen Gebiete Aserbaidschans aus. Gemäß dem Bildungsschwerpunkt der OSZE im Jahr 2004 bot das Büro auch rechtliche Schulung für Anwälte sowie Umwelterziehung für die aserbaidschanische Jugend an. der aserbaidschanischen Regierung, die nunmehr 12 internationalen Rechtsinstrumenten gegen den Terrorismus beigetreten ist, veranstaltete das Büro eine Reihe von Seminaren, bei denen es um die Übertragung dieser Instrumente in nationales Recht ging. Die Seminare widmeten sich den Auswirkungen dieser Rechtsinstrumente auf die Gesetzgebung und gaben Anregungen, wie bei den anstehenden Gesetzesänderungen vorgegangen werden könnte. Das Büro wird mithelfen, praktische Lösungen zur Beseitigung offensichtlicher Hindernisse zu entwickeln und im kommenden Jahr umzusetzen.

**Kostenloser Rechtsdienst für Soldaten und Wehrpflichtige.** In den Einberufungsmonaten April, Juni und Oktober boten das Büro und die *NRO Lawyers of the 21st Century* Soldaten, Wehrpflichtigen und ihren Familienmitgliedern eine kostenlose Rechtsberatung an. Diese Dienstleistung wurde von Studenten der Rechtswissenschaften und jungen Absolventen juristischer Bildungseinrichtungen in den Büros der Rechtsberatungsstellen in Baku und Gandscha erbracht, die mit Unterstützung des Büros eingerichtet worden waren. Auf Ersuchen fungierten die Anwälte der Rechtsberatungsstellen auch als Rechtsbeistand vor staatlichen Institutionen und Gerichten.

## Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

**Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung.** Außerhalb von Baku finden Unternehmer kaum Ressourcen für die Führung eines Unternehmens vor. Um hier Abhilfe zu schaffen, veranstaltete das Büro Schulungskurse für Unternehmer in den ländlichen Gebieten Aserbaidschans. In Zusammenarbeit mit der deutschen Entwicklungsagentur GTZ setzte das Büro auch sein Jungunternehmer-Seminarprogramm fort, in dessen Rahmen über 250 jungen Menschen betriebswirtschaftliche Grundkenntnisse vermittelt wurden. Eigene Kurse für Unternehmerinnen hatten die Gewerbeanmeldung, Steuern, die Erstellung eines Geschäftsplans und die Aufnahme von Kleinstkrediten zum Gegenstand.

Im Mai veranstalteten das Büro und die *International Finance Corporation* eine Konferenz für Führungskräfte aus dem Regierungs-, Banken- und Handelssektor über die Vorteile des Finanzierungsleasings. Anfang des Jahres hatte die Regierung die gesetzlichen

Bestimmungen geändert, um die Entwicklung der Leasingbranche zu fördern und aserbaidischen Unternehmern besseren Zugang zu Investitionen zu verschaffen.

Als Beitrag zur Entwicklung des Tourismus in Aserbaidschan ließ die OSZE vom *Citizen Development Corps* mit Sitz in den Vereinigten Staaten einen Beurteilungsbericht über die Tourismusindustrie erstellen. Gemeinsam mit dem *British Council* veranstaltete sie auch eine Tourismuskonferenz, um zu einer organisationsübergreifenden Zusammenarbeit anzuregen und bewährte Praktiken der nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung zu fördern.

**Good Governance und Korruptionsbekämpfung.** Als Teil seines Good-Governance-Programms veranstaltete das Büro einen Managementkurs für Mitarbeiter des Sekretariats des Staatlichen Programms für die Armutsbekämpfungsstrategie, der maßgeblichen Regierungsstelle, die sich mit der wirtschaftlichen Entwicklung befasst.

Vor dem für 1. Januar 2005 geplanten Inkrafttreten des Staatlichen Programms zur Bekämpfung der Korruption veranstalteten das Büro und der aserbaidische Verband junger Rechtsanwälte mehrere Gesprächsrunden und eine Aufklärungskampagne über Korruptionsbekämpfungsstrategien.

**Information der Öffentlichkeit über Umweltfragen.** Das Büro und das Ministerium für Ökologie und natürliche Ressourcen eröffneten im September 2003 in Baku ein Öffentliches Umwelt-Informationszentrum gemäß der Aarhus-Konvention, das nun über 200 Besucher pro Monat anzieht. Es beherbergt eine Bibliothek und Computer, mit denen sich die Bürger via Internet kostenlos über Umweltfragen informieren können. 2004 fanden im Informationszentrum rund 60 öffentliche Veranstaltungen zu Umweltthemen statt, darunter einige öffentliche Anhörungen zu Gesetzesentwürfen und vom Büro in Baku gesponserte Umwelterziehungsprogramme für Kinder.

**Förderung erneuerbarer Energiequellen.** Obwohl Aserbaidschan reich an Öl- und Gasvorkommen ist, kommt es außerhalb von Baku zu großen Energieengpässen. Dies verhindert nicht nur eine ausgewogene wirtschaftliche Entwicklung des Landes, sondern ist auch eine Gefahr für die Umwelt, da die Menschen oft keinen anderen Ausweg sehen, als Bäume zur Brennholzgewinnung zu fällen. Im Interesse der Förderung des Einsatzes erneuerbarer Energiequellen initiierte das Büro ein neues Projekt unter dem Namen „Energiebus“, das eine große Breitenwirkung erzielen soll. Der „Bus“ ist ein mobiles Unterrichtsmittel, das den Menschen anhand von Modellen und anderen Informationswerkzeugen vor Augen führt, wie einfach es ist, kostengünstige und leicht verfügbare erneuerbare Energiequellen wie Biogas, Biomasse und Sägemehlbrenner so zu adaptieren, dass Landgemeinden mit der dringend benötigten Energie versorgt werden können. 2005 sollen über 150 Dörfer in Aserbaidschan besucht werden.

#### **Förderung der Bürgerbeteiligung in Umweltfragen: Die Aarhus-Konvention**

Am 25. Juni 1998 wurde im dänischen Aarhus das Übereinkommen der Vereinten Nationen über den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten in Umweltangelegenheiten verabschiedet. Dieses als Aarhus-Konvention bekannte Dokument war mit seiner Verknüpfung von Umweltrechten und Menschenrechten eine völlig neue Art von Umweltübereinkommen.

Die Konvention, die am 30. Oktober 2001 in Kraft trat, regelt die Beziehungen zwischen Bevölkerung und Regierung in Umweltfragen, insbesondere den Zugang zu Informationen, die Öffentlichkeitsbeteiligung an Entscheidungsverfahren und den Zugang zu Gerichten. Die Konvention ist nicht nur ein Umweltübereinkommen, sondern mahnt auch die Rechenschaftspflicht der Regierung sowie Transparenz und ihr Eingehen auf Anliegen der Bevölkerung ein.

Die Umsetzung der Konvention vollzieht sich in fünf Arbeitsgruppen, die den Themen Rechtskonformität, Schadstoffemissions- und Ausbreitungsregister, gentechnisch veränderte Organismen, elektronische Informationswerkzeuge und Zugang zu Gerichten gewidmet sind.

Die OSZE spricht sich seit 1999 für die Ratifikation und Umsetzung der Aarhus-Konvention durch ihre Teilnehmerstaaten aus, indem sie Aufklärungskampagnen und Seminare auf nationaler und regionaler Ebene veranstaltet und die Gründung, Registrierung und Tätigkeit von Umwelt-NROs unterstützt. Seit 2002 unterstützt die OSZE den Aufbau von Aarhus-Zentren in den Teilnehmerstaaten. Ein Aarhus-Zentrum hat den Zweck, als Treffpunkt und als Bindeglied zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft zu fungieren und Regierungen bei der Erfüllung ihrer Verpflichtungen aus der Aarhus-Konvention zu unterstützen.

**Internationale Zusammenarbeit in Umweltfragen.** Im Rahmen des NATO-Programms „Wissenschaft für Frieden“ unterstützte das Büro weiterhin das Projekt „Fluss-Monitoring im Südkaukasus“, in dessen Verlauf die Qualität und Quantität der Gewässer im Einzugsbereich der Flüsse Kura und Arax geprüft werden soll. Das Projekt läuft nun schon das dritte Jahr.

Im Rahmen seiner Bemühungen um Beurteilung der Herausforderungen im Umwelt- und Sicherheitsbereich und um Förderung der nachhaltigen Entwicklung leistete das Büro Unterstützung für die Umwelt- und Sicherheitsinitiative der OSZE und der Vereinten Nationen (ENVSEC). Gemeinsam mit dem Ministerium für Ökologie und natürliche Ressourcen veranstalteten das Büro und das OCEEA nationale Konsultationen zum ENVSEC-Bericht über den Südkaukasus unter Einbeziehung von Regierungen, Wissenschaftlern und der Zivilgesellschaft. Die Initiative führte zur Ausarbeitung eines vorläufigen Arbeitsprogramms durch die aserbaidischen Behörden, das unter anderem Fragen der Wasserbewirtschaftung, das öffentliche Umweltbewusstsein und Umweltprojekte auf kommunaler Ebene zum Gegenstand hat.

#### **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Unterstützung des Verfassungsgerichtshofs.** Um den Mitarbeitern des Verfassungsgerichtshofs bei der Bewältigung der wachsenden Zahl von Individualbeschwerden zu helfen, organisierte das Büro einen Beratungsbesuch des ehemaligen Direktors des deutschen Bundesverfassungsgerichts. Es veranstaltete auch Schulungsseminare für praktizierende Anwälte und

Vertreter der Zivilgesellschaft über verfassungsgerichtliche Verfahren und die Erfordernisse für Eingaben an den Gerichtshof.

**Beobachtung von Gerichtsverfahren nach den Zwischenfällen vom 15. Oktober 2003.** Gemeinsam mit dem BDIMR setzte das Büro sein Prozessbeobachtungsprogramm in Aserbaidschan fort, das im Sommer 2003 eingerichtet wurde, um das Recht auf ein faires Verfahren fester zu verankern und die Kompetenz der Justiz in Fragen der Rechtspflege zu verbessern. Im Rahmen des Programms beobachtete das Büro die Gerichtsverfahren gegen alle 125 Personen, gegen die nach den Zusammenstößen zwischen Protestierenden und der Polizei, zu denen es unmittelbar nach den Präsidentenwahlen vom 15. Oktober 2003 gekommen war, Anklage erhoben worden war. Die Verfahren wurden im Hinblick auf ihre Konformität mit nationalen und internationalen Standards und dem Recht auf ein faires Verfahren beobachtet.

Bis Oktober 2004 hatte die OSZE 20 lokale Beobachter eingeschult und deren anschließende Einsätze als Prozessbeobachter und Berichtersteller in allen Gerichtsverfahren im Gefolge der Wahlen koordiniert. Diese erste Phase des Programms endete mit der Erstellung eines Prozessbeobachtungsberichts, in den die Erkenntnisse der Beobachter und eines ausländischen Anwalts Eingang fanden. Der Bericht enthält Empfehlungen an die Regierung betreffend den Zugang der Öffentlichkeit zu Gerichtsverfahren, die rechtliche Vertretung des Angeklagten während des Verfahrens, Folter- und Misshandlungsvorwürfe sowie die Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Gerichte. Das Büro und das BDIMR beabsichtigen, den Inhalt dieses Dokuments mit der Regierung zu erörtern; dabei soll auf Mängel im Justizsystem eingegangen und eine Plattform für die künftige Zusammenarbeit bei der Entwicklung der Justiz geboten werden.

**Beurteilung der Kommunalwahlen.** Mit Unterstützung des BDIMR, der Internationalen Stiftung für Wahlsysteme (IFES) und von Vertretern der Teilnehmerstaaten in Aserbaidschan koordinierte das Büro die Beobachtung der Kommunalwahlen vom Dezember 2004 und nahm eine Beurteilung des Wahlprozesses vor. Eine Woche vor dem Wahltag produzierte das Büro mehrere amtliche Verlautbarungen, die im ganzen Land von den meistgehörten Radiosendern ausgestrahlt wurden. In einigen Sendern liefen am Wahltag Livesendungen, in denen sich die Wähler nach der Stimmabgabe zu Wort melden konnten.

**Rasches Eingreifen bei Menschenrechtsverletzungen.** Das Büro unterstützte die Einrichtung und den Betrieb einer „raschen Eingreifgruppe“ in der Volksanwaltschaft, die bei jeder gemeldeten Menschenrechtsverletzung in Haftanstalten unverzüglich eingreift. Die Gruppe soll innerhalb weniger Stunden einsatzbereit sein, damit die Zahl der Menschenrechtsverletzungen und Gesetzesübertretungen in Untersuchungsgefängnissen verringert wird. Die Initiative soll durch Verfolgung jedes einzelnen bestätigten Falles das Rechtsstaatlichkeitsprinzip innerhalb der Strafverfolgungsbehörden stärken.

#### **Kostenlose Rechtshilfe für schutzbedürftige Gruppen**

Der Pensionist Shirzad Qarabagli ist in einen Rechtsstreit um seine Wohnung verwickelt. Sein erster Gedanke war, einen Rechtsanwalt zu beauftragen, als er aber die Kosten sah, kamen ihm Bedenken. Ein kurzes Gespräch mit einem Anwalt kann ihn ein Fünftel seiner Pension kosten, und die Kosten für einen einzigen Tag der Vertretung vor Gericht können diese leicht überschreiten. Viele Aserbaidschaner stehen vor einem ähnlichen Dilemma – es fehlt ihnen an juristischen Kenntnissen und an Geld für die Bezahlung von Rechtsberatung, sie sind also benachteiligt, weil sie nur beschränkten Zugang zum Justizsystem haben.

Angesichts dieses ungleichen Kräfteverhältnisses richteten das OSZE-Büro in Baku und der aserbaidschanische Verband junger Rechtsanwälte eine Rechtsberatungsstelle ein, die den schutzbedürftigsten Gruppen der Bevölkerung, unter anderem Alleinerziehern, kinderreichen Familien, Pensionisten, Arbeitslosen und Asylsuchenden, kostenlose Rechtsberatung und -vertretung anbietet. Seit ihrer Eröffnung im Juni haben fast 120 Personen in der Rechtsberatungsstelle Hilfe gefunden. Neben Wohnungs- und Eigentumsfragen half die Beratungsstelle den Klienten bei der Lösung von familienrechtlichen Problemen, bei der Beilegung von Arbeitskonflikten und bei der Regelung von Ansprüchen auf Sozialleistungen.

Mit Hilfe des Rechtsberatungsprojekts konnte Shirzad seine Besitzansprüche vor Gericht erfolgreich geltend machen. „Ich hatte kein Geld für einen professionellen Anwalt. So beschloss ich, mich an die Beratungsstelle zu wenden. Ich hatte so meine Zweifel, ob mir dort wirklich geholfen werden kann, da alle so jung sind. Zum Glück habe ich mich geirrt, sie haben großartige Arbeit geleistet.“

**Kampf gegen den Menschenhandel.** Am 6. Mai billigte der Präsident von Aserbaidschan einen Nationalen Aktionsplan zur Bekämpfung des Menschenhandels. Der Aktionsplan war vom Büro gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Europarat ausgearbeitet worden. Im Anschluss an diesen bahnbrechenden Beschluss entwickelte das Büro gemeinsam mit lokalen NROs Projekte zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit und zum Schutz potenzieller Opfer. Es half auch bei der Gründung zweier NROs, die den Auftrag haben, eine gebührenfreie nationale Helpline und das erste aserbaidschanische Asyl für Opfer von Menschenhandel zu betreiben.

**Überwachung des Registrierungsstatus von NROs.** Das im Januar verabschiedete Gesetz über die Registrierung von Körperschaften und das Staatliche Körperschaftsregister war zwar ein Fortschritt im Hinblick auf die Vereinigungsfreiheit, doch gab es im Jahr 2004 nach wie vor Probleme mit der Registrierung von NROs. Im Anschluss an Konsultationen mit dem Justizministerium überwachte das Büro die Durchführung des neuen Gesetzes insbesondere im Hinblick auf die Registrierung von NROs. Es wurde eine Gruppe von Rechtsberatern eingestellt, deren Aufgabe es war, den Registrierungsprozess im Ministerium zu beobachten und antragstellende NROs kostenlos zu beraten.

**Unterstützung der Medien.** Als Teil seiner Aktivitäten zur Unterstützung freier und unabhängiger Medien war das Büro Mitveranstalter einer Konferenz zum Thema Massenmedien, Justiz und Rechtsstaatlichkeit. Darüber hinaus veranstaltete es ein Seminar, das die Erfahrungen bei Wahlen auf dem Gebiet der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten zum Gegenstand hatte und Mittel und Wege aufzeigte, um Reporter, die über

Demonstrationen und Streiks berichten, besser vor Misshandlungen und Schikanen zu schützen. An der Veranstaltung nahmen Journalisten aus Aserbaidschan, Georgien, Russland, Tadschikistan und Usbekistan teil.

Das Büro begann gemeinsam mit dem Innenministerium und dem Presserat, einer lokalen NRO, mit der Verteilung spezieller Westen an Reporter, die regelmäßig über politische Demonstrationen und Ausschreitungen berichten. Durch diese in grellen Farben gehaltenen Westen mit der Aufschrift „Presse“ auf dem Rücken sollen Journalisten bei Straßenprotesten leichter von Demonstranten zu unterscheiden sein.

Im Bereich des Medienrechts betrieb das Büro sehr aktives Lobbying für die Annahme zweier wichtiger Gesetze betreffend freie und unabhängige Medien – des Gesetzes über das öffentlich-rechtliche Fernsehen und über Informationsfreiheit. Das Büro veranstaltete mehrere Gesprächsrunden, die den Anstoß zu einer Novellierung des Gesetzes gegen Rufschädigung geben sollten, aufgrund dessen im Laufe des Jahres zahlreiche

Anklagen wegen übler Nachrede gegen Printmedien erhoben wurden.

**Stimulierung von politischem Interesse bei Schulkindern**  
Über 50.000 aserbaidische Schul Kinder stellten bei einem vom Büro in Baku veranstalteten landesweiten Wettbewerb ihr politisches Wissen unter Beweis. Diese gemeinsam mit der lokalen NRO *Kainat* (Universum) veranstaltete „Olympiade“ regte Schüler dazu an, Näheres über die Tätigkeit internationaler Organisationen einschließlich der OSZE herauszufinden und sich der Bedeutung der Zivilgesellschaft und demokratischer Institutionen bewusst zu werden. Als zweite Phase dieses Projekts wurden die Endausscheidungen in diesem Wettbewerb vom staatlichen Fernsehen übertragen, wodurch die Diskussion auf ein breiteres Publikum ausgedehnt werden konnte.

**Leiter des Büros:**  
**Botschafter Maurizio Pavesi**  
**Revidierter Haushalt: € 1.512.600**  
**[www.osce.org/baku](http://www.osce.org/baku)**

# DIE OSZE-MISSION IN GEORGIEN

Insgesamt entfalteten sich 2004 die Ereignisse in rascher Folge, insbesondere in Adscharien und der Zone des georgisch-ossetischen Konflikts, was unmittelbare Auswirkungen auf die Arbeit der Mission hatte und von dieser eine rasche Reaktion auf die Ereignisse vor Ort verlangte. Mit der Durchführung eines umfangreichen technischen Hilfspakets rechtzeitig vor den Präsidentenwahlen vom 4. Januar und den Parlamentswahlen vom 28. März schloss die Mission zwei Phasen des Wahlunterstützungsprogramms für Georgien ab.

Im Anschluss an die Wahlen war die Mission sehr darum bemüht, der neuen Regierung bei verschiedenen Aspekten ihres demokratischen Reformprogramms behilflich zu sein, wobei die mit der Wirtschafts- und Umweltdimension und der menschlichen Dimension befassten Missionsmitarbeiter gemeinsam mit ihren Ansprechpartnern in der Regierung und der Zivilgesellschaft weiter substanzielle Arbeit leisteten.

Den ganzen April hindurch und Anfang Mai wurden die für die politische und die menschliche Dimension zuständigen Missionsteams in erster Linie durch die Konfrontation zwischen der Regierung in Tiflis und den Behörden in Batumi in Anspruch genommen. Die Mission verfolgte die Entwicklungen vor Ort sehr genau, indem sie nacheinander Missionsmitglieder nach Adscharien entsandte. Nach der erfolgreichen Beilegung der Krise konnte die Mission ihre auf die menschliche Dimension bezogenen Aktivitäten in der Region verstärken.

Auch die Förderung des Friedensprozesses während der Verschärfung der georgisch-ossetischen Krise erforderte erhöhte Aufmerksamkeit von Seiten der Mission. Im Mai entsandte die georgische Regierung Truppen des Innenministeriums in die Konfliktzone, um Schmuggelrouten zu blockieren. Die südossetische Seite erklärte die allgemeine Mobilmachung. Beide Seiten schleusten zusätzliche Streitkräfte in die Konfliktzone ein und errichteten illegale Kontrollposten. Im August starteten beide Seiten eine Offensive und die Lage spitzte sich zu: es kam zu Geiselnahmen und beide Seiten hatten Opfer zu beklagen.

Die Mission traf als Teilnehmer der Gemeinsamen Kontrollkommission (JCC) regelmäßig mit den Kovorsitzenden der JCC zusammen, wobei sie immer wieder betonte, dass der Konflikt ausschließlich mit friedlichen Mitteln gelöst werden müsse, und nachdrücklich dazu aufforderte, illegal in der Konfliktzone befindliche Einheiten umgehend von dort abzuziehen. Das ganze Jahr hindurch verfolgten Beobachter der Mission die Aktivitäten der Gemeinsamen Friedenstruppen und halfen bei der Verbesserung ihrer Kontroll- und Kommunikationsstrukturen.

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

### DER GEORGISCH-OSSETISCHE KONFLIKT

**Rasches Eingreifen zur Herbeiführung einer friedlichen Lösung.** Im Interesse einer raschen Reaktion auf Ereignisse vor Ort betätigte sich die Mission in der JCC, in der Georgien, die Russische Föderation, Nordossetien und Südossetien gemeinsam den Vorsitz führen. In Wahrnehmung ihrer Beobachterrolle vertiefte die Mission die Zusammenarbeit mit den Gemeinsamen Friedenstruppen, die aus einem georgischen, einem russischen und einem nordossetischen Bataillon bestehen.

Insbesondere gelang es der Mission,

- sich in Zusammenarbeit mit den Friedenstruppen für die Einhaltung der Mitte August von der JCC vermittelten Waffenruhe einzusetzen,
- aktiv an mehreren JCC-Treffen mitzuwirken, die dem auf eine friedliche Lösung abzielenden politischen Prozess Schwung verleihen und ein Wiederaufflammen der Gewalt verhindern sollten,
- das Vertrauen zwischen den Parteien zu stärken, damit Spannungen abgebaut werden können,
- mit den vier Parteien eine Reihe von Konzeptpapieren zu erstellen, in denen Möglichkeiten vorgeschlagen werden, wie der politische Prozess vorangebracht werden kann,
- die Vorbereitungen für die Umsetzung eines Projekts zum Wiederaufbau in der Konfliktzone und zur Rückkehr der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen zu koordinieren, das von der Europäischen Kommission mit 2,5 Millionen Euro gefördert wird und der Wiederherstellung des Vertrauens, der Erhöhung von Transparenz und der Verbreitung marktwirtschaftlicher Gepflogenheiten dient,
- den Start des offiziellen JCC-Newsletter zu ermöglichen, dessen Ziel es ist, in objektiver und transparenter Weise über die Arbeit der JCC zu berichten.

Die Mission nahm am 5. November am Treffen zwischen dem georgischen Ministerpräsidenten Surab Schwania und dem südossetischen Führer Eduard Kokoity teil, das ein politisches Schlüsselereignis im Friedensprozess war. Die Beteiligten bekräftigten ihr Bekenntnis zu einer friedlichen Konfliktbeilegung und legten einen Zeitplan für eine rasche Entmilitarisierung der Konfliktzone fest.

**Transparenz und Militärbeobachtung.** Die Mission setzte die Beobachtung der Gemeinsamen Friedenstruppen in der Zone des georgisch-ossetischen Konflikts fort. Beobachter der OSZE-Mission begleiteten die Überwachungspatrouillen der Friedenstruppen in der Konfliktzone, führten aber auch selbstständige

Patrouillen durch und hielten Kontakt zu den örtlichen Militär- und Zivilbehörden.

Nach der Feuereinstellung im August erhöhte die Mission die Anzahl ihrer Beobachter und errichtete an der Kreuzung strategischer Straßen in der Konfliktzone einen ständigen Beobachtungsposten. Vom so genannten *Pauk* (russisch für „Spinne“) aus verfolgten die Beobachter die Ereignisse vor Ort, über die sie auch berichteten. Diese Verifikation der Entwicklungen durch eine unabhängige Präsenz war eine wichtige vertrauensbildende Maßnahme.

#### **Die Außenstelle in Zchinwali – Ort des Dialogs und Stützpunkt für die Überwachungseinsätze**

Die Außenstelle der Mission in Zchinwali unterstützte die Mission weiterhin in ihren Bemühungen um Aufrechterhaltung des Verhandlungsprozesses zwischen den Konfliktparteien, indem sie als Veranstalter und Gastgeber von Treffen und Konsultationen auf verschiedenen Ebenen fungierte, einschließlich jener im Zusammenhang mit der Tätigkeit der JCC und des Lenkungsausschusses für wirtschaftlichen Wiederaufbau.

Die Außenstelle diente der Mission als Stützpunkt für die Überwachungseinsätze und die Unterstützung der Friedenstruppen. Dies erwies sich als besonders wichtig, als es während der Krise im Sommer wieder zu militärischen Auseinandersetzungen kam, auf die die Mission mit einer Verstärkung ihrer Überwachungskapazitäten reagierte. Die Außenstelle diente auch als Anlaufstelle für Diplomaten und ausländische Journalisten.

**Freiwillige Ablieferung und transparente Vernichtung von Waffen.** Die Mission unterstützt das Programm der Friedenstruppen für die freiwillige Ablieferung von Waffen und Munition seit seinem Beginn im Jahr 2000. Im Rahmen dieser Initiative kommen Gemeinschaften, die den Friedenstruppen Waffen aushändigen, in den Genuss kleinerer Projekte zur Verbesserung der örtlichen Infrastruktur. Zu den bis Sommer 2004 laufenden Projekten zählten die Neuausstattung einer Ambulanz, Straßen- und Kanalreparaturen, die Ausstattung von Schulen mit Computern und die Bereitstellung von Kinderbetreuungseinrichtungen.

Ende April 2004 vernichteten Pioniere des russischen Bataillons der Friedenstruppen alle eingesammelten Waffen und Munitionsbestände in Anwesenheit von Vertretern der georgischen und der südossetischen Seite sowie von Vertretern akkreditierter Botschaften und der Medien. OSZE-Beobachter waren im gesamten Geschehen präsent, um sich von der vollständigen Vernichtung aller eingezogenen Waffen und Munitionsbestände zu vergewissern.

Ab Mai verschlechterte sich die Sicherheitslage in der Konfliktzone zunehmend und das Programm musste schließlich ausgesetzt werden.

#### **DER GEORGISCH-ABCHASISCHE KONFLIKT**

Im Juli kam der unter Führung der Vereinten Nationen stehende Friedensprozess nach einem Zwischenfall auf See nahe Suchumi fast zum Stillstand.

Die abchasische Seite zog ihre Zustimmung zur Stationierung internationaler Zivilpolizisten durch die Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien

zurück. Diese hätten die Aufgabe gehabt, Strafverfolgungsorgane in der Konfliktzone zu schulen und auszurüsten. Schließlich kam es nur zu einer teilweisen Entsendung von Polizeibeamten in die Konfliktzone, und zwar in die unter georgischer Verwaltung stehende Region Samegrelo. Da die Zustimmung der abchasischen Seite nach wie vor aussteht, gab es 2004 keinen Fortschritt im Hinblick auf die Eröffnung einer Außenstelle des Menschenrechtsbüros der Vereinten Nationen in Abchasien (Georgien) in Gali, in dem zusätzlich auch ein von der OSZE entsandter Beamter zum Einsatz kommen soll.

#### **DER GRENZBEOBACHTUNGSEINSATZ**

Im Jahr 2004 half der Grenzbeobachtungseinsatz weiter beim Aufbau von Vertrauen und Sicherheit in seinem Einsatzgebiet. Ausgehend von den Erfahrungen der vergangenen Jahre setzte die Mission ihr Mandat umfassender und effizienter um.

Zur Erfüllung seines Mandats verfügte der Grenzbeobachtungseinsatz über acht Patrouillenstützpunkte entlang der Grenze, eine ständige Grenzpatrouille im Assa-Tal und einen vorgeschobenen Versorgungsposten auf dem Flughafen Telawi. Im Mai wurden elf ständige Beobachtungsposten an Schlüsselstellen entlang des beobachteten 280 Kilometer langen Grenzabschnitts errichtet. 2004 meldeten die Beobachter über 800 Grenzübertritte und Bewegungen von Einzelpersonen oder Gruppen in die nicht abgegrenzte Zone und aus ihr. Diese Zahl enthält auch Flugbewegungen und Personengruppen mit Tragtieren.

**Mehr Flexibilität.** Der Grenzbeobachtungseinsatz konnte dank eines neu gebildeten Mobilen Reserveteams und durch Ausweitung der Einsatzgebiete ortsfester und mobiler Patrouillen flexibler gestaltet werden. Dieses Team fungierte als rasch einsatzfähige Patrouille, die sich kurzfristig an jeden Ort begeben und einen Einsatz beginnen konnte. Zwecks besserer Absicherung überschritten sich die Einsatzgebiete ortsfester und mobiler Patrouillen an manchen Stellen. Dies erhöhte die Wirksamkeit des Einsatzes, da die Beobachter das von ihnen erfasste Gelände besser kennen lernten. Für die rasche Verlegung zu Beobachtungsposten sorgten in erster Linie Hubschrauber.

**Mehr Effizienz.** Zur Steigerung ihrer Effizienz wurden die Grenzbeobachter mit hochauflösender Foto- und Beobachtungsausrüstung für den Einsatz bei Tag und bei Nacht ausgestattet und erhielten diesbezüglich eine ausführliche Einschulung. Die Handhabung der Beobachtungsausrüstung konnte weiter verbessert werden, was in Kombination mit einer besseren Kenntnis des Geländes die Effizienz des Einsatzes insgesamt steigerte. Die Patrouillen verwendeten leistungsfähigere, tragbare Modemverbindungen auf dem letzten Stand der Technik, mit deren Hilfe sie aus entlegenen Gebirgsregionen Berichte und Fotos senden konnten.

Mangels Konsens über die Verlängerung des Grenzbeobachtungseinsatzes wurde die gesamte Beobachter- und Berichterstattungstätigkeit mit 31. Dezember 2004 eingestellt.

## VERNICHTUNG ÜBERSCHÜSSIGER MILITÄRISCHER LAGERBESTÄNDE

Munitionslager in gleich welchem Zustand sind eine tödliche Bedrohung und können Terroristen als Materialnachschiebbasis dienen. Die Mitwirkung der Mission an diesen Projekten steht im Zusammenhang mit der Verpflichtung der OSZE-Teilnehmerstaaten, den Terrorismus zu bekämpfen und ökologische Sicherheitsbedrohungen abzuwenden.

An der Ausrüstung und den Gebäuden des 2004 errichteten Wiederverwertungs- und Zerstörungszentrums wurden weitere Verbesserungen vorgenommen. Bis Juli wurden große Mengen an Munition aus anderen Stützpunkten in das Zentrum transportiert. Einige hundert Tonnen instabiler und beschädigter Bomben, Raketen, Streubomben und Geschosse wurden vernichtet.

**Neutralisierung gefährlicher Chemikalien.** Die Mission schloss weitere Phasen eines Projekts ab, mit dessen Hilfe die Verseuchung durch Giftmüll infolge der Lagerung von Benzin, Altöl und Schmierstoffen und durch die Reste verbrauchter Munition, mit denen das Gelände ehemaliger sowjetischer Stützpunkte kontaminiert ist, eingedämmt werden soll. Die Mission überwachte die Neutralisierung von rund 60 Tonnen eingesammelter gefährlicher und anderer unerwünschter Chemikalien einschließlich der verfestigten Rückstände von Napalm.

Nach Feststellung des Ausmaßes und der Art der Kontamination an bestimmten Orten und Erstellung eines Arbeitsplans beseitigte die Mission die Rückstände explodierter Kampfmittel und chemische Abfälle. Ende des Jahres hatte die Dekontaminierung des Geländes begonnen.

## BEKÄMPFUNG DES TERRORISMUS

Entsprechend dem Wunsch des OSZE-Vorsitzes, Maßnahmen gegen den Terrorismus Priorität einzuräumen, unterstützt die Mission die Regierung bei der Umsetzung der Resolution 1373 des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen und der weltweiten Übereinkommen und Protokolle zur Bekämpfung des Terrorismus. Im November veranstaltete die Mission gemeinsam mit der Gruppe Terrorismusbekämpfung des Sekretariats und dem UNODC in Tiflis einen Workshop über die Ratifikation und Durchführung dieser Übereinkommen und Protokolle.

Die Unterstützung von Seiten der Mission betraf im Jahr 2004 den Aufbau von Kapazitäten zur Bekämpfung des Terrorismus, mit dem Ziel, die Zusammenarbeit zwischen den mit der Terrorismusbekämpfung befassten Abteilungen verschiedener staatlicher Einrichtungen Georgiens und einschlägigen internationalen und regionalen Organisationen zu verstärken. Den georgischen Sonderabteilungen wurde nahe gelegt, ein gemeinsames System zur Sammlung, Analyse, Speicherung und Abfrage von Daten über verurteilte oder mutmaßliche Terroristen und Kriminelle zu entwickeln.

Die Mission unterstützte Georgien in seinen Bemühungen um Bekämpfung des Terrorismus durch Bereitstellung eines Praxisleitfadens, der anhand der Erfahrungen der OSZE-Teilnehmerstaaten erstellt worden war.

Die Mission ermöglichte die Teilnahme georgischer Beamter an einer Serie von Workshops und Konferenzen, unter anderem zu den Themen Sicherheit von Reisedokumenten, Grenzsicherung und Grenzmanagement und Strategien zur Bekämpfung des illegalen Handels mit chemischen, biologischen, radiologischen oder nuklearen Substanzen und Waffen und ihrer Verwendung für kriminelle Zwecke.

Die Mission unterstützte den georgischen Grenzschutz mit Informationen über eine neue Technologie für maschinenlesbare Reisepässe.

## POLIZEIAUFBAU

**Neue Anstöße für die Polizeireform.** Nach mehreren Besuchen der Gruppe Strategische Polizeianglegenheiten (SPMU) des Sekretariats unterzeichneten die Regierung und die OSZE im Oktober eine Vereinbarung. Darüber hinaus lief eine Bedarfserhebung und die Formulierung eines OSZE-Polizeiunterstützungsprogramms für Georgien an.

Die Mission bestellte auch einen Polizeiberater, dessen Hauptaufgabe es ist, das Innenministerium bei der Formulierung des Grundkonzepts, der Wertvorstellungen und Ziele der Reform des georgischen Polizeiwesens und bei der Ausarbeitung eines Strategieplans zur Verwirklichung dieser Ziele zu unterstützen. Der Berater hilft bei der Verbesserung des Personalmanagementsystems des Ministeriums und bei der Entwicklung eines neuen Konzepts und Modells für die polizeiliche Grundausbildung. Als Grundlage für die Reform der Polizeikräfte sollen auch moderne Konzepte der bürgernahen Polizeiarbeit eingeführt werden.

## Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

**Schwerpunkt wirtschaftliche Sicherheit.** Schwerpunktthemen der Mission in der Wirtschafts- und Umweltdimension waren der Kampf gegen die Korruption, die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen und die Unterstützung der Regierung bei der Entwicklung von Wirtschaftsstrategien. Die Bemühungen der Mission führten zu folgenden Ergebnissen:

- Um die Regierung in ihrem Kampf gegen die Geldwäsche zu unterstützen, veranstaltete die Mission einen Workshop über effiziente Analyse von Finanzdaten, an dem Experten des UNODC, der Weltbank und von Interpol sowie zuständige Ministerialbeamte und Bankenvertreter teilnahmen.
- Über ihr Jungunternehmer-Seminarprogramm (YES) sorgte die Mission für eine betriebswirtschaftliche Schulung von 100 jungen Menschen in Gardabani

- und Marneuli, wo eine zahlenmäßig starke Minderheit lebt und hohe Arbeitslosigkeit herrscht.
- Die Mission hat damit begonnen, den Nationalen Sicherheitsrat bei einer Analyse des Privatisierungsplans des Landes zu unterstützen. Gesundes Wirtschaftswachstum und politische Sicherheit werden 2005 die Schwerpunkte einer eingehenden Überprüfung sein.

**Behandlung von Fragen der Umweltsicherheit.** Die Mission veranstaltete für Regierungsbeamte Schulungsseminare zur Aarhus-Konvention, die Georgien 2003 ratifiziert hat. Sie setzt sich nach wie vor für die Schaffung eines Aarhus-Zentrums ein, das die Aufgabe hat, zwischen der Regierung und den Bereichen der Zivilgesellschaft, die sich mit Umweltangelegenheiten befassen, partnerschaftliche Beziehungen und Vertrauen herzustellen.

Die Mission widmete sich auch der Feststellung von Umweltproblemen, die zu Instabilität und möglicherweise zu einem Konflikt führen können. Mit Hilfe des OCEEA unterstützte die Mission die Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) bei der Entwicklung eines vorläufigen Arbeitsprogramms, in dessen Rahmen die geographischen und thematischen Bereiche der georgischen Umweltprobleme herausgearbeitet werden sollen.

## Aktivitäten in der menschlichen Dimension

### MENSCHENRECHTE UND GRUNDFREIHEITEN

**Verankerung der Menschenrechtsprinzipien in der Gesellschaft und der Rechtsordnung.** Die Mission arbeitete nach wie vor an der Förderung internationaler Menschenrechtsstandards, wobei sie sich dieses Jahr auf Strafverfolgungsbehörden, staatliche Menschenrechtsinstitutionen und Gemeinschaften in potenziellen Konfliktgebieten konzentrierte.

Im Bereich der Strafverfolgung half die Mission der Regierung bei der Umsetzung des Nationalen Aktionsplans gegen Folter 2003 bis 2005. Die Mission arbeitete ein Verfahren aus, das anhand nachstehender Maßnahmen ein entschlossenes Vorgehen gegen Folter und Misshandlung ermöglichen soll:

- Durchführung unangekündigter Kontrollbesuche in Polizeiposten und Gefängnissen gemeinsam mit den zuständigen staatlichen Stellen
- Abhaltung von Schulungsveranstaltungen für Mitarbeiter von Strafverfolgungsbehörden zum Thema internationale Anti-Folter-Standards
- Schaffung eines Netzwerks staatlicher und ziviler Menschenrechtsverfechter
- Verstärkung ihrer Anti-Folter-Aktivitäten gemeinsam mit der Volksanwaltschaft

Zur Unterstützung der Regierung bei der Umsetzung ihrer OSZE-Verpflichtungen stärkte die Mission die staatlichen Menschenrechtsinstitutionen und befasste sich mit Individualbeschwerden betreffend Menschenrechtsverletzungen. Darüber hinaus veranstaltete die Mission Schulungen für das Personal aller sechs Regionalstellen der Volksanwaltschaft und

Gesprächsrunden zu wichtigen aktuellen Menschenrechtsfragen. Sie unterstützte den Volksanwalt auch bei der Ausarbeitung eines Gesetzes über die Rechte der Binnenvertriebenen.

**Menschenrechtsaktivitäten in potenziellen Spannungsgebieten.** Die Mission veranstaltete Kurse für armenisch- und aserbajdschnischstämmige Lehrer, bei denen es um die Frage ging, wie in jenen Regionen Georgiens, in denen es starke ethnische Minderheiten gibt, die Menschenrechte im Unterricht vermittelt werden können. Nach Beendigung der Adscharien-Krise begann die Mission in ganz Adscharien, für die Menschenrechte zu werben, sie zu unterrichten und über sie aufzuklären.

Zur weiteren Förderung der Menschenrechte und zum Aufbau von Vertrauen in der Zone des georgisch-ossetischen Konflikts rief die Mission eine Sonntagsschule für Menschenrechte ins Leben, sie organisierte gemeinsame wöchentliche Menschenrechtsveranstaltungen für georgische und ossetische Kinder und schulte Menschenrechtslehrer. Ein weiteres Projekt, das der Schulung von Osseten, die Rechtsberufe ausüben, und von georgischen und ossetischen Studenten der Rechtswissenschaften galt, musste aufgrund der problematischen Sicherheitslage in der Konfliktzone im Sommer 2004 ausgesetzt werden. In Abchasien (Georgien) unterstützte die Mission Fernsehsendungen zum Thema Menschenrechte sowie Organisationen der Zivilgesellschaft.

**Verstärkung des Kampfes gegen den Menschenhandel.** Zur Verbesserung der örtlichen Kapazitäten im Kampf gegen den Menschenhandel arbeitete die Mission mit Regierungsbeamten und NROs zusammen. In diesem Zusammenhang leistete sie Hilfestellung bei der Ausarbeitung eines Gesetzes zur Bekämpfung des Menschenhandels, das 2005 vom Parlament beschlossen werden soll, und bei der Überarbeitung des nationalen Aktionsplans gegen den Menschenhandel. Diese beiden Entwürfe wurden von lokalen Experten unter Anleitung der OSZE und internationaler Fachleute abgefasst.

**Förderung der Gleichbehandlung von Frauen und Männern.** Die Mission half einer Koalition von Frauen-NROs und Regierungsvertretern bei der Erstellung eines nationalen Aktionsplans zur Gleichbehandlung von Frauen und Männern. Zur Hebung des Bewusstseins unter Polizeibeamten, Lehrern und Ärzten finanzierte die Mission eine Reihe von Schulungskursen zum Thema Gewalt in der Familie.

### RECHTSSTAATLICHKEIT

Gemeinsam mit dem BDIMR finanzierte die Mission die Schulung von 20 Sicherheitsbeamten in Gefängnissen, um die beruflichen Fähigkeiten der Gefängnisbeamten zu verbessern. Diese Maßnahme wurde mit Unterstützung internationaler und lokaler Experten organisiert.

Die Mission unterstützte die Initiative des Justizministeriums, eine rechtliche Grundlage für den Entwurf einer Vollzugsordnung zu schaffen. Sie begann auch nach Möglichkeiten zu suchen, wie sie mithelfen kann, dass verstärkt von Alternativen zur Freiheitsstrafe

Gebrauch gemacht wird, um die Zahl der Häftlinge zu senken.

Um nachdrücklich darauf aufmerksam zu machen, dass die georgischen Rechtsvorschriften mit internationalen Standards im Einklang stehen müssen, wurde mit Unterstützung der Mission zweimal pro Monat ein Juristisches Diskussionsforum abgehalten. Die an diesem Forum teilnehmenden Vertreter von Rechtsberufen richteten Empfehlungen an das Justizministerium.

Als das Ministerium eine Abänderung der Verfassung in Erwägung zog, gab die Mission in Zusammenarbeit mit der Venedig-Kommission des Europarats ein Gutachten zu den Novellierungsentwürfen ab.

## DEMOKRATISIERUNG

**Das georgische Wahlunterstützungsprogramm.** Im Anschluss an ein Treffen am Rande des Ministerrats von Maastricht, bei dem im Dezember 2003 einige Staaten Mittel für die Unterstützung Georgiens bei den Wahlen zugesagt hatten, schuf die Mission die Grundlagen für das von ihr geführte Wahlunterstützungsprogramm für Georgien. Es sollte die Bereitstellung der von den Teilnehmerstaaten zugesagten Mittel für ein umfassendes Paket technischer Hilfsmaßnahmen an verschiedene Durchführungspartner rechtzeitig vor den beiden Wahlen ermöglichen.

Die erste Phase des Wahlunterstützungsprogramms – die Präsidentenwahlen vom 4. Januar – diente der Schaffung eines geeigneten Mechanismus für die Abwicklung des Projekts und die Überwachung seiner Umsetzung unter größtmöglicher Transparenz für die Geber und andere Beteiligte.

In der zweiten Phase – den Parlamentswahlen vom 28. März – wurde die im Rahmen des Programms für die Präsidentenwahlen geleistete Hilfe noch weiter verstärkt, mit dem Schwerpunkt auf dem Aufbau von Kapazitäten in den georgischen Wahlbehörden.

**Stärkung der demokratischen Institutionen in Georgien.** Nach den Wahlen Anfang 2004 konzentrierte sich die Mission auf die Stärkung demokratischer Institutionen, wobei sie die Regierung bei der Verwirklichung folgender Zielvorgaben unterstützte:

- Das Parlament kann die Wähler erfolgreich vertreten. Die Mission beteiligte sich an der Ausarbeitung eines neuen Ehrenkodex für Parlamentarier, der garantieren soll, dass diese gegenüber der Öffentlichkeit rechenschaftspflichtig sind.
- Die Kommunalverwaltungen können den Wünschen der örtlichen Bevölkerung gerecht werden. Die

Mission unterstützte den Europarat beim Aufbau einer nationalen Vereinigung von Kommunalräten, um ihnen ein Diskussionsforum zu bieten. Sie sorgte auch für die Veröffentlichung des Haushaltsplans der Stadt Tiflis, um für Transparenz im Haushaltsgebaren zu sorgen.

- Die Medien haben freie Hand bei der Verbreitung vorurteilsfreier Informationen. Die Mission führte mit dem staatlichen Fernsehen von Adscharien ein Medienentwicklungsprojekt durch. Darüber hinaus vermittelte sie georgischen Medienschaffenden Kenntnisse über das nationale Medienrecht und internationale Standards in Bezug auf die freie Meinungsäußerung, und sie bot Medienschaffenden in Abchasien (Georgien) Schulungen an.

Im Oktober leisteten Medienschaffende einen Beitrag zur Erklärung der Ersten Südkaukasus-Konferenz über Medienfreiheit. Diese Zusammenkunft georgischer, aserbaidjanischer und armenischer Journalisten und internationaler Experten in Tiflis wurde vom OSZE-Bbeauftragten für Medienfreiheit gemeinsam mit der Mission veranstaltet. Sie wurde von insgesamt rund 50 Teilnehmern besucht, darunter Journalisten aus den drei Ländern des Südkaukasus, internationale Experten und NRO-Vertreter.

**Einbindung der Gemeinden in Friedensprozesse.** Um die gesellschaftliche Kluft in den georgischen Konfliktgebieten zu überwinden, ermutigte die Mission örtliche NROs und die Medien dazu, sich stärker in Fragen der Gemeindeentwicklung zu engagieren. Die Mission stellte bescheidene Beihilfen für NROs bereit, die sich sowohl für die ossetische als auch für die georgische Gemeinschaft in der Konfliktzone einsetzen. Um den Informationsfluss zwischen den Gemeinschaften über die Konfliktlinie hinweg weiter zu verstärken, arbeitete die Mission auch an der Gründung einer gemeinsamen georgisch-ossetischen Zeitung und der Einrichtung einer gemeinsamen Internetseite.

Nach Abschluss einer Beurteilung von NROs in Abchasien (Georgien) bot die Mission ein Schulungsprogramm zur Stärkung der langfristigen Planungskompetenz der NROs an. In Suchumi und Tiflis erhielten Teams behinderter Jugendlicher beider Seiten finanzielle Unterstützung zur gemeinsamen Entwicklung ihrer Schulungsfertigkeiten in Bezug auf die Hebung des öffentlichen Bewusstseins für Probleme der Behinderten in ihren Gemeinschaften durch Bürgeranwaltschaft und Öffentlichkeitsarbeit.

**Leiter der Mission:  
Botschafter Roy Reeve  
Revidierter Haushalt: € 20.688.900  
[www.osce.org/georgia](http://www.osce.org/georgia)**

# DAS OSZE-BÜRO IN ERIWAN

Das OSZE-Büro in Eriwan dehnte im Jahr 2004 seine Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension und der Wirtschafts- und Umweltdimension weiter aus, war gleichzeitig aber auch wie bisher in der menschlichen Dimension aktiv.

Wichtige neue Initiativen des Büros waren unter anderem die Förderung der Versammlungsfreiheit in Armenien – ein Bereich, in dem das Büro die Federführung übernommen hat – und ein Programm zur Stärkung des armenischen Parlaments. Auch die Unterstützung der Wahlreform und der Medienentwicklung standen weiterhin an vorderer Stelle der Tagesordnung des Büros. Das Büro verstärkte seine Bemühungen um Förderung ausländischer Investitionen in Armenien und unterstützte wie bisher Aktivitäten zur Unterbindung der Geldwäsche und Förderung der lokalen Wirtschaftsentwicklung. Es setzte ein groß angelegtes Polizeiunterstützungsprogramm fort und initiierte ein weiteres wichtiges Programm zur Wiederverwertung/Entsorgung gelagerter Raketentreibstoffkomponenten (*Mélange*).

## DAS WICHTIGSTE IN KÜRZE

**Bekämpfung der Korruption.** Das Büro unterstützte die armenischen Behörden und die Zivilgesellschaft weiterhin in ihren Bemühungen um Verbesserung und Umsetzung der Nationalen Antikorruptionsstrategie. Es koordinierte eine internationale Arbeitsgruppe zur Bekämpfung der Korruption und vertrat die internationale Gemeinschaft in der mit Präsidentenerlass vom 1. Juni 2004 gegründeten Überwachungskommission für Fragen der Korruptionsbekämpfung, die die Umsetzung der Strategie zu überwachen hat. Um die Zivilgesellschaft im Kampf gegen die Korruption zu mobilisieren, setzte sich das Büro auch für die Bildung einer Koalition von NROs ein, die sich der Korruptionsbekämpfung verschrieben haben, und veranstaltete im September eine Konferenz über die Rolle der Massenmedien bei der Bekämpfung der Korruption. Diese Veranstaltung wurde von rund 30 Journalisten und Vertretern der Präsidialverwaltung, der Nationalversammlung, der Staatsanwaltschaft und der Zivilgesellschaft besucht.

**Förderung der Wahlrechtsreform.** Gemeinsam mit dem BDIMR und der Venedig-Kommission des Europarats gab das Büro Empfehlungen für eine Novellierung der armenischen Wahlordnung ab und ermöglichte eine öffentliche Diskussion zu dieser Frage. Das ganze Jahr über setzte sich das Büro wie bisher dafür ein, die Wahlstandards zu verbessern und mit den von Experten des BDIMR und des Europarats abgegebenen wichtigen Empfehlungen in Einklang zu bringen.

Das Büro führte weiter den Vorsitz in der Internationalen Arbeitsgruppe Wahlen, die sich für den Informationsaustausch, eine bessere Abstimmung der

Aktivitäten und die Zusammenarbeit zwischen internationalen Organisationen bei der Bereitstellung von Hilfe in Wahllangelegenheiten einsetzt.

**Unterstützung der Nationalversammlung.** Zur Hebung der beruflichen Kompetenz des Parlamentspersonals führte das Büro mit Unterstützung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE dieses neue Programm durch. Die Initiative wurde in zwei Phasen umgesetzt: Die erste bestand aus einem umfassenden Schulungskurs für 24 Experten aus den drei Ständigen Ausschüssen und aus zwei Abteilungen, gefolgt von einer einwöchigen Studienreise auf Austauschbasis, deren Teilnehmer sich mit der Tätigkeit der ungarischen Nationalversammlung vertraut machen konnten. Durch Hebung der beruflichen Kompetenz und des Wissens des Fachpersonals trug das Projekt dazu bei, den Gesetzgebungsprozess im Parlament effizienter zu gestalten.

**Förderung der Versammlungsfreiheit.** Wichtigstes Anliegen des Büros war in diesem Zusammenhang die Verankerung der Versammlungsfreiheit in der Rechtsordnung. In dieser Hinsicht war die Verabschiedung des Gesetzes über das Vorgehen bei der Abhaltung öffentlicher Versammlungen, Kundgebungen, Demonstrationen und Aufmärsche durch das armenische Parlament im April ein großer Durchbruch. Das Büro setzte sich nach wie vor für weitere Verbesserungen an dem Gesetz und für dessen effiziente Umsetzung ein, um sicherzustellen, dass die Versammlungsfreiheit in vollem Umfang respektiert wird.

**Wiederverwertung/Entsorgung von Raketentreibstoffkomponenten (*Mélange*).** Im Anschluss an ein Ersuchen der armenischen Regierung um technische und finanzielle Hilfe bei der Wiederverwertung/Entsorgung gelagerter Raketentreibstoffkomponenten (*Mélange*) unterstützte das Büro die Durchführung einer unabhängigen Studie zur Feststellung des zu erbringenden Leistungsumfanges durch eine internationale Expertengruppe. Die Studie gab Auskunft über Menge und Eigenschaften der *Mélange*, die Technologie für deren umweltverträgliche Verarbeitung zu Flüssigdünger und die im Land vorhandenen personellen und technischen Ressourcen und definierte einen vorläufigen finanziellen und zeitlichen Rahmen für die Umsetzung des Projekts, das sich sowohl auf die Wirtschafts- und Umweltdimension als auch die politisch-militärische Dimension erstreckt.

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Reform der Polizeikräfte.** Ausgehend von einer 2003 unterzeichneten Vereinbarung bemühte sich das Büro nach wie vor um Entwicklung des Polizeiunterstützungsprogramms für Armenien, das im September von der armenischen Regierung offiziell

genehmigt wurde. Es soll das Vertrauen zwischen der Polizei und der Gesellschaft stärken und zur Entwicklung einer gemeinschaftsorientierten Polizeiarbeit beitragen. Mit dem Programm will die OSZE Folgendes erreichen: die Stärkung des Polizeiausbildungszentrums im Hinblick auf die Abhaltung von Einführungskursen, die Entwicklung und Einführung eines Modells für bürgernahe Polizeiarbeit im Polizeidienst des Bezirks Arabkir und die Umsetzung eines modernen Noteinsatzsystems im Polizeidienst der Stadt Eriwan.

In Zusammenarbeit mit der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten des OSZE-Sekretariats half das Büro bei der Organisation einer genauen Bedarfserhebung, in deren Verlauf Expertenteams aus Russland, Schweden und den Niederlanden nach Armenien reisten. Darüber hinaus erhielten zwei hochrangige armenische Polizeikommandanten Gelegenheit, sich im Zuge von Studienreisen nach Moskau, Hamburg und Malmö über verschiedene moderne Kommando- und Kontrollsysteme zu informieren.

#### **Parlamentarische Aufsicht über die Streitkräfte.**

Gemeinsam mit dem Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte (DCAF) und der armenischen Nationalversammlung veranstaltete das Büro einen Workshop, bei dem ein Handbuch über die parlamentarische Aufsicht im Sicherheitsbereich vorgestellt und beworben wurde. Das Handbuch, das im März 2003 vom DCAF und der Interparlamentarischen Union herausgegeben wurde, soll Parlamentariern, parlamentarischen Fachpersonal, Regierungsbeamten sowie Militär- und Polizeiangehörigen dabei helfen, ihre Kenntnisse über die Aufsichtsfunktion und die Machtbefugnisse der Parlamente in Sicherheitsfragen zu erweitern. Das Büro finanzierte die Übersetzung und den Druck von 1000 Exemplaren des Handbuchs.

### **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

**Kampf gegen Geldwäsche und Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus.** Das Büro engagierte sich wie bisher bei der Entwicklung eines rechtlichen Rahmens für den Kampf gegen Geldwäsche und bei der Einrichtung einer Zentralstelle für Geldwäscheverdachtsanzeigen im Rahmen der armenischen Zentralbank durch Bereitstellung von Fachwissen und finanzieller Unterstützung.

Als Ergebnis der Tätigkeit einer vom Büro unterstützten interdisziplinären Arbeitsgruppe wurde mit Hilfe europäischer Experten ein Gesetzesentwurf zu dieser Frage ausgearbeitet. Das Gesetz wurde im Dezember von der Nationalversammlung verabschiedet. Das OSZE-Büro und das OCEEA organisierten im Dezember 2004 eine Studienreise nationaler Experten nach Wien, um im Kampf gegen die Finanzierung des Terrorismus sowie gegen Korruption und Geldwäsche die Zusammenarbeit zwischen internationalen Akteuren zu verstärken und die Koordination zu verbessern.

**Förderung der lokalen Wirtschaftsentwicklung.** Das Büro unterstützte die Ausarbeitung eines Strategiedokuments über die sozioökonomische

Entwicklung der Provinz Sjunik, eine der entlegensten Grenzregionen Armeniens. Dieses Dokument wurde von einer vom Büro bestellten nationalen Beratungsfirma erstellt, nachdem sich örtliche Behörden und interessierte Kreise der Öffentlichkeit aktiv an der Erörterung und Klärung der wesentlichen Fragen beteiligt hatten. Das endgültige Dokument und die mit Unterstützung des Büros herausgegebenen örtlichen „Gelben Seiten“ wurden der Öffentlichkeit in Sjunik im Dezember zur Stellungnahme unterbreitet.

**Anreize für ausländische Investitionen.** Einige Projekte des Büros sollen die armenischen Behörden in ihren Bemühungen um Schaffung von Anreizen für ausländische Investitionen im Land unterstützen. Das Büro half dem Ministerium für Handel und wirtschaftliche Entwicklung bei der Organisation eines Internationalen Investitionsforums im März in London, bei dem das Kupfer-Molybdän-Kombinat im armenischen Sangesur internationalen Investoren vorgestellt wurde. Es finanzierte auch die Teilnahme eines Mitglieds der armenischen Delegation am Wirtschaftsforum der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten im Juni in St. Petersburg.

**Unterstützung des Aarhus-Zentrums.** Das Aarhus-Zentrum in Eriwan, das die Öffentlichkeit mit Umweltinformationen versorgt, wurde wie bisher vom Büro unterstützt. Das 2002 in den Räumlichkeiten des Ministeriums für Naturschutz mit Hilfe des Büros eingerichtete Zentrum übersiedelte im Oktober 2004 an einen neuen Standort. Das Büro half dem Zentrum auch bei der Pflege seiner offiziellen Website ([www.armaarhus.am](http://www.armaarhus.am)) und bei der Umsetzung mehrerer Umweltinitiativen in Armenien, darunter Projekte zur Umwelterziehung von Schulkindern, zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit für Fragen der nachhaltigen Entwicklung, der Umwelt und der Sicherheit sowie einschlägige internationale Übereinkommen und die Durchführung innerstaatlicher Rechtsvorschriften.

#### **Präsentation hervorragender journalistischer Leistungen**

Zum zweiten Mal seit 2003 organisierten das armenische Aarhus-Zentrum und das OSZE-Büro einen Wettbewerb für Journalisten, die sich mit Umwelt- und Menschenrechtsfragen befassen. Aus Anlass des Menschenrechtstages am 10. Dezember erhielten 11 Journalisten aus verschiedenen Regionen Armeniens Geldpreise für hervorragende Berichterstattung zu diesen Themen in Presse und Fernsehen.

„Hauptziel des Wettbewerbs 2004 war es, der Öffentlichkeit das universelle Recht auf eine sichere Umwelt stärker ins Bewusstsein zu rufen“, sagte der Leiter des OSZE-Büros, Botschafter Wladimir Prjachin, nach der Preisverleihung.

In der Kategorie „Presse“ ging der erste Preis an einen Journalisten der Zeitung *Business* aus der Provinz Sjunik. Sein Artikel behandelte das Problem der illegalen Schlägerungen in den Wäldern dieser Region und untersuchte die Ursachen und Folgen einer unsachgemäßen Waldnutzung.

**Internationale Zusammenarbeit in Umweltfragen.** Das Büro unterstützte weiterhin mehrere internationale Umweltprojekte in der Region, wie etwa das OSZE/NATO-Projekt „Fluss-Monitoring im Südkaukasus“, eine Initiative, in deren Rahmen Qualität und Quantität der Gewässer im Einzugsbereich der

Flüsse Kura und Arax beurteilt werden sollen. Dieses Projekt läuft nun das dritte Jahr.

Eine wichtige neue Initiative, die das Büro 2004 unterstützte, war die Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC). In Zusammenarbeit mit dem Außenministerium und dem Ministerium für Naturschutz halfen das Büro und das zum Sekretariat gehörige OCEEA den armenischen Behörden bei der Erstellung eines vorläufigen Arbeitsprogramms, das einige der in einem ENVSEC-Bericht über den Südkaukasus aufgezeigten ökologischen Sicherheitsbedrohungen beseitigen soll. Dazu zählen Fragen der Wasserbewirtschaftung, Probleme im Zusammenhang mit dem raschen Wachstum der Städte und die Verschmutzung durch unkontrollierte Industrietätigkeit.

## **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

### ***Unterstützung der Reform des Strafvollzugsystems.***

Aufbau von Kapazitäten und Schulungsseminare waren die wichtigsten Elemente in den Bemühungen des Büros um Hilfestellung für die armenischen Behörden bei der Reform des armenischen Strafvollzugsystems. Durch eigene Kurse, die das Büro, das BDIMR und die internationale NRO *Penal Reform International* finanziell unterstützten, sollte den Mitgliedern eines neu geschaffenen Aufsichtsgremiums geholfen werden, für mehr Transparenz im Betrieb von Strafvollzugsanstalten zu sorgen.

Im Verlauf einer vom Büro und vom BDIMR organisierten Studienreise nach Kroatien konnten sich hochrangige Strafvollzugsbeamte einen unmittelbaren Einblick in die Resozialisierungsmaßnahmen des Landes und die dortige Mitarbeiterschulung verschaffen. Da der institutionelle Rahmen für die Anwendung alternativer Strafen in Armenien derzeit umfassend überprüft und reformiert wird, beauftragte das Büro die lokale NRO *Advanced Social Technologies* mit der Durchführung einer Analyse. Der Bericht hatte die Anwendung alternativer Strafen wie etwa gemeinnützige Arbeiten und Arbeitsdienst zum Gegenstand.

***Information über den Wehrersatzdienst.*** Das Büro setzte seine Unterstützung für das Verteidigungsministerium fort, das nach Verabschiedung des Gesetzes über den Wehrersatzdienst an der Durchführung des Gesetzes arbeitete, einschließlich der Ausarbeitung der erforderlichen Durchführungsverordnungen. Das Büro erstellte für das Ministerium auf dessen Ersuchen ein Gutachten über mögliche Formen des Wehrersatzdienstes sowie über Haftungsfragen für jene, die sich für einen Ersatzdienst entscheiden, wobei es sich auf Erfahrungen anderer OSZE-Staaten stützte.

***Behandlung von Individualbeschwerden in Bezug auf Menschenrechte.*** In enger Zusammenarbeit mit den armenischen Behörden behandelte das Büro wie seit dem Jahr 2000 Individualbeschwerden über behauptete Menschenrechtsverletzungen. Durch ein genau festgelegtes Verfahren für die Entgegennahme von Beschwerden und deren Bearbeitung in einer Systemdatenbank konnte sich das Büro auch einen besseren Überblick über die Menschenrechtssituation im

Land verschaffen und die Behörden bei der Bewältigung einiger festgestellter Probleme unterstützen.

### ***Aufklärungskampagne zum Thema Menschenrechte.***

Im Rahmen eines 2002 begonnenen Projekts sponserte das Büro eine Aufklärungskampagne zum Thema Menschenrechte, deren Zielgruppe die breite Öffentlichkeit in der Hauptstadt und in entlegenen Regionen ist. 2004 konzentrierte sich die Kampagne auf Mechanismen zum Schutz der Menschenrechte auf innerstaatlicher und internationaler Ebene entsprechend den wichtigsten Tätigkeitsbereichen der OSZE in der menschlichen Dimension. In 32 Fernsehspots wurden verschiedene Themen präsentiert, wie etwa die Bekämpfung des Menschenhandels, die Justiz, Fragen im Zusammenhang mit fairen Verfahren, Kinderrechte und Glaubensfreiheit. Über das Projekt wurde ausführlicher berichtet als im Jahr 2003, da in Form von Live-Talkshows im Fernsehen dem Publikum Gelegenheit geboten wurde, Fachleuten per Telefon Fragen zu stellen. Pro Sendung gingen in den Fernsehstudios durchschnittlich 20 Anrufe ein.

***Der Kampf gegen den Menschenhandel.*** In seiner Eigenschaft als einer der drei Kovorsitzenden der Internationalen Arbeitsgruppe gegen Menschenhandel – gemeinsam mit der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) – kam dem Büro bei der Koordinierung der Bemühungen zur Bekämpfung des Menschenhandels in Armenien eine zentrale Rolle zu. Die Gruppe tauschte Informationen über Aktivitäten zur Bekämpfung des Menschenhandels aus und überwachte die Umsetzung des Staatlichen Aktionsplans Armeniens gegen den Menschenhandel.

Das Büro setzte ein Projekt um, bei dem Lücken in den rechtlichen Rahmenbedingungen analysiert und Empfehlungen in Bezug auf die Einführung eines einheitlichen rechtlichen Rahmens ausgearbeitet wurden, durch den sichergestellt werden soll, dass Menschenhandel eindeutig als strafrechtlicher Tatbestand gilt und Opfer wie auch Zeugen geschützt werden. Darüber hinaus erhielten zwei örtliche NROs technische Unterstützung für eine Erhebung betreffend das Ausmaß des Menschenhandels im Land.

***Befassung mit Gleichbehandlungsfragen.*** Gemeinsam mit dem BDIMR war das Büro wie bisher bemüht, die Rolle der Frauen in der armenischen Gesellschaft zu stärken. Es leistete unter anderem Hilfestellung an die Regierung bei der Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans für Frauenförderung und unterstützte ein Projekt zur Schulung von Kursleitern in Fragen der Rechte und Führungsqualitäten von Frauen. Eine weitere gemeinsame Initiative betraf die Einführung von Lehrveranstaltungen zu Gleichbehandlungsfragen von der Sekundarstufe aufwärts und sollte die Institutionalisierung der Gender-Studien als Unterrichtsfach fördern.

### ***Unterstützung der Medien- und Informationsfreiheit.***

Die Vergabe von Sendefrequenzen und angebliche Verletzungen der Rechte von Journalisten und Medienunternehmen waren die wichtigsten Fragen, mit denen das Büro 2004 im Medienbereich befasst war. In Zusammenarbeit mit dem OSZE-Beauftragten für

Medienfreiheit widmete sich das Büro weiterhin der Lage der Medien im Land und berichtete darüber. Das Büro startete ein Projekt, in dessen Rahmen in drei armenischen Regionen ein Netz von Beobachtern eingerichtet wurde. Dadurch soll sichergestellt werden, dass das 2003 verabschiedete Gesetz über Informationsfreiheit auch tatsächlich eingehalten wird. Insgesamt gingen 219 Beschwerden von Bürgern ein, die sich in ihrem Recht auf Auskunfterteilung verletzt sahen; nach Intervention der örtlichen Zentren für Informationsfreiheit wurden in 134 Fällen Auskünfte erteilt. Die Beobachter hatten auch die Aufgabe, Beamte und die Öffentlichkeit über die gesetzlichen Bestimmungen aufzuklären.

Zum Thema Medienrecht trat regelmäßig eine informelle Arbeitsgruppe unter dem Vorsitz des Büros zusammen, um Informationen auszutauschen und Empfehlungen im Zusammenhang mit rechtlichen Vorschriften betreffend Medien und Informationsfreiheit auszuarbeiten. Das Büro unterstützte auch ein gemeinsames Projekt der OSZE und der *American Bar Association/Central and East European Law Initiative*, in dessen Rahmen Anwälte und Reporter in medienrechtlichen Fragen geschult wurden.

**Leiter des Büros:**  
**Botschafter Wladimir Prjachin**  
**Revidierter Haushalt: € 1.227.700**  
**[www.osce.org/yerevan](http://www.osce.org/yerevan)**

# Zentralasien



— Internationale Grenzen  
 ● OSZE-Außenstelle  
 Die auf dieser Karte angegebenen Grenzen und Namen bedeuten keine offizielle Billigung oder Anerkennung durch die OSZE.

# DAS OSZE-ZENTRUM IN ALMATY

Angesichts neuer Herausforderungen im Jahr 2004 widmete sich das OSZE-Zentrum in Almaty verstärkt langfristigen Aktivitäten quer durch alle drei Dimensionen der OSZE. Im Mittelpunkt der Arbeit des Zentrums standen jedoch weiterhin die Förderung der Sicherheit und Stabilität in der Region sowie die weitere Demokratisierung und die stärkere Achtung der Menschenrechte.

An die Bekämpfung des Extremismus wurde unter Betonung der Menschenrechte herangegangen. In dem Wissen, dass die Freiheit der Medien eine wesentliche Voraussetzung für die demokratische Entwicklung ist, erweiterte das Zentrum sein Schulungsprogramm für Journalisten und richtete es verstärkt auf junge Journalisten aus den Regionen, Genderfragen und Umweltjournalismus aus. Als Teil seiner Aktivitäten im Kampf gegen Bedrohungen, die die demokratische Entwicklung und die Rechtsstaatlichkeit untergraben, bot das Zentrum Richtern, Staatsanwälten, Rechtsanwälten und Regierungsbeamten Workshops und Schulungsseminare an. Die erörterten Themen reichten von internationalen Verträgen bis zu bewährten Praktiken im Kampf gegen Korruption, Geldwäsche und Finanzierung des Terrorismus.

Das Zentrum setzte weiterhin Bemühungen auf dem Gebiet des Umweltschutzes durch Förderung einer Aufklärungskampagne über radioaktive Gefahren in der Nähe des ehemaligen Atomtestgeländes Semipalatinsk. Es bemühte sich auch um ein stärkeres Engagement der Öffentlichkeit für Umweltfragen im Gebiet des Kaspischen Meeres. Lehrer aus Kasachstan sollen durch ein neues einjähriges Programm angeleitet werden, wie sie im Unterricht das Umweltbewusstsein ihrer Schüler heben können.

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Bekämpfung des Terrorismus und des Extremismus.** Um bewährten Praktiken im Kampf gegen Terrorismus und Extremismus zum Durchbruch zu verhelfen, veranstaltete das Zentrum mehrere Gesprächsrunden über die Bekämpfung des Extremismus als neue Bedrohung unter gleichzeitiger Betonung der Menschenrechte. Diese Veranstaltungen wurden mit Unterstützung des BDIMR und der Gruppe Terrorismusbekämpfung des OSZE-Sekretariats organisiert. In enger Zusammenarbeit mit anderen OSZE-Zentren in der Region half das Zentrum auch bei der Organisation eines Austauschs von Strafverfolgungsbeamten aus allen zentralasiatischen Staaten. Unter Beiziehung internationaler Experten fand ein Meinungsaustausch über bewährte Praktiken zur Kontrolle des unerlaubten Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen statt. Ein anderes Projekt des Zentrums galt kasachischen Polizeibeamten, denen in Schulungen

vermittelt wurde, wie bei Antiterrormaßnahmen der Schutz der Menschenrechte gewährleistet werden kann.

Rund 400 junge Journalisten aus allen Teilen Kasachstans nahmen an einem Diplomkurs für Journalisten teil, den das Zentrum 2004 in 15 Regionalstädten organisierte. Aus dem Teilnehmerkreis wurden 11 Personen für ein zweiwöchiges Berufspraktikum in Polen ausgewählt. Eine von ihnen war Alija Sysdikowa, eine junge Reporterin der Radiostation *Teks*. „Der Journalismus in Polen zählt zu den besten Europas, und was wir lernen, ist unerlässlich für unsere zukünftige Arbeit. In Polen unmittelbar vor dem Beitritt des Landes zur Europäischen Union zu sein, war ein historisches Ereignis und eine Herausforderung für jeden Journalisten,“ sagte Frau Sysdikowa.

## Medienentwicklung

Zugang zu Informationen und ein professioneller Mediensektor sind wesentliche Aspekte sich entwickelnder Demokratien und lebendiger Zivilgesellschaften. 2004 unterstützte das Zentrum wie bisher die unabhängigen Medien durch Kurse für junge Journalisten aus kasachischen Regionen, in denen sie in der Berichterstattung über wirtschaftliche, soziale und ökologische Fragen geschult wurden, auch über spezielle Themen wie Menschenhandel und Geschlechterklischees, also Themen, über die sonst vielleicht nicht berichtet worden wäre. Um Journalisten in den Regionen den Zugang zum Internet zu erleichtern, half das Zentrum bei der Einrichtung zweier Internetcafés in Pawlodar und Taras.

## Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

Trotz eines rasanten Wirtschaftswachstums in den letzten Jahren klafft nach wie vor eine große Lücke zwischen dem wirtschaftlichen Fortschritt und den Lebensbedingungen breiter Bevölkerungskreise in Kasachstan, insbesondere in ländlichen Gegenden. Zu den wirtschaftlichen Härten, denen die kasachische Bevölkerung ausgesetzt ist, kommen in einigen Gebieten noch Umweltschäden hinzu, die sich auf die Gesundheit und den Lebensunterhalt der Menschen auswirken.

## WIRTSCHAFTLICHE AKTIVITÄTEN

2004 hatte die Bekämpfung der Korruption und der Geldwäsche für das Zentrum höchste Priorität. Es veranstaltete mehrere Schulungsseminare, um Richter, Staatsanwälte und Strafverteidiger in internationale Rechtsstandards einzuführen. Das Zentrum arbeitete auch wie bisher an grenzübergreifenden Wasserfragen und unterstützte nach wie vor Projekte, die zur Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen anregen sollen, wobei Unternehmerinnen eine besondere Zielgruppe bildeten.

**Wasserbewirtschaftung.** Wasser wird in Zentralasien immer mehr zu einem wichtigen strategischen Rohstoff und einer potenziellen Konfliktquelle. Bemühungen um gemeinsame Wasserbewirtschaftung sind daher für die Stabilität der Region von ausschlaggebender Bedeutung. 2004 unterstützte das Zentrum in Almaty weiterhin eine

zwischenstaatliche Arbeitsgruppe, deren Aufgabe es ist, eine gemeinsame kasachisch-kirgisische Wasserkommission einzurichten. Diese Kommission, die sich der gemeinsamen Bewirtschaftung der von Kirgisistan nach Kasachstan fließenden Flüsse Tschu und Talas widmen wird, soll im Januar 2005 ihre Arbeit aufnehmen.

**Informationskampagne zum Gesetz über Grund und Boden.** In dem Bestreben, Grundsätze der Rechtsstaatlichkeit mit der Unterstützung kleiner Unternehmen zu verbinden, unterstützte das Zentrum in allen Regionen eine breit angelegte Informationskampagne über die wichtigsten Bestimmungen des 2003 verabschiedeten neuen Gesetzes über Grund und Boden. Die Initiative umfasste eine Reihe von Informationsveranstaltungen, an denen mehrere tausend Bauern teilnahmen, um sich über die von dem Gesetz gebotenen Möglichkeiten des Landerwerbs zu informieren.

## UMWELTAKTIVITÄTEN

Kasachstans Umwelt ist stark geschädigt, wodurch in vielen Bereichen die Lebensqualität in den Regionen des Landes beeinträchtigt wird und Gefahr für die Menschen besteht. Die Vermeidung der Verschmutzung des Kaspischen Meeres durch Öl nahe Atyrau, dem Zentrum der kasachischen Ölindustrie, ist eine besondere Herausforderung für die Entscheidungsträger. In diesem Zusammenhang war die weitere Förderung der Aarhus-Konvention in enger Zusammenarbeit mit der Regierung und der Zivilgesellschaft auch 2004 eine der maßgeblichen Aktivitäten des Zentrums.

**Öffentliche Anhörung zum Thema Ölverschmutzung.** Um die Bevölkerung zur Mitarbeit anzuregen und NROs in umweltpolitische Entscheidungen einzubinden, veranstaltete das Zentrum eine öffentliche Anhörung in Atyrau, bei der es um die Beseitigung der Ölverschmutzung im Kaspischen Meer ging. Dabei richteten die Teilnehmer mehrere grundsätzliche Empfehlungen an die zuständigen Umweltbehörden, in denen diese aufgefordert wurden, sich der zunehmenden Umweltverschmutzung im Kaspischen Meer und in dessen Umgebung anzunehmen.

**Informationskampagne zum Thema Strahlenschutz.** Im August starteten das Zentrum und die in Almaty ansässige NRO „Nationales Forum für Strahlenschutz und Ökologie“ eine Informationskampagne über grundlegende Strahlenschutzmaßnahmen und das persönliche Verhalten in kontaminierten Gebieten nahe dem ehemaligen Atomtestgelände Semipalatinsk. Die Kampagne umfasste Vorträge und die Verteilung von Videos, Postern und Broschüren an die Bewohner von 28 entlegenen Dörfern.

„Atomwissenschaftler und Forscher – ja, sie alle waren in großer Zahl hier, aber das ist die erste Kampagne für jene von uns, die in diesen entlegenen Gebieten leben. Es geht um die entscheidende Frage: Wie verhält man sich richtig und wie lebt man in der Nähe verseuchter Gebiete.“  
**Ein Bewohner des Dorfes Sarschal bei einem Vortrag über Strahlenschutzregeln.**

**Umwelterziehung für Sekundarschulen.** Das Zentrum förderte ein einjähriges Programm zur Verbesserung der Umwelterziehung in kasachischen Sekundarschulen. Dazu gehörte auch eine Studie über die geltenden Umweltgesetze des Landes, die im November bei einer Konferenz in Almaty vorgestellt wurde, an der 47 Sekundarschullehrer aus allen fünf zentralasiatischen Staaten teilnahmen.

## Aktivitäten in der menschlichen Dimension

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Kasachstan verabschiedete im Februar 2004 einen Aktionsplan zur Bekämpfung und Verhütung des Menschenhandels und ratifizierte einige wichtige Übereinkommen. Dadurch sollte die innerstaatliche Rechtslage verbessert und das öffentliche Bewusstsein in Bezug auf den Menschenhandel gehoben werden. Das Zentrum ist Mitglied der Interministeriellen Kommission zur Bekämpfung des Menschenhandels, in der der Justizminister den Vorsitz führt. Die Kommission erstellt Gutachten zur Ausarbeitung von Gesetzen gegen den Menschenhandel in Kasachstan.

Eine Reihe von Schulungsseminaren, die das Zentrum in Schymkent und Petropawlowsk veranstaltete, bot öffentlich Bediensteten und Journalisten eine Grundausbildung in Fragen der Bekämpfung des Menschenhandels; die Grundlage der Kurse bildeten Aktionspläne, die Anfang des Jahres von Regionalbehörden erstellt worden waren.

**Stärkung der Rechtsstaatlichkeit.** In Zusammenarbeit mit dem BDIRM hielt das Zentrum mehrere Veranstaltungen ab, um im Rechtsbereich tätigen Beamten und Institutionen in Kasachstan zu mehr Professionalität zu verhelfen. Durch Workshops und Schulungsseminare förderte es Diskussionen über die Gewährleistung fairer Verfahren durch Gerichtsgutachten und über die Einführung von Schwurgerichtsverfahren.

**Menschenrechtsschulung für Strafverfolgungsbeamte.** Damit Polizeibeamte bei der Erfüllung ihrer Aufgaben verstärkt internationale Menschenrechtsstandards und -praktiken berücksichtigen, veranstaltete das Zentrum einen Pilotkurs für Polizisten und Lehrpersonal. Die Teilnehmer sollen in ihren jeweiligen Polizeiposten Ansprechpartner in Ausbildungsfragen werden.

**Reform des Strafvollzugssystems.** Im Anschluss an eine im September 2003 von der OSZE veranstaltete Gesprächsrunde zu Fragen der öffentlichen Kontrolle von Strafvollzugsanstalten wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, deren Aufgabe es ist, gesetzliche Bestimmungen zur Regelung dieser Frage auszuarbeiten. Ihr gehören Regierungsvertreter, örtliche NROs, das Zentrum und das BDIRM an. Die Initiative steht im Zusammenhang mit den verstärkten Bemühungen des Zentrums um verbesserten Schutz der verfassungsmäßigen Rechte von Häftlingen, die zum Tod, zu lebenslänglichem oder langjährigem Freiheitsentzug verurteilt wurden, und folgt auf den Beschluss Kasachstans aus dem Jahr 2003, die Todesstrafe auszusetzen.

**Stärkung demokratischer Wahlprozesse**

Im September fanden in Kasachstan Wahlen zum Madschilis (dem Unterhaus des Parlaments) statt. In enger Zusammenarbeit mit der Zentralen Wahlkommission, den politischen Parteien und Vertretern der Zivilgesellschaft des Landes widmete sich das Zentrum besonders der Förderung der OSZE-Standards im Revisionsprozess, dem die kasachische Wahlordnung unterzogen wurde. In den Regionen half das Zentrum bei der Eröffnung von fünf Beratungszentren, die den Wählern praktische Unterstützung, Rechtsberatung sowie Informationen über die Wahlen und die politischen Bewerber bieten.

**Bewusstseinsbildung vor den Wahlen**

Bisher gab es in Südkasachstan nur vereinzelt Aktivitäten der Zivilgesellschaft und der Jugend. In den letzten Jahren arbeitete das Zentrum mit „Wahlen 2000“, einer NRO aus der Region Schambyl, zusammen, um hier Abhilfe zu schaffen. 2003 und 2004 unterstützte das Zentrum Schulungskurse zur Förderung der Wählererziehung und des Staatsbürgerbewusstseins unter Jungwählern. Die Initiative zielte auf eine Langzeitwirkung ab und wurde erfolgreich umgesetzt. Während 1999 in dieser Region nur 40 Studenten an der Beobachtung der Kommunalwahlen teilnahmen, meldeten sich für die Parlamentswahlen 2004 insgesamt 300 als Wahlbeobachter.

Das Zentrum befasste sich auch mit den im Land bestehenden Alternativen zum Freiheitsentzug, die ein wichtiger Beitrag zur Humanisierung des Strafvollzugs sind und zu einem beträchtlichen Rückgang der Häftlingszahlen geführt haben. Mitarbeiter des Zentrums besuchten mehrmals Haftanstalten, um sich persönlich ein Bild vom Stand der Umsetzung der Strafvollzugsreform zu machen.

**Hebung des Genderbewusstseins.** Um Genderfragen im Bewusstsein der Öffentlichkeit zu verankern, veranstaltete das Zentrum mehrere Seminare für Journalisten zum Thema Frauenrechte. Auf die Schulungsveranstaltungen folgte jeweils ein Wettbewerb unter den Teilnehmern, bei dem diese einen Bericht über die Beteiligung von Frauen an Entscheidungsprozessen zu verfassen hatten. Gemeinsam mit NROs und der Regierung entwickelte das Zentrum auch eine Strategie für eine verstärkte Mitsprache von Frauen in der Politik.

**Leiter des Zentrums:**

**Botschafter Ivar Vikki**

**Revidierter Haushalt: € 1.497.000**

**[www.osce.org/almaty](http://www.osce.org/almaty)**

# DAS OSZE-ZENTRUM IN ASCHGABAD

2004 fanden mehrere viel beachtete Besuche von OSZE-Vertretern in Turkmenistan statt, vor allem jener des Amtierenden Vorsitzenden und bulgarischen Außenministers Solomon Passy, seines Persönlichen Gesandten für Zentralasien, Martti Ahtisaari, und seines Sondergesandten für Turkmenistan, Younal Lutfi. Außerdem reisten der Hohe Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten, Rolf Ekéus, und eine Gruppe von OSZE-Botschaftern in das Land. Nach Ansicht des Zentrums in Aschgabad trugen diese Besuche wesentlich dazu bei, um zwischen dem Gastland und der Organisation „das Eis zum Schmelzen zu bringen“.

2004 setzte die turkmenische Regierung einige positive Schritte. Turkmenistan hob seine Ausreisevisapflicht auf, die nach dem versuchten Attentat auf den Präsidenten 2002 wieder eingeführt worden war. Das Land erleichterte auch die Registrierung religiöser Gruppen, führte seinen Gesetzesreformprozess fort und stellte die Beteiligung an nicht registrierten Bürgerorganisationen außer Strafe.

Die Förderung der Rechtsstaatlichkeit, demokratischer und marktwirtschaftlicher Reformen, der grundlegenden Menschenrechte und Freiheiten bleibt jedoch nach wie vor eine anspruchsvolle Aufgabe. Eine stärkere Beteiligung Turkmenistans an den Aktivitäten der OSZE wäre wünschenswert.

Im Vordergrund standen für das Zentrum im Jahr 2004 nach wie vor seine Rolle in der Konfliktverhütung sowie die Förderung von Stabilität, Demokratie und Good Governance, der sozioökonomischen Entwicklung, des Umweltbewusstseins und der Menschenrechte im Land. In Zusammenarbeit mit den turkmenischen Behörden intensivierte das Zentrum seine Bemühungen um eine Verstärkung des Dialogs und die Umsetzung seiner Programmaktivitäten, wobei es gleichzeitig die Entwicklungen im Land genau verfolgte.

## Welche Rolle spielt die OSZE in der Region?

Seit 2001 veranstaltet das Zentrum in Aschgabad Seminare über die Rolle der OSZE in der Region. Diese Veranstaltungen unter dem Titel „Was ist die OSZE?“ finden im ganzen Land statt und tragen zu einem besseren Verständnis für den Auftrag der Organisation und ihre Grundprinzipien, Strukturen und Institutionen bei. Besondere Aufmerksamkeit gilt den Aktivitäten und Projekten des Zentrums.

Die Zusammenarbeit mit der internationalen Gebergemeinschaft wurde beträchtlich ausgeweitet. Das Zentrum beteiligte sich in allen drei Dimensionen an gemeinsamen Projekten mit dem TACIS-Programm der Europäischen Union, das den Ländern in Osteuropa und Zentralasien technische Unterstützung bietet. Andere gemeinsame Initiativen wurden mit dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, der Internationalen Organisationen für Migration, der US-Agentur für internationale Entwicklung und dem Hohen Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen

umgesetzt. Weitere gemeinsame Projekte sind für 2005 geplant.

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Schulung von Grenzschutz- und Zollbeamten.** Um turkmenische Grenzschutz- und Zollbeamte mit internationalen Erfahrungen und Praktiken in ihrem Arbeitsgebiet vertraut zu machen, veranstaltete das Zentrum in Aschgabad 2004 eine Reihe zweitägiger Schulungsseminare. Diese Veranstaltungen hatten den Kampf gegen den illegalen Handel mit Drogen, Kleinwaffen und leichten Waffen und gegen den Menschenhandel zum Gegenstand. Es wurde auch auf die Rechtslage in Bezug auf Grenz- und Zollkontrollen und auf die Zusammenarbeit mit anderen Ministerien und Dienststellen im In- und Ausland sowie auf spezifische Probleme bei den Verfahren an Grenz- und Zollkontrollstellen eingegangen.

In Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Zolldienst des Landes und dem TACIS-Programm der EU führte das Zentrum dreimonatige Schulungsveranstaltungen für Zollbeamte durch, um deren Englisch- und Computerkenntnisse zu verbessern. Dies hilft ihnen bei der Verbesserung der Kommunikation mit ausländischen Besuchern und der Wartung einer computergestützten Datenbank.

**Bekämpfung des Terrorismus.** Im Juli widmete sich ein vom Zentrum organisiertes zweitägiges Seminar dem weltweiten Kampf gegen den Terrorismus. Bei dieser in Zusammenarbeit mit dem Außenministerium und der OSZE-Gruppe Terrorismusbekämpfung abgehaltenen Veranstaltung wurde auf die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Aspekte des Terrorismus und die maßgeblichen VN- und OSZE-Prinzipien, -Dokumente und -Organe eingegangen, die den Kampf gegen den Terrorismus zum Gegenstand haben. In den Vorträgen wurde auf die Bedeutung der regionalen und internationalen Zusammenarbeit hingewiesen.

**Kontrolle über den Handel mit Kleinwaffen und leichten Waffen.** Um Strafverfolgungsbeamte und Vertreter des Militärs aus der Region mit den Praxisleitfäden der OSZE für Kleinwaffen und leichte Waffen und den darin enthaltenen Empfehlungen vertraut zu machen, veranstaltete das Zentrum einen Workshop in Aschgabad. Die Veranstaltung, die gemeinsam mit dem Konfliktverhütungszentrum der OSZE und dem turkmenischen Außenministerium vorbereitet wurde, brachte Teilnehmer aus Kasachstan, Kirgisistan, Tadschikistan, Turkmenistan und Usbekistan an einen Tisch.

### **Medienentwicklung**

Aus Anlass des Welttages der Pressefreiheit am 3. Mai nahm das Zentrum an einem Internet-Chat mit Mitgliedern des *International Research and Exchanges Board* (IREX) teil. Insgesamt elf Journalisten und Absolventen des *Internet Access and Training Programme* (IATP) von IREX trafen sich an IATP-Zugangspunkten in drei turkmenischen Städten und erörterten Fragen der Pressefreiheit. Das Interesse an dem Chat und die Fragen der Teilnehmer veranlassten das Zentrum, Folgeveranstaltungen für die kommenden Jahre ins Auge zu fassen.

### **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

Wie schon in den vergangenen Jahren befasste sich das Zentrum in dieser Dimension in erster Linie mit der Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen und der Hebung des Umweltbewusstseins in der Bevölkerung.

**Unterstützung der wirtschaftlichen Entwicklung.** Die turkmenische Wirtschaft wuchs 2004 auf der Makroebene weiter. Um weitere Anreize für die Schaffung von Arbeitsplätzen zu bieten und die Entwicklung des privaten Unternehmertums zu fördern, unterstützte das Zentrum mehrere vom turkmenischen Unternehmerverband organisierte Schulungskurse für Kleinunternehmer. Die Kurse umfassten auch Seminare für Unternehmerinnen, um diesen bei der Verbesserung ihrer unternehmerischen Praxiskenntnisse zu helfen, und ein speziell auf Jungunternehmer zugeschnittenes Programm. Das Zentrum fasst eine weitere Zusammenarbeit mit dem Unternehmerverband ins Auge, ist jedoch der Ansicht, dass sich dieser einem Reformprozess unterziehen muss, bevor neue Initiativen in Erwägung gezogen werden können. Es wurde ein externer Berater beigezogen, der die Tätigkeit des Verbandes einer gründlichen Überprüfung und Analyse unterziehen sowie Reform- und Verbesserungsvorschläge machen wird.

Im Rahmen einer Kostenbeteiligungsinitiative mit dem TACIS-Programm der EU unterstützte das Zentrum einen kleinen Mikrokreditfonds für vier freiwillige Bauernvereinigungen, die später als Vorbild für ähnliche Zusammenschlüsse dienen sollen. Die ausgewählten Landwirte erhielten eine Einschulung in unternehmerischen Grundkenntnissen, einschließlich Unternehmensplanung und Kreditmanagement. Das Zentrum stellte den vier Vereinigungen auch Büroausrüstung und -material zur Verfügung. Das Projekt wurde von den Landwirten, denen sonst keine Kreditmöglichkeiten offen gestanden hätten, sehr begrüßt.

**Hebung des öffentlichen Bewusstseins für Umweltbelange.** Um in der turkmenischen Öffentlichkeit, insbesondere unter Schülern und Studenten, das Umweltbewusstsein zu heben, unterstützte das Zentrum ein vom turkmenischen Naturschutzministerium betriebenes Projekt, das die Ausarbeitung und Herausgabe von Schulbüchern und Lehrerhandbüchern über die Umsetzung des Staatlichen Umweltaktionsplans umfasste. Die für die Umsetzung dieses Aktionsplans zuständige Dienststelle des Ministeriums erhielt Schulungsunterlagen, und für den staatlichen Koordinator des Aktionsplans wurde ein Schulungsseminar arrangiert. Das Zentrum finanzierte auch den Entwurf, die Herstellung und die Verteilung

von Tisch- und Wandkalendern, die ökologische Wertvorstellungen propagieren; sie wurden im ganzen Land an öffentlich Bedienstete und Politiker verteilt. Darüber hinaus unterstützte das Zentrum die Produktion mehrerer Fernsehspots zu diesem Thema.

### **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Unterstützung der Gesetzesreform.** Das Zentrum bot weiterhin im Namen der OSZE rechtliche Gutachterdienste und Beratung über bewährte Praktiken für die im Land laufende Gesetzesreform an. In Zusammenarbeit mit dem Staatlichen Institut für Demokratie und Menschenrechte fertigte es eine Zusammenstellung turkmenischer Gesetze zu Menschenrechtsthemen an, die auf Turkmenisch, Englisch und Russisch herausgegeben werden soll.

**Demokratisierung und zivilgesellschaftliche Aktivitäten.** Als Hilfestellung zur Entwicklung einer neuen Strategie für eine weiter gehende Beteiligung der Zivilgesellschaft am öffentlichen Leben des Landes veranstaltete das Zentrum Treffen mit Vertretern der internationalen Gebergemeinschaft und der entstehenden Zivilgesellschaft. Es beriet auch örtliche NROs über den Umgang mit den neuen turkmenischen Rechtsvorschriften für öffentliche Organisationen.

**Befassung mit Menschenrechtsfällen.** Im Zentrum gingen wie bisher zahlreiche Individualbeschwerden ein, die mehrheitlich den Abbruch von Häusern aufgrund der Errichtung von Neubauten betrafen. Mehrere Fälle wurden turkmenischen Behörden zur Kenntnis gebracht. Das Zentrum erteilte auch juristische Beratung in Fällen, in denen es um die Rechte anderer schutzbedürftiger Personen ging.

Im Februar fand im Zentrum eine Feier anlässlich der Herausgabe der russischen Übersetzung des Berichts „Human Security Now“ statt, dessen englisches Original von der in New York ansässigen *Commission on Human Security* herausgegeben wurde.

**Genderfragen.** Frauenrechte und Genderfragen im Allgemeinen haben auf der Agenda des Zentrums nach wie vor einen hohen Stellenwert. Als Teil seiner diesbezüglichen Aktivitäten verhalf das Zentrum turkmenischen Bürgern zur Teilnahme an Konferenzen zu Genderfragen und lieferte Rechtsgutachten zu diesem Thema.

### **Förderung des Aufbaus von Kapazitäten in Turkmenistan**

Als Unterstützung für die Arbeit der OSZE-Akademie in Bischkek leistete das Zentrum in Ashgabad einen Beitrag zum Master-Programm der Akademie in Form von Vorträgen über seine Tätigkeit in Turkmenistan. Es ermöglichte auch offiziellen Vertretern und Bürgern Turkmenistans die Teilnahme an mehreren wichtigen OSZE-Veranstaltungen und unterstützte das Zentralasiatische Jugendnetzwerk (CAYN). (Näheres dazu findet sich im Abschnitt über die OSZE-Zentren in Bischkek und Taschkent.)

**Leiter des Zentrums:**  
**unbesetzt (bis Juli 2004:**  
**Botschafter Paraschiva Badescu;**  
**seit 10. Januar 2005: Botschafter Ibrahim Đikić)**  
**Revidierter Haushalt: € 979.500**  
**www.osce.org/ashgabad**

# DAS OSZE-ZENTRUM IN BISCHKEK

Durch den Schutz der Rechte des Einzelnen, Erleichterung des Zugangs zur Justiz und Unterstützung demokratischer Transformationsprozesse positive Veränderungen im Alltag der Menschen zu bewirken, war 2004 wie schon bisher das alles überspannende Ziel des Zentrums. Im Interesse von mehr Effizienz stimmte das Zentrum seine Aktivitäten weiter mit den politischen Grundsätzen und Programmen der kirgisischen Regierung, der zivilgesellschaftlichen Organisationen des Landes und den in Kirgisistan tätigen Büros der Vereinten Nationen ab. Die Abwägung zwischen den Interessen der Regierung und jenen der Zivilgesellschaft war weiterhin eine heikle Aufgabe.

Zu den Prioritäten zählten 2004 die Unterstützung von Wahlprozessen, die Befassung mit den Fragen Rechtsstaatlichkeit und Good Governance und die Förderung der Medienentwicklung. Weitere wichtige Punkte auf der Agenda des Zentrums waren der Kampf gegen die Korruption, die Reform der Polizeistrukturen und Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension. Darüber hinaus setzte das Zentrum drei wichtige außerbudgetäre Projekte fort: die OSZE-Akademie in Bischkek, das Polizeiunterstützungsprogramm und das Wahlunterstützungsprogramm.

## Die OSZE-Außenstelle in Osch

Die Außenstelle des OSZE-Zentrums im südkirgisischen Osch betätigt sich in erster Linie im Rahmen ihres Konfliktverhütungsmandats. 2004 setzte sie sich für die Förderung und den Schutz der Menschenrechte und Grundfreiheiten ein, wobei ihr Hauptaugenmerk der Verhinderung von Folter und Misshandlung während der Haft sowie von Menschenhandel galt. Weitere Schwerpunkte waren das Grenzmanagement, die Beobachtung der inter-ethnischen Beziehungen und die Situation in den in der Region befindlichen Uranmülldeponien. In der Zeit vor den Kommunalwahlen vom 10. Oktober arbeitete das Büro eng mit örtlichen Wahlkommissionen und politischen Parteien zusammen und es veranstaltete mehrere Koordinationssitzungen zu Wahlangelegenheiten.

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Reform der kirgisischen Polizeikräfte.** Die erste, 18 Monate dauernde Phase des Polizeiunterstützungsprogramms der OSZE in Kirgisistan galt hauptsächlich der Hebung der Professionalität und der Verbesserung der Einsatzfähigkeit der kirgisischen Polizeikräfte. Unterstützt durch die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten des OSZE-Sekretariats, begann das Zentrum mit den Vorbereitungen für eine zweite Phase, in der es unter anderem um Gesetzgebung, Professionalität, Management, Organisation, Menschenrechte, bürgernahe Polizeiarbeit und Schulungsmaßnahmen gehen wird. Das Programm soll in den nächsten Jahren als Grundlage für die umfassende Reform der kirgisischen Polizei dienen.

**Aktivitäten im Grenzmanagement.** In Zusammenarbeit mit den Provinzbehörden überwachte die Außenstelle in Osch genauestens die Lage an der Grenze und die im Gang befindliche Absteckung der Grenze zwischen Kirgisistan, Usbekistan und Tadschikistan, einschließlich des Minenräumprozesses in der Region. Im Zuge eines gemeinsam mit der französischen NRO *Aide à la Coopération Technique et au Développement (ACTED)* in die Wege geleiteten Pilotprojekts wurde damit begonnen, grenzübergreifende Fragen zwischen der Provinz Dschalal-Abad in Kirgisistan und der Provinz Andischon im benachbarten Usbekistan aufzugreifen und zu besprechen. Zur Stärkung des Dialogs über Grenzen hinweg war die Außenstelle bemüht, in verschiedene andere Projektinitiativen Komponenten einzubringen, die das Grenzmanagement betreffen.

## Stärkung der Medienentwicklung

Sowohl auf nationaler als auch auf regionaler Ebene setzte das Zentrum seine Bemühungen um Unterstützung der Entwicklung der kirgisischen Medien fort. Es bemühte sich um eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft in diesem Bereich, indem es die Bürger ermutigte, sich an Projekten zu beteiligen, die Demokratie und bewährte Wahlpraktiken in Rundfunk und Fernsehen propagieren. Das Zentrum richtete auch ein Medienprojekt ein, das die Beobachtung der Berichterstattung über wahlbezogene Fragen in den kirgisischen Medien zum Gegenstand hat. Im Rahmen weiterer Initiativen im Bereich der Medienentwicklung wurden Medienvertreter aus ländlichen Gebieten darüber informiert, wie man ein Rundfunkunternehmen gründet, und die Fernsehanstalt Osch, ein unabhängiges Unternehmen in Südkirgisistan, erhielt Unterstützung. Eine Reihe von Schulungsseminaren für Journalisten in allen Regionen half bei der Verbreitung von Informationen über die kirgisischen Mediengesetze und die Rechte von Journalisten.

## Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

**Entwicklung von Kleinunternehmen.** Das Zentrum führte mehrere Projekte durch, die zur Gründung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) in Kirgisistan anregen sollen; diese sind ein entscheidender Faktor für den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Fortschritt des Landes. Mit der Agentur PROMA als nationalem Partner führte das Zentrum unter lokalen Firmen eine Umfrage durch, um festzustellen, welches Klima Kleinunternehmen vorfinden. Die Ergebnisse wurden sorgfältig analysiert und führten zu einem Bündel von Empfehlungen zur Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen, die der kirgisischen Regierung, lokalen Wirtschaftstreibenden und internationalen Geberorganisationen vorgelegt wurden. Insbesondere gab es konkrete Empfehlungen zur besseren Durchsetzung bestimmter Vorschriften für die Erteilung von Betriebsgenehmigungen, die zu einem kräftigen Anwachsen der Zahl kleiner und mittlerer Unternehmen beitragen sollen. Es wird auch erwartet, dass die kirgisische Regierung die Ergebnisse dieser Untersuchung bei der Ausarbeitung und Umsetzung

eines Aktionsplans berücksichtigen wird, durch den ausländische Direktinvestitionen ins Land geholt werden sollen.

Ein weiterer wichtiger Teil der Arbeit des Zentrums in der wirtschaftlichen Dimension war die Förderung der unternehmerischen Tätigkeit von Frauen. In Zusammenarbeit mit örtlichen NROs veranstaltete das Zentrum eine Reihe landesweiter Seminare, in denen Antworten auf die Frage gesucht wurden, wie in den ländlichen Gebieten Kirgisistans mehr Arbeitsplätze für Frauen geschaffen werden können.

**Rechtsreformen im wirtschaftlichen Bereich.** Um ein sicheres Umfeld für die wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen, unterstützte das Zentrum Projektaktivitäten zur Beschleunigung rechtlicher Reformen in den Bereichen Good Governance und Korruptionsbekämpfung. In Zusammenarbeit mit UNDP und USAID stellte das Zentrum der kirgisischen Regierung internationale Experten zur Verfügung, die die Regierung bei der Festlegung der Grundzüge einer effizienten Antikorruptionsstrategie und eines Aktionsplans unterstützen sollen.

Gemeinsam mit dem Sekretariat des Konsultativrats für Good Governance veranstaltete das Zentrum auch einen Workshop über nationale und internationale Rechtsinstrumente und bewährte Praktiken, um die verwaltungstechnischen und legislativen Voraussetzungen für die Ratifikation des Übereinkommens der Vereinten Nationen gegen Korruption stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit zu rücken.

**Stärkung der Umweltsicherheit: Umgang mit der Atommülldeponie Mailuu Suu.** In enger Zusammenarbeit mit der Weltbank unterstützte das Zentrum Projektaktivitäten zur Entschärfung der Umweltbedrohung, die von dem ungesicherten Lager für radioaktive Abfälle in Mailuu Suu ausgeht. In diesem Zusammenhang wurde ein Besuch von Experten der Internationalen Atomenergie-Organisation arrangiert, die sich aus erster Hand über das Risiko für die örtliche Bevölkerung informierten. Ein weiteres Projekt des Zentrums zu diesem Thema war für die Bewohner in dem Gebiet bestimmt, die auf die Gefahren durch die Strahlenbelastung aufmerksam gemacht wurden, sowie für örtliche Umwelt-NROs, die an einem Workshop für Lobbying teilnahmen.

**Förderung des Umweltschutzes.** Zur weiteren Förderung nationaler und regionaler Strategien für nachhaltigen Umweltschutz veranstaltete das Zentrum eine Reihe von Seminaren, bei denen versucht wurde, sowohl bei Behörden als auch bei der Zivilgesellschaft für ein besseres Verständnis der Aarhus-Konvention zu sorgen. Im Oktober wurde in Osch ein Aarhus-Informationszentrum eröffnet, um die Konvention publik zu machen und der örtlichen Bevölkerung den Zugang zu Umweltinformationen zu erleichtern.

## Aktivitäten in der menschlichen Dimension

**Förderung des politischen Bewusstseins unter der Jugend.** Um junge Menschen zu ermutigen, mehr politisches Interesse zu entwickeln und politisch aktiver zu werden, unterstützte das Zentrum mehrere Aktivitäten, etwa ein nationales Forum, in dem Schüler und Studenten Wahlangelegenheiten erörtern konnten. Gemeinsam mit Partnern aus verschiedenen Regierungsstellen sowie nationalen und internationalen NROs unterstützte das Zentrum die Herausgabe von Schulbüchern und Lehrerhandbüchern zur Staatsbürgerkunde auf Kirgisisch, Russisch und Usbekisch, die dazu beitragen, unter jungen Menschen das Bewusstsein für politische Vorgänge zu heben.

**Förderung der Menschenrechte.** Zur Behandlung der Menschenrechtsthematik im Bereich psychischer Erkrankungen organisierte das Zentrum zwei intensive Schulungsseminare über grundlegende Menschenrechte, an denen 60 Mitarbeiter psychiatrischer Einrichtungen aus ganz Kirgisistan teilnahmen. Junge NRO-Aktivistinnen waren die Zielgruppe einer weiteren Initiative des Zentrums, durch die regionale Sommer- und Winterkurse zum Thema Menschenrechtsmonitoring und Berichterstattung über Menschenrechtsfragen unterstützt wurden. Im Süden des Landes organisierte das Zentrum gemeinsam mit örtlichen NROs Veranstaltungen zum Thema Lobbyarbeit und Menschenrechtsbewusstsein, so etwa ein Menschenrechtsfestival in Osch.

**Stärkung der Rechtsstaatlichkeit.** Im Rahmen der Bemühungen der OSZE, Kirgisistan bei der Reform seines Strafvollzugssystems zu unterstützen, veranstalteten das Zentrum und das BDIRM mehrere Konferenzen und regionale Schulungsseminare. Themen dieser Veranstaltungen waren unter anderem die Strafrechtsreform, die Entkriminalisierung bestimmter Vergehen, die öffentliche Kontrolle des Strafvollzugssystems und die Einführung alternativer Formen der Bestrafung zur Senkung der Häftlingszahlen. Die Außenstelle in Osch veranstaltete auch Workshops und Schulungsseminare für NROs und Bedienstete von Strafverfolgungsbehörden über Monitoringtechniken für Haftanstalten und Lobbyingmethoden, durch die örtliche Justiz- und Polizeibehörden dazu gebracht werden sollen, NROs Zugang zu Haftanstalten zu gewähren.

### Unterstützung demokratischer Wahlprozesse

Das Zentrum unterstützte die kirgisische Regierung bei der Vorbereitung der Kommunalwahlen vom 10. Oktober und der für 27. Februar 2005 geplanten Parlamentswahlen. Es konzentrierte sich auf die Hilfestellung für die Zentrale Wahlkommission (CEC) des Landes und die Unterstützung und Überwachung der Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen und der Medien. Gemeinsam mit dem für das Wahlunterstützungsprogramm verantwortlichen UNDP setzte das Zentrum einen Mechanismus in Gang, durch den die gesamte wahlbezogene Unterstützungstätigkeit systematisch koordiniert wird. Besondere Schwerpunkte waren Wählererziehung, Rechtsberatung, logistische Unterstützung für die CEC, Wahllethikkodizes und die Schulung von Wahlkommissionen, Richtern und Anwälten. Hohe Priorität hatte die Förderung der Beteiligung von Frauen und jungen Menschen.

**Die OSZE-Akademie in Bischkek**

Die im Dezember 2002 gegründete OSZE-Akademie in Bischkek ist ein Studien- und Forschungsinstitut, das Fortbildungsprogramme für Fachleute und wissenschaftliche Forschung über regionale Sicherheitsfragen mit Schwerpunkt Zentralasien anbietet. Nachdem 25 Studenten einen sechsmonatigen Master-Pilotkurs absolviert hatten, begann die Akademie im September ein einjähriges Master-Programm für politische Wissenschaften. Zu diesem Programm haben sich insgesamt 30 Studenten aus allen fünf zentralasiatischen OSZE-Teilnehmerstaaten und einigen anderen Ländern angemeldet.

[www.osce-academy.net](http://www.osce-academy.net)

**Leiter des Zentrums:  
Botschafter Markus Müller  
Revidierter Jahreshaushalt: € 1.831.300  
[www.osce.org/bishkek](http://www.osce.org/bishkek)**

# DAS OSZE-ZENTRUM IN DUSCHANBE

Eine der vordringlichsten Aufgaben des OSZE-Zentrums in Duschanbe war 2004 das Entminungsprogramm. Im Rahmen des 2003 auf Ersuchen der tadschikischen Regierung geschaffenen Minenräumprogramms wurden in Zentral-, Süd- und Osttadschikistan insgesamt 6,2 Hektar Land entmint. Ein wichtiges Ereignis war 2004 die Übergabe des ersten entminten Grundstücks an eine Gemeinde nahe der Grenze zu Afghanistan, wodurch sich die Lebensbedingungen für über 30.000 Menschen wesentlich verbesserten.

Das Zentrum weitete auch seine Aktivitäten in der wirtschaftlichen Dimension aus, wobei es vorrangig galt, die tadschikische Regierung bei ihrer Landreform zu unterstützen. Weitere wichtige Initiativen betrafen die wirtschaftliche Entwicklung, die Förderung des politischen Dialogs und der Sicherheit, die Entwicklung der Medien, Menschenrechte und Demokratisierungsfragen sowie Genderbewusstsein und Umweltschutz.

Vor dem Hintergrund der für Februar 2005 geplanten Parlamentswahlen liefen zahlreiche Aktivitäten des Zentrums in der politisch-militärischen und der menschlichen Dimension. Dazu zählten Projekte zur Modernisierung der tadschikischen Wahlordnung, öffentliche Debatten zwischen Regierungsbeamten und Vertretern der Zivilgesellschaft sowie Schulungsseminare für Journalisten zum Thema Wahlberichterstattung.

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

**Beitrag zum Kampf gegen den Terrorismus.** Als Teil seiner Antiterroraktivitäten unterstützte das Zentrum die Teilnahme dreier tadschikischer Beamter aus dem Außen- und dem Innenministerium an einem regionalen Workshop zum Thema Finanzierung des Terrorismus. Diesen Workshop veranstaltete das UNODC im Februar in der Türkei im Rahmen seines Globalen Programms gegen den Terrorismus, das technische und rechtliche Hilfe zur Bekämpfung des Terrorismus vorsieht. Bei dieser Veranstaltung wurden bewährte Praktiken zur Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus vorgestellt.

Weitere vier Beamte der mittleren Führungsebene aus dem tadschikischen Staatskomitee für Grenzschutz und dem Innenministerium nahmen in Taschkent an einem zweitägigen Workshop zum Thema Reisedokumente und Grenzkontrolle teil, wie im Bukarester Aktionsplan der OSZE und im Aktionsprogramm von Bischkek zur Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus vorgesehen.

Das Zentrum leistete dem tadschikischen Außenministerium wie bisher Hilfe bei der Vorbereitung

der Ratifikation und der Umsetzung der zwölf VN-Übereinkommen und -Protokolle gegen den Terrorismus, wie es der Ministerrat der OSZE 2001 verlangt hatte. Im Juli sandte das Zentrum einen Rechtsexperten aus dem Außenministerium nach Wien, der das Dokument für die Ratifikation in juristischer Hinsicht vorzubereiten hatte.

### Unterstützung der Medienentwicklung und Verbesserung des Zugangs zu Informationen

Mehrere Initiativen des Zentrums im Jahr 2004 galten der Verbesserung des Zugangs von Journalisten zu Informationen, insbesondere im Hinblick auf die Wahlen 2005. Das Zentrum finanzierte die Einrichtung eines Ressourcenzentrums in Duschanbe, das freien Zugang zum Internet und zu Fachliteratur, rechtliche Unterstützung sowie Computer- und Sprachkurse anbietet. Es nahm im Oktober seinen Betrieb auf und wird von Journalisten zunehmend in Anspruch genommen, durchschnittlich sind es 130 pro Monat.

Weitere vom Zentrum gesponserte Medieninitiativen waren Schulungsseminare für Journalisten zum Thema Wahlberichterstattung und die Herausgabe der *Biblioteka Schurnalista* (Journalistenbibliothek) der OSZE, einer Serie von Fachbüchern für Journalisten zu den Spezialthemen investigative Berichterstattung, Wahlberichterstattung, die Rechte von Journalisten und Medienrecht. Außerdem half das Zentrum bei der Gründung mehrerer unabhängiger Zeitungen und Zeitschriften in russischer, tadschikischer und usbekischer Sprache, darunter *Nafosat*, das zur Unterstützung von Journalisten aus der usbekischen Minderheit gedacht ist. Um den Bewohnern von 57 entlegenen Bezirken in Tadschikistan besseren Zugang zu Nachrichten zu bieten, half das Zentrum einigen NROs bei der Anbringung von Anschlagtafeln, auf denen staatliche und nichtstaatliche Zeitungen und amtliche Informationen angebracht werden.

Nach der Schließung der unabhängigen Druckerei *Dschionhon* am 19. August wegen angeblicher Steuerhinterziehung nahm das Zentrum zum Stand der Medienfreiheit im Land öffentlich Stellung. In einer Presseaussendung erklärte der Leiter des Zentrums, Botschafter Yves Bargain: „Die Schließung macht das Erscheinen mehrerer Zeitungen, die die Dienste dieses Unternehmens in Anspruch nahmen, unmöglich und behindert somit die Entwicklung der Medienfreiheit in Tadschikistan.“ Und weiter: „Die wiederholten Schwierigkeiten verschiedenster Art, denen einige [Zeitungen] ausgesetzt sind, müssen als bedenklicher Rückschritt im Bereich der Medienfreiheit in Tadschikistan gesehen werden.“

Im September unterstützte das Zentrum den OSZE-Bbeauftragten für Medienfreiheit bei der Organisation der sechsten zentralasiatischen Medienkonferenz in Duschanbe. Die Veranstaltung, an der über 130 Journalisten aus Kirgisistan, Kasachstan, Tadschikistan und Usbekistan teilnahmen, schloss mit der Verabschiedung einer Erklärung über die Entkriminalisierung der üblen Nachrede. (Näheres zu dieser Konferenz findet sich im Abschnitt über den OSZE-Bbeauftragten für Medienfreiheit.)

**Förderung des politischen Dialogs und demokratischer Prozesse.** Der *Social Partnership Club*, in dem Vertreter der Regierung, der politischen Parteien und der Zivilgesellschaft zusammenkommen, wurde als Forum für offene politische Diskussionen vom Zentrum unterstützt. Das Zentrum förderte auch eine Reihe von Seminaren zum Thema Recht und Religion, um zu einem

Dialog zwischen religiösen Führern und örtlichen Behörden anzuregen, und half bei der Herausgabe zweier Handbücher auf Tadschikisch, Russisch und Englisch über die Tätigkeit und die Aufgaben von politischen Parteien, Institutionen und der Zivilgesellschaft.

#### **Entminungsbemühungen tragen erste Früchte**

Im September wurde im Rahmen des von der OSZE initiierten Minenräumprogramms das erste Stück des von Landminen und sonstigen Kampfmitteln gesäuberten Landes übergeben. Das entminnte Gelände wurde einer Gemeinde im Bezirk Dusti-Kumsangir nahe der tadschikischen Grenze zu Afghanistan übergeben, wodurch nun die Wasserleitung von Kumsangir instand gesetzt werden kann, über 30.000 Bewohner wieder sauberes Wasser erhalten und die örtliche Wirtschaft neuen Auftrieb erhält, z. B. durch die Rekultivierung von Baumwollfeldern.

Zu Beginn der Phase II des vom Zentrum betriebenen Minenräumprogramms wurde der Haushalt von 500.000 Euro im Jahr 2003 auf über 1,9 Millionen Euro aufgestockt. Davon wurden insgesamt 560.000 Euro für beide Jahre von der OSZE aufgebracht, der Rest von anderen Geldgebern. Die *Swiss Foundation for Mine Action* als Durchführungspartner schulte 85 Einsatzkräfte in Vermessung, Markierung und Entminung von Land in Zentral-, Süd- und Osttadschikistan. Abgesehen vom Zentrum in Duschanbe wurde das Programm von den Regierungen Kanadas, Japans, Norwegens, Schwedens und Belgiens finanziell unterstützt.

### **Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension**

*Unterstützung der tadschikischen Landreform.* Das ehrgeizigste Wirtschaftsprojekt des Zentrums im Jahr 2004 war sein Programm zur Unterstützung der tadschikischen Regierung bei ihrer Landreform. Seit 1996 wurden in Tadschikistan die meisten Staats- und Kollektivwirtschaften mit einer Gesamtfläche von rund 433.900 Hektar reorganisiert und in rund 20.750 Genossenschaften, so genannte *Dehkan*-Betriebe, umgewandelt. Diese landwirtschaftlichen Betriebe machen 61 Prozent des gesamten Ackerlandes in Tadschikistan aus. 2005 stehen 62 Staats- und Kollektivwirtschaften zur Reorganisation an.

Ziel des OSZE-Zentrums ist es, in den tadschikischen Landreformbestrebungen für mehr Transparenz zu sorgen. Das Zentrum nimmt aktiv an zwei Arbeitsgruppen zur Landreform teil und veranstaltet Schulungsseminare für Landwirte über deren Rechte und Pflichten im Reorganisationsprozess. Es gab eine Analyse in Auftrag, die das Reformprogramm aus menschenrechtlicher Perspektive untersuchen soll. Im Anschluss daran sollen an die Regierung Empfehlungen darüber gerichtet werden, wie vermieden werden kann, dass das Recht von Landwirten auf Zuteilung und Bewirtschaftung von Land verletzt wird.

Das Zentrum initiierte auch zwei Pilotprojekte in fünf Bezirken Zentral- und Südtadschikistans – Faisobod, Rudaki, Wachs, Bochtar und Dangara –, wo an die örtliche Bevölkerung Informationsmaterial in tadschikischer Sprache verteilt wurde. Es ist zu hoffen, dass diese Bemühungen Fairness und Transparenz in den Reorganisationsprozess bringen werden.

**Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Gebieten.** Landwirte im entlegenen Bergdorf Nurabod in Zentraltadschikistan waren voll des Lobes über ein vom Zentrum in Duschanbe initiiertes Projekt, in dessen Rahmen sie über Möglichkeiten zur effizienteren Vermarktung ihrer Produkte informiert wurden, fachliche Beratung für gesündere Viehbestände und Obstplantagen erhielten und bessere Methoden zur Trocknung von Früchten und Konservierung von Gemüse vorgeführt bekamen.

„Wir mussten zwei Stunden über schwieriges Gelände zur Schule marschieren, in der der Kurs stattfand, aber das haben wir gerne auf uns genommen, da uns zum ersten Mal eine solche Gelegenheit geboten wurde“, sagte einer der 120 Landwirte, die von dem Programm Gebrauch machten.

**Verstärkung der Mitsprache der Öffentlichkeit in Umweltfragen.** Die Umsetzung der Aarhus-Konvention war weiterhin ein wichtiges Ziel der Aktivitäten des Zentrums im Umweltbereich. Diesbezügliche Projekte betrafen Rechtsgutachten für örtliche Behörden durch internationale Experten, die Einleitung von Aufklärungskampagnen zu dieser Frage und die Förderung der Mitwirkung der Öffentlichkeit am Entscheidungsprozess auf nationaler und auf Bezirksebene. Das Aarhus-Informations- und Ressourcenzentrum in Duschanbe erleichterte Journalisten den Zugang zu Informationen über Umweltfragen. Gemeinsam mit dem tadschikischen Staatskomitee für Umwelt und Forstwirtschaft veranstaltete das Zentrum auch zwei regionale Workshops über die Umsetzung der Aarhus-Konvention, an denen über 100 Personen teilnahmen.

**Umgang mit der Gefahr Atommüll.** Rund 10 Millionen Menschen im Einzugsgebiet des Syr-Darja leiden unter radioaktiver Verseuchung. Davon betroffen ist auch der Norden Tadschikistans, wo die Krebsrate drastisch höher ist als im landesweiten Durchschnitt. Im November veranstaltete das Zentrum in Duschanbe die erste internationale Konferenz, bei der das Problem des Atommülls und seine Auswirkungen auf die Gesundheit der Bevölkerung in dieser Region offen zur Sprache kamen. Das Zentrum leistete auch finanzielle Unterstützung für ein Projekt, in dessen Rahmen eine Karte hoch radioaktiver Stätten in Nordtadschikistan erstellt, Warntafeln angebracht und mehrere Aufklärungskampagnen durchgeführt wurden.

Darüber hinaus förderte das Zentrum aktiv die VN/OSZE-Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC), in deren Rahmen Umweltprobleme evaluiert werden, um zu verhindern, dass sie zu einer Sicherheitsbedrohung werden. In Tadschikistan konzentrierte sich die Initiative auf die Kontrolle von Atommülldeponien und anderer Verursacher radioaktiver Verseuchung.

### **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

**Förderung der Menschenrechte.** Um das Menschenrechtsbewusstsein und die Achtung der Menschenrechte weiter zu stärken, sponserte das Zentrum die Herausgabe eines tadschikischen Menschenrechtswörterbuchs und einer Broschüre über Menschenrechte in der Untersuchungshaft sowie über die Verhütung von Misshandlung und Folter und Maßnahmen gegen diese Missstände. Diese

Publikationen fanden unter NROs, Wissenschaftlern und Regierungsbeamten weite Verbreitung. Das Zentrum eröffnete auch ein Rechtsberatungszentrum in der südtadschikischen Stadt Schaartus, um in diesem entlegenen Teil des Landes die Öffentlichkeit mit Informationen über Menschenrechte zu versorgen und die Tätigkeit von Aktivisten zu unterstützen.

**Hilfe bei der Reform des Strafvollzugsystems.** Zur Unterstützung Tadschikistans in seinen Bemühungen um eine Reform des Strafvollzugs setzte das Zentrum verschiedene Aktivitäten mit dem Schwerpunkt auf Alternativen zur Haftstrafe und auf der Zusammenarbeit zwischen der Zivilgesellschaft und der für Haftanstalten zuständigen Verwaltungsbehörde. Ein wichtiges Ergebnis in diesen Bemühungen war die Vereinbarung zwischen der Behörde und tadschikischen NROs, eine Standard-Kooperationsvereinbarung über die Rechte und Pflichten aller Beteiligten auszuarbeiten.

**Unterstützung der Rechts- und Justizreform.** Im April setzte das tadschikische Parlament Änderungen zum Strafgesetzbuch in Kraft, und im Juli unterzeichnete der tadschikische Präsident ein Moratorium betreffend die Todesstrafe. Das Zentrum begrüßte diese Schritte und konzentrierte seine Tätigkeit auf die Verstärkung der Rolle von Anwälten und die Unabhängigkeit der Richterschaft im Land. Gemeinsam mit der nationalen tadschikischen Rechtsanwaltsvereinigung und der Richtervereinigung veranstaltete das Zentrum zwei Konferenzen zu diesen Themen, die von über 200 Teilnehmern aus ganz Tadschikistan besucht wurden. Darüber hinaus hielt das Zentrum mehrere Schulungsseminare zum Thema Menschenrechte in Untersuchungsgefängnissen und während Ermittlungsverfahren ab, an denen insgesamt 250 Beamte aus der Generalstaatsanwaltschaft und dem Innenministerium teilnahmen.

**Unterstützung für Wanderarbeitnehmer.** Jährlich begeben sich rund 350.000 tadschikische Staatsangehörige auf die Suche nach Saisonarbeit, um ihre Familien erhalten zu können. Da die meisten von ihnen kaum über ihre Rechte und Pflichten Bescheid wissen, richteten das OSZE-Zentrum und die Internationale Organisation für Migration in Duschanbe ein Ressourcenzentrum ein, das Wanderarbeitnehmern bei der Beschaffung der nötigen Informationen behilflich ist, damit sie fundierte Entscheidungen treffen können. In der südtadschikischen Stadt Wachs wurde als Pilotprojekt für ländliche Gebiete eine Informationsstelle eröffnet. Das Ressourcenzentrum bot über 5000 Personen direkte Beratung, organisierte im gesamten Land fünf Schulungsseminare für Regierungsbeamte und Vertreter der Zivilgesellschaft und gab 170.000 Informationsbroschüren heraus. Darüber hinaus betrieb es erfolgreich Lobbying für die Aufnahme des Themas Arbeitsmigration in die Lehrpläne von Sekundarschulen.

**Schulung von Journalisten in Fragen der Bekämpfung des Menschenhandels.** Der Menschenhandel wird für Tadschikistan zu einem immer größeren Problem. Insbesondere Frauen, die verzweifelt Arbeit im Ausland suchen, geraten ins Visier krimineller Gruppen, die ihre Opfer gewaltsam in Länder des Nahen Ostens, Asiens oder Europas verbringen, um sie für sich arbeiten zu lassen. Um die Medienberichterstattung über Fragen des

Menschenhandels zu verbessern, veranstaltete das Zentrum für Journalisten aus verschiedenen Regionen Tadschikistans Schulungsseminare zum Thema sexuelle Ausbeutung und Zwangsmigration. Es ist zu hoffen, dass die Initiative eine professionellere Berichterstattung ermöglicht und die Journalisten dazu motiviert, Fällen von Menschenhandel nachzugehen und darüber zu berichten.

**Streben nach Gleichberechtigung von Frau und Mann.** Das Zentrum setzte sich weiter für die Verabschiedung eines Gleichbehandlungsgesetzes ein und half bei der Verbesserung des Gesetzestextes. Die Verabschiedung dieses Gesetzes war für Tadschikistan ein wichtiger Schritt zur Erfüllung seiner internationalen Verpflichtungen und zur Umsetzung des Staatlichen Programms für Gleichberechtigung und Chancengleichheit der Frauen Tadschikistans für die Jahre 2001 bis 2010.

**Aufbau von Kapazitäten durch lokale Ressourcenzentren für Frauen.** Eine wichtige Initiative im Bereich des Aufbaus von Kapazitäten war die Gründung von sechs Ressourcenzentren für Frauen im ganzen Land mit finanzieller Unterstützung durch das OSZE-Zentrum. Die Ressourcenzentren veranstalteten Seminare zu Menschenrechts- und Genderfragen und zum Thema Kleinunternehmen in weiblicher Hand. Sie boten Frauen auch kostenlose rechtliche, medizinische und psychologische Beratung.

#### **Unterstützung des Wahlprozesses**

In Vorbereitung der für Februar 2005 geplanten Parlamentswahlen konzentrierte sich das Zentrum auf die Modernisierung der rechtlichen Rahmenbedingungen für Wahlen im Einklang mit den OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen.

Auf der Grundlage von Empfehlungen aus dem Jahr 2000 halfen das Zentrum und das BDIMR der tadschikischen Regierung bei der Organisation einer Konferenz über Wahlangelegenheiten im April 2003, die zur Abfassung zweier Alternativen für ein Parlamentswahlgesetz führte. Der endgültige Text des Wahlgesetzes wurde im Juli 2004 vom Parlament gebilligt und vom Präsidenten unterzeichnet.

Das Zentrum finanzierte mehrere Publikationen mit analytischen Daten über die Parlamentswahlen und Informationen über die staatlichen Institutionen, die politischen Parteien und andere wahlbezogene Fragen. Um die Wahlberechtigten zur Stimmabgabe zu veranlassen, wurden auch mehrere Werbesendungen in Rundfunk und Fernsehen gesponsert. Das Zentrum unterstützte darüber hinaus landesweite Aktivitäten zur Förderung der Mitsprache von Frauen im politischen Entscheidungsprozess und schulte mögliche weibliche Kandidaten in Fragen der Wahlkampfführung und der politischen Arbeit.

Eine von der Außenstelle des Zentrums in Chudschand veranstaltete Serie von 30 Seminaren über die Rechte von Frauen im Islam fand großen Anklang. Die Diskriminierung von Mädchen und Frauen unter dem Vorwand islamischer Werte trat in Tadschikistan nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion wieder verstärkt in Erscheinung. Durch Analyse und Interpretation der *Scharia* (Islamischen Recht) und deren Vergleich mit der säkularen Gesetzgebung boten die Seminare hunderten Frauen und Männern einen ausgewogenen Blick auf die Rechte der Frauen in Tadschikistan und führten ihnen den Unterschied zwischen überlieferten Gebräuchen und

jenen, die Teil des religiösen Rechts sind, vor Augen. Da das Projekt in ganz Nordtadschikistan eine angeregte Debatte über diese Frage in Gang setzte, beschloss das Zentrum, das Projekt auf den Süden des Landes auszudehnen.

**Leiter des Zentrums:**

**bis Oktober 2004:**

**Botschafter Yves Bargain**

**seit Februar 2005:**

**Botschafter Alain Couanon**

**Revidierter Haushalt: € 3.829.200**

**[www.osce.org/tajikistan](http://www.osce.org/tajikistan)**

# DAS OSZE-ZENTRUM IN TASCHKENT

2004 zählten folgende Themen zu den Prioritäten des Zentrums: der Kampf gegen den Terrorismus und die Förderung der Grenzsicherheit, die nachhaltigere Entwicklung der Zivilgesellschaft, der Rechtsstaatlichkeit und der Menschenrechte, der Kampf gegen den Menschenhandel und die Unterstützung von Bildungsmaßnahmen, die Schaffung der Voraussetzungen für die Umstrukturierung der usbekischen Wirtschaft in Richtung eines marktwirtschaftlich orientierten Systems und die Hebung des Umweltbewusstseins in der Öffentlichkeit.

## Zentralasiatisches Jugendnetzwerk

Zur Förderung von Toleranz und Verständnis zwischen jungen Menschen in Zentralasien richtete das Zentrum in Taschkent gemeinsam mit den anderen OSZE-Zentren in der Region das Zentralasiatische Jugendnetzwerk (CAYN) ein. Studenten, die sich diesem Netzwerk anschließen, können die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen studieren, Forschungsarbeiten über das umfassende Sicherheitskonzept der OSZE schreiben und über die CAYN-Webpage ([www.cayn.net](http://www.cayn.net)) an Diskussionsgruppen teilnehmen. Die schriftlichen Arbeiten der verschiedenen Gruppen wurden bei einer Konferenz vorgestellt und besprochen, und für die besten Arbeiten wurden Preise vergeben. Das Projekt wird 2005 fortgesetzt werden.

## Aktivitäten in der politisch-militärischen Dimension

Sicherheitsfragen im politisch-militärischen Bereich hatten für die OSZE und Usbekistan weiterhin Priorität. 2004 wurden von den usbekischen Behörden angesprochene Sicherheitsanliegen, darunter der Kampf gegen den Terrorismus, die Bekämpfung des Waffenhandels und die Stärkung der Grenzsicherheit, zu Schlüsselthemen in den Aktivitäten des Zentrums in der politisch-militärischen Dimension.

**Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus.** Das Zentrum entwickelte ein langfristiges Programm zur Unterstützung Usbekistans bei der Verhütung und Bekämpfung des Terrorismus. Gemeinsam mit der Gruppe Terrorismusbekämpfung (ATU) des OSZE-Sekretariats veranstaltete es einen regionalen Workshop über die Sicherheit von Reisedokumenten, bei dem wirksame Maßnahmen besprochen wurden, durch die verhindert werden soll, dass Terroristen unerkannt Grenzkontrollen passieren.

**Förderung der Grenzsicherheit.** Das Zentrum organisierte in Usbekistan und Österreich mehrere Schulungskurse für usbekische Zoll- und Grenzschutzbeamte im Rahmen eines Programms zum Aufbau von Kapazitäten im Grenzmanagement, das an eine frühere Initiative in Termez-Hayraton in den Jahren 2002 und 2003 anschloss. Wichtigstes Ziel war die Verbesserung der Fähigkeit von Grenzschutz- und Zollbeamten mittlerer Ränge, illegale Kleinwaffen und leichte Waffen einzuziehen und gefälschte Reise- und Zolldokumente zu erkennen.

**Wiener Dokument.** Nachdem sich das usbekische Verteidigungsministerium Ende 2003 zur Einhaltung seiner Verpflichtungen aus dem Wiener Dokument bekannt hatte, ersuchte Usbekistan das OSZE-Zentrum, bei der Verstärkung seiner Rüstungskontrollabteilung zu helfen. Die Hilfestellung bestand unter anderem darin, dass usbekische Offiziere zu militärischen Schulungskursen im deutschen Rüstungskontrollzentrum

in Geilenkirchen und zu einem Inspektionsbesuch nach Österreich entsandt wurden.

## Medienentwicklung

Das Zentrum lieferte Gutachten zu medienrelevanten Rechtsvorschriften und setzte sich auf diese Weise dafür ein, dass Usbekistan die OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen betreffend freie Meinungsäußerung und Medienfreiheit voll und ganz erfüllt. Das Zentrum veranstaltete Tagungen und Seminare zur Förderung der öffentlichen Debatte über diese Themen zwischen der Regierung und Journalisten. Es unterhielt auch ein Internetcafé in Taschkent, das Journalisten freien Zugang zum Internet und zu anderen Informationsquellen bietet, und unterstützte eine Rechtsberatungsstelle für Journalisten, die Medienschaffenden kostenlose Rechtsberatung und Vertretung vor Gericht anbietet.

## Aktivitäten in der Wirtschafts- und Umweltdimension

2004 war eine erhebliche Verstärkung der Aktivitäten des Zentrums in der Wirtschafts- und Umweltdimension in Usbekistan zu verzeichnen, wobei unter anderem auf die Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen, Migration und Ökologie eingegangen wurde.

**Migration.** Zur Erleichterung der Entwicklung eines rechtlichen Rahmens für die Steuerung der Migrationsprozesse innerhalb Usbekistans unterstützte das Zentrum in Taschkent eine Arbeitsgruppe zu Migrationsfragen. Die Arbeitsgruppe führte eine Untersuchung über die Binnenmigration in Usbekistan durch, zeigte die für Usbekistan geeigneten migrationspolitischen Ziele und Prioritäten auf, studierte die offizielle Migrationspolitik in anderen GUS-Staaten und analysierte die wichtigsten internationalen Dokumente zur Steuerung internationaler Migrationsprozesse. Die Gruppe erarbeitete ein Migrationskonzept und erstellte einen Entwurf zu einem Migrationsgesetz.

**Schiedsrichterschulung.** Zur Förderung der Entwicklung einer Wirtschaftsschiedsgerichtsbarkeit in Usbekistan schulten das OSZE-Zentrum und das Forschungszentrum für Rechtsprobleme, eine NRO, Anwälte und NRO-Vertreter als Schiedsrichter ein. Ziel ist es, eine

gründliche und zügige Prüfung geschäftlicher Streitigkeiten zwischen Unternehmern zu gewährleisten, zur Entwicklung von Kleinunternehmen zu ermutigen und das Vertrauen ausländischer Investoren in die usbekische Rechtsordnung zu stärken.

**Ermutigung zur Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen.** Das Zentrum leistete nach wie vor Hilfestellung bei der Entwicklung zukunftsfähiger kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU). Es veranstaltete eine Reihe von Schulungsseminaren und richtete ein KMU-Informationszentrum ein, um die unternehmerische Qualifikation junger Menschen und insbesondere von Frauen zu fördern. Gemeinsam mit der usbekischen Kammer für Handel und Industrie gab das Zentrum ein Handbuch über moderne Trends der Unternehmensentwicklung in Usbekistan heraus, um Geschäftsleuten den Zugang zu Informationen über die für KMUs maßgeblichen Rechtsvorschriften zu erleichtern.

#### **Fernsehsendungen für Geschäftsleute**

Eine neue Serie von Fernsehsendungen unter dem Titel „Unternehmer und das Gesetz“ bot aktuelle Informationen über die im Land geltenden unternehmensrechtlichen Bestimmungen und die Rechte der Unternehmer. Die Sendungen wurden vom OSZE-Zentrum und vom Obersten Wirtschaftsgerichtshof Usbekistans initiiert.

**Hebung des Umweltbewusstseins.** Im Zuge ihrer Arbeit zur Stärkung der Mitsprache der usbekischen Öffentlichkeit bei umweltpolitischen Entscheidungen halfen das OSZE-Zentrum und UNDP bei der Einrichtung eines Umweltinformationszentrums in den Räumlichkeiten des Staatskomitees für Naturschutz. Unter Einbeziehung der usbekischen Regionen veranstaltete das Zentrum in *Mahallas* (örtliche Nachbarschaftsverbände) im gesamten Land Versammlungen, um unter der örtlichen Bevölkerung das Umweltbewusstsein zu heben sowie die Rechtskundigkeit und die soziale Entwicklung zu fördern.

**Gewässerschutz als Unterrichtsthema.** Gegenstand einer neuen Initiative des OSZE-Zentrums und der Zwischenstaatlichen Wasserkoordinationskommission für Zentralasien war der Schutz der knappsten Ressource Usbekistans – des Wassers. Das Zentrum entwarf einen Lehrplan für Sekundarschulen und veranstaltete Workshops zu Fragen der Wasserbewirtschaftung.

**Ein ganzheitlicher Ansatz im Umweltschutz.** Über die Umwelt-NRO *Armon* veranstaltete das Zentrum Seminare zu Umweltfragen, es machte potenzielle örtliche Führer für Umweltinitiativen an der Basis ausfindig, schuf eine Datenbank für Umweltinformationen, führte Medienkampagnen zur Verstärkung des öffentlichen Engagements im Umweltschutz durch und bot kostenlose Rechtsberatung an.

#### **Aktivitäten in der menschlichen Dimension**

Das Zentrum arbeitete eng mit staatlichen Stellen und NROs zusammen, um den Verpflichtungen des Landes in der menschlichen Dimension mehr Nachdruck zu

verleihen. Es unterstützte den parlamentarischen Reformprozess, der im Dezember 2004 in der Wahl eines aus zwei Kammern bestehenden Parlaments gipfelte. Das Zentrum leistete auch einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung der Medien in Usbekistan und befasste sich mit maßgeblichen Fragen wie etwa dem Zugang zu Informationen.

**Gefängnisreform.** Im Anschluss an Empfehlungen betreffend das Strafvollzugssystem des Landes, die vom VN-Sonderberichterstatter zu Fragen der Folter stammten, genehmigten die usbekischen Behörden NROs die Kontrolle von Haftanstalten. Mit Unterstützung der OSZE erhielten Gefängnisbedienstete eine Einschulung in internationale Gefängnisstandards und die für Gefängnisse zuständige Verwaltungsbehörde gründete ein Schulungszentrum.

**Förderung von Bildungsmaßnahmen.** Da das Thema Bildung eine der wichtigsten Prioritäten des bulgarischen OSZE-Vorsitzes im Jahr 2004 war, hielt das Zentrum für Vertreter von Regierungsstellen, Bildungseinrichtungen und NROs Kurse in internationalen Menschenrechtsstandards und Schutzmechanismen und in Frauenrechtsmonitoring ab. Besonderes Augenmerk galt der Ausbildung inländischer Schulungskräfte für Menschenrechte. Das OSZE-Zentrum und usbekische Rechtsfakultäten entwickelten auch ein Programm zur Unterstützung der Rechtsausbildung in juristischen Bildungseinrichtungen.

#### **Wahlen**

Im Vorfeld der Parlamentswahlen vom 26. Dezember 2004 schulte das Zentrum registrierte politische Parteien in Wahlkampftechniken, es bot einheimischen Langzeit-Wahlbeobachtern eine Einschulung und führte Journalisten in Berichterstattungstechniken ein. Durch ein Schulungsprogramm für Jungwähler sollte deren Wissen über die rechtlichen Aspekte von Wahlen verbessert werden.

**Förderung der Eigenständigkeit von Frauen.** Im Einklang mit dem neuen OSZE-Aktionsplan zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern entwickelte das Zentrum ein Genderprogramm, durch das sich die Teilnahme von Frauen am öffentlichen und politischen Leben verstärken soll. In einer Serie von Schulungskursen zum Thema Führungsverhalten konnten sich Frauen über ihre Rechte informieren und ihre Fähigkeit zu Kommunikation und Lobbyarbeit verbessern.

#### **Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels**

Im Einklang mit dem Aktionsplan der OSZE zur Bekämpfung des Menschenhandels startete das Zentrum 2004 ein umfassendes Programm gegen den Menschenhandel. Zur Bewusstseinsbildung schulte es Bedienstete von Strafverfolgungsbehörden, NROs und Journalisten und unterstützte die Einsetzung einer interinstitutionellen Arbeitsgruppe zur Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels.

#### **Leiter des Zentrums:**

**bis Mai 2004: Botschafter Ahmet Erozan  
seit 1. Februar 2005: Botschafter Miroslav Jenca  
Revidierter Haushalt: € 1.543.100  
[www.osce.org/tashken](http://www.osce.org/tashken)**

# DER OSZE-VERTRETER IN DER ESTNISCHEN EXPERTENKOMMISSION FÜR PENSIONIERTE MILITÄRANGEHÖRIGE

Hauptaufgabe des OSZE-Vertreters ist die Teilnahme an der Arbeit der Estnischen Expertenkommission für pensionierte Militäranghörige, die an die Regierung Empfehlungen betreffend die Ausstellung von Aufenthaltsgenehmigungen für ehemaliges Militärpersonal in Estland richtet.

## Aktivitäten und Entwicklungen

**Bearbeitung von Anträgen auf befristete Aufenthaltsgenehmigung.** Der Kommission gelang es, die Anzahl der kurzfristigen Aufenthaltsgenehmigungen (ein bis drei Jahre) weiter auf rund 300 zu reduzieren. Die Anzahl der längerfristigen Aufenthaltsgenehmigungen (vier bis fünf Jahre) stieg auf 9600. Das bedeutet, dass derzeit rund 9900 Personen Inhaber gültiger befristeter Aufenthaltsgenehmigungen sind. Seitdem die Kommission 1994 ihre Arbeit aufgenommen hat, wurden 285 Anträge abgewiesen. 2004 gab es nur eine Ablehnung. Die Zahl der Antragsteller, die Aufenthaltsgenehmigungen aufgrund humanitärer Ausnahmeregelungen erhielten, übersteigt inzwischen bei weitem die Zahl der früher abgelehnten Anträge.

**Unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen.** Das revidierte Fremdengesetz schließt die Ausstellung unbefristeter Aufenthaltsgenehmigungen für pensionierte Militäranghörige seit 1. Januar 2004 aus. Auf der Grundlage des früheren Gesetzes, das die Ausstellung unbefristeter Aufenthaltsgenehmigungen ermöglichte, hatten einige hundert Pensionisten Anträge gestellt, von denen bisher 193 abgewiesen wurden. 15 von ihnen

beschritten den Gerichtsweg; ihre Fälle sind noch anhängig. Über 196 weitere Anträge wurde noch nicht entschieden.

Alle pensionierten Militäranghörigen, die eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung beantragt hatten und abgewiesen wurden, erhielten Aufenthaltsgenehmigungen für fünf Jahre. Unbefristete Aufenthaltsgenehmigungen erhielten 531 Personen, die in einem Dienstverhältnis standen und nicht mehr als Familienanghörige galten. 1339 Personen wurden in den Zivilstand versetzt.

**Problemfälle.** Die Kommission versuchte weiter, einige schwierig gelagerte Fälle von Anträgen auf Aufenthaltsbewilligung zu lösen. In den meisten Fällen handelte es sich um pensionierte Militäranghörige, die in keinem Dienstverhältnis standen, einen ausländischen Pass und estnische Ehepartner haben und im Besitz eines US-Vouchers für Umsiedler sind, Estland jedoch entgegen ihrer Zusage nicht verlassen haben. Von den 1817 Personen, die einen Umsiedler-Voucher erhalten hatten, hat die überwiegende Mehrheit das Land verlassen. Die restlichen 212 Personen besitzen eine gültige Aufenthaltsgenehmigung.

Insgesamt 23 Teilnehmern von US-Voucher-Programmen wurde eine Aufenthaltsgenehmigung verweigert, weitere 18 wurden zum Verlassen des Landes aufgefordert. Diese Bescheide wurden von zwölf Personen bei Gericht beeinsprucht; ihre Fälle sind noch anhängig. Die Lösung dieser Frage ist zeitaufwendig und kann nur nach Prüfung jedes einzelnen Falles erfolgen.

OSZE-Vertreter: Uwe Mahrenholtz | Revidierter Haushalt: € 123.300

# DER OSZE-VERTRETER IN DER GEMEINSAMEN LETTISCH-RUSSISCHEN KOMMISSION FÜR PENSIONIERTE MILITÄRANGEHÖRIGE

Wie schon in den vergangenen Jahren leistete der OSZE-Vertreter Hilfestellung bei der Umsetzung des Abkommens von 1994 zwischen der lettischen und der russischen Regierung über soziale Garantien für die in Lettland wohnhaften pensionierten Militäranghörigen der Russischen Föderation und ihre Familien.

Nach Artikel 2 dieses Abkommens hat der OSZE-Vertreter die Aufgabe,

- gemeinsam mit der lettischen und der russischen Seite Berufungen in Fragen der Rechte von pensionierten Militäranghörigen zu prüfen,
- bei der Annahme von Empfehlungen und Beschlüssen auf Konsensbasis mitzuwirken und
- auf Ersuchen einer der Seiten Fragen betreffend die Anwendung des Abkommens zu prüfen.

2004 waren 17.876 Personen anspruchsberechtigt im Sinne des Abkommens, um 562 weniger als 2003. Zum Zeitpunkt des Abschlusses des Abkommens 1994 waren es 22.320 Personen.

## Aktivitäten und Entwicklungen

*Der Einzelne im Mittelpunkt.* Die in jüngster Zeit von pensionierten Militäranghörigen eingelegten Berufungen betreffend soziale Fragen wurden von den zuständigen örtlichen lettischen Verwaltungsorganen in Zusammenarbeit mit den zuständigen russischen Behörden großteils gelöst. Seit langem anhängige Einzelfälle, die der Kommission zur Kenntnis gebracht wurden und meist den Aufenthaltsstatus betrafen, wurden soweit wie möglich gelöst.

*Auslegung des Abkommens.* Die unterschiedliche rechtliche Auslegung einiger Bestimmungen des Abkommens über Wohnungsfragen trat immer stärker in den Vordergrund, da pensionierte Militäranghörige und ihre Familien immer öfter davon betroffen sind. Die Kommission erwägt auf der Grundlage einer rechtlichen Prüfung einen gemeinsamen Ansatz zur weiteren Behandlung der Wohnungsproblematik. Änderungen in den Antragsverfahren für Sozialleistungen, wie sie der Stadtrat von Riga beschlossen hat, können in Zukunft potenzielle Härten für betroffene Pensionisten lindern.

OSZE-Vertreter: Helmut Napiontek | Revidierter Haushalt: € 12.200

# INSTITUTIONEN

Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte | Hoher Kommissar der OSZE für nationale  
Minderheiten | OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit

# DAS BÜRO FÜR DEMOKRATISCHE INSTITUTIONEN UND MENSCHENRECHTE

Das durch die Charta von Paris 1990 gegründete Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR) ist die wichtigste OSZE-Institution für die Aktivitäten in der menschlichen Dimension der Organisation. Sein Mandat umfasst vier Hauptaufgaben:

- Förderung demokratischer Wahlen, insbesondere durch Beobachtung von Wahlprozessen
- praktische Unterstützung bei der Festigung von demokratischen Institutionen und Menschenrechten unter gleichzeitiger Stärkung der Zivilgesellschaft und der Rechtsstaatlichkeit
- Beitrag zu Frühwarnung und Konfliktverhütung, insbesondere durch Überwachung der Umsetzung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension
- Funktion als Kontaktstelle der OSZE für Fragen der Roma und Sinti

Das Büro befindet sich in Warschau (Polen), der sichtbarste Teil der Aktivitäten des BDIMR vollzieht sich jedoch außerhalb: es beobachtet Wahlen und betreibt zahlreiche Unterstützungsprojekte in Teilnehmerstaaten, um Defizite in Bezug auf Rechtsstaatlichkeit, demokratische Institutionen, Menschenrechte und Wahlprozesse zu beseitigen.

Seit März 2003 steht ein österreichischer Diplomat, Botschafter Christian Strohal, an der Spitze des BDIMR, das 116 Mitarbeiter hat.

2004 war für das BDIMR eine Zeit der Reform. Nachdem es 2003 mit neuen Aufgaben betraut worden war und vor der Notwendigkeit stand, sich konsequenter und langfristiger zu engagieren und seine Arbeit verstärkt auf Programme auszurichten, begann es einen Überprüfungs- und Konsolidierungsprozess, der für mehr Kontinuität und Nachhaltigkeit sorgen sollte. Auf diesen Prozess folgte 2004 eine hausinterne Beurteilung aller laufenden Aktivitäten, Projekte und Programme unter Berücksichtigung der Bedürfnisse und Wünsche der Teilnehmerstaaten. Diese Reformen führten zu einem umfassenden, langfristigen Prozess der Programmerstellung, der dazu beitragen soll, dass die Teilnehmerstaaten ihre OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension erfolgreich umsetzen. Das Reformprogramm half dem Büro, den langfristigen Bedürfnissen der Teilnehmerstaaten besser gerecht zu werden und auf diese Bedürfnisse wirksamer und rascher einzugehen, wobei es sich gleichzeitig die Flexibilität bewahrte, die es benötigt, um auf neue Herausforderungen zu reagieren, die die Sicherheit sowie die Rechte des Einzelnen und die Grundfreiheiten der Menschen bedrohen.

Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz sind eine dieser Herausforderungen, die die OSZE als Bedrohung für die menschliche Sicherheit in ihrer Region erkannt hat. Im Sinne dieser neuen Priorität entwickelte das Büro ein Programm zum Thema Toleranz und

Nichtdiskriminierung. Im Zuge der Umsetzung der Ergebnisse dreier internationaler Konferenzen, die die OSZE 2004 zu diesen Fragen veranstaltete, begann das BDIMR Informationen zu beschaffen, Beispiele guter Praxis zu sammeln und mit anderen internationalen Partnern aktiv zusammenzuarbeiten.

Das Büro ist nun auch besser in der Lage, legislative Unterstützung zu leisten. Sein Projekt *Legislationline* entwickelte sich zu einem vollwertigen legislativen Unterstützungsprogramm, das Teilnehmerstaaten dabei hilft, Gesetze auszuarbeiten, die mit den Verpflichtungen in der menschlichen Dimension im Einklang stehen.

Das Büro setzte sein breites Spektrum von Aktivitäten zur Stärkung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowie zur Förderung und zum Schutz der Menschenrechte fort, wobei es entsprechende Defizite aufzeigte und den Teilnehmerstaaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen zur Seite stand.

Als Europas führende Wahlbeobachtungsstelle hatte das Büro mit 15 Beobachtungsmissionen eines seiner arbeitsreichsten Jahre. Neben der Beobachtung von Wahlen in den neuen Demokratien in der OSZE-Region verfolgte es wie bisher Wahlen in Teilnehmerstaaten mit langjähriger demokratischer Tradition. Unter anderem führte das Büro Beobachtungsmissionen in Georgien, Russland, Belarus, den Vereinigten Staaten und der Ukraine sowie Beurteilungsbesuche im Zusammenhang mit Wahlen in Spanien, Rumänien und der Slowakei durch.

## Wahlen

In dem Wissen, dass ein demokratischer Wahlprozess die Grundlage für eine demokratische Staatsführung bildet, setzte das Büro seine Bemühungen um Förderung der Integrität von Wahlprozessen fort. Durch die Wahlbeobachtungs- und Wahlunterstützungsmaßnahmen des Büros konnten die gesetzlichen und administrativen Rahmenbedingungen für Wahlen in der OSZE-Region weiter verbessert werden.

Zur Beobachtung und Beurteilung von insgesamt 15 Wahlen entsandte das BDIMR über 5300 Beobachter. Darüber hinaus wurden aus dem BDIMR-Fonds zur Diversifizierung von Beobachtungsmissionen rund 225 Kurzzeit- und 14 Langzeitbeobachter finanziert. Dieser freiwillige Fonds soll eine aktivere Beteiligung von Bürgern aus Teilnehmerstaaten gewährleisten, die nicht regelmäßig Wahlbeobachter für das BDIMR abstellen können.

## Terminkalender 2004 für Wahlbeobachtungs- und Wahlbeurteilungsmissionen des BDIMR

Land	Art der Wahlen	Datum
Georgien	Präsidentenwahlen	4. Januar
Russische Föderation	Präsidentenwahlen	14. März
Spanien	Parlamentswahlen	14. März
Georgien	Wiederholung der Parlamentswahlen	28. März
Slowakische Republik	Präsidentenwahlen	3. April
ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	Präsidentenwahlen	14. April
Serbien/Serbien und Montenegro	Präsidentenwahlen	13. Juni/27. Juni
Kasachstan	Parlamentswahlen	19. September/3. Oktober
Bosnien und Herzegowina	Kommunalwahlen	2. Oktober
Belarus	Parlamentswahlen	17. Oktober
Ukraine	Präsidentenwahlen	31. Oktober/21. November/ 26. Dezember
Vereinigte Staaten von Amerika	Präsidentenwahlen/ Wahlen zum Kongress	2. November
ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien	Referendum	7. November
Rumänien	Präsidenten-/ Parlaments-wahlen	28. November
Usbekistan	Parlamentswahlen	26. Dezember

Das Büro verfolgte Wahlen in einigen OSZE-Teilnehmerstaaten mit langjähriger demokratischer Tradition; dazu zählten auch eine gezielte Beobachtung der Wahlen in den Vereinigten Staaten vom November (siehe auch Seite xx) und eine Beurteilung der Parlamentswahlen in Spanien. Im Vorfeld der Wahlen zum Europäischen Parlament wurde eine Vorwahlbeurteilung durchgeführt und ein Vorwahlbericht über EU-weite Wahlbelange veröffentlicht.

Wenn keine Beobachtungsmission entsandt wurde, leistete das Büro den OSZE-Feldmissionen Unterstützung bei der Durchführung von Wahlbeurteilungen. 2004 wurden BDIMR-Experten für die Kommunalwahlen in Kirgisistan und Aserbaidschan und die Wahlen zur Regionalversammlung in Adscharien (Georgien) abgestellt.

**Reform und Überprüfung von Wahlordnungen.** Das Büro leistete den Teilnehmerstaaten im Wege des Alarm- und Unterstützungsprogramms für Wahlgesetzgebung nach wie vor Unterstützung, um sie in die Lage zu versetzen, ihren Verpflichtungen nachzukommen. Dies geschieht durch fachliche Beratung zu Fragen der Wahlrechtsreform aus Mitteln eines freiwilligen Fonds. Das BDIMR gab gemeinsam mit der Venedig-

Kommission des Europarats Empfehlungen zur Wahlordnung und Wahladministration in Albanien und gemeinsame vorläufige Stellungnahmen zu Novellierungsentwürfen für die armenische Wahlordnung ab. Es nahm auch Stellung zu den von politischen Parteien vorgeschlagenen Novellierungsentwürfen für die tadschikische Wahlordnung, beurteilte das kasachische Verfassungsgesetz über Wahlen und erstellte Beurteilungen der Wahlgesetze von Usbekistan und Kirgisistan.

### Unterstützung für die ersten Präsidentenwahlen in Afghanistan

In enger Zusammenarbeit mit dem OSZE-Sekretariat reagierte das Büro rasch auf die angelaufenen Vorbereitungen für die Wahlen in Afghanistan durch Entsendung eines Wahlunterstützungsteams. Eine bisher unübliche Methode ermöglichte es dem Büro, den Wahlprozess in Afghanistan zu unterstützen, ohne das Land in dieser entscheidenden Phase des Übergangs zur Demokratie den strengen OSZE-Verpflichtungen zu unterwerfen. Afghanistan ist seit 2003 Kooperationspartner der OSZE. (Näheres zur Rolle der OSZE bei den Wahlen in Afghanistan findet sich auf Seite xx.)

**Umsetzung von Empfehlungen in die Praxis.** Neben der Überprüfung von Gesetzestexten unternahm das Büro

weitere Schritte zur Umsetzung seiner Empfehlungen in Albanien und Armenien. Eine langfristige Nachbereitung, die 2000 vor dem letzten Durchgang der Wahlen in Kasachstan begonnen hatte, ging mit einer Überprüfung des kasachischen Verfassungsgesetzes über Wahlen zu Ende.

Trotz wesentlicher Verbesserungen bei der Abhaltung von Wahlen in mehreren Teilnehmerstaaten kam es 2004 häufig zu Verstößen gegen wahlbezogene OSZE-Verpflichtungen, und entsprechende Empfehlungen des BDIMR blieben oft unberücksichtigt. Mehrere Teilnehmerstaaten müssen erst den entsprechenden politischen Willen aufbringen, ehe weitere Fortschritte in Richtung echter demokratischer Wahlen zu erwarten sind. Ohne aktives Engagement der Teilnehmerstaaten wird es kaum möglich sein, die Empfehlungen des BDIMR in die Praxis umzusetzen.

Das BDIMR stellte in den letzten Jahren einige beunruhigende Entwicklungen fest, unter anderem:

- Hindernisse bei der Registrierung von Kandidaten, wodurch sowohl die Ausübung bürgerlicher und politischer Rechte als auch Pluralismus und Wettbewerb eingeschränkt werden
- mangelhafte Wählerregistrierung, die in weiten Kreisen der Bevölkerung zu einem Verlust des Vertrauens in das allgemeine Wahlrecht führt
- nicht repräsentative Zusammensetzung von Wahlkommissionen, was zu einem Verlust an Transparenz und Vertrauen führt
- Parteinahme in staatlich kontrollierten Medien zu Gunsten von Amtsinhabern und Benachteiligung von Kandidaten im Hinblick auf die Vermittlung ihrer Botschaften an die Wählerschaft
- unzureichender Zugang für Beobachter (einschließlich unparteiischer einheimischer Beobachter) und somit ein Verlust an Transparenz
- mangelhafte oder unbeschreibbare Beschwerdewege, die das Recht auf Anfechtung behindern
- undurchschaubare Stimmenverteilung und dadurch Misstrauen gegenüber den Wahlergebnissen

Daneben gibt es weitere Punkte oder neue Probleme, die der Klärung bedürfen: Garantien für die Beteiligung von Frauen, Zugang behinderter Wähler, Einbeziehung nationaler Minderheiten, elektronische Stimmabgabe, Stimmenzählung durch Scanner und andere neue Abstimmtechnologien, Referenden und Neuwahlen nach Amtsenthebungen u. a.

**Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension.** Das zweite Zusätzliche OSZE-Treffen zur menschlichen Dimension 2004 galt Wahlstandards und -verpflichtungen. Vor dem Treffen verteilte das Büro eine schriftliche Unterlage mit dem Titel „Wahlprinzipien und bestehende OSZE-Verpflichtungen für demokratische Wahlen“, die als Grundlage für die inhaltlichen Erörterungen diente. In der Erkenntnis, dass Transparenz, Rechenschaftspflicht und allgemeines Wahlrecht Grundprinzipien sind, die eingehalten werden müssen, um das Vertrauen der Wähler zu gewinnen, wurden auf dem Treffen zusätzliche Bereiche aufgezeigt, durch die die bestehenden OSZE-Verpflichtungen ergänzt werden könnten.

**Gewährleistung der Wahlbeteiligung von Frauen.** Das Büro veröffentlichte ein *Handbook for Monitoring Women's Participation in Elections* mit praktischen Schritten, die jede Wahlbeobachtungsmission unternehmen kann, um eine Genderperspektive in ihre Arbeit einfließen zu lassen. Wenn in den Schlussfolgerungen beurteilt wird, in welchem Ausmaß ein Wahlprozess den OSZE-Verpflichtungen gerecht wird und universelle Prinzipien eingehalten wurden, sollte jede Wahlbeobachtungsmission auch in vollem Umfang berücksichtigen, wie sich der Prozess auf Frauen und auf Männer auswirkt.

## DEMOKRATISIERUNG

Das BDIMR bringt auf beruflicher Ebene über Grenzen hinweg Menschen zusammen, die die für die Festigung einer Kultur der Demokratie notwendigen Fragen erörtern und Kapazitäten entwickeln. So entstehen Diskussionsforen, die es ohne diese Bemühungen nicht geben würde; sie schlagen eine Brücke zwischen der Regierung und der Zivilgesellschaft und ermöglichen eine konstruktive Debatte über oftmals konfliktrichtige Themen. Das Büro ist der Ansicht, dass lokale Eigenverantwortung und die Nutzung von Erfahrungen und Sachwissen aus anderen Teilnehmerstaaten, die sich in einer ähnlichen Lage befinden, ausschlaggebend für den Erfolg sind. Dies äußert sich in seinem methodischen Grundsatz der Ost-Ost-Beratung und der Weitergabe von Erfahrungen aus Südosteuropa an die größere OSZE-Gemeinschaft in seiner Eigenschaft als institutionelles Gedächtnis der Organisation für die menschliche Dimension.

Die Demokratisierungsaktivitäten des BDIMR betreffen in erster Linie folgende Bereiche:

- demokratische Staatsführung und Teilnahme von Frauen am öffentlichen Leben
- Rechtsstaatlichkeit und legistische Unterstützung
- Migration und Bewegungsfreiheit
- Kampf gegen den Menschenhandel

In dem Bestreben, auf die Prioritäten der Teilnehmerstaaten einzugehen, setzte sich die Abteilung Demokratisierung 2004 an die Spitze einer das gesamte Büro erfassenden Neuorientierung seiner Arbeit in den Teilnehmerstaaten und OSZE-Feldeinsätzen. Sie baute auch weiter ihre Fähigkeit aus, konkret und zielgerichtet Sachwissen, hauptsächlich im rechtlichen Bereich, zur Verfügung zu stellen.

## Rechtsstaatlichkeit

Das Konzept der Rechtsstaatlichkeit wurzelt in der gerechten und gleichen Behandlung aller Menschen und bildet einen Grundstein der menschenrechtlichen Rahmenbedingungen der OSZE. Für die Arbeit des BDIMR in diesem Bereich, die darin besteht, die Teilnehmerstaaten bei der Einhaltung dieses wesentlichen Grundsatzes zu unterstützen, gelten die Bestimmungen des Kopenhagener OSZE-Dokuments von 1990.

**Verhütung von Folter.** Folter ist in der OSZE-Region nach wie vor ein weit verbreitetes Problem. In vielen Ländern gelten Folter und andere Formen erniedrigender und unmenschlicher Behandlung noch immer als routinemäßiger Bestandteil der Strafverfolgung. In manchen Staaten ist ein Geständnis der leichteste Weg zur Aufklärung eines Kriminalfalls, was zur

Gepflogenheit führt, Aussagen und Geständnisse durch Folter zu erpressen. Nur allzu oft leisten Richter und Staatsanwälte dem Vorschub, indem sie diese Aussagen nach wie vor als Beweismittel vor Gericht anerkennen.

Entsprechend den Empfehlungen des Zusätzlichen Treffens zur menschlichen Dimension über die Verhütung von Folter 2003 benannte das BDIMR 2004 eine Anlaufstelle gegen Folter. Diese Stelle hat dafür zu sorgen, dass die Arbeit zur Verhütung von Folter innerhalb der OSZE, mit den Teilnehmerstaaten und mit anderen internationalen Akteuren koordiniert wird.

**Förderung der Strafrechtsreform.** Die Hilfe des Büros im Bereich der Strafrechtsreform unterstützt die Neuerungsimpulse in mehreren Teilnehmerstaaten und fördert den Reformprozess. In einigen Ländern führte dies dazu, dass für die Gefängnisse nunmehr nicht das Innenministerium sondern das Justizministerium zuständig ist.

Eines der wichtigsten Ziele des BDIMR ist die Schaffung von Mechanismen zur öffentlichen Kontrolle von Haftanstalten. Das Büro organisierte und unterstützte in Tadschikistan und Kirgisistan Gesprächsrunden zu diesem Thema. In Armenien half es bei der Einrichtung eines Gefängniscontrollgremiums und veranstaltete Schulungen für dessen Mitglieder.

Das BDIMR leistete auch Unterstützung bei Qualifizierungsmaßnahmen für Gefängnispersonal, wobei besondere Aufmerksamkeit dem Ausbildungsbedarf von Strafvollzugsbeamten galt, in deren Zuständigkeit nicht freiheitsentziehende Maßnahmen fallen. Auf Ersuchen der kasachischen Behörden setzte das Büro sein „Street-law“-Programm (Rechtskundigkeit) an der Fachschule für Gefängnispersonal von Pawlodar fort, in dessen Rahmen den Auszubildenden Kenntnisse über die grundlegenden Menschenrechte vermittelt werden.

Um Gefängnisbeamten, die mit unüblichen Situationen konfrontiert sind, bei der Weiterentwicklung ihrer beruflichen Qualifikationen zu helfen, leitete das Büro ein Konfliktverhütungs- und Konfliktbeilegungsprogramm für Gefängnispersonal in Kasachstan in die Wege. In Georgien erhielten leitende Gefängnisbedienstete, die im Ausbildungszentrum des Justizministeriums beschäftigt sind, eine Sicherheitsschulung.

**Stärkung der Anwaltschaft.** Für die Gewährleistung des Rechts auf ein faires Verfahren ist es maßgeblich, dass kompetente und professionelle Rechtsberatung und Verfahrensgarantien zur Verfügung stehen, die den Strafverteidigern eine ordnungsgemäße Wahrnehmung ihrer Aufgaben ermöglichen. In Armenien, Aserbaidschan und Kirgisistan beteiligte sich das BDIMR an Bemühungen um eine Reform der Anwaltschaft (*advokatura*) durch Vermittlung von Kenntnissen über internationale Standards und bewährte Praktiken aus anderen OSZE-Staaten. In Zusammenarbeit mit dem OSZE-Büro in Baku und anderen Partnern förderte das BDIMR unter aserbaidchanischen Vertretern der Rechtsberufe eine Diskussion über das neue Anwältegesetz und dessen künftige Umsetzung.

Als Ergänzung zu diesen Aktivitäten entwickelte das Büro Programme zur Hebung der Qualifikation der einzelnen Anwälte. Dies umfasste Schulungsseminare für Strafverteidiger in Kasachstan und Kirgisistan, etwa in Bezug auf Rechtskenntnisse und den Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte. Die kirgisischen Anwälte machen von dem in den Seminaren erworbenen Wissen bereits Gebrauch: die ersten von einem kirgisischen Teilnehmer dieses Programms eingebrachten Individualbeschwerden gingen im März und August bei der Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen ein.

**Legistische Unterstützung.** Angesichts der immer zahlreicheren Ersuchen von Teilnehmerstaaten um Überprüfung von Gesetzesentwürfen richtete das Büro im Mai ein legistisches Unterstützungsprogramm ein. Das Programm, das auf lokale Eigenverantwortung abgestellt ist, hat in erster Linie die Aufgabe, Staaten bei der Entwicklung einer Gesetzgebung zu helfen, die mit den OSZE-Verpflichtungen in der menschlichen Dimension im Einklang steht und von ausgrenzungsfreien und transparenten gesetzgeberischen Verfahren geprägt ist.

Bei der legistischen BDIMR-Website *Legislationline* ([www.legislationline.org](http://www.legislationline.org)) wurde an die Entwicklungen der Vorjahre angeschlossen und die Anzahl der in ihrer Datenbank erfassten rechtlichen Informationen, Gutachten und Fachbereiche weiter vergrößert. Die Datenbank gibt Aufschluss über bewährte Praktiken und zeigt rechtliche Optionen auf, die in anderen Ländern der OSZE-Region zur Anwendung kommen. Von der Pflege der Datenbank profitieren nicht nur Gesetzgeber, sondern sie ermöglicht es auch den BDIMR-Experten, Muster in der gesetzgeberischen Tätigkeit zu beobachten, bewährte Praktiken festzustellen und die Anwendung internationaler Standards zu kontrollieren.

BDIMR-Experten nahmen zu zahlreichen gesetzgeberischen Maßnahmen Stellung, hauptsächlich in den Bereichen Menschenhandel, Terrorismusbekämpfung, faire Verfahren und Versammlungsfreiheit. In Moldau unterstützte das Büro beispielsweise eine vor Ort entstandene Initiative zur Ausarbeitung eines neuen Gesetzes über die Verhütung und Bekämpfung des Menschenhandels anhand von Empfehlungen, die bestimmte Fragen der Vereinbarkeit mit internationalen Standards klärten.

Das Büro erstellte auch Richtlinien zur Unterstützung der Ausarbeitung von Gesetzen über eine Reihe von Menschenrechtsfragen. Darüber hinaus leistete es einen Beitrag zur Formulierung und Entwicklung der in Menschenrechtsübereinkünften enthaltenen Standards. So nahmen etwa BDIMR-Experten an der Ausarbeitung des neuen Übereinkommens des Europarats über Maßnahmen gegen den Menschenhandel teil.

**Migration und Bewegungsfreiheit.** Die erhöhte Mobilität der Bevölkerung und geänderte Migrationsmuster in der OSZE-Region haben in den letzten Jahren Defizite in den politischen und rechtlichen Rahmenbedingungen für den Schutz von Migranten zu Tage treten lassen. Sowohl Regierungsbeamte als auch die breite Bevölkerung haben Wissenslücken in Bezug auf Änderungen in der Migrationspolitik und den

entsprechenden Vorschriften, was zu zahlreichen Verstößen gegen die Rechte von Migranten und einer zunehmend negativen Stimmung gegenüber Migranten führt. Politische Optionen, die die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg stärken, sind daher eine wesentliche Voraussetzung für die erfolgreiche Bewältigung dieser Phänomene.

Das Büro leistete Ländern Beistand, in denen noch aus früheren Zeiten Beschränkungen für die Bewegungsfreiheit im Land bestehen. Zur Weitergabe von Wissen über bestehende Meldesysteme und zur Erleichterung der Diskussion über Reformmöglichkeiten führte das Büro Gesprächsrunden und Studienaufenthalte in Armenien, Belarus, Georgien und der Ukraine durch.

In der Russischen Föderation und in Kirgisistan wurden Pilotprojekte gestartet, um die regionale Zusammenarbeit in Fragen der Arbeitsmigration und des Schutzes der Rechte von Migranten zu untersuchen. Die Ergebnisse werden den Teilnehmerstaaten als Entscheidungshilfe bei der Gestaltung einer wirksameren Politik in Bezug auf die Arbeitsmigration und bei der Verbesserung der Lage von Wanderarbeitnehmern dienen.

Gemeinsam mit der IOM förderte das Büro die internationale Zusammenarbeit und den Austausch von Informationen über Migration durch Unterstützung bei der Ausarbeitung von Mechanismen zur Datenweitergabe. Im September wurde in Chişinău ein zweitägiger Workshop für politische Entscheidungsträger, Statistiker und Forscher aus Belarus, Moldau, Russland und der Ukraine veranstaltet, bei dem neue Fragen zur Migration, die sich aus der Erweiterung der Europäischen Union ergeben, erörtert wurden.

Das Büro unterstützte die belarussischen Behörden beim Entwurf zu einem Gesetz, das das Recht der Bürger von Belarus auf Einreise in ihr Land und Ausreise aus ihrem Land regelt. In diesem Zusammenhang kam es auch zu Studienaufenthalten belarussischer Beamter in der Slowakei und in Litauen; ihre Erfahrungen fanden Eingang in einen Textentwurf, der bei einer Gesprächsrunde in Minsk präsentiert wurde.

Im November wurden bei einem Zusätzlichen Treffen zur menschlichen Dimension praktische Lösungen zur Erleichterung des Schicksals von Binnenvertriebenen im OSZE-Raum erörtert. Die Teilnehmerstaaten wurden aufgerufen, Gesetze und politische Maßnahmen zum Schutz von Binnenvertriebenen zu entwickeln und der Vertreibung im Sinne der Leitsätze der Vereinten Nationen zur Binnenvertreibung ein Ende zu bereiten. Die OSZE-Institutionen wurden eindringlich dazu aufgerufen, Fragen der Binnenvertriebenen in allen ihren Aktivitäten mitzubedenken.

**Stärkung der Zivilgesellschaft und der demokratischen Staatsführung.** Wichtigstes Ziel der diesbezüglichen Bemühungen des BDIMR ist es nun, nach Möglichkeiten zu suchen, um nicht nur die Kapazität der Institutionen selbst zu verstärken, sondern auch demokratische Praktiken und Prozesse zu festigen. Das Büro erweiterte zu diesem Zweck den Umfang seines Zivilgesellschaftsprogramms, indem es die Förderung

der demokratischen Staatsführung in seine Aktivitäten einbezog.

2004 wurde auch das BDIMR-Projekt „Bürgerdiplomatie“ in Georgien abgeschlossen, das zwischen NROs in ganz Georgien und in dessen abtrünnigen Regionen Kommunikationskanäle schuf. Eines der Elemente in der letzten Phase dieses Projekts betraf die Schulung von NROs in Monitoringmethoden, Vernetzung, Verhandlungsführung und Aussöhnungsstrategien. Das Projekt schuf die Grundlage für die weitere Arbeit der Beobachtermission der Vereinten Nationen in Georgien und der OSZE-Mission in Georgien.

Im Mai veranstaltete das Büro ein Seminar zur menschlichen Dimension über demokratische Institutionen und demokratische Staatsführung. Das Treffen, bei dem auf vorhandene Demokratiedefizite in institutioneller Hinsicht sowie auf die Gefahr einer zunehmenden Politikverdrossenheit hingewiesen wurde, forderte ein stärkeres Eintreten der OSZE für die Stärkung einer Kultur der Demokratie und demokratischer Gepflogenheiten, insbesondere durch ein Hinarbeiten auf mehr Transparenz, die Mitsprache der Bürger im Gesetzgebungsprozess und eine verstärkte Arbeit mit politischen Parteien.

Das Büro verhalf der NRO-Gemeinschaft wie schon in der Vergangenheit zur Teilnahme an Veranstaltungen in der menschlichen Dimension. Bei den fünf wichtigsten Treffen zur menschlichen Dimension im Jahr 2004 war eine stärkere Beteiligung von NROs als in früheren Jahren zu verzeichnen, wobei beim Implementierungstreffen der OSZE zur menschlichen Dimension im Oktober mit 222 Teilnehmern aus 38 Ländern der Rekord erreicht wurde.

Das BDIMR unterstützte mehrere NROs finanziell und ermöglichte dadurch die Teilnahme der maßgeblichsten und fachkundigsten Organisationen in der OSZE-Region, die nicht in der Lage gewesen wären, selbst die Reisekosten aufzubringen, was auch zu einer ausgewogeneren Vertretung von NROs aus den OSZE-Teilnehmerstaaten führte.

**Teilnahme von Frauen an demokratischen Prozessen.** Das BDIMR führt im Südkaukasus und in Zentralasien landesspezifische Programme durch, die zu einer stärkeren Beteiligung von Frauen an demokratischen Prozessen führen sollen. 2004 liefen solche Programme in fünf Hauptbereichen: Entwicklung der Führungsqualitäten von Frauen, Aufbau und Stärkung des lokalen Fachwissens in Genderfragen, Gendererziehung für die jüngere Generation, Einbindung des Genderaspekts in die Arbeit von Regierungsstellen sowie Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, insbesondere der Gewalt in der Familie.

Um die Länder bei der Förderung der Gleichberechtigung und der Chancengleichheit von Frauen und Männern zu unterstützen und die Rolle der Frauen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung zu stärken, half das Büro bei der Einrichtung eines NRO-Netzwerks in Aserbaidschan, Armenien, Georgien, Kirgisistan und Kasachstan.

In Georgien half das BDIMR-Programm beispielsweise bei der Gründung einer NRO-Koalition, die sich für die Gleichberechtigung von Frau und Mann einsetzt. In dieser Koalition, die im Jahr 2000 ins Leben gerufen wurde, sind über 50 NROs und 22 lokale Experten aus elf Regionen Georgiens vereint. Sie wird von staatlichen Stellen als offizieller Partner in Fragen der Genderpolitik und bei der Ausarbeitung eines nationalen Aktionsplans zu Genderfragen anerkannt. 2004 präsentierte sie der Regierung eine von ihr entwickelte Strategie zur Lobbyarbeit für Frauenrechte, Förderung der Chancengleichheit zwischen Frauen und Männern und Stärkung der Rolle der Frauen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung. Die Zusammenarbeit der Koalition mit der Regierung erstreckt sich auch auf die Förderung der wirtschaftlichen Eigenständigkeit von Frauen sowie auf Ausbildungs- und Gesundheitsfragen.

Ein weiterer Schwerpunkt der NRO-Koalition ist die Förderung der Führungsqualitäten von Frauen und der Gleichberechtigung der Geschlechter durch die Massenmedien. Gemeinsam mit dem BDIMR veranstalteten die Mitglieder der Medien-Arbeitsgruppe der Koalition eine regionale Konferenz zum Thema „Südkaucasische Massenmedien für Gleichberechtigung von Frau und Mann“, die die Einrichtung wirksamer Kooperationsnetze in der Region in die Wege leitete.

**Kampf gegen den Menschenhandel.** Aufbauend auf früheren Initiativen zur Verhütung von Menschenhandel und zur Unterstützung der Opfer dieses Verbrechens setzte das Büro seine gegen den Menschenhandel gerichteten Aktivitäten in Zusammenarbeit mit OSZE-Teilnehmerstaaten, NROs und anderen internationalen Organisationen fort. Im vergangenen Jahr wurde eine OSZE-Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels bestellt und die Unterstützungsgruppe „Bekämpfung des Menschenhandels“ im Sekretariat eingerichtet (siehe auch Seite xx). Um die Teilnehmerstaaten zur konsequenteren Einhaltung der OSZE-Verpflichtungen zu veranlassen, wird das BDIMR sein Fachwissen in die Arbeit dieses neuen Mechanismus einbringen und seine Tätigkeit eng mit ihm koordinieren.

**Zusammenstellung eines Handbuchs über nationale Leitsysteme.** Um die in den einzelnen Ländern vorhandenen Kapazitäten zur Verhütung des Menschenhandels zu stärken und die Opfer besser zu schützen, gab das Büro ein Handbuch über nationale Leitsysteme heraus, das sich auf konkrete Erfahrungen vor Ort stützt. Ein nationales Leitsystem ist ein Kooperationsrahmen, durch den Beamte ihrer Verpflichtung nachkommen, die Menschenrechte der Opfer von Menschenhandel zu schützen und zu fördern, indem sie ihre Bemühungen in einer strategischen Partnerschaft mit der Zivilgesellschaft koordinieren. Während der Ausarbeitung des Handbuchs unterstützte das BDIMR Feldmissionen bei der Schaffung nationaler Leitsysteme in Armenien, Moldau und Georgien.

**Aktivitäten aus Mitteln des Fonds für Projekte zur Bekämpfung des Menschenhandels.** 2001 richtete das BDIMR einen Fonds für Projekte zur Bekämpfung des Menschenhandels ein, um zur Planung und Durchführung von Aktivitäten gegen den Menschenhandel anzuregen. Zu den im Jahr 2004 unterstützten Projekten zählten die Schulung

tadschikischer Journalisten in Fragen der Berichterstattung über den Menschenhandel, die Unterstützung von Notrufdiensten für Opfer von Menschenhandel in Serbien und Montenegro, ein Studienaufenthalt georgischer Regierungsbeamter und NROs in der Ukraine, bei dem sich diese mit den politischen Maßnahmen des Landes zur Bekämpfung des Menschenhandels vertraut machen konnten, und eine Überprüfung des Nationalen Aktionsplans Georgiens gegen den Menschenhandel.

**Schutz der Opfer von Menschenhandel in den Zielländern.** Die Konferenz „Europa gegen den Menschenhandel“ in Berlin 2001 befasste sich mit der Situation der Opfer von Menschenhandel in den Zielländern; sie schloss mit einer umfangreichen Liste von Gegenmaßnahmen, die den OSZE-Teilnehmerstaaten empfohlen werden. In den staatlichen Bemühungen zum Schutz der Menschenrechte der Opfer von Menschenhandel gibt es aber immer noch erhebliche Lücken. Um diese Lücken auf der Grundlage des Aktionsplans der OSZE zu schließen, veranstalteten das BDIMR und das finnische Außenministerium 2004 eine Folgekonferenz mit dem Titel „Sicherstellung des Schutzes der Menschenrechte in den Zielländern: Unterbrechung des Kreislaufs Menschenhandel“. Die Konferenz, die im September in Helsinki stattfand, führte zu konkreten, praxisbezogenen Empfehlungen, die auch für den neuen Mechanismus in Wien als Richtschnur dienen werden.

## MENSCHENRECHTE

In Bezug auf den Schutz und die Förderung der Menschenrechte hat das BDIMR zwei wichtige Funktionen. Die erste erfüllt das Büro schon seit langem: Kontrolle und Berichterstattung über die Einhaltung der Verpflichtungen in der menschlichen Dimension durch die Teilnehmerstaaten, insbesondere betreffend Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit und das Recht auf Freiheit und ein faires Verfahren sowie die Verhängung der Todesstrafe. Darüber hinaus befasst sich das Büro mit anderen Fragen der Menschenrechte, indem es Schulung und Ausbildung anbietet und auf konkrete Anliegen wie etwa den Schutz der Menschenrechte im weltweiten Kampf gegen den Terrorismus und bei der Bekämpfung von Rassismus, Diskriminierung und Intoleranz eingeht.

**Aktivitäten gegen den Terrorismus.** Das BDIMR konzentrierte sich 2004 insbesondere auf das an Intensität zunehmende Phänomen des politischen und religiösen Extremismus unter dem Blickwinkel der Menschenrechte. Zu den Aktivitäten des Büros zählte beispielsweise eine Gesprächsrunde in Zentralasien im Juli, bei der die Bedeutung der Religions- und Glaubensfreiheit und die Rolle der Bildung bei der Bekämpfung des Extremismus hervorgehoben wurde; bei dieser Veranstaltung ergingen auch einige Empfehlungen an die kasachischen Behörden zu einem neuen Gesetzesentwurf über Extremismus.

Im März veranstaltete das Büro in Kopenhagen einen zweitägigen Workshop über den Schutz der Menschenrechte bei der Bekämpfung des Terrorismus. Er war eine Folgeveranstaltung zu einem Seminar über Menschenrechte und Terrorismus, das 2003 in Den Haag stattgefunden hatte, und bot einen technischen Rahmen für die Erörterung von Maßnahmen gegen den

Terrorismus, die mit den menschenrechtlichen Verpflichtungen der OSZE-Teilnehmerstaaten im Einklang stehen müssen.

**Toleranz und Nichtdiskriminierung.** Das BDIMR verstärkte 2004 sein Engagement im Kampf gegen Rassismus und Intoleranz noch weiter. Im April, Juni und September hielt die OSZE drei große internationale Konferenzen ab, die Antisemitismus (Berlin), rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Propaganda im Internet (Paris) sowie Toleranz und den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung (Brüssel) zum Gegenstand hatten. Ausgehend von den Ergebnissen dieser Veranstaltungen widmete sich das Büro dem Aufbau von Kapazitäten, um als Sammelstelle für Informationen, Statistiken und Gesetze über Hassdelikte und gewaltsame Äußerungen von Rassismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Diskriminierung fungieren zu können. Weitere Prioritäten waren die Stärkung der Zusammenarbeit und Koordination mit internationalen Organisationen sowie Aktivitäten in thematischen Schlüsselbereichen, darunter Religions- und Glaubensfreiheit und Antisemitismus.

Im Anschluss an einen Reformprozess wurde der Expertenbeirat des BDIMR für Religions- und Glaubensfreiheit 2004 erweitert; ihm gehören nunmehr über 50 Experten aus der gesamten OSZE-Region an. Gemeinsam mit der Venedig-Kommission des Europarats arbeiteten die Mitglieder des Beirats einen Satz von Richtlinien für die Überprüfung von Gesetzen zu Religions- bzw. Glaubensfragen aus, die in der Folge vom BDIMR veröffentlicht wurden.

Das Büro gab auch die polnische und englische Ausgabe einer Zusammenstellung von Abhandlungen polnischer Experten zum Thema „Holocaust im Unterricht – warum?“ heraus und finanzierte die Ausarbeitung eines Website-Führers zum Thema Toleranzerziehung (<http://tolerance.research.uj.edu.pl/en>). Gemeinsam mit dem Amt des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte entwickelten Mitglieder des Beirats einen Unterrichtsbaustein über internationale Standards und Rechtsprechung zum Thema Religions- und Glaubensfreiheit.

Ein vor kurzem ernannter Berater zu Fragen des Antisemitismus begann mit dem Aufbau eines Netzwerks maßgeblicher NROs in der OSZE-Region, um eine Zusammenarbeit bei Monitoringaktivitäten in die Wege zu leiten und bewährte Praktiken etwa in den Bereichen Holocaust- und Toleranzerziehung zusammenzustellen.

**Todesstrafe.** Auf dem Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension im Oktober gab das BDIMR wie jedes Jahr Hintergrundinformationen über die Anwendung der Todesstrafe in der OSZE-Region heraus. Auf diese Weise können Teilnehmerstaaten Informationen über ihre Regelungen in Bezug auf die Todesstrafe publik machen.

An einer Gesprächsrunde in Kasachstan über die Rechte der zum Tod Verurteilten nahmen 26 Vertreter der kasachischen Regierung und der Zivilgesellschaft sowie internationale Experten teil. Die Veranstaltung hatte insbesondere die Rechte jener Verurteilten zum

Gegenstand, die von der Aussetzung der Todesstrafe in Kasachstan betroffen sind.

Um eine fundierte Erörterung über die Todesstrafe und ihre Abschaffung zu ermöglichen, konzipierte das Büro eine Reihe von Rundfunksendungen zu dieser Frage, die im Dezember in ganz Zentralasien ausgestrahlt wurden. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission und der BBC durchgeführt.

**Menschenrechtsschulung.** Menschenrechtsausbildung und -schulung war im März das Thema des ersten Zusätzlichen Treffens zur menschlichen Dimension des Jahres 2004. Die Teilnehmer tauschten Informationen über bewährte Praktiken aus und erörterten unter anderem die Themen formelle und informelle Menschenrechtserziehung, Menschenrechtsausbildung in Schullehrplänen sowie Menschenrechtsausbildung und -schulung für öffentlich Bedienstete. Auf dem Treffen wurden praktische Vorschläge zur qualitativen Verbesserung dieser Ausbildungs- und Schulungsmaßnahmen gemacht.

Entsprechend einem Ersuchen des Forums zur menschlichen Dimension, das im November 2003 in Wien stattgefunden hatte, führte das Büro vier Schulungskurse für neue Menschenrechtsreferenten bei OSZE-Feldeinsätzen durch. Die Schulung fand in Warschau statt und die Teilnehmer kamen von Feldmissionen in Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Bosnien und Herzegowina, Georgien, Kosovo, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Moldau, Kasachstan, Serbien und Montenegro, Tadschikistan, Turkmenistan, der Ukraine und Usbekistan.

**Prozessbeobachtung.** Im Anschluss an Schulungsmaßnahmen im Jahr 2003 führte das Büro ein Pilot-Monitoringprojekt in Aserbaidschan durch. Die Ausbildung umfasste Methoden und Grundsätze der Prozessbeobachtung, nationale und internationale Standards für faire Verfahren und Berichterstattungstechniken. Von Januar bis Oktober konnten die 19 Teilnehmer – Anwälte und NRO-Vertreter – ihre neu erworbenen Kenntnisse als Beobachter von Verfahren gegen 125 Personen unter Beweis stellen, gegen die nach den Präsidentenwahlen 2003 Strafanklage erhoben worden war. Die Beobachtung umfasste gerichtliche Voruntersuchungen, Gerichtsverfahren erster Instanz und Berufungsverfahren.

Im Juni wurde ein internationaler Experte für Prozessbeobachtung nach Aserbaidschan entsandt, der die Beobachter zu den Verfahren begleitete und ihnen im Laufe der Prozessbeobachtung mit Rat und Fachwissen zur Seite stand. Es ist die Veröffentlichung eines Berichts geplant, der die Erkenntnisse der Beobachter im Hinblick auf die Einhaltung nationaler und internationaler Standards und Verpflichtungen bei den Verfahren enthalten soll.

## KONTAKTSTELLE FÜR FRAGEN DER ROMA UND SINTI

Im OSZE-Raum stehen Rassismus und Diskriminierung nach wie vor einer vollen Integration von Roma, Sinti und ähnlichen Bevölkerungsgruppen in die Gesellschaft im Wege. Das BDIMR, dessen Maßnahmen der Aktionsplan zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet zugrunde liegt, versucht, diese Diskriminierung durch Öffnung von Kommunikationskanälen zwischen Roma und Sinti und anderen Akteuren wie etwa nationalen und lokalen Behörden, Journalisten und Gewerkschaftsführern zu überwinden. Das Büro initiiert und unterstützt auch Debatten über Fragen, die für die Volksgruppen der Roma und Sinti von besonderer Bedeutung sind.

Eine Reihe von OSZE-Teilnehmerstaaten machte 2004 Fortschritte bei der Umsetzung ihrer diesbezüglichen Verpflichtungen, insbesondere durch die Verabschiedung von Gesetzen zur Bekämpfung der Diskriminierung und durch die Schaffung institutioneller Wege zur Durchsetzung dieser Gesetze. Allerdings machten nicht alle Staaten vom Aktionsplan zur Verbesserung der Lage der Roma und Sinti im OSZE-Gebiet vollen Gebrauch.

Die diesbezüglichen Aktivitäten des Büros betrafen in erster Linie die Berichterstattung über die Umsetzung des Aktionsplans. Das Büro begann auch mit der Entwicklung von Mitteln zur Beobachtung der Umsetzung ohne Schaffung eines neuen OSZE-Mechanismus.

Das Büro bot Foren für Diskussionen und einen Informationsaustausch über Roma-Fragen, indem es Roma und anderen Gruppen zur Teilnahme an Veranstaltungen im Rahmen der menschlichen Dimension und einschlägigen Veranstaltungen am Rande von OSZE-Treffen verhalf. So fand etwa in Belgrad ein regionaler Runder Tisch zur Bewusstseinsbildung in Bezug auf den Menschenhandel statt, der Gelegenheit bot, für Roma- und Sinti-Gruppen charakteristische kulturelle Gepflogenheiten zu erörtern. Das Büro führte auch eine Reihe von Schulungsveranstaltungen zur politischen Mitsprache von Roma und Sinti unter besonderer Betonung der Romafrauen durch.

[www.osce.org/odih](http://www.osce.org/odih)

# DER HOHE KOMMISSAR FÜR NATIONALE MINDERHEITEN

Eine der schwierigsten Aufgaben der internationalen Gemeinschaft war es in den letzten Jahren, Spannungen zwischen Bevölkerungsgruppen, die der nationalen Mehrheit bzw. einer nationalen Minderheit angehören, abzubauen und zu verhindern, dass sich diese Spannungen zu einem Konflikt auswachsen. 1992 beschlossen die Teilnehmerstaaten der damaligen Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, auf diese Herausforderung durch Einsetzung eines Hohen Kommissars für nationale Minderheiten zu reagieren.

Der Hohe Kommissar hat die Aufgabe, Spannungen aufgrund ethnischer oder sonstiger Zwistigkeiten, die den Frieden, die Stabilität und die Sicherheit zwischen den OSZE-Teilnehmerstaaten oder innerhalb dieser Staaten gefährden könnten, zu erkennen und zu deren Lösung beizutragen. In dieser Funktion hat er eine zweifache Aufgabe zu erfüllen:

- Spannungen so früh wie möglich zu erkennen und zu entschärfen, bevor sie weiter eskalieren, und
- als „Stolperdraht“ zu fungieren, das heißt, er hat die OSZE-Staaten zu alarmieren, wenn diese Spannungen ein Ausmaß anzunehmen drohen, bei dem er mit den ihm zu Gebote stehenden Mitteln nicht mehr für Abhilfe sorgen kann.

Seit Juli 2001 ist Rolf Ekéus Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten.

Entsprechend seinem Mandat nahm der Hohe Kommissar 2004 wie bisher seine Frühwarnfunktion wahr und ergriff gegebenenfalls Sofortmaßnahmen im Falle von Spannungen rund um nationale Minderheiten. Bei Bedarf setzte er auch konkrete Schritte, um in konfliktträchtigen Situationen für eine Stabilisierung zu sorgen.

Darüber hinaus war er bestrebt, zu den OSZE-Zielen in anderen, Minderheitenfragen betreffenden Bereichen beizutragen, etwa in Bezug auf Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung. Besondere Aufmerksamkeit galt dem Minderheitenschulwesen und dabei auch dem Gebrauch von Minderheitensprachen.

Im Einklang mit dem Aktionsplan der OSZE für Genderfragen legte der Hohe Kommissar bei der Ausarbeitung seiner grundsatzpolitischen Empfehlungen und Projekte betreffend nationale Minderheiten besonderes Augenmerk auf die Rechtsstellung der Frauen, um Situationen zu verhindern, in denen diese doppelt diskriminiert werden. Er unterstützte beispielsweise mehrere Projekte, die die Lage von Romafrauen verbessern sollen.

Um seinen politischen Aktivitäten mehr Nachdruck zu verleihen, verstärkte der Hohe Kommissar seine Beteiligung an verschiedenen Programmen und Projekten; dazu zählt etwa sein gesellschaftliches Integrationskonzept für die georgische Region Samzchedschawacheti im Rahmen eines Konfliktverhütungs- und Integrationsprogramms.

Wie schon in früheren Jahren war der Hohe Kommissar in Teilnehmerstaaten quer durch die gesamte OSZE-Region aktiv.

**Moldau.** Der Hohe Kommissar war eingebunden in die schon seit langem laufenden Bemühungen um eine Lösung in der umstrittenen Frage der Registrierung von Schulen in der Region Transnistrien, die in moldauischer Sprache unter Verwendung des lateinischen Alphabets unterrichtet. Im Juli stattete er dem Land einen Besuch ab, um die Frage mit Regierungsvertretern zu erörtern und die Führung des abtrünnigen Regimes in Transnistrien eindringlich aufzufordern, die notwendigen Voraussetzungen für einen normalen Betrieb dieser Schulen zu schaffen. Im Herbst 2004 kam es zwar zu gewissen Fortschritten, doch ist der Hohe Kommissar nach wie vor über die Zukunft dieser Schulen besorgt.

## Protest gegen die Zwangsschließung von Schulen in Transnistrien

Im Juli begannen die transnistrischen Behörden mit der Schließung einiger Schulen auf ihrem Territorium, die in moldauischer Sprache unter Verwendung des lateinischen Alphabets unterrichteten, wobei sie ins Treffen führten, dass diese Schulen nicht ordnungsgemäß registriert seien. Diese Schließungen fanden gewaltsam statt, nachdem bewaffnete Polizei und Miliz die Gebäude umstellt hatte. Ausrüstung und Mobiliar wurden entfernt, Eltern und Lehrer wurden am Betreten der Gebäude gehindert.

In einer offiziellen Erklärung bezeichnete der Hohe Kommissar diese Ereignisse als „sprachliche Säuberung“. „Ich bin zutiefst enttäuscht über diese unrechtmäßige und unmenschliche Aktion, die heute in Tiraspol stattgefunden hat“, sagte er. „Dies ... schadet tausenden Kindern, die von den transnistrischen Behörden als Schachfiguren in einem politischen Spiel benutzt werden.“

Die Behörden genehmigten schließlich die vorläufige Registrierung der Schulen, diese sind jedoch nach wie vor mit Problemen konfrontiert. Ungefähr 40 Prozent der Bevölkerung von Transnistrien haben Moldauisch/Rumänisch als Muttersprache, wobei rund 5000 Schüler in lateinischer Schrift unterrichtet werden. (Näheres zu dieser Frage findet sich im Abschnitt über die OSZE-Mission in Moldau.)

Während seines Besuchs in Moldau sah sich der Hohe Kommissar auch nach Möglichkeiten für neue Bildungsprojekte um, insbesondere in Bezug auf das Unterrichtsfach Moldauisch/Rumänisch als Zweitsprache. Ein vom Hohen Kommissar in die Wege geleitetes vierjähriges Projekt zur Unterstützung des Unterrichts der Staatssprache in Minderheitenschulen wurde 2004 erfolgreich abgeschlossen. Über 1200 Lehrer erhielten eine Schulung, neue Unterrichtsmethoden wurden entwickelt und vier Ressourcenzentren für Lehrer wurden eingerichtet. Der Hohe Kommissar geht derzeit der Frage

nach, ob dieses Sprachprojekt auf andere Zielgruppen ausgedehnt werden kann.

**Ungarn und Rumänien.** In Ungarn und Rumänien konzentrierte sich der Hohe Kommissar auf die staatliche Politik betreffend verwandte Minderheiten im Ausland. Er verfolgte die diesbezüglichen Entwicklungen genau und stand in Bezug auf neue Initiativen in engem Kontakt mit den Regierungen beider Staaten.

**Estland.** Bei einem Besuch in Estland im März setzte der Hohe Kommissar seinen Dialog mit Behörden und Minderheiten über die gesellschaftliche Integration nationaler Minderheiten in Estland fort. Er konzentrierte sich in diesen Gesprächen auf die bevorstehende Reform des Minderheitenschulwesens in Estland und bot seine Unterstützung bei Bemühungen um eine weitere Integration der nationalen Minderheiten an. Der Hohe Kommissar unterstützte wie bisher Initiativen zur Förderung des Einbürgerungsprozesses.

**Lettland.** Der Hohe Kommissar besuchte Lettland 2004 zweimal, wobei er mit allen betroffenen Parteien den Dialog über die Lage der nationalen Minderheiten im Land fortsetzte. In seinen Gesprächen mit den Behörden des Landes, Minderheitenvertretern, Eltern und Schülern erörterte er verschiedene Themen, vom gesellschaftlichen Integrationsprozess bis hin zum Einbürgerungsprozess und zur Ratifikation des Rahmenübereinkommens des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten. Besonderes Augenmerk galt der Einführung von Reformen im Minderheitenschulwesen auf Sekundarschulebene. Der Hohe Kommissar betonte, dass während der Umsetzung der Reform der Dialog fortgesetzt werden müsse, und unterstrich, dass die Qualität der Ausbildung eine zentrale Frage sei.

Im Laufe des Jahres schloss der Hohe Kommissar auch die Vorbereitungen für ein Projekt ab, durch das festgestellt werden soll, welche ergänzenden und zusätzlichen Mittel zur Förderung des gesellschaftlichen Integrationsprozesses in Lettland in Frage kommen, und er erstellte für das Staatsspracheninspektorat Richtlinien für eine liberale und gerechte Anwendung des Staatssprachengesetzes.

**Ukraine.** In enger Zusammenarbeit mit dem Europarat bot der Hohe Kommissar den ukrainischen Behörden und dem Parlament Beratung bei der Ausarbeitung eines Gesetzesentwurfs über nationale Minderheiten an. Während seines Besuchs im September betonte er, dass die Eingliederung ehemals Deportierter in die Gesellschaft weiterhin durch internationale Unterstützung erleichtert werden müsse, und er bot seine Mithilfe in Bereichen an, in denen sein Büro über besondere Kenntnisse verfügt, etwa im Minderheitenschulwesen.

**Kroatien.** Während eines Besuchs in Kroatien im Februar traf der Hohe Kommissar mit Regierungsvertretern und Angehörigen nationaler Minderheiten zusammen. Gesprächsthemen waren Minderheitenrechte und die Rückkehr der Flüchtlinge. Im Zentrum der Gespräche standen die Wiederherstellung von Besitzrechten und die Wiederaufbauhilfe, die Justizreform, die Verfolgung von Kriegsverbrechen und die Umsetzung des Verfassungs-

gesetzes über nationale Minderheiten. Der Hohe Kommissar wurde ermutigt durch das verbesserte Klima in Kroatien und durch die von den meisten Gesprächspartnern geäußerte Hoffnung, dass es im Zuge des Beitritts zu den europäischen Institutionen zu rascheren Fortschritten in den unter sein Mandat fallenden Fragen kommen werde.

Im Oktober erörterten die Experten des Hohen Kommissars Möglichkeiten zur weiteren Hilfestellung bei der Umsetzung des Verfassungsgesetzes über nationale Minderheiten, insbesondere betreffend Bestimmungen über das Schulwesen und die anteilmäßige Vertretung von Minderheiten in Verwaltung und Justiz.

**Serbien und Montenegro.** Im April besuchte der Hohe Kommissar Belgrad und Podgorica, wo er den Stand der Umsetzung des Gesetzes über nationale Minderheiten sowie Bildungsfragen erörterte. Er äußerte Bedenken über die im Mai 2004 beschlossenen Abänderungen zum serbischen Gesetz über die Grundlagen des Bildungssystems und deren Auswirkungen auf die Bildungsrechte von Angehörigen nationaler Minderheiten. Die Angelegenheit wurde später im Wege eines Schriftverkehrs mit dem serbischen Unterrichtsminister weiterverfolgt.

Im Anschluss an seinen ersten Besuch in Südserbien im Mai, einer Region, in der eine bedeutende albanischstämmige Minderheit lebt, half der Hohe Kommissar bei der Einsetzung einer Kommission, die damit beauftragt ist, für die albanischsprachigen Schulen der Region einen Lehrplan für den Geschichtsunterricht auszuarbeiten. Vertreter des serbischen Unterrichtsministeriums und Angehörige der örtlichen albanischen Gemeinschaft beteiligten sich an dieser Initiative.

Montenegro wurde vom Hohen Kommissar weiterhin bei der Ausarbeitung eines Gesetzes über nationale Minderheiten beraten. Der Gesetzesentwurf zielt darauf ab, die montenegrinischen Gesetze mit den Rechtsvorschriften des Staatenbundes in Einklang zu bringen, insbesondere mit der Verfassungsurkunde sowie mit internationalen und nationalen Standards für den Schutz von Minderheitenrechten. Im Mai gab der Hohe Kommissar seine Empfehlungen zur Endfassung des Entwurfs ab.

**Die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien.** Während eines Besuchs in diesem Land im Mai widmete sich der Hohe Kommissar einer Reihe interethnischer Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung des Rahmenübereinkommens von Ochrid, insbesondere im Hinblick auf das Unterrichtswesen und den Gebrauch von Sprachen und Symbolen.

Er unterstützte auch wie bisher die Südosteuropa-Universität in Tetovo, die für ihre wissenschaftliche Qualität und ihre Rolle als Modell für die interethnische Integration hohes Lob erntet. Mit einer Gesamtzahl von 5000 inskribierten Studenten im Jahr 2004 (25 Prozent davon nichtalbanischer Herkunft) hat die Universität für eine wesentliche Verbesserung der Vertretung von Albanern im Hochschulsystem des Landes gesorgt.

Im Januar verabschiedete das mazedonische Parlament ein neues Gesetz, mit dem in Tetovo eine dritte staatliche Universität gegründet wurde, ein Beschluss, der insofern Bedenken hervorrief, als diese Institution möglicherweise ein neues Zentrum des radikalen Nationalismus auf dem Balkan werden könnte. Auf Einladung des Unterrichtsministers entsandte der Hohe Kommissar einen Experten in die Kommission, die mit der Gründung der Universität beauftragt ist. Dieser Experte soll die Kommission bei der Einrichtung einer Universität unterstützen, die mit internationalen Standards in vollem Einklang steht und im Unterricht einen multiethnischen und mehrsprachigen Ansatz verfolgt, der voll und ganz auf die Grundsätze der Südosteuropa-Universität abgestimmt ist.

Eine weitere vom Hohen Kommissar unterstützte Initiative ist das Übergangsjahr-Programm, durch das sich die Anzahl der zu den staatlichen Universitäten von Skopje und Bitola zugelassenen ethnischen Albaner vergrößern soll. Wie schon in früheren Jahren bot das Programm albanischsprachigen Schülern im vierten Jahr der Sekundarschule Intensivkurse in Mazedonisch zur Vorbereitung auf die Universitätsaufnahmeprüfung.

**Georgien.** Im Anschluss an den politischen Umbruch in Georgien Ende 2003 setzte der Hohe Kommissar Schritte zur Schaffung guter Arbeitsbeziehungen mit der neuen Führung des Landes. Bei Besuchen in Tiflis im März und Oktober legte er den Grundstein für die künftige Zusammenarbeit zwischen seinem Büro und der neuen Regierung. Der Hohe Kommissar verfolgte aufmerksam die Auswirkungen der politischen Verhältnisse auf die interethnischen Beziehungen in Georgien, wobei er insbesondere die Minderheitenpolitik der neuen Führung im Auge behielt. Gemeinsam mit dem georgischen Parlament veranstaltete er ein Seminar zur Unterstützung der Regierung bei der Ausarbeitung einer Strategie für bürgerliche Integration, die auf die gesellschaftliche Integration von Minderheiten abzielt. Das Unterrichtsministerium erhielt von ihm Beratung und technische Unterstützung im Hinblick auf die Reform des georgischen Unterrichtswesens.

Zur Unterstützung des Integrationsprozesses in Samzchedschawacheti leitete der Hohe Kommissar ein Konfliktverhütungs- und Integrationsprogramm in die Wege. Diese wirtschaftlich unterentwickelte Region an der Grenze zu Armenien und zur Türkei wird hauptsächlich von Angehörigen der armenischen Minderheit in Georgien bewohnt. Das Programm des Hohen Kommissars umfasst die Vermittlung von Kenntnissen der Staatssprache an öffentlich Bedienstete, Hilfestellung für armenische Abiturienten beim Zugang zu Universitäten durch Verbesserung ihrer Georgischkenntnisse und die Übersetzung georgischer Fernsehsendungen ins Armenische. Diese letztere Initiative beeinflusste die Einstellung der örtlichen Bevölkerung zu den Parlaments- und Präsidentenwahlen des Jahres 2004 und deren Wahlbeteiligung nachhaltig.

Ein wichtiger Schritt in den Bemühungen des Hohen Kommissars, das Recht georgischer Schüler im abchasischen Bezirk Gali auf Unterricht in ihrer Muttersprache zu gewährleisten, war der Start des neuen Projekts „Lehrer für Verständigung“. Im Rahmen dieser Initiative, die auch Vertrauen zwischen den beiden

Volkgruppen aufbauen sollte, konnten Lehrer aus den Bezirken Gali, Tkwardscheli und Otschamtshira ihre Georgisch- und Abchasischkenntnisse verbessern.

**Russische Föderation.** Der Hohe Kommissar besuchte Moskau 2004 zweimal. Bei seinem Besuch im März standen die interethnischen Beziehungen und die Lage nationaler Minderheiten in einigen Staaten der ehemaligen Sowjetunion im Zentrum, darunter die Frage der meschetischen Türken in der russischen Region Krasnodar, insbesondere im Lichte des US-Programms, das Anspruchsberechtigten aus dieser Volksgruppe Flüchtlingsstatus einräumt.

Diese Fragen wurden beim Besuch des Hohen Kommissars im November weiterverfolgt; bei diesem Besuch wurde auch erörtert, wie sich die Reformpläne der russischen Regierung für die Föderation auf die interethnischen Beziehungen auswirken werden.

**Kasachstan.** Angesichts der erheblichen Sprachprobleme usbekischer Studenten bei der Vorbereitung auf die Aufnahmeprüfung für eine der kasachischen Universitäten – die Prüfung wird in kasachischer und russischer Sprache abgehalten – unterstützte der Hohe Kommissar ein Pilotprojekt, das usbekischen Schülern in Südkasachstan bei der Organisation zusätzlicher Sprachkurse hilft. Ein weiteres Projekt, das vom Hohen Kommissar unterstützt wurde, hat die Beobachtung der interethnischen Beziehungen im Land zum Ziel und versorgt sowohl die kasachische Regierung als auch die OSZE mit einschlägigen Informationen und analytischen Daten zu dieser Frage.

**Kirgisistan.** Die Veröffentlichung des Berichts und der Empfehlungen der Arbeitsgruppe „Integration durch Bildung“ im Juli war ein ausschlaggebendes Ereignis für das Engagement des Hohen Kommissars in Kirgisistan. Im ganzen ersten Halbjahr 2004 hatte der Hohe Kommissar die Tätigkeit der Arbeitsgruppe unterstützt. Seine Empfehlungen bildeten die Grundlage weiterer Initiativen des Unterrichtsministeriums des Landes und des Hohen Kommissars zur weiteren Förderung eines integrierten Bildungswesens in Kirgisistan, zum Beispiel im Bereich des mehrsprachigen Unterrichts.

Ein weiteres wichtiges Ereignis war die Einstellung zweier Polizeiexperten, die die Aufgabe hatten, einen Bericht über multiethnische Polizeiarbeit im Land zu erstellen, eine Initiative, die ebenfalls vom Hohen Kommissar unterstützt wurde. Ziel dieses Expertenberichts war es, das Fundament für die Herstellung engerer Beziehungen zu den verschiedenen Volksgruppen in Kirgisistan zu legen und dadurch deren Fähigkeit zur Konfliktverhütung zu stärken.

In Südkirgisistan standen im Zentrum der Tätigkeit des Hohen Kommissars die Beobachtung der interethnischen Beziehungen und ein Projekt zur Schulung von Regierungsbeamten im Umgang mit interethnischen Beziehungen und Minderheitenfragen.

**Tadschikistan.** Während eines Besuchs im Land im November erörterte der Hohe Kommissar mit Beamten und mit Vertretern von nationalen Minderheiten und NROs Fragen betreffend die nationalen

Minderheitengruppen in Zentralasien, darunter die Themen Bildung und Sprachunterricht.

**Turkmenistan.** Der Hohe Kommissar besuchte Turkmenistan im Dezember 2004; anlässlich dieses Besuchs traf er mit dem Präsidenten und anderen hochrangigen Vertretern des Landes zusammen. Der Besuch war Teil der Bemühungen des Hohen Kommissars um einen Dialog mit Turkmenistan zu Minderheitenfragen.

**Usbekistan.** Aufbauend auf einem Besuch im Februar, bei dem es zu Treffen mit Regierungsbeamten und mit

Vertretern von nationalen Minderheitengruppen und NROs gekommen war, hielt der Hohe Kommissar im September eine Konferenz über die Modernisierung des Unterrichts und die Förderung der sozialen Integration in multiethnischen Gesellschaften ab. Die Teilnehmer dieser Veranstaltung in Buchara, die mit dem Unterrichtsministerium organisiert worden war, gingen der Frage nach, wie das Unterrichtswesen unter gleichzeitiger Gewährleistung einer vollen Teilnahme nationaler Minderheiten reformiert werden kann.

[www.osce.org/hcnm](http://www.osce.org/hcnm)

# DER BEAUFTRAGTE FÜR MEDIENFREIHEIT

Die jüngste der drei OSZE-Fachinstitutionen, der OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, wurde 1997 nach einem Beschluss des Lissabonner Gipfeltreffens von 1996 offiziell geschaffen. In Anerkennung der freien Meinungsäußerung als grundlegendes Menschenrecht hat der Beauftragte die Aufgabe, freie, unabhängige und pluralistische Medien in den Teilnehmerstaaten zu gewährleisten. Sein wichtigster Auftrag lautet:

- Beobachtung wichtiger Entwicklungen im Medienbereich in den OSZE-Teilnehmerstaaten und Wahrnehmung einer Frühwarnfunktion in Bezug auf Verletzungen der freien Meinungsäußerung
- Hilfestellung für die Teilnehmerstaaten in enger Absprache mit dem Amtierenden Vorsitzenden, indem er für die vollständige Einhaltung der OSZE-Prinzipien und -Verpflichtungen in Bezug auf freie Meinungsäußerung und Medienfreiheit eintritt und diese fördert

Der zweite OSZE-Beauftragte für Medienfreiheit, Miklós Haraszti, trat sein Amt im März 2004 an. Der Schriftsteller und einstige Regimekritiker Haraszti war einer der Begründer der ungarischen demokratischen Oppositionsbewegung.

Sein Vorgänger, der Deutsche Freimut Duve, übte dieses Amt von Januar 1998 bis Dezember 2003 aus. Das Büro des Beauftragten in Wien verfügt über elf internationale Mitarbeiter.

## Ausgewählte länderspezifische Aktivitäten

**Erster Beurteilungsbesuch in der Ukraine.** Im April absolvierte der neu bestellte Beauftragte seinen ersten Beurteilungsbesuch, der ihn in die Ukraine führte. Auf Einladung der ukrainischen Regierung reiste der Beauftragte nach Kiew, wo er sich einen Überblick über die Mediensituation im Land verschaffte. In seinem anschließenden Bericht an die Teilnehmerstaaten betonte der Beauftragte, dass die Medienlandschaft in der Ukraine insgesamt pluralistisch sei. Es seien verschiedene Ansichten vertreten, über Politiker aller Ebenen werde in den Medien regelmäßig kritisch berichtet, allerdings werde in den Medien noch kein Dialog zwischen verschiedenen Seiten und Auffassungen geführt.

Der Beauftragte verwies anerkennend auf die Existenz mehrerer Gesetze, die allen OSZE-Teilnehmerstaaten, einschließlich einiger älterer Demokratien, nur zu empfehlen seien:

- Die Ukraine sei einer der wenigen OSZE-Teilnehmerstaaten, die den Mut hatten, Verleumdung zu entkriminalisieren;
- die 2003 beschlossene Novelle zum Rundfunk- und Fernsehgesetz habe die Beschränkung der Werbeeinnahmen aufgehoben, was die Medien von verschiedenen „Sponsoren“ unabhängiger mache;
- ein 2003 unterzeichnetes Gesetz, in dem Zensur definiert und verboten wird;
- dieses Gesetz untersagt es außerdem staatlichen und lokalen Stellen, auf Verleumdung unter Geltendmachung von „moralischem Schaden“ zu

klagen, was in der Vergangenheit Medien oft in den finanziellen Ruin trieb.

Trotz alledem geben, so der Beauftragte, gewisse Entwicklungen Anlass zur Sorge und lassen das Engagement der Behörden für freie Meinungsäußerung fraglich erscheinen:

- Die Berichterstattung in den Sendemedien sei eindeutig regierungsfreundlich gefärbt und präsentiere oft nur einen Standpunkt von den vielen, die im Land vertreten werden;
- die Gepflogenheit, so genannte *temniki* – Berichterstattungsrichtlinien an die Adresse der Herausgeber – auszusenden, sollte beendet und durch eine transparente Public-Relations-Strategie mit klar definierten Gesamt- und Einzelzielen ersetzt werden;
- die Einstellung der Ausstrahlung von Programmen von Radio Liberty/Radio Free Europe und anderen westlichen Qualitätsprogrammen in der Ukraine aus angeblich kommerziellen und rechtlichen Gründen rechtfertige eine gewisse Skepsis, da die Maßnahme in einem Wahljahr getroffen wurde;
- die Zuteilung von Frequenzen werde zwar von einer Regierungsstelle, die nicht als unabhängig bezeichnet werden kann, überwacht, doch die tatsächliche Lizenzvergabe werde vom Nationalen Rundfunkrat vorgenommen; dieses zweistufige Lizenzierungsverfahren sei nicht nur kompliziert, sondern öffne auch der politischen Günstlingswirtschaft Tür und Tor;
- im Fall des Journalisten Georgi Gongadse, der 2000 ermordet wurde und dessen Mörder noch immer nicht gefasst sind, werde noch immer ermittelt, obwohl seit Beginn des Falls bereits zum dritten Mal ein neuer Generalstaatsanwalt ernannt wurde.

Zu den Themen seines Beurteilungsbesuchs vom April stellte der Beauftragte in einer Presseaussendung am 30. November fest: „In dieser Zeit der Unruhe nach den Wahlen in der Ukraine bin ich tief beeindruckt von dem feststellbaren Wandel, der allgemeinen Offenheit und Objektivität, die die ukrainischen Medien in ihren Berichten über die Ereignisse an den Tag legen. Das ist etwas, was ich anlässlich meines ersten Beurteilungsbesuchs in der Ukraine im April 2004 nicht gesehen habe.“

**Ausschreitungen im Kosovo: Die Rolle der Medien.** Im April präsentierte der Beauftragte seinen Bericht über die Rolle der Medien bei den tragischen Ereignissen, die Mitte März den Kosovo erschütterten. Er gab mehrere Anregungen, wie Ähnliches in Zukunft verhindert werden könnte, indem im Kosovo die Voraussetzungen für freie, faire und ausgewogene Medien geschaffen werden. Seine erste Empfehlung lautete, die öffentlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten des Kosovo zu stärken und zu einem „Bollwerk der Objektivität, der Fairness und des strukturellen Pluralismus zu machen“.

Der Beauftragte machte in seinem Bericht vor allem drei Probleme für die inadäquate Berichterstattung über die Ereignisse vom März verantwortlich: voreingenommene Darstellung der Ereignisse, Mangel an Pluralität und das Versagen des öffentlich-rechtlichen Rundfunkwesens. Laut seinem Bericht vor dem Ständigen Rat am 22. April hat jedes dieser Elemente für sich, insbesondere aber ihre Kombination, praktisch zu einem – wenn auch vorübergehenden – Verlust an Medienfreiheit im Kosovo beigetragen und dem Frieden zwischen den Volksgruppen und der Demokratie im Kosovo keinen guten Dienst erwiesen. Er gelangte im Wesentlichen zu dem Schluss, dass die mächtigsten Sendeanstalten in zweierlei Hinsicht voreingenommen berichtet hätten: Am 16. und 17. März hatten sie den Tod zweier kosovo-albanischer Kinder als grausamen, verbrecherischen, ethnisch motivierten Mord dargestellt. Als es aber – unmittelbar nach ihrem eigenen Bericht – tatsächlich zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den Volksgruppen kam, wurden diese vor allem in der TV-Berichterstattung als gerechtfertigt dargestellt, ja nahezu gutgeheißen.

In dem Bericht hieß es weiter, dass das öffentlich-rechtliche Rundfunkwesen des Kosovo es verabsäumt habe, eine solide, verlässliche Infrastruktur zu schaffen, die objektive Nachrichten produziert und ein Gegengewicht zu irrationaler und unverantwortlicher Desinformation bildet.

**Die tragischen Ereignisse von Beslan und die Medien.**

Der Beauftragte ließ einen Bericht darüber erstellen, wie die Medien über die Geiselnahme in einer Schule der nordossetischen Stadt Beslan im September berichtet hatten. Laut diesem Bericht hat die Berichterstattung über die Ereignisse bewiesen, dass die Medienfreiheit in Russland Fuß gefasst hat. Allerdings hätten örtliche und internationale Experten und Menschenrechtsaktivisten mehrere bedenkliche Entwicklungen in den Beziehungen zwischen der Regierung und den Medien festgestellt.

In dem Bericht hieß es, dass es zu Verhaftungen und Schikanen gegen Journalisten gekommen sei und diese in ihrer Arbeit stark behindert wurden. Die Regierung habe nicht rechtzeitig wahrheitsgemäß über ihren Umgang mit der Krise informiert und keine näheren Angaben über die Anzahl der Geiseln und Geiselnahmer gemacht und auch nicht darüber informiert, wer die Täter waren und was sie forderten. Vielmehr seien einige Journalisten in Beslan wegen angeblich falscher Information der Öffentlichkeit körperlichen Angriffen ausgesetzt gewesen.

Dem Bericht zufolge mangelte es in Beslan in dreierlei Hinsicht an Glaubwürdigkeit: zwischen der Regierung und den Medien, zwischen den Medien und dem Volk und zwischen dem Volk und der Regierung. Die drei landesweiten Sendeanstalten – die wichtigsten Informationsquellen für das russische Volk – lieferten keine genauen und aktuellen Informationen, und das Informationsmanko wurde letzten Endes durch die Printmedien und Nachrichtenseiten im Internet ausgeglichen, die nach bestem Wissen informierten.

**Beurteilung der Mediensituation in Moldau.** Der zweite Beurteilungsbesuch des Beauftragten führte ihn im Oktober nach Moldau, nachdem sowohl die Regierung als auch die OSZE-Mission in Moldau eine

entsprechende Einladung ausgesprochen hatten. Die Ergebnisse dieses Besuchs legte er dem Ständigen Rat in Form eines Sonderberichts vor.

Nach Ansicht des Beauftragten ist der Medienpluralismus in Moldau hoch entwickelt, sowohl was die Zahl der Medienunternehmen betrifft, als auch hinsichtlich der Meinungsvielfalt. Er berichtete, dass die Medien vor Kritik an Politikern aller Ebenen nicht zurückschreckten, und stellte fest, dass sich die unabhängige Presse in ihren Kommentaren über die staatlichen Behörden kein Blatt vor den Mund nehme. Der Bericht ging auch näher auf eine laufende Debatte über die Entwicklung der Medien ein, die der Außenminister gegenüber dem Beauftragten als „transparent“ beschrieb.

Wichtigstes Diskussionsthema war die Lage der staatlichen Sendeanstalt Tele-Radio-Moldova (TRM). Der Beauftragte würdigte Moldau in seinem Bericht als eines der ersten Länder der Region, die ihre staatlichen Sendeanstalten in einen öffentlichen Dienst umgewandelt hätten. Anlass zur Sorge gäben allerdings die Qualität der Nachrichtensendungen und die massive Unterstützung der Sendeanstalten für die an der Macht befindliche Partei, sowie ein Arbeitskonflikt, der sich langsam zum Politikum entwickelte. Der Beauftragte gab eine Liste von Empfehlungen heraus, die die Mediensituation im Land verbessern könnten:

- TRM ist der einzige im Land produzierte und landesweit ausgestrahlte Sendekanal. Es kann keinen echten Pluralismus geben, wenn keine landesweit ausgestrahlten Kanäle als inländische Mitbewerber vorhanden sind. Angesichts dieser Sachlage ist eine transparente Ausschreibung für eine weitere landesweite Frequenz erforderlich;
- die Zahl der Zeitungen in Regierungseigentum sollte nicht zunehmen, und es sollte keine administrative oder werbungsbezogene Diskriminierung gegen nichtstaatliche Printmedien geben. Es besteht keine Notwendigkeit, die so genannten *raionnye gaseti*, das sind die von den lokalen Verwaltungsbehörden finanzierten Bezirkszeitungen, wieder einzuführen;
- der zivilrechtliche Tatbestand der üblen Nachrede wird nach wie vor mit hohen Strafen geahndet und von öffentlich Bediensteten oft missbraucht. Für diese Strafen könnte eine angemessene Obergrenze eingeführt werden. Die Gerichte sollten mehr Kritik an Exponenten des öffentlichen Lebens zulassen, wie dies bereits in einschlägigen Entscheidungen des Europäischen Menschenrechtsgerichtshofs empfohlen wurde;
- die transnistrischen Medien stehen unter starkem Druck, und internationale Organisationen sollten Wege finden, unabhängigen Journalisten in der Region zu helfen.

## Sonderprojekte

Abschaffung des Straftatbestands Verleumdung  
Die strafrechtliche Verfolgung von Verleumdung ist für eine moderne Demokratie unangemessen, ja sogar abträglich, da die Pressefreiheit und die unbehinderte Erörterung von Fragen von öffentlichem Interesse Schaden nehmen können, wenn Journalisten, die ihre Arbeit tun, wegen Verleumdung verurteilt werden.

Seit mehreren Jahren setzt sich das Büro aktiv für die Streichung der Verleumdung als Straftatbestand ein. Bisher haben fünf OSZE-Teilnehmerstaaten Verleumdung als Straftatbestand abgeschafft und die Zuständigkeit für diese Fragen Zivilgerichten übertragen:

- Bosnien und Herzegowina
- Georgien
- Moldau
- Ukraine
- Vereinigte Staaten von Amerika (abgesehen von 17 Bundesstaaten, in denen gegen Verleumdung nach wie vor strafrechtlich vorgegangen wird)

Es herrscht weitgehend Verständnis für die Notwendigkeit, Journalisten einen gewissen Freiraum einzuräumen, wenn Fragen von öffentlicher Bedeutung diskutiert werden. Wie beim Schutz ihrer Quellen sollten Journalisten auch dann keine strafrechtliche Verfolgung oder leichtfertigen Klagen zu gewärtigen haben, wenn die von ihnen verbreitete Information möglicherweise falsch oder beleidigend ist. Bedenkt man den möglichen „Abkühlungseffekt“, sollte dieses Privileg nicht beschnitten werden dürfen.

Allgemein prüft das Büro mehrere mögliche Lobbying-Strategien in Bezug auf Verleumdung:

- Ermutigung der Parlamentarier, Anträge zur Aufhebung der strafrechtlichen Bestimmungen in Bezug auf Verleumdung zu stellen
- Aufforderung an Regierungsbeamte mittels öffentlicher Informationskampagnen, auf die Inanspruchnahme bestehender strafrechtlicher Bestimmungen für Klagen gegen Medien und Journalisten zu verzichten
- in Ländern, in denen Verleumdung ein strafrechtliches Vergehen darstellt: Ermutigung der Richterschaft, die Verhängung von Freiheitsstrafen, selbst jener auf Bewährung, auszusetzen, bis die nötige Reform durchgeführt ist

2004 begann das Büro des Beauftragten mit der Erstellung einer Datenbank-Matrix über die Verleumdungsgesetze in der OSZE-Region, der ein Rechtskommentar zur Erläuterung der gewonnenen Erkenntnisse angeschlossen werden soll. Dadurch wird es möglich sein, die besten Methoden zur Lösung des Problems herauszuarbeiten. Die Matrix sollte Anfang 2005 vorliegen.

**Schutz der freien Meinungsäußerung im Internet.** Im August organisierte das Büro des Beauftragten in Amsterdam seine zweite Internet-Konferenz. Die Diskussionen bezogen sich unter anderem auf folgende Themen: Rechtsvorschriften und Rechtsprechung für

digitale Netze, Hasspropaganda im Internet, Bildung und Entwicklung von Internetkompetenz, Zugang zu Informationen und Netzen und die Probleme Selbstbeschränkung, Blockierung und Filtern von Internetseiten. Zu den über 100 Teilnehmern zählten internationale Experten und Vertreter der OSZE, des Europarats, der UNESCO, wissenschaftlicher Kreise, von Medien und NROs. Die Teilnehmer der zweitägigen Konferenz betonten, dass nur in jenen Bereichen regulierend eingegriffen werden dürfe, in denen dies absolut notwendig ist, da regulierende Maßnahmen – selbst bei bester Absicht – ernsthafte Folgen für die Medienfreiheit im Internet haben könnten.

Die Ergebnisse der Diskussionen bei dieser Veranstaltung und die Empfehlungen der Teilnehmer wurden in dem vom Beauftragten im Dezember herausgegebenen *Media Freedom Internet Cookbook* präsentiert. Wie bei ähnlichen Publikationen über Software und Programmierung üblich, ist das *Cookbook* eine Sammlung bewährter Praktiken in einem breiten Spektrum internetrelevanter Fragen, und es soll den OSZE-Teilnehmerstaaten eine wertvolle Anleitung im Umgang mit diesem Medium geben.

Das Büro des Beauftragten organisierte auch mehrere Parallelveranstaltungen zur selben Frage bei verschiedenen OSZE-Konferenzen und -Treffen, darunter das Treffen im Juni in Paris über die Zusammenhänge zwischen Hassdelikten und rassistischer, fremdenfeindlicher und antisemitischer Propaganda im Internet, die Brüsseler Konferenz über Toleranz und den Kampf gegen Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Diskriminierung und im Oktober das Jährliche Implementierungstreffen zur menschlichen Dimension des BDIMR in Warschau.

**Gemeinsame Erklärung zum Informationszugang.** Im Dezember gab der Beauftragte mit dem VN-Sonderberichterstatter für Meinungsfreiheit, freie Meinungsäußerung und die Medien sowie mit dem Sonderberichterstatter für freie Meinungsäußerung der Organisation amerikanischer Staaten eine Gemeinsame Erklärung über den Zugang zu Informationen heraus. Die in diesem Dokument enthaltenen Grundsätze und Empfehlungen sind von großem Interesse für die OSZE-Gemeinschaft, da darin festgestellt wird, dass es ohne das Recht der Bürger auf Zugang zu den bei den staatlichen Behörden vorhandenen Informationen keine freie Presse geben kann.

In der Erklärung heißt es, dass der Zugang zu Informationen ein grundlegendes Menschenrecht ist, das auf nationaler Ebene durch ausführliche Rechtsvorschriften, etwa durch den Erlass eines Gesetzes über Informationsfreiheit, verwirklicht werden sollte. Weiters wird darin festgestellt, dass der Grundsatz der größtmöglichen Offenlegung in modernen Geheimhaltungsregeln verankert werden müsse, die von der Annahme ausgehen, dass jede Information zugänglich sein muss und es davon nur wenige, klar definierte Ausnahmen geben darf.

In dem Dokument wird festgestellt, dass für den Schutz der Vertraulichkeit von zu Recht geheimen Informationen ausschließlich die staatlichen Behörden sowie jene Beamten zuständig sind, die von Amts wegen

im Besitz dieser Informationen sind. Andere Personen, darunter Journalisten und Vertreter der Zivilgesellschaft, sollten daher niemals für die Veröffentlichung oder Weiterverbreitung dieser Informationen haftbar gemacht werden, unabhängig davon, wie sie in deren Besitz gelangten, sofern sie sich zur Erlangung dieser Informationen nicht des Betrugs oder einer anderen Straftat schuldig gemacht haben.

Der Beauftragte und die Sonderberichterstatter sprachen sich für eine Reform der Strafgesetzbücher aus, deren Zweck es wäre, strafrechtliche Bestimmungen aufzuheben oder abzuändern, die die Haftung für die Verbreitung von Staatsgeheimnissen nicht auf jene beschränken, die berechtigt sind, diese Informationen zu besitzen.

**Sechste zentralasiatische Medienkonferenz in Tadschikistan.** Im September veranstaltete der Beauftragte in Duschanbe die sechste zentralasiatische Medienkonferenz. Diese bot zentralasiatischen Journalisten ein Forum zur Diskussion über Verleumdung und Informationsfreiheit aus ihrer auf eigene Erfahrungen gestützten Sicht. Die mehr als 100 Journalisten, die an der Konferenz teilnahmen, waren sich darin einig, dass die unzeitgemäßen Verleumdungsgesetze in den zentralasiatischen Ländern der Pressefreiheit schaden. Die Teilnehmer, von denen einige schon selbst wegen Verleumdung unter Anklage standen, erörterten mehrere individuelle Fälle.

Die Konferenz machte deutlich, dass in der Region noch immer erhebliche Probleme in Bezug auf die Informationsfreiheit bestehen. Keines der Länder der Region verfügt über Gesetze, die den internationalen Standards in Bezug auf Informationszugang entsprechen, und oft wird – zum Teil missbräuchlich – von Gesetzen über Staatsgeheimnisse Gebrauch gemacht, die das Recht auf Zugang zu Informationen aushöhlen. Es sind beträchtliche Anstrengungen erforderlich, um sicherzustellen, dass die Region im Einklang mit allen anderen OSZE-Teilnehmerstaaten das Recht der Öffentlichkeit und der Medien auf Zugang zu Informationen anerkennt.

**Verleumdung und Medienfreiheit im südlichen Kaukasus.** Ähnliche Themen wurden auf der ersten Medienkonferenz im Südkaukasus im Oktober in Tiflis diskutiert. Die Erörterungen bezogen sich konkret auf die Entwicklungen in Bezug auf die Verleumdungsgesetze in den drei Ländern der Region – Armenien, Aserbaidschan und Georgien. Georgien hatte Anfang 2004 den Straftatbestand Verleumdung aufgehoben, und Armenien machte einen wichtigen Schritt vorwärts, als es das Strafmaß für Verleumdung herabsetzte. In Aserbaidschan begann man mit der Ausarbeitung eines neuen Gesetzes zur Regelung der Rufschädigung, der Verleumdungsfrage und des Persönlichkeitschutzes.

Der Zugang zu amtlichen Informationen stellt für die Medien im südlichen Kaukasus noch immer ein großes Problem dar. Einige der von den Journalisten auf der Konferenz angesprochenen Haupthindernisse waren ähnlich gelagert wie in Zentralasien: ungenügende Umsetzung bestehender Gesetze über den Informationszugang, übertrieben strenge Gesetze über Staatsgeheimnisse und zu hohe Strafen für Verstöße, der Mangel an Wissen der Öffentlichkeit über ihr Recht auf Informationszugang und der Mangel an Professionalität bei den Medien.

Ein vom Beauftragten veranlasster Bericht und eine Untersuchung der Medien-NRO *Article 19* analysierten die Berührungspunkte zwischen Medienfreiheit und Informationsfreiheit. Der Bericht nennt dutzende Fälle aus dem Jahr 2004, in denen Medienunternehmen und Journalisten in den drei Ländern des Südkaukasus der Zugang zu Informationen verwehrt wurde.

**Gespräch am runden Tisch in Baku.** Im Oktober organisierten der Beauftragte und der Europarat einen Runden Tisch in Baku, bei dem Parlamentarier, Richter sowie internationale und örtliche Experten zusammenkamen, um über Gesetzgebungsprozesse in Bezug auf Verleumdung und Informationsfreiheit zu sprechen.

Da Aserbaidschan gerade im Begriff war, Gesetze zu diesen Fragen abzuändern bzw. zu verabschieden, konzentrierte sich die Diskussion auf die zwei Rechtsgutachten, die die beiden Organisationen im Herbst in Auftrag gegeben hatten. Als Mitglied sowohl der OSZE als auch des Europarats passt Aserbaidschan derzeit seine Rechtsvorschriften an internationale Verpflichtungen und Standards an. Der Gedankenaustausch zwischen örtlichen und internationalen Experten war somit ein wichtiges Element in diesem Prozess.

**Rechtsgutachten.** Auf Ersuchen des albanischen Premierministers erstellten der Parlamentarische Medienausschuss und der Nationale Rundfunk- und Fernsehrat sowie der von der OSZE eingerichtete Veronika-Guerin-Rechtsschutzfonds sieben Rechtsgutachten für Albanien. Zwei davon wurden gemeinsam mit dem Europarat in Auftrag gegeben.

Der Fonds, der 2003 von Freimut Duve, dem ersten Beauftragten für Medienfreiheit, ins Leben gerufen wurde, stellt Mittel zur Verteidigung bedürftiger Journalisten zur Verfügung. Er wird durch freiwillige Beiträge von OSZE-Teilnehmerstaaten, Menschenrechtsorganisationen und Privatpersonen finanziert. 2004 erstellte der Fonds insgesamt 18 Rechtsgutachten.

[www.osce.org/fom](http://www.osce.org/fom)

# SEKRETARIAT

Aktivitäten des Sekretariats | Partnerschaften für Sicherheit und Zusammenarbeit

# AKTIVITÄTEN DES SEKRETARIATS

Das Sekretariat mit Sitz in Wien leistet wichtige Unterstützungsarbeit für die Teilnehmerstaaten, den Vorsitz und die Fondsmanager der Organisation. In den verschiedenen Gruppen und Abteilungen des Sekretariats arbeiten rund 330 Bedienstete. Trotz großer Herausforderungen im Jahr 2004 konnte das Sekretariat seiner Unterstützungsfunktion gerecht werden. In diesem Jahr wurde auch die vom Generalsekretär 2001 in Angriff genommene tief greifende Managementreform abgeschlossen. Dank dieser Reform war die Organisation besser in der Lage, die politischen Beschlüsse der Teilnehmerstaaten rasch und flexibel in die Tat umzusetzen. Der Reformprozess muss jedoch weiter gehen. Die OSZE braucht Kontinuität, Kohärenz und Koordination, wofür mit der Stärkung der Rolle des Generalsekretärs durch den Ministerrat von Sofia die nötigen Voraussetzungen geschaffen wurden.

**Gewährleistung der Sicherheit des Personals.** OSZE-Bedienstete arbeiten oft unter schwierigen Bedingungen. Dank der vom Generalsekretär ergriffenen Maßnahmen stieg das Sicherheitsbewusstsein in der gesamten Organisation, und das Management der tagtäglichen Arbeit im Sicherheitsbereich und die damit einhergehende Überwachung verbesserten sich spürbar. Alle Sicherheitsfragen wurden der direkten Zuständigkeit des Generalsekretärs unterstellt, und im Büro des Generalsekretärs wurde eine Gruppe Sicherheitsmanagement eingerichtet. Im Dezember wurde ein neues Sicherheitsmanagementsystem eingeführt, das die effektive und effiziente Durchführung der Aktivitäten der Organisation unter Gewährleistung der Sicherheit und des Wohlergehens der Mitarbeiter ermöglichen soll.

**Das Konfliktverhütungszentrum.** Die Kernaufgabe des Konfliktverhütungszentrums (KVZ) besteht darin, den Vorsitz zu beraten und alle OSZE-Feldeinsätze aktiv zu unterstützen. Das Zentrum unterstützte den Vorsitz unter anderem bei der Verfolgung der Entwicklungen in Transnistrien, in Moldau und im Südkaukasus, um in der Folge die Bemühungen in den Verhandlungen um eine friedliche Beilegung der Konflikte in diesen Regionen verstärken zu können. Weitere Beiträge galten der Unterstützung konkreter Initiativen des Vorsitzes, z. B. der Bildungsarbeit als Instrument der Konfliktverhütung. Das KVZ war auch wie bisher eine wichtige Säule der politisch-militärischen Sicherheitsdimension der OSZE und stellte sein Wissen dem Forum für Sicherheitskooperation zur Verfügung. Es leistete Teilnehmerstaaten Hilfestellung bei Projekten vor Ort und bei Beurteilungsbesuchen zum Thema Kleinwaffen und leichte Waffen bzw. konventionelle Munition. Im Bereich des Grenzmanagements und der Grenzsicherheit führte ein Expertenteam erfolgreich die erste Phase des Südosteuropäischen grenzüberschreitenden Kooperationsprogramms der OSZE durch.

**Bekämpfung des Terrorismus.** Die Gruppe Terrorismusbekämpfung trug als zentrale Anlaufstelle

für die Tätigkeit der OSZE im Kampf gegen den Terrorismus wesentlich zur Umsetzung der diesbezüglichen Beschlüsse der Teilnehmerstaaten bei und ergänzte die Arbeit der VN in diesem absolut vorrangigen Bereich. Die Gruppe ist federführend in den OSZE-Bemühungen, durch die mittels Workshops und Konferenzen zur Ratifikation und Umsetzung der zwölf weltweiten Übereinkommen und Protokolle über die Bekämpfung des Terrorismus angeregt werden soll. Mit Stand Ende 2004 waren 33 Teilnehmerstaaten Vertragsparteien aller zwölf Rechtsakte.

**Bekämpfung des Menschenhandels.** Das Sekretariat unterstützt nach besten Kräften die Vorgehensweise der Organisation im Kampf gegen den Menschenhandel, die alle drei OSZE-Dimensionen erfasst. Nach der Ernennung von Helga Konrad im Mai zur Sonderbeauftragten für die Bekämpfung des Menschenhandels wurde im Sekretariat die Unterstützungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels geschaffen. Sie dient als Koordinationsstelle für die Zusammenarbeit mit anderen einschlägig tätigen Organisationen und soll die Teilnehmerstaaten, die Sonderbeauftragte, den Amtierenden Vorsitzenden und den Generalsekretär im wirksamen Kampf gegen den Menschenhandel unterstützen (siehe auch Seite xx).

**Polizeiarbeit.** Die Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten verbesserte weiter die Kompetenz der Teilnehmerstaaten im Umgang mit der von kriminellen Aktivitäten ausgehenden Gefahr und unterstützte die Staaten bei der Bewahrung der Rechtsstaatlichkeit. So soll etwa ihr Polizeiunterstützungsprogramm für Kirgisistan im Juli 2005 abgeschlossen werden. Bedarfsermittlungsmissionen fanden in Armenien und Aserbaidschan statt, eine weitere ist für Georgien geplant. Die Gruppe leistete auch wesentliche Beiträge zur Arbeit an grenzpolizeilichen Fragen in Südosteuropa im Zuge des Ochrid-Prozesses. Sie war außerdem bemüht, die laufende Arbeit der OSZE im Kampf gegen den Menschenhandel zu ergänzen.

**Wirtschafts- und Umweltdimension.** Nach der Verabschiedung des Strategiedokuments für die Wirtschafts- und Umweltdimension durch den Ministerrat von Sofia verstärkte die OSZE 2004 ihre Tätigkeit im Wirtschafts- und Umweltbereich erheblich. Sie prüfte die Empfehlungen des Zwölften Wirtschaftsforums in Prag und schlug konkrete Folgemaßnahmen in den Bereichen Entwicklung kleiner Unternehmen, Investitionstätigkeit, Qualifizierungsmaßnahmen, wirtschaftliche Integration und Bekämpfung der Korruption vor. Seit dem Wirtschaftsforum 2004 widmet sich die OSZE auch einem Überprüfungsprozess in Bezug auf die von den Teilnehmerstaaten eingegangenen Verpflichtungen im Wirtschafts- und Umweltbereich. Ein wichtiger Partner in diesen Bemühungen ist die Wirtschaftskommission

der Vereinten Nationen für Europa, mit der der Generalsekretär auf dem Ministerrat von Sofia eine Vereinbarung unterzeichnete. Das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE präsentierte außerdem ein Handbuch über bewährte Praktiken zur Bekämpfung von Korruption, und der Kampf gegen die Geldwäsche und gegen die Finanzierung des Terrorismus wurde verstärkt. Nach einer ersten Bestandsaufnahme identifizierte die OSZE/VN-Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) eine Reihe konkreter Umweltfragen, in denen internationaler Handlungsbedarf besteht. Im Juli schloss sich die NATO der Initiative an.

**Mehr Profil für die OSZE in der Öffentlichkeit.** Die Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit stellte ein neues, alle zwei Monate erscheinendes OSZE-Magazin im Vielfarbendruck vor, das den neun Jahre alten OSZE-Newsletter ersetzen wird. Die in Form und Inhalt erheblich verbesserte Publikation ist sowohl gedruckt als auch in einer Online-Version auf Englisch und Russisch verfügbar. Die OSZE-Website wurde neu gestaltet und wird Anfang 2005 wieder ins Netz gestellt. Beide Maßnahmen sollen mithelfen, ein breiteres Publikum zu erreichen und den Zugang zu Informationen über die Arbeit der OSZE zu erleichtern. Die Mitarbeiter der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit bedienen sowohl die klassischen als auch die Online-Medien, für Interessierte mit ausgeprägtem beruflichem oder wissenschaftlichem Interesse wurde das Besucherprogramm erweitert.

**Managementreform vor dem Abschluss.** Die vom Generalsekretär 2001 eingeleitete umfassende Managementreform wird in Kürze abgeschlossen sein. Dank dieser Reform ist die OSZE besser vorbereitet und gerüstet, die Teilnehmerstaaten, den Vorsitz und ihre Fondsmanager bei der operativen Tagesarbeit zu unterstützen und politische Entscheidungen in die Praxis umzusetzen. Das Kernstück der Reform ist der Gesamthaushaltsprozess, der für den Ständigen Rat ein wesentliches Instrument zur Orientierung und Kontrolle der OSZE-Arbeit ist. Er gibt konkrete Jahresziele und Leistungsparameter für die OSZE-Programme vor.

Um bewährte Praktiken in die Managementprozesse einfließen zu lassen, führte die OSZE ein modernes Managementsystem auf der Grundlage der neuesten Informations- und Kommunikationstechnologie ein – das integrierte Ressourcenmanagementsystem (IRMA). Im Sinne dieses neuen Systems werden klare individuelle Aufgabenbereiche und entsprechende Vollmachten zugewiesen und ein hierarchisch gegliedertes Berichtswesen eingeführt. Die Investitionen in IRMA – und sein Dokumentenmanagementsystem *Doc.In* – betragen insgesamt 7,4 Millionen Euro, wobei durch gestraffte Managementprozesse erhebliche Einsparungen erzielt werden können. Die externen Wirtschaftsprüfer zollten der OSZE große Anerkennung für IRMA, das auch viel Aufmerksamkeit seitens anderer internationaler Organisationen erregt hat.

**Personalmanagement.** Die Hauptabteilung Personalressourcen war in die Entwicklung und Umsetzung der IRMA-Bestandteile, die mit dem Personalwesen zu tun haben, aktiv eingebunden. Der wichtigste Mechanismus für die Rekrutierung entsandter

Mitarbeiter für die Feldeinsätze – Schnelle Einsatzgruppen für Expertenhilfe und Kooperation (REACT) – wurde erfolgreich mit IRMA verknüpft. Für mit Vertragspersonal zu besetzende Posten im Sekretariat, in den Institutionen und den Feldeinsätzen wurde ein Rekrutierungssystem im Internet implementiert, das Kandidaten eine Online-Bewerbung ermöglicht und den Rekrutierungsprozess beschleunigt. Die Anzahl der Schulungen wurde erhöht und ihre Qualität verbessert. Das Fehlen einer entsprechenden Rechtsstellung und von Vorrechten und Immunitäten in den meisten Teilnehmerstaaten erwies sich nach wie vor als Hindernis für die reibungslose Durchführung der OSZE-Aktivitäten.

**Genderfragen.** Die wichtigste Aktivität im Bereich der Genderfragen war die Überarbeitung des bestehenden Aktionsplans zu Fragen der Gleichberechtigung von Mann und Frau. Die Leitende Beraterin für Gleichbehandlungsfragen unterstützte die informelle Arbeitsgruppe „Gleichstellungsfragen und Bekämpfung des Menschenhandels“ laufend in dem Prozess, der zur Verabschiedung des PC-Beschlusses Nr. 638 über den Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern führte. Ferner wurde der Leitfaden für OSZE-Bedienstete über Genderaspekte in der Konfliktfolgezeit aus dem Jahr 2001 aktualisiert, um sicherzustellen, dass er von den Missionsmitarbeitern in ihrer Genderarbeit als Referenzdokument verwendet wird. Das Sekretariat sorgte weiter dafür, dass sich seine eigenen Mitarbeiter an die Vorgaben für ein professionelles Arbeitsumfeld halten.

**Interne Aufsicht.** Im abgelaufenen Jahr wurden große Fortschritte beim Umbau und bei der Professionalisierung des Büros für Interne Aufsicht gemacht. Diese mit konzessionierten Wirtschaftsprüfern besetzte Dienststelle wurde zu einem wichtigen Werkzeug zur Überwachung der Einhaltung des geltenden Regelwerks und stellt sicher, dass in der gesamten Organisation eine ausreichende interne Kontrolle stattfindet. Verstärkung werden die interne und die externe Aufsicht durch den Rechnungsprüfungsausschuss erhalten, der im Dezember 2004 vom Ständigen Rat eingesetzt wurde. Die Interne Aufsicht nützt bewährte Praktiken und stützt sich auf Risikobeurteilungsmethoden zur Entwicklung eines Arbeitsplans für ihre Prüftätigkeit. Der Plan für das Jahr 2005 berücksichtigt Risiken in Verbindung mit den Aktivitäten und Einsätzen und zieht gleichzeitig die Prioritäten der Organisation sowie die Notwendigkeit in Betracht, die Prüfungstätigkeit ausgewogen auf die Feldpräsenzen, die Institutionen und das Sekretariat zu verteilen. Die Prüfung, ob angemessene Kontrollen stattfinden und Bestimmungen hinreichend befolgt werden, wird weiter einen Grundpfeiler des internen Aufsichtsprogramms bilden; gleichzeitig wird das Büro aber seinen Tätigkeitsbereich auf die Durchführung von Managementprüfungen und -inspektionen, Programmevaluierungen und Untersuchungen ausweiten. Darüber hinaus wird auch die Umsetzung früherer Prüfeempfehlungen verfolgt werden, um sicherzustellen, dass sich das Management an diese Empfehlungen hält.

**Zusammenarbeit mit anderen internationalen Organisationen.** Das Sekretariat verstärkte weiter seine Verbindungen zu Partnerorganisation auf allen Ebenen.

Die OSZE spielte eine aktive Rolle bei den Treffen des VN-Sicherheitsrats mit regionalen Organisationen über die Zusammenarbeit in Stabilisierungsprozessen. Verstärkt wurden auch die Beziehungen zwischen dem Sekretariat und der EU. Die Arbeitsbeziehungen mit dem Europarat waren besonders dynamisch, und die Konsultationen mit der NATO wurden auf allen Ebenen fortgesetzt.

***Die Kooperationspartner im Mittelmeerraum und in Asien.*** Gemeinsam mit der OSZE-Troika war das Sekretariat weiter um eine Intensivierung der

Beziehungen zu den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien bemüht. Nach der Verabschiedung eines entsprechenden Beschlusses des Ständigen Rates am 2. September 2004 wurde die Mongolei im Kreis der asiatischen Kooperationspartner willkommen geheißen. Erstmals führte die OSZE eine Wahlbeobachtung in einem Partnerstaat durch. Im Oktober wurde ein Wahlunterstützungsteam der OSZE mit nahezu 50 Wahlexperten nach Afghanistan zu den ersten Präsidentenwahlen, die in diesem Land je stattgefunden haben, entsandt – ein Meilenstein sowohl für Afghanistan als auch für die OSZE.

# BERICHT DES DIREKTORS DES KONFLIKTVERHÜTUNGSZENTRUMS

„Das KVZ verbindet direkte Unterstützung für die Feldeinsätze mit viel Fachwissen in der politisch-militärischen Dimension der Sicherheit – es wurde somit ein einzigartiges Modell einer erfolgreichen Interaktion zwischen geographischen und thematischen Einheiten. Die Partnerstaaten und -organisationen haben ein lebhaftes Interesse an unserem Konfliktverhütungsmodell signalisiert. Die Erfahrungen und das Fachwissen des KVZ waren in diesem Jahr sehr gefragt.“

**Botschafter Lamberto Zannier, Direktor des Konfliktverhütungszentrums**

Das Konfliktverhütungszentrum (KVZ) spielt eine Schlüsselrolle bei der Unterstützung der OSZE-Aktivitäten vor Ort, indem es die Tätigkeit der Feldeinsätze koordiniert und ihnen bei der Umsetzung ihrer Mandate behilflich ist. Es ist außerdem die zentrale Anlaufstelle im Sekretariat für die Weiterentwicklung der OSZE-Tätigkeit in der politisch-militärischen Dimension. So hat das KVZ insbesondere den Vorsitz, den Generalsekretär und die Entscheidungsgremien bei der Umsetzung der OSZE-Aufgaben in den Bereichen Frühwarnung, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Konfliktnachsorge zu unterstützen.

Das KVZ ist in folgende Organisationseinheiten gegliedert:

- die Abteilung Missionsprogramme als wichtigste Koordinations- und Verbindungsstelle für die OSZE-Feldeinsätze
- die Gruppe Projektkoordination, die die Feldeinsätze bei der Planung, Entwicklung und Bewertung außerbudgetärer Projekte unterstützt
- die Gruppe Einsatzplanung, die neben der Planung künftiger Einsätze auch mögliche Krisengebiete identifiziert und für Frühwarnung und Analysen sorgt
- das Lage-/Nachrichtenzentrum, das Entwicklungen in den OSZE-Regionen beobachtet und als Kriseneinheit in Notsituationen dient
- die FSK-Unterstützungsgruppe, die in Fragen der politisch-militärischen Dimension der Sicherheit berät und ihr diesbezügliches Fachwissen zur Verfügung stellt

2004 stand das KVZ im Mittelpunkt der OSZE-Bemühungen um eine größere Geschlossenheit sämtlicher Programmaktivitäten der Organisation, durch die eine angemessene Ausgewogenheit zwischen den drei OSZE-Dimensionen erreicht und eine entsprechende Abstimmung mit anderen internationalen und subregionalen Organisationen sichergestellt werden soll. Angesichts seiner Rolle, die in der direkten Unterstützung der Feldeinsätze der Organisation besteht, war das KVZ bestens geeignet, die praktische Einsatzperspektive in Veranstaltungen zur ersten Dimension einzubringen, die es organisierte und in denen es den Kovorsitz führte, wie die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz, die OSZE/UNODC-Konferenz über Grenzsicherheit und Grenzmanagement, eine Sondertagung über Minenräumung und die

Konferenz über die Umsetzung des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition. Umgekehrt erhielt das KVZ so Gelegenheit, Erkenntnisse aus all diesen Veranstaltungen in regelmäßigen Treffen mit den Leitern der Feldeinsätze an diese weiterzugeben.

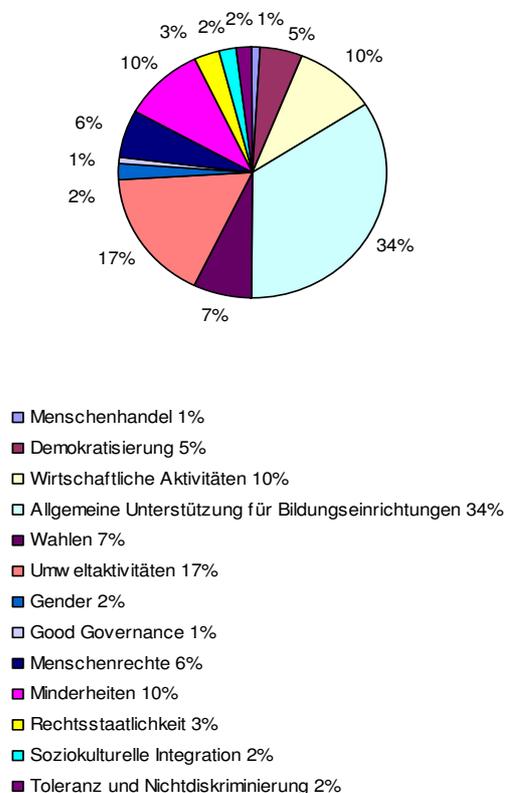
**Verbindung zu den OSZE-Feldeinsätzen: die Abteilung Missionsprogramme.** Die Abteilung Missionsprogramme ist die erste Koordinierungsstelle zwischen den OSZE-Feldeinsätzen, dem Sekretariat und dem Vorsitz. Sie gliedert sich in vier regionale Referate: Südosteuropa, Osteuropa, Kaukasus und Zentralasien.

Die jeweils zuständigen Mitarbeiter der Abteilung beraten die Feldeinsätze in Programmfragen sowie in grundsatzpolitischen und Managementfragen und helfen mit, Besuche des Amtierenden Vorsitzenden und anderer OSZE-Funktionsträger vor Ort vorzubereiten. Bei mehreren Gelegenheiten erging eine Frühwarnung über Entwicklungen vor Ort an den Vorsitz und an die Delegationen der OSZE-Teilnehmerstaaten.

2004 verlangten mehrere Fragen besondere Aufmerksamkeit seitens der Abteilung Missionsprogramme:

- Das Referat Südosteuropa koordinierte die gemeinsamen Bemühungen der OSZE-Feldeinsätze, der Institutionen und des Vorsitzes um ein erstes Treffen örtlicher Verantwortlicher zur Zeugenfrage im Zusammenhang mit Kriegsverbrecherprozessen, die im November in Serbien und Montenegro stattfanden.
- Das Referat Osteuropa verfolgte die Krise in Transnistrien nach der Schließung von Schulen, die in lateinischer Schrift unterrichten, und unterstützte die Bemühungen des Vorsitzes in den Verhandlungen um eine friedliche Beilegung des Konflikts.
- Das Referat Kaukasus arbeitete für den Vorsitz Vorschläge betreffend das zukünftige Vorgehen in Konfliktfällen aus.
- Der Vorsitz wurde gemeinsam mit der Gruppe Einsatzplanung in Bildungsfragen beraten, und das Referat Zentralasien leistete Hilfestellung bei der Organisation einer Ministerkonferenz über Bildung als Investition in die Zukunft im April in Taschkent.

**Thematische Gliederung der Bildungsbezogenen Aktivitäten der OSZE  
(Grafik Gesamt: ~ 10,4 Millionen EUR)**



**Koordination außerbudgetärer Aktivitäten: die Gruppe Projektkoordination.** Die OSZE-Feldeinsätze setzen vermehrt Projekte um, die aus außerbudgetären Mitteln finanziert werden. Aufgabe der Gruppe Projektkoordination ist es, die Feldeinsätze bei der Planung, Entwicklung und Evaluierung dieser außerbudgetären Aktivitäten zu unterstützen. Im Planungsstadium ist die Koordination mit den OSZE-Institutionen und dem Sekretariat besonders wichtig. 2004 prüfte die Gruppe insgesamt 121 von den Feldeinsätzen geplante außerbudgetäre Projekte im Gesamtwert von über 18,7 Millionen Euro ([www.osce.org/osceprojects](http://www.osce.org/osceprojects)).

Anhand eines von der Hauptabteilung Personalressourcen 2003 erstellten Handbuchs leistete die Gruppe einen Beitrag zu Schulungskursen für alle neu eingestellten Mitarbeiter und folgte damit der Managementphilosophie der OSZE. Die Gruppe organisierte außerdem in Partnerschaft mit dem OCEEA und dem BDIMR einen gemeinsamen Workshop, bei dem zukünftige Aktivitäten in Usbekistan geplant wurden. Damit verstärkte das KVZ die Zusammenarbeit zwischen Feldeinsätzen, Institutionen und dem Sekretariat.

Nachdem der bulgarische Vorsitz die Förderung der Bildung als Instrument der Konfliktverhütung zu einem

der Schwerpunktthemen erklärt hatte, stellte die Gruppe einen umfassenden Überblick über alle Bildungsprojekte der OSZE zusammen und sammelte und analysierte zu diesem Zweck systematisch Informationen über alle Initiativen in diesem Bereich.

**Fachspezifische Beratung für den Vorsitz: die Gruppe Einsatzplanung.** Die Gruppe Einsatzplanung ist durch ihre Frühwarn- und Analysefunktion ein wichtiges Instrument zur Unterstützung des Vorsitzes und der Delegationen bei der Planung zukünftiger Feldeinsätze und der Identifizierung potenzieller Krisengebiete. Die Gruppe verfügt außerdem über ein kleines Analyseteam, das Hintergrunddokumente und Situationsanalysen ausarbeitet. Dieses Team spielte auch eine wichtige Rolle, indem es dem Vorsitz bei der Vorbereitung und den Anschlussmaßnahmen an die im Juni abgehaltene Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz Hilfestellung leistete.

Zum weiteren Ausbau der operativen Verbindungen zu Partnerorganisationen nahm die Gruppe im März an der Krisenmanagementübung der NATO (CMX 04) und im Mai an der Krisenmanagementübung der EU (CME 04) teil. Sie beobachtete auch die erste Verfahrensübung von NATO und Russland im September. Die Gruppe gibt ihre Erfahrungen an andere internationale Organisationen wie die Vereinten Nationen weiter, was die operativen Verbindungsstrukturen weiter verbessern und mithelfen wird, rascher und effizienter auf Entwicklungen vor Ort zu reagieren.

**Grenzsicherheit und Grenzmanagement.** 2004 richtete das KVZ innerhalb der Gruppe Einsatzplanung ein Team von drei Experten ein, die sich mit Grenzmanagement- und Grenzsicherheitsfragen befassen. Eine seiner wichtigsten Aufgaben bestand in der Durchführung der ersten Phase des grenzüberschreitenden Kooperationsprogramms der OSZE für Südosteuropa. Dieses Programm besteht aus einer Reihe von sechs Seminaren/Workshops in der Region zur Förderung von grenzüberschreitenden Managementübereinkommen über die Einführung einer grenzpolizeilichen Tätigkeit, gemeinsame Schulungsübungen, die Zusammenarbeit zwischen Strafverfolgungsbehörden, Fragen „blauer Grenzen“ (Meere, Flüsse und Seen) und ähnliche Themen. An den Seminaren nahmen zahlreiche leitende Beamte der Grenzpolizeibehörden Südosteuropas teil. Die zweite Phase des Programms, die 2005 beginnen soll, wird sich auf praktische Durchführungsaspekte der in der ersten Phase entwickelten Übereinkommen konzentrieren.

Entsprechend den Ersuchen einiger Teilnehmerstaaten führte das Team Beurteilungsbesuche in Georgien und Zentralasien durch, wobei Bereiche aufgezeigt werden sollten, in denen die OSZE bei der Verbesserung des Grenzmanagements und der Grenzsicherheit Hilfestellung leisten könnte. Das KVZ unterstützte darüber hinaus die informelle OSZE-Arbeitsgruppe Grenzen und spielte eine wichtige Rolle bei der Vorbereitung und Durchführung einer gemeinsamen OSZE/UNODC-Konferenz von Sachverständigen für Grenzmanagement und Grenzsicherheit im September.

**Sieben Tage rund um die Uhr im Einsatz: der Sitroom.** Das Team der Diensthabenden im Lage-

/Nachrichtenzentrum (Sitroom) sorgte weiterhin für die Weitergabe von Informationen rund um die Uhr und bestätigte damit seine Funktion als wichtige Kontaktstelle der Organisation, insbesondere außerhalb der regulären Arbeitszeiten. Der Sitroom sorgt für rechtzeitige Information in Krisenzeiten, unterstützt bei Bedarf die medizinisch bedingte Rückholung von Missionsmitarbeitern und erfüllt durch unablässige Beobachtung der elektronischen Medien und des Internet eine Frühwarnfunktion gegenüber dem Generalsekretär.

**FSK-Unterstützungsgruppe.** Die Gruppe unterstützte weiter das Forum für Sicherheitskooperation (FSK) und den Vorsitz durch Fachberatung sowie durch Monats- und Quartalsberichte über die Umsetzung von vertrauens- und sicherheitsbildenden Maßnahmen durch die OSZE-Teilnehmerstaaten. Sie bereitete auch Hintergrundinformationen für wichtige Treffen in der politisch-militärischen Dimension vor, darunter das Jährliche Treffen zur Beurteilung der Durchführung, die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz und eine FSK-Sondersitzung über die Umsetzung des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition.

Um die Parlamentarier aus OSZE-Staaten besser mit dem Verhaltenskodex zu politisch-militärischen Aspekten der Sicherheit vertraut zu machen, organisierte das KVZ eine Konferenz über die parlamentarische Kontrolle der Streitkräfte. An der Veranstaltung, in deren Mittelpunkt die Entwicklung nationaler Praktiken zur Kontrolle der Streitkräfte durch die Parlamente in einem sich ändernden Sicherheitsumfeld stand, nahmen über 100 Parlamentarier und Regierungsvertreter aus den 55 Teilnehmerstaaten teil.

In dem Bestreben, die Aktivitäten des Forums in Bezug auf Kleinwaffen und leichte Waffen zu unterstützen,

erarbeitete die FSK-Unterstützungsgruppe einen umfassenden Überblick über die Zerstörung und die Ausfuhr/Einfuhr aller Kategorien dieser Waffen im OSZE-Gebiet. Die Gruppe setzte ein 2003 begonnenes Projekt fort und veröffentlichte das OSZE-Handbuch mit dem Titel „Praxisleitfäden zu Kleinwaffen und leichten Waffen“ in allen sechs Arbeitssprachen der OSZE. Durch zwei regionale Seminare – im Mai in Aschgabad und im Juli in Skopje – konnte ein großer Teilnehmerkreis mit dem Inhalt des Handbuchs vertraut gemacht werden. Die Vertreter der Gruppe führten ein OSZE-Expertenteam bei Beurteilungsbesuchen in Belarus und Tadschikistan an; diese ersten konkreten Schritte in Richtung einer Verbesserung der Sicherheit von Lagerbeständen und der Zerstörung überschüssiger Kleinwaffen und Munition im OSZE-Gebiet sollen 2005 weitergehen.

**Verbesserung des Informationsaustausches: das Kommunikationsnetz.** Das OSZE-Kommunikationsnetz, das für direkte Nachrichtenverbindungen zwischen den Hauptstädten der Teilnehmerstaaten sorgt, wurde 2004 weiter aufgerüstet. Das für die Betreuung des Netzes zuständige Gremium, die OSZE-Kommunikationsgruppe, nahm weitere Verbesserungen in Bezug auf Effizienz, Verlässlichkeit und Benutzerfreundlichkeit des Systems vor und leitete den Umstieg auf ein neues Betriebssystem und eine einfachere Netzwerkarchitektur ein. Nachdem mit Malta ein weiterer Teilnehmerstaat hinzugekommen ist, sind nun 48 OSZE-Staaten an das Netz angeschlossen. Die Verbesserung des Kommunikationsnetzes war eine weitere Initiative zur Stärkung des Wettbewerbsvorteils und des Stellenwerts der Organisation in der anspruchsvollen Aufgabe der Konfliktverhütung.

[www.osce.org/cpc](http://www.osce.org/cpc)

# DIE GRUPPE TERRORISMUSBEKÄMPFUNG

Die 2002 eingerichtete Gruppe Terrorismusbekämpfung (ATU) koordiniert sämtliche OSZE-Aktivitäten im Bereich der Bekämpfung und Verhütung von Terrorismus. Sie arbeitet eng mit dem Ausschuss der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus (UNCTC), dem Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC) und anderen internationalen Organisationen zusammen. Sie befasst sich unter anderem mit der Unterstützung von OSZE-Teilnehmerstaaten beim Aufbau von Kapazitäten im Umgang mit bestehenden und sich abzeichnenden terroristischen Bedrohungen.

Gemeinsam mit der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation (ICAO) organisierte die ATU 2004 die erste internationale Großveranstaltung über die Gefahr, die Schulterwaffen für die Zivilluftfahrt darstellen. Im Anschluss daran leiteten mehrere Regierungen konkrete Maßnahmen zur Verstärkung der Sicherheit auf Flugplätzen ein. Die Gruppe und die ICAO hielten auch die erste internationale Konferenz ab, die sich mit der Durchsetzung der ICAO-Normen für Reisedokumente befasste.

Ungeschützte Lagerbestände von radioaktivem Material stellen ebenfalls eine ernst zu nehmende potenzielle terroristische Bedrohung dar. Gemeinsam mit der in Wien angesiedelten Internationalen Atomenergie-Organisation (IAEA) prüfte die Gruppe Bereiche, in denen die OSZE bestehende Bemühungen zur Verstärkung der Sicherheit und der Absicherung dieses Materials ergänzen kann.

In direkter Unterstützung der weltweiten Bemühungen im Kampf gegen den Terrorismus unter der Führung der Vereinten Nationen war die ATU Mitveranstalter der Folgekonferenz der UNCTC-Sondertagung mit internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen im März 2004 in Wien.

Die Gruppe setzte sich weiter für die Ratifikation und Umsetzung der zwölf VN-Übereinkünfte zur Bekämpfung des Terrorismus ein. Workshops und bilaterale Konsultationen, die gemeinsam mit den Vereinten Nationen und dem BDIMR veranstaltet wurden, bewirkten in der OSZE-Region im abgelaufenen

Jahr einen fünfprozentigen Anstieg in der Ratifikationsrate, die nun bei 88 Prozent liegt.

Eine der Schlüsselfunktionen der ATU besteht darin, den Teilnehmerstaaten Hilfestellung beim Aufbau von Kapazitäten zur Bekämpfung des Terrorismus zu leisten. Mit finanzieller Unterstützung Deutschlands und der Vereinigten Staaten organisierte die ATU 2004 vier subregionale Workshops über Möglichkeiten zur Erhöhung der Fälschungssicherheit von Reisedokumenten. An den Workshops nahmen 99 Experten aus 26 OSZE-Hauptstädten und internationalen Organisationen teil.

Um einen rechtzeitigen Informationsaustausch zwischen den mit dem Kampf gegen den Terrorismus befassten Fachleuten zu ermöglichen, richtete die OSZE ein Netz zur Bekämpfung des Terrorismus ein. Die ATU betreibt das Netz und gibt monatlich einen elektronischen Newsletter heraus, der alle Teilnehmerstaaten mit praktischen Informationen über Schulungs- und Qualifizierungsmaßnahmen versorgt.

Die ATU arbeitet eng mit der informellen Freundesgruppe der OSZE zur Bekämpfung des Terrorismus zusammen, die sich zu einem äußerst nützlichen Instrument der Zusammenarbeit zwischen dem Sekretariat und den Teilnehmerstaaten sowie zu einem wichtigen Forum entwickelt hat, in dem überprüft wird, inwieweit Verpflichtungen zur Bekämpfung des Terrorismus umgesetzt werden, und besprochen wird, wie die OSZE auf sich abzeichnende terroristische Bedrohungen reagieren soll.

Um eine Doppelgleisigkeit in den Bemühungen zu vermeiden, führt die ATU ein Verzeichnis sämtlicher OSZE- und Nicht-OSZE-Programme zu den Themen Terrorismusbekämpfung, Grenzsicherheit und Strafverfolgung in der Region, das regelmäßig auf den letzten Stand gebracht wird. Die ATU stellt diese Informationen OSZE-Programmplanern zur Verfügung und hält Workshops ab, in denen sie diese über Antiterrorismus-Aktivitäten in der Region informiert.

[www.osce.org/atu](http://www.osce.org/atu)

# DIE GRUPPE STRATEGISCHE POLIZEIANGELEGENHEITEN

*„Polizeiarbeit ist in mancher Hinsicht ein perfektes Thema für die OSZE, vereinigt sie doch Sicherheit und Menschenrechte. Eine effiziente, rechenschaftspflichtige Polizei, der die Bevölkerung, der sie dient, vertraut, muss nicht brutal vorgehen, muss nicht foltern, um die zur Aufklärung von Straftaten nötigen Informationen zu erhalten. ... Wo es eine effektiv arbeitende, der demokratischen Kontrolle unterliegende Polizei gibt, wird die Gesellschaft stabiler und geeinter sein. Wir sollten nicht warten, bis Krisen derart eskalieren, dass Friedensstiftung notwendig wird. Wir sollten mehr tun, um die Polizeiarbeit innerhalb der Staaten zu verstärken, nötigenfalls mit Unterstützung der internationalen Gemeinschaft.“*

**Solomon Passy**

In der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert, die im Dezember 2003 auf dem Maastrichter Ministerrat verabschiedet wurde, wird auf die wichtige Rolle der Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten (SPMU) verwiesen, die die Teilnehmerstaaten in ihrer Fähigkeit im Umgang mit Bedrohungen durch kriminelle Aktivitäten stärkt und ihnen bei der Bewahrung des Rechtsstaats hilft.

Im Juli 2003 begann die Umsetzung des Polizeiunterstützungsprogramms für Kirgisistan, das aus acht technischen und Gemeinschaftsprojekten besteht. Es kommt gut voran und wird im Juli 2005 abgeschlossen sein. Die kirgisische Präsidentschaftskanzlei berücksichtigt die Ergebnisse des Programms wie schon bisher in ihren langfristigen Reformplänen für die Polizei. In Kasachstan leistete die SPMU dem kasachischen Ministerium für innere Angelegenheiten technische Hilfe beim Umstieg auf eine auf kriminalpolizeiliche Informationen gestützte Polizeiarbeit und begann Diskussionen über die Entwicklung neuer Initiativen mit Schwerpunkt bürgernahe Polizeiarbeit und Grundausbildung der Rekruten.

In Armenien und Aserbaidschan führte die SPMU Bedarfsermittlungsmissionen durch, in deren Folge konkrete Polizeiunterstützungsprogramme für jedes der beiden Länder erstellt wurden. In Georgien wird die SPMU in Kürze eine Bedarfsermittlungsmission durchführen, deren Erkenntnisse die Grundlage für ein zukünftiges Polizeiunterstützungsprogramm bilden sollen.

Die SPMU leistete auch dieses Jahr wichtige Beiträge zur Arbeit im Zuge des Ochrid-Prozesses betreffend Grenzmanagement und Grenzsicherheit, mit der auf den Bedarf der Staaten Südosteuropas an grenzpolizeilicher Überwachung eingegangen wird. Eine der Empfehlungen der Phase I des OSZE-Programms für grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Südosteuropa war der Wunsch der Staaten, bei der Umsetzung der verschiedenen Vereinbarungen, die in dieser Phase formuliert wurden, Hilfe zu erhalten. Phase II wird sich mit dem eigentlichen Einsatz der Grenzpolizei der sieben

Staaten befassen, und es ist vorgesehen, dass die SPMU Unterstützung in Bezug auf kriminalpolizeiliche Informationen, strafrechtliche Ermittlungen und die Entwicklung von Risikoanalysen leistet.

**Der Kampf gegen den Menschenhandel.** Die SPMU war bestrebt, die in der OSZE bereits eingeleiteten Maßnahmen im Kampf gegen den Menschenhandel zu ergänzen, indem sie daranging, eine Reihe von Ermittlungsstrategien für Polizeibehörden auszuarbeiten, die sich auf die Täter und die Beschaffung von Beweismitteln konzentrieren und sich nicht allein auf die Aussagen von Opfern stützen. Menschenhandel schließt eine ganze Reihe anderer schwerer Straftaten mit ein, etwa illegale Zuwanderung, Fälschung, Korruption und Geldwäsche; sie alle bieten zusätzliche Gelegenheiten für das Sammeln von Informationen, die Einleitung von Ermittlungen und die Bestätigung von Zeugenaussagen im Hinblick auf die Strafverfolgung der Täter. (Nähere Informationen über die Rolle der OSZE im Kampf gegen den Menschenhandel finden sich auf Seite xx.)

In Moldau führte die SPMU eine Bedarfsermittlung durch, bei der festgestellt werden sollte, auf welche Weise die Fähigkeit der Polizei zum Kampf gegen den Menschenhandel gestärkt werden kann. Das Projekt war eine Weiterentwicklung der von der OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje begonnenen Arbeit. Im Juli organisierte die SPMU in Wien einen zweitägigen Workshop für Polizeiexperten über Ermittlungen bei Sexualstraftaten. Die Veranstaltung war eine wertvolle Gelegenheit zum Austausch von erworbenem Wissen im Bereich von Sexualstraftaten und der Beginn einer Workshop-Reihe, die in der gesamten OSZE-Region abgehalten werden soll. An dem Workshop nahmen über 60 Polizeiermittler aus mehr als 20 europäischen und zentralasiatischen Ländern teil, und als Vortragende konnten hervorragende Experten gewonnen werden.

Weitere Aktivitäten der SPMU finden sich im Abschnitt Feldeinsätze.

[www.osce.org/policing](http://www.osce.org/policing)

# DAS BÜRO DES KOORDINATORS FÜR ÖKONOMISCHE UND ÖKOLOGISCHE AKTIVITÄTEN DER OSZE

Auf dem Maastrichter Ministerrat vom Dezember 2003 verabschiedeten die OSZE-Außenminister ein neues Strategiedokument für die Wirtschafts- und Umweltdimension der OSZE. Das Dokument enthält Empfehlungen und Verpflichtungen der Teilnehmerstaaten in Bezug auf wirtschaftliche und umweltbezogene Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität im OSZE-Raum im einundzwanzigsten Jahrhundert.

2004 befasste sich das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE vorwiegend mit der Umsetzung dieses neuen Strategiedokuments, wobei es gleichzeitig auch seine Arbeit in einigen anderen wichtigen Bereichen fortsetzte, darunter:

- Verhütung von Menschenhandel durch Zusammenarbeit zwischen dem öffentlichen und dem privaten Sektor
- Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU)
- Kampf gegen die Korruption
- Kampf gegen Geldwäsche und gegen die Finanzierung des Terrorismus
- Förderung der Zusammenarbeit in Umweltfragen

**Umsetzung des OSZE-Strategiedokuments.** Die Entwicklung eines wirtschaftsfreundlichen Umfelds und die Förderung kleiner und mittlerer Unternehmen war auch 2004 ein wichtiger Bestandteil der Aktivitäten des Büros. Gleichzeitig verstärkte es seine Bemühungen um Qualifizierung des Humankapitals in den Bereichen der höheren Bildung und der Berufsausbildung.

Im Umweltbereich förderte das Büro wie schon bisher die Umsetzung internationaler Umweltkonventionen. Die Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC), ein von der OSZE, UNEP und UNDP im November 2003 eingeleitetes Dreijahresprogramm, nahm mehrere neue Projekte im OSZE-Raum in Angriff. Schwerpunkte der Initiative sind Risikoeinschätzung, Polizeiaufbau sowie Institutionen- und Kapazitätsaufbau.

## Aktivitäten im Wirtschaftsbereich

**12. Wirtschaftsforum 2004.** Bildung und institutioneller Aufbau waren zwei der Hauptthemen des 12. Wirtschaftsforums, das vom 31. Mai bis 4. Juni 2004 in Prag zum Thema „Neue Herausforderungen beim Aufbau institutioneller und menschlicher Kapazitäten für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit“ stattfand. Die Teilnehmer befassten sich hauptsächlich mit Investitionsstrategien und den Erfordernissen für in Entwicklung befindliche Marktwirtschaften, darunter vor allem berufliche Qualifikationen.

In Vorbereitung des Forums organisierte das Büro zwei Seminare, die sich mit der Stimulierung in- und ausländischer Investitionen und mit den für eine in Entwicklung befindliche Marktwirtschaft erforderlichen beruflichen Befähigungen befassten.

Nach Prüfung der Empfehlungen des Forums begann sich das Büro mit Aktivitäten in den Bereichen KMU-Entwicklung, Investitionen, Qualifizierungsmaßnahmen, wirtschaftliche Integration und Good Governance zu befassen. Gemeinsam mit dem slowenischen Vorsitz des Jahres 2005 nahm es auch die Vorbereitungsarbeiten für das 13. Wirtschaftsforum in Angriff, das sich mit dem Thema „Demographische Trends, Migration und Integration von Angehörigen nationaler Minderheiten: Gewährleistung von Sicherheit und nachhaltiger Entwicklung im OSZE-Gebiet“ beschäftigen wird.

**Verhütung von Menschenhandel.** Das Büro setzte sein Programm gegen den Menschenhandel fort, das sich sowohl mit der Nachfrage- als auch mit der Angebotsseite des Menschenhandels auseinandersetzt, indem es die Selbstbeschränkung im Privatsektor fördert und in so genannten Zielländern, insbesondere im Westen, Aufklärungsarbeit leistet. Das Programm beinhaltet auch eine Initiative, durch die möglichen Menschenhandelsopfern Chancen zur Erlangung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit geboten werden sollen.

*„Das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE wirbt derzeit für die Einhaltung eines Verhaltenskodex für den Schutz von Kindern vor sexueller Ausbeutung in der Fremdenverkehrswirtschaft in Rumänien und Bulgarien. Dieser Kodex wurde von westlichen Ländern, NROs und Tourismusunternehmen als wertvolles Instrument der Prävention und Aufklärung anerkannt, durch das die sexuelle Ausbeutung von Kindern und der Kinderhandel eingedämmt werden sollen.“*

**Marcin Świącicki, Koordinator für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE**

**Entwicklung und Stärkung von Kleinunternehmen.** Kleine und mittlere Unternehmen sind das wichtigste Hoffungsgebiet für Arbeitsplatzbeschaffung in Marktwirtschaften und in Reformländern. 2004 unterstützte das Büro des Koordinators insbesondere die Ausbildung junger Menschen in den Grundlagen des Unternehmertums in ehemaligen Konfliktregionen und in Reformländern. Ein besonders erfolgreiches Projekt ist das Programm „Seminare für Jungunternehmer (YES)“, das derzeit in Albanien, Armenien, Aserbaidschan, Bosnien und Herzegowina, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, Serbien und Montenegro und Usbekistan durchgeführt wird.

**Weitergabe bewährter Praktiken im Kampf gegen die Korruption.** Das Büro veröffentlichte ein Handbuch über bewährte Praktiken im Kampf gegen die Korruption, in dem die jüngsten Erfahrungen in diesem Bereich aus der ganzen Welt zusammengefasst sind. Das Handbuch dient Gesetzgebern, öffentlich Bediensteten, Medienorganisationen, NROs und all jenen, die mit dem Kampf gegen die Korruption befasst sind, als wertvoller Leitfaden.

**Bekämpfung der Geldwäsche und der Finanzierung des Terrorismus.** Der Kampf gegen Geldwäsche und die Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus hatten auch in diesem Jahr hohe Priorität für das Büro des Koordinators. Im November 2004 organisierten das Büro und das Weltweite Programm gegen Geldwäsche des UNODC in Georgien einen Workshop zu dieser Frage. Teilnehmer an dieser Veranstaltung waren Vertreter nationaler Institutionen, staatlicher Ministerien, der Zentralbank, der Generalstaatsanwaltschaft, der Zollbehörden, der Justiz, parlamentarischer Ausschüsse und des Bankensektors. Experten der Vereinten Nationen, des Europarats und der OSZE leisteten Beiträge zu dem Workshop.

### **Aktivitäten im Umweltbereich**

**Fortschritte bei der Umwelt- und Sicherheitsinitiative.** Nach Unterzeichnung der Vereinbarung zwischen UNEP, UNDP und OSZE im November 2003 trat die Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) von der Planungsphase in die Durchführungsphase. Bei der ENVSEC-Methodik zur Identifizierung so genannter „Hot Spots“ wurden spürbare Erfolge erzielt. In Zentralasien, in Südosteuropa und im Kaukasus wurden über 40 Projekte gestartet, die die zuvor erkannten, von der Umwelt ausgehenden Bedrohungen für die Sicherheit zum Thema hatten und zur Zusammenarbeit anregen sollten ([www.envsec.org](http://www.envsec.org)).

In enger Zusammenarbeit mit örtlichen Experten und internationalen Partnern erarbeiteten die Organisationen Berichte über umweltbedingte Sicherheitsprobleme in Südosteuropa und im südlichen Kaukasus. In Zentralasien war im Zuge der regionalen Risikoerhebung des Jahres 2003 das Fergana-Tal als ein solcher Umwelt- und Sicherheits-„Hot-Spot“ erkannt worden. 2004 endete die zweite Phase der Initiative mit einer eingehenden Lagebeurteilung in dem Gebiet, der Schaffung eines Systems für Umwelt- und Sicherheitsmonitoring und der Ausarbeitung eines konkreten Arbeitsprogramms für diese sensible Region.

Im Juli 2004 stimmte die NATO zu, sich dieser Initiative anzuschließen.

**Förderung der Zusammenarbeit betreffend grenzüberschreitende Flussläufe.** Das Büro des Koordinators unterstützte Kooperationsabkommen betreffend die Flüsse Tschu und Talas zwischen Kasachstan und Kirgisistan sowie betreffend die Save zwischen Slowenien, Kroatien, Bosnien und Herzegowina und Serbien und Montenegro. Im Südkaukasus arbeitete das Büro gemeinsam mit dem *Science-for-Peace*-Programm der NATO und den OSZE-Feldeinsätzen an der Wiederherstellung eines regionalen Wasserüberwachungssystems.

In Osteuropa bemühte sich das Büro gemeinsam mit der Abteilung Umwelt und Siedlungswesen der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) um ein Kooperationsabkommen zwischen der Ukraine und Moldau (einschließlich der transnistrischen Region) über ein integriertes Gewässermanagement im Dnestr-Becken.

Nähere Einzelheiten über die Wirtschafts- und Umweltaktivitäten der OSZE finden sich im Abschnitt Feldeinsätze.

[www.osce.org/eea](http://www.osce.org/eea)

# DIE LEITENDE BERATERIN FÜR GLEICHBEHANDLUNGSFRAGEN

Das Jahr 2004 stand im Zeichen der Überarbeitung des OSZE-Aktionsplans zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, der durch laufende Bemühungen im Bereich des Gender Mainstreaming, der Personalschulung zu Genderfragen und der Schaffung eines Arbeitsumfelds ohne jede Form der Belästigung und Diskriminierung ergänzt wurde.

Nachdem sich bei der Durchführung des Aktionsplans zu Fragen der Gleichberechtigung von Mann und Frau aus dem Jahr 2000 eine Reihe von Schwachstellen gezeigt hatte, insbesondere in den Bereichen Ausbildung, Management und Rekrutierung, war die Überarbeitung des Plans eine der vorrangigen Aufgaben der Leitenden Beraterin im Jahr 2004. Die informelle Arbeitsgruppe für Gleichbehandlungsfragen und Bekämpfung des Menschenhandels, die sich aus Vertretern der OSZE-Delegationen zusammensetzt, wurde bei der Überarbeitung des Dokuments tatkräftig von der Leitenden Beraterin unterstützt. Im Dezember verabschiedete der Ständige Rat den Beschluss Nr. 638 über den OSZE-Aktionsplan 2004 zur Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern, gefolgt vom Beschluss Nr. 14/04 des Ministerrats in Sofia.

Im neuen Aktionsplan wird betont, dass die durchgängige Berücksichtigung des Gleichstellungsaspekts – d. h. die Berücksichtigung der Anliegen und Erfahrungen sowohl der Frauen als auch der Männer im Entscheidungsprozess – eine konsequente und systematische Einbeziehung der Geschlechterperspektive in sämtliche Tätigkeiten der Organisation erfordert. Er unterstreicht außerdem, dass die Gleichstellung der Geschlechter zur umfassenden Sicherheit beiträgt, die ja ein Ziel der OSZE-Aktivitäten in allen drei Dimensionen ist.

Um das Bewusstsein für Genderfragen zu heben und die Kompetenz für die Einbindung der Genderaspekte in die Arbeit der Feldeinsätze zu erhöhen, setzte die Leitende Beraterin ihre Schulungstätigkeit für Mitarbeiter der Feldeinsätze zu Gender Mainstreaming, Frauenrechten, Frauen in Führungspositionen, Menschenhandel und dem OSZE-Verhaltenskodex fort. Es fanden Schulungsseminare für insgesamt 300 Mitarbeiter in der Präsenz in Albanien, in den Missionen in Serbien und Montenegro bzw. in Moldau sowie in den Zentren in Bischkek und Almaty statt.

In dem Bestreben, Gender Mainstreaming zu einem fortlaufenden und nachhaltigen Prozess zu machen, hat die Leitende Beraterin einen Fragebogen über Genderanalyse für Mitarbeiter vor Ort entwickelt, in dem verschiedene Komponenten der Projektentwicklung, die

für die Genderproblematik maßgeblich sind, behandelt werden. Darüber hinaus wurde der Leitfaden für OSZE-Bedienstete zu Genderaspekten in der Konfliktfolgezeit aus dem Jahr 2001 aktualisiert. Der Leitfaden beschreibt bewährte Praktiken, zieht Lehren aus der Vergangenheit, enthält maßgebliche Normen und dient insgesamt als Anleitung für die Arbeit vor Ort mit Genderbezug, indem auf die Rolle der Frauen in Konfliktverhütungs- und Friedensstiftungsprozessen eingegangen wird.

## **Sensibilisierung der Missionsmitarbeiter für Genderfragen und die Problematik Menschenhandel**

Der Verhaltenskodex für OSZE-Missionsmitarbeiter ist Bestandteil des Personalstatuts der Organisation und enthält Verhaltensmaßregeln in Bezug auf Menschenhandel. Er regelt die Beziehungen der Bediensteten zu nationalen Behörden und unterstreicht die Wichtigkeit der Integrität, Loyalität, Unparteilichkeit und der Einhaltung akzeptierter Menschenrechtsstandards. 2000 wurde der Kodex dahingehend abgeändert, dass er nun auch das Problem des Menschenhandels in Ländern mit großen internationalen Feldeinsätzen behandelt. Den Mitarbeitern der Missionen wird vor Augen geführt, dass die Inanspruchnahme von Dienstleistungen eines Opfers von Menschenhandel den Menschenhändlern zugute kommt und den Opfern Schaden zufügt.

Die Kontaktstellen für Genderfragen in den Feldeinsätzen, die Leitende Beraterin und die Abteilung Gender des BDIMR bilden ein Beratungsnetzwerk und sorgten weiter für die Verbreitung von Informationen und bewährten Praktiken. In Zusammenarbeit mit dem BDIMR organisierte die Leitende Beraterin einen jährlichen Workshop für die Kontaktstellen, bei dem praktische Erfahrungen, Fortschritte in auf Frauen ausgerichteten Aktivitäten und praktische Bedürfnisse besprochen wurden.

Ein weiterer Schwerpunkt für die Leitende Beraterin war die Überarbeitung der OSZE-Politik zur Frage des professionellen Arbeitsumfelds. In einzelnen Fällen von Verstößen gegen diese Politik, die mit dem Ersuchen um Verhaltensempfehlungen und Beratung an sie herangeragen wurden, leistete sie fachliche Unterstützung.

Um eine professionelle und gendersensible Managementkultur und ein ebensolches Arbeitsumfeld weiter zu fördern, richtete sich die Leitende Beraterin in erster Linie an die in den OSZE-Feldeinsätzen ernannten Mediatoren. Ein Gespräch am runden Tisch ergab einen im Zuge der Überarbeitung zu berücksichtigenden Katalog von Anregungen, wie die OSZE-Politik zur Frage des professionellen Arbeitsumfelds geändert werden sollte.

# BERICHT DES DIREKTORS FÜR VERWALTUNG UND FINANZEN

## **Eine Management-Revolution**

Mit der Einführung des nunmehr abgeschlossenen Integrierten Ressourcemanagementsystems (IRMA) am 1. Januar 2005 wird die OSZE beginnen, von den Vorteilen einer tief greifenden Management-Revolution zu profitieren. Mit einfachen Worten ausgedrückt, verlagert IRMA die Führungsbefugnis in die Hände der Fondsmanager der OSZE-Feldmissionen und -Institutionen. Dies wird durch die volle Nutzung eines Informationssystems erreicht, das vollständig mit den Managementaufgaben verknüpft ist und lediglich zwei Personen, den Fondsmanager oder designierten Fondsmanager sowie den Leiter der Fondsverwaltung, ermächtigt, operative Programme in die Wege zu leiten, Ausgaben zu budgetieren und zu genehmigen, die Fortschritte zu bewerten und die Programme abzuschließen, sobald ihre Ziele erreicht sind.

**Warum überhaupt eine Änderung?** Als sich die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) in eine Organisation mit großen Feldeinsätzen und Institutionen weiterentwickelte, waren die Anforderungen an die OSZE mit den ursprünglichen Managementmechanismen nicht mehr zu bewältigen. Das ging so weit, dass sich die externen Rechnungsprüfer im Jahr 2000 weigerten, die Richtigkeit der OSZE-Buchführung vorbehaltlos zu bestätigen. Nach einer umfassenden Standortbestimmung Mitte 2002 forderte der Generalsekretär eine radikale Managementreform. Angesichts der Tatsache, dass die politischen Beschlüsse des Ständigen Rates in der praktischen und programmatischen Arbeit der Organisation umgesetzt werden müssen, stellte der Generalsekretär fest, dass ein völlig neues Managementsystem eingerichtet werden müsse, das genau definierte Anforderungen erfüllt; es müsse

- schnell sein, um neuen politischen Herausforderungen begegnen zu können,
- flexibel sein und sich rasch an sich ändernde Bedingungen anpassen können und
- transparent sein und das gesamte OSZE-System in eine klare hierarchische Struktur mit einem entsprechenden Berichtswesen gliedern.

Und das System sollte gleichzeitig die Kosten für die administrative Unterstützung senken.

**IRMA – Ein leistungsfähiges Werkzeug für alle Bestandteile der Organisation.** Da IRMA und sein Dokumentenmanagementsystem *DOC.In* auf Standard-Softwareanwendungen beruhen, belief sich die Gesamtinvestition auf rund 7,4 Millionen Euro. Andererseits sollten die Einsparungen für die administrative Unterstützung bis 2006 jährlich rund 15 bis 18 Millionen Euro betragen – womit das Finanzziel des Generalsekretärs erreicht wäre.

Der genehmigte Gesamthaushaltsplan, der entsprechend den politischen Prioritäten des Ständigen Rates erstellt wird, ist das zentrale Instrument, anhand dessen die

Teilnehmerstaaten die Arbeit der OSZE ausrichten und kontrollieren. IRMA wird die Fondsmanager und die Leiter der Missionen und Institutionen – im Rahmen der ihnen zugewiesenen Haushaltsmittel – in die Lage versetzen, den politischen Willen des Ständigen Rates voll umzusetzen.

Als Teil des Management-Reformprozesses wird in Kürze – vorbehaltlich der Genehmigung der Finanzvorschriften durch die Teilnehmerstaaten – ein neues gemeinsames Regelwerk in der gesamten Organisation eingeführt werden. Die neuen Finanzvorschriften und -regeln sind prägnanter formuliert. Außerdem wurden etwa 220 Dienstanweisungen, Rundschreiben und Richtlinien durch zwölf klare und knapp formulierte Finanz-/Verwaltungsanweisungen ersetzt.

## **Ein Führerschein für das „IRMA-Armaturenbrett“.**

Vor der Einführung von IRMA wurde das Verwaltungs- und Programmpersonal ausführlich geschult. Bis 1. Januar 2005 wurden in diese Kurse etwa 3500 Mitarbeiter/Trainingstage investiert. Rund 800 Bedienstete können nun von einem in den Bildschirm integrierten Steuerpult aus, dem so genannten „IRMA-Armaturenbrett“, alle Management- und Verwaltungsaufgaben erledigen.

Dieses Armaturenbrett liefert den OSZE-Managern Echtzeitinformationen über die verfügbaren Ressourcen. Aber genau so, wie Autofahrer keine genaue Kenntnis vom Kraftfahrzeugbau haben müssen, um ihre Fahrzeuge zu fahren, brauchen auch die Projektmanager nur das Armaturenbrett, um ihre Programme umzusetzen. So enthält es etwa einfach zu handhabende Rekrutierungs- und Beschaffungsanträge. Im Gegensatz zu den meisten Fahrzeugen können die Fortschritte des „Fahrers“ in Echtzeit von anderen Personen im Sekretariat und in den Delegationen überwacht werden, vor allem von jenen, die außerbudgetäre Mittel beigesteuert haben.

Um die Rechenschaftspflicht gegenüber den Teilnehmerstaaten zu gewährleisten und den OSZE-Delegationen Zugang zu verlässlichen und aktuellen Informationen über die operativen Aktivitäten und Managementfragen zu geben, wurde auch die Delegierten-Website verbessert und mit einem eigens entwickelten „Armaturenbrett für Delegationen“ verknüpft. Dieses ist eine gemeinsame und sichere Plattform, die die Teilnehmerstaaten mit dem Sekretariat, den Institutionen und den Feldeinsätzen verbindet.

## **Der gelbe Laptop – ein Instrument zur raschen Entsendung von Zivilpersonal.**

IRMA ist ein leistungsfähiges Werkzeug in den Händen eines geschulten Fondsmanagers und eines Leiters der Fondsverwaltung. Doch das System ist auch standortunabhängig, und in einer Notsituation kann ein

kleines Team praktisch von einem Zelt aus über einen einfachen, mit GPS ausgerüsteten Laptop einen Feldeinsatz starten.

Die OSZE wird in Kürze derartige Laptops ausgeben, die an einem leuchtend gelben Etikett erkennbar sind; sie haben die Kaufkraft einer Kreditkarte, die nur durch den Fonds des betreffenden Einsatzes begrenzt ist. Gelbe Laptops sind somit ein Symbol für IRMA – reaktionsschnell und unbeschränkt anpassungsfähig. Der Erfolg der OSZE-Managementreformen wird die Organisation befähigen, in kürzester Zeit Zivilpersonal vor Ort zu bringen, und es den Teilnehmerstaaten erlauben, rasch auf neue politische Herausforderungen zu reagieren.

**Lob und Anerkennung.** Die externen Rechnungsprüfer der OSZE aus Schweden sowie der Rechnungshof des

Vereinigten Königreichs haben den Managementreformen mit ihrem Herzstück IRMA hohe Anerkennung gezollt. Auch eine Reihe von Partnerorganisationen hat ihr Interesse bekundet, aus den Erfahrungen mit der Managementreform und IRMA zu lernen. Trotz eines knappen Zeitrahmens und ehrgeiziger Ziele begann die praktische Umsetzung des IRMA-Projekts sechs Monate vor Ablauf der vorgesehenen Dreijahresfrist. IRMA hat die vom Generalsekretär 2002 erhobenen Forderungen Punkt für Punkt erfüllt. Nach seiner Einführung im Januar 2005 werden sich die Bemühungen der Organisation in Bezug auf Verwaltung und Finanzen auf die Konsolidierung der Reformen, die Erhöhung ihrer Akzeptanz in der Belegschaft und auf Maßnahmen zur festen Verankerung der neuen Managementphilosophie in der Organisation konzentrieren.

# DAS PRAGER BÜRO

Als ursprünglicher Sitz des KSZE-Sekretariats (1991) verwaltet das Prager Büro das historische Erbe und die Archivsammlung der KSZE/OSZE-Konferenzdokumente und ist heute die älteste institutionelle Einheit der Organisation.

Die wichtigste Aufgabe des Prager Büros – das auch als Forschungs- und Dokumentationszentrum bekannt ist – ist es, die physischen nicht aktuellen OSZE-Aufzeichnungen und -Archivbestände zu erhalten, zu führen und verfügbar zu machen, wie dies von der Organisation verlangt wird. Es fungiert auch als Verwahrer für Dokumente, die von inzwischen geschlossenen oder nach Erfüllung ihres Mandats aufgelösten OSZE-Missionen erstellt oder gesammelt wurden.

2004 arbeitete das Büro eng mit der Zentralen Archiv- und Dokumentenverwaltung des OSZE-Sekretariats zusammen, die Teil der Hauptabteilung Verwaltung und Finanzen ist. Wie schon in den vergangenen Jahren versandte das Büro OSZE-Magazine und andere Veröffentlichungen an die fast 3000 Abonnenten auf der offiziellen Versandliste. Gemeinsam mit der Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit sowie mit der Gruppe Dokumentenkontrolle der Abteilung Konferenzdienste sorgten die Mitarbeiter des Prager Büros auch für die Konvertierung vieler Journale, Beschlüsse und Erklärungen und stellten sie ins öffentliche Netz ([www.osce.org/docs/new\\_releases](http://www.osce.org/docs/new_releases)). Das Büro stellte diese Publikationen, ergänzt durch durchschnittlich 40

ausgewählte Dokumente, sowohl in Papier- als auch in digitaler Form 66 OSZE-Depositbibliotheken weltweit zur Verfügung.

**Forscher.** Vor sieben Jahren wurde im Prager Büro das Gastforscherprogramm eingerichtet, um interessierten Akademikern Gelegenheit zu geben, entsprechende Konferenzdokumente oder politische Dokumente der OSZE einzusehen und zu studieren. 2004 nützten 14 Forscher das OSZE-Archiv für kurz- und langfristige Forschungsprojekte. Neben den Konferenzdokumenten haben Forscher auch Zugang zu einer umfangreichen KSZE/OSZE-Referenzbibliothek, die vor kurzem umorganisiert wurde. In dieser Bibliothek werden über 30 Diplom- und Doktorarbeiten aufbewahrt, für die im Rahmen des Gastforscherprogramms Forschung betrieben wurde.

**Internationale Zusammenkünfte.** Das Prager Büro unterstützte das Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE in allen Phasen der Vorbereitung und Betreuung des Zwölften Wirtschaftsforums, das vom 31. Mai bis 4. Juni 2004 unter Rekordbeteiligung von fast 500 Delegierten stattfand.

2004 fanden drei Treffen der Minsk-Gruppe in Prag statt, bei denen das Prager Büro logistische Unterstützung leistete und den Teilnehmern in praktischen Fragen behilflich war.

# BERICHT DES DIREKTORS FÜR PERSONALRESSOURCEN

Die Arbeit der Hauptabteilung Personalressourcen stand 2004 im Zeichen der Straffung der Arbeitsprozesse und der Stärkung bestehender Kapazitäten. Die Hauptabteilung war aktiv in die Weiterentwicklung und Umsetzung jener IRMA-Komponenten eingebunden, die Personalressourcen betreffen.

REACT – das wichtigste Instrument für die Einstellung entsandter Mitarbeiter für die Feldeinsätze – wurde erfolgreich mit IRMA verknüpft, wobei die Funktionalität des ursprünglichen Systems voll erhalten blieb und gleichzeitig die rasche Entsendung von Personal für mögliche zukünftige Großeinsätze gewährleistet wurde.

Für Vertragsbedienstete im Sekretariat, in den Institutionen und den Feldeinsätzen der OSZE wurde unter IRMA ein Rekrutierungssystem über das Internet eingeführt, das Kandidaten eine Online-Bewerbung ermöglicht und den Rekrutierungsprozess beschleunigt. 2004 wurden insgesamt 96 Posten für Vertragsbedienstete ausgeschrieben, zu denen 8000 Bewerbungen einlangten. 374 Kandidaten wurden zu 61 Vorstellungsgesprächen eingeladen. Besondere Berücksichtigung auf den Interviewlisten fanden Kandidaten aus unterrepräsentierten Ländern. Im selben Zeitraum wurden 3800 Personen für 560 Posten vor Ort vorgeschlagen, die durch entsandtes Personal zu besetzen sind, aus deren Kreis eine Auswahl zu treffen war.

Die praktische Umsetzung des IRMA-Moduls für Personalressourcen erlaubte eine Straffung der Personalverwaltung. Alle Bedienstetendaten sind nun in einem System gespeichert. Außerdem wurde in der gesamten OSZE ein vorläufiges automatisiertes Lohnverrechnungssystem eingeführt.

Die Personalabteilung setzte ihre Arbeit an der Postenbewertung fort und trug damit zu den Bemühungen der OSZE um ein transparenteres und gerechteres Personalwesen in der ganzen Organisation bei. Bisher wurden über 450 Posten geprüft und bewertet. 2004 nahm die Abteilung eine erste Klassifizierung der örtlich zu besetzenden Posten in Kroatien, Albanien, Kasachstan und Tadschikistan vor.

Auch in der Schulungstätigkeit der OSZE gab es Änderungen und Entwicklungen. Das bisher übliche zweitägige Einführungsprogramm, bei dem neue Missionsmitarbeiter mit der Organisation vertraut gemacht werden, wurde zu einem fünftägigen allgemeinen Orientierungsprogramm ausgeweitet, das aus einem allgemeinen Einführungsteil und einem funktionspezifischen Abschnitt besteht.

In einer neuen OSZE-Schulungsstrategie, die 2004 für die Jahre 2005 bis 2007 gebilligt wurde, wird die Schulungsabteilung mit einer erhöhten Unterstützung für Schulungsprogramme vor Dienstantritt in der Mission und für Institutionen in den Teilnehmerstaaten betraut. Diesen Anforderungen entsprechend verstärkte die Abteilung ihre Zusammenarbeit mit Staaten, die sich mit dem Trainingsaspekt von REACT befassen, und veranstaltete im November eine Konferenz über Schulung und Rekrutierung. Diese Veranstaltung hatte unter anderem den Zweck, Feedback darüber zu erhalten, wie die OSZE ihre Unterstützung für Schulungsprogramme vor Dienstantritt in einer Mission verstärken kann, und Rekrutierungsexperten der Teilnehmerstaaten mit neuesten Informationen über den in den OSZE-Feldeinsätzen bestehenden Bedarf zu versorgen.

# PARTNERSCHAFTEN FÜR SICHERHEIT UND ZUSAMMENARBEIT

## ZUSAMMENWIRKEN ZWISCHEN ORGANISATIONEN UND INSTITUTIONEN IM OSZE-RAUM

Die Kooperation der OSZE mit Partnerorganisationen und -institutionen basiert auf der Plattform für kooperative Sicherheit, die auf dem Gipfeltreffen von Istanbul 1999 verabschiedet wurde, den einschlägigen Beschlüssen der Ministerratstreffen von Bukarest (2001) und Porto (2002) sowie auf der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert, die auf den Maastrichter Ministerrat 2003 zurückgeht. In all diesen Dokumenten sagen die OSZE-Teilnehmerstaaten zu, dass sie sich um die Weiterentwicklung der politischen und operativen Kohärenz zwischen allen europäischen Gremien bemühen werden, die sich mit Sicherheitsbedrohungen und -herausforderungen befassen.

Im Sinne dieser Beschlüsse war die OSZE auch 2004 bestrebt, den politischen Dialog und den Informationsaustausch mit ihren Partnerorganisationen zu vertiefen. Eine wichtige Priorität der Organisation war die Entwicklung von Synergien mit den Vereinten Nationen, der Europäischen Union, der NATO, dem Europarat und anderen regionalen und subregionalen Organisationen, die sich in ihrer Region der Förderung von Sicherheit und Stabilität widmen. Das Sekretariat, die Institutionen und die Feldeinsätze der OSZE bemühten sich gemeinsam mit ihren Partnern aktiv um die Erreichung dieses Ziels.

Die Sekretariatsabteilung Externe Kooperation fungierte auch weiterhin als Schaltstelle für die Förderung der Beziehungen mit Partnerorganisationen und -institutionen sowie mit den OSZE-Kooperationspartnern. Sie initiierte und organisierte hochrangige Treffen sowie Expertentreffen und Seminare. Sie informierte und beriet den Generalsekretär, den Vorsitz, die Troika und die Teilnehmerstaaten der OSZE in Fragen der externen Zusammenarbeit und leistete analytische Unterstützung.

Im Februar war die Organisation in Wien Gastgeber des jährlichen hochrangigen Dreiertreffens zwischen der OSZE, den VN und dem Europarat. Wichtigstes Thema des Treffens war die Frage, wie Bedrohungen für die Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert entgegengetreten werden kann. Wie schon in den letzten Jahren nahmen an der Veranstaltung auch die Europäische Kommission, das Sekretariat des EU-Rates, das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) teil. Vor dem Treffen fand auf Arbeitsebene ein zielorientiertes Treffen statt, das hauptsächlich Fragen des Südkaukasus gewidmet war.

Die Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz der OSZE im Juni in Wien gab Gelegenheit zu einem wertvollen Meinungs- und Informationsaustausch über wichtige aktuelle Sicherheitsfragen, insbesondere den Kampf gegen den Terrorismus sowie Grenzsicherheit und Grenzmanagement. An der zweitägigen Veranstaltung nahm eine Reihe von Organisationen teil, die mit Sicherheitsfragen befasst sind, darunter das Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung (UNODC), die NATO, der Europarat sowie die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS).

Die OSZE vertiefte auch ihre Beziehungen zu internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen im Zusammenhang mit dem weltweiten Kampf gegen den Terrorismus. Gemeinsam mit dem UNODC war die Organisation im März in Wien Gastgeber der Folgekonferenz zur Sondertagung des Ausschusses der Vereinten Nationen für die Bekämpfung des Terrorismus, an der die EU, der Europarat, die NATO, das Antiterrorismuszentrum der GUS, die G8 und Interpol teilnahmen.

Zum Thema der Zusammenarbeit der OSZE mit Partnern in Sicherheitsfragen fand im September eine Gemeinsame OSZE/UNODC-Konferenz von Sachverständigen für Grenzmanagement und Grenzsicherheit statt. Die Veranstaltung unterstrich die Fähigkeit der Teilnehmer, Hilfestellung beim Kapazitätsaufbau in Fragen der Grenzkontrolle und des Grenzmanagements zu leisten. An der Konferenz in Wien nahmen Vertreter von 16 internationalen Organisationen und Institutionen teil, darunter Sonderorganisationen der Vereinten Nationen, die EU, der Europarat, die NATO, der Stabilitätspakt für Südosteuropa, die GUS, die Schanghai-Kooperationsorganisation, Europol, Interpol, die IOM, die Weltzollorganisation sowie die Südosteuropäische Kooperationsinitiative (SECI).

Zum Thema Good Governance bestand eine enge Zusammenarbeit zwischen dem Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten (OCEEA) mit der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD), UNDP, dem Europarat und UNODC. Die OSZE hat außerdem Beobachterstatus im Internationalen Netzwerk kleiner und mittlerer Unternehmen und hat ihre Zusammenarbeit mit der Welttourismus-Organisation und dem Weltbankprogramm „Entwicklung südosteuropäischer Unternehmen“ zur Förderung der Entwicklung von kleineren Unternehmen weiter ausgebaut.

Auf parlamentarischer Ebene setzte die Parlamentarische Versammlung der OSZE ihre Zusammenarbeit mit internationalen parlamentarischen Institutionen wie dem Europäischen Parlament und den Parlamentarischen Versammlungen des Europarats und der NATO fort. Die Zusammenarbeit innerhalb der „Parlamentarischen Troika“, die die Parlamentarischen Versammlungen der OSZE und des Europarats sowie das Europäische Parlament umfasst, wurde 2004 weiter verstärkt. Eine Sitzung der Parlamentarischen Troika, an der auch der Ad-hoc-Ausschuss Belarus der Parlamentarischen Versammlung der OSZE teilnahm, war der Förderung des Dialogs und der demokratischen Entwicklung in Belarus gewidmet. In Südosteuropa bemühten sich die parlamentarischen Gremien gemeinsam um die Aufnahme einer parlamentarischen Dimension in den Stabilitätspakt.

**Vereinte Nationen.** Der VN-Generalsekretär stellte in seiner Ansprache auf einer Sitzung des VN-Sicherheitsrats über die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Organisationen in Stabilisierungsprozessen im Juli in New York fest, dass die Schaffung „institutionalisierterer Kooperationskanäle zu verbesserter Effizienz und Effektivität beitragen würde, vielleicht sogar zu Economies of Scale.“ Zu diesem Zweck verstärkten die Vereinten Nationen ihren Dialog mit internationalen und regionalen Organisationen.

Die OSZE nahm an dieser Sitzung des Sicherheitsrats sowie an einer Reihe anderer VN-Tagungen teil. Sie leistete auch einen Beitrag in der Hochrangigen Gruppe der Vereinten Nationen für Bedrohungen, Herausforderungen und Wandel. Als regionale Abmachung im Sinne von Kapitel VIII der Charta der Vereinten Nationen ist die OSZE aktiver Teilnehmer im Folgeprozess der fünften hochrangigen Tagung zwischen den Vereinten Nationen und regionalen Organisationen sowie an den Vorbereitungsarbeiten für die sechste Tagung.

Das ganze Jahr 2004 hindurch führte der OSZE-Generalsekretär regelmäßig Konsultationen mit hochrangigen Beamten verschiedener Teile des VN-Systems. Hochrangige Kontakte gab es auch mit den jeweiligen zwischenstaatlichen Organen, der VN-Generalversammlung und dem Ständigen Rat der OSZE. Der OSZE-Vorsitzende hielt auf der 59. Tagung der VN-Generalversammlung einen Vortrag zum Thema „Die Zusammenarbeit zwischen den Vereinten Nationen und der OSZE“. Der Sonderbeauftragte des VN-Generalsekretärs in Georgien, der UNHCR-Vertreter in Bosnien und Herzegowina, der Leiter des Exekutivdirektoriums des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus und der Exekutivdirektor von UNODC sprachen im Ständigen Rat der OSZE. Die Zusammenarbeit wurde darüber hinaus durch regelmäßige Kontakte auf Arbeitsebene zwischen Mitarbeitern des OSZE-Sekretariats und ihren Amtskollegen bei den Vereinten Nationen verstärkt, etwa in Form des Treffens auf Mitarbeitererebene zwischen der OSZE und den Vereinten Nationen, das im Mai in New York stattfand.

Im Rahmen ihrer Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen im Kampf gegen den Terrorismus veranstaltete die OSZE gemeinsam mit der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation einen technischen Experten-Workshop zum Thema „Beseitigung der Bedrohung der Sicherheit der Zivilluftfahrt auf Flughäfen durch MANPADS (Schultergestützte Flugabwehrsysteme)“ in Wien. Die OSZE setzte sich auch für die Ratifikation und Umsetzung der zwölf weltweiten Rechtsakte gegen den Terrorismus ein und ermutigte die Teilnehmerstaaten, Gesetze gegen den Terrorismus zu erlassen.

Die täglichen Konsultationen zwischen dem Verbindungsbüro von UNHCR in Wien und dem OSZE-Vorsitz, den Teilnehmerstaaten und dem Sekretariat gingen weiter. UNHCR bot an, regelmäßig Beiträge zu den informellen Arbeitsgruppen, verschiedenen hochrangigen Treffen und zum Ministerratstreffen der OSZE in Sofia zu leisten. Erstmals sprachen ein Vertreter von UNHCR und der Leiter der OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina gemeinsam im Ständigen Rat zur Frage der Rückkehr von Flüchtlingen und Binnenvertriebenen.

Weitere wichtige Aktivitäten galten der Vorbereitung des Treffens zur Überprüfung der Erklärung und des Aktionsprogramms von Beijing. Dabei kam es zu einer verstärkten Zusammenarbeit zwischen der Leitenden Beraterin der OSZE für Gleichstellungsfragen, dem Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frauen, dem Hohen Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) und UNHCR.

In der politisch-militärischen Dimension bestand eine enge Zusammenarbeit zwischen der FSK-Unterstützungsgruppe des Konfliktverhütungszentrums und der Hauptabteilung der Vereinten Nationen für Abrüstungsfragen zum Thema Kleinwaffen und leichte Waffen. Das KVZ beteiligte sich an mehreren Veranstaltungen der VN-Hauptabteilung für Abrüstungsfragen, darunter im Mai eine Regionalkonferenz über die Durchführung des Aktionsprogramms der Vereinten Nationen über Kleinwaffen und leichte Waffen. Im Februar wurde im Rahmen des FSK die Umsetzung des VN-Registers für konventionelle Waffen erörtert.

Die Zusammenarbeit zwischen dem OCEEA und der Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa (UNECE) zu den Themen wirtschaftliche und umweltbezogene Bedrohungen der Sicherheit sowie Frühwarnung erhielt weitere Impulse durch die Unterzeichnung einer Vereinbarung auf dem Ministerratstreffen von Sofia. Gemeinsam mit dem Globalen Programm gegen Geldwäsche des UNODC veranstaltete das OCEEA in interessierten Teilnehmerstaaten weitere nationale Workshops über die Bekämpfung der Geldwäsche und Unterbindung der Finanzierung des Terrorismus. In Albanien und Georgien wurden gemeinsame Workshops abgehalten.

Unter der Schirmherrschaft der Stabilitätspakt-Arbeitsgruppe Menschenhandel<sup>1</sup> arbeitete das BDIMR eng mit dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen (UNICEF) und dem Büro des Hohen Kommissars der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR) bei

<sup>1</sup> Die Arbeitsgruppe schloss ihre Arbeit am 30. Oktober 2004 ab. Näheres über die Arbeit der OSZE im Kampf gegen den Menschenhandel findet sich auf Seite 24

einem aus dem Bericht des Jahres 2002 über Menschenhandel in Südosteuropa entstandenen Folgeprojekt zusammen, das den Zweck verfolgte, Menschenhandel zu beobachten und entsprechende Gegenmaßnahmen zu prüfen. Das diesbezügliche Projekt, die Südosteuropäische Regionalinitiative gegen Menschenhandel (SEE RIGHTS), trat 2004 in seine Schlussphase.

Das BDIMR arbeitete überdies mit verschiedenen anderen VN-Organisationen, insbesondere der UNECE und UNDP, in Sachen Geschlechtergleichstellung zusammen, sowie mit UNHCHR im Bereich der Menschenrechte und der Terrorismusbekämpfung.

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten unterhielt ebenfalls regelmäßige Kontakte mit einschlägigen VN-Abteilungen und arbeitete mit VN-Sonderorganisationen zusammen. So schloss er sich etwa in der georgischen Region Samzche-Dschawacheti UNDP in einem Projekt an, das die soziale Integration der armenischsprachigen Bevölkerung fördern soll. In Kirgisistan waren Bildungsfragen Gegenstand der Zusammenarbeit mit der UNESCO und UNDP.

Zwischen den OSZE-Feldeinsätzen und den Vereinten Nationen besteht in **Südosteuropa** eine besonders intensive Partnerschaft. Die OSZE-Mission im Kosovo

*„Wir alle sind neuen Sicherheitsbedrohungen sowie alten Bedrohungen ausgesetzt, die sich in komplexer und unvorhersehbarer Weise entwickeln. Entweder erlauben wir dieser Palette von Bedrohungen, und unserer Reaktion darauf, uns zu spalten, oder wir ziehen an einem Strang und gehen auf der Grundlage des gemeinsamen Engagements für kollektive Sicherheit wirksam gegen sie alle vor.“*

**Kofi Annan, VN-Generalsekretär**

ist der für den institutionellen Aufbau zuständige Pfeiler der VN-Mission im Kosovo. Diese Zusammenarbeit findet über interinstitutionelle Arbeitsgruppen, Arbeitskreise und Sitzungen führender Vertreter statt, bei denen in regelmäßigen Zeitabständen grundsätzliche Entscheidungen koordiniert, „Fahrpläne“ ausgearbeitet und Entscheidungen über die Arbeitsteilung getroffen werden. Zahlreiche gemeinsame Projekte wurden quer durch Südosteuropa in jeder der drei OSZE-Dimensionen durchgeführt. So arbeitete die Organisation etwa mit UNDP in Bosnien und Herzegowina sowie in Serbien und Montenegro an der Kontrolle und der Zerstörung von Kleinwaffen und leichten Waffen, und sie unterstützte gemeinsam mit den VN die Zusammenarbeit zwischen den Staaten bei der Flüchtlingsrückkehr, im Kampf gegen den Menschenhandel und bei der Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (ICTY).

Im **Südkaucasus** unterstützte die Mission in Georgien wie bisher den unter der Führung der Vereinten Nationen stehenden Friedensprozess in Abchasien (Georgien). Wie schon in den vergangenen Jahren stellte sie Mitarbeiter zum VN-Menschenrechtsbüro in Abchasien (Georgien) ab. Das Büro in Eriwan kooperierte eng mit UNDP in dimensionsübergreifenden Bereichen, etwa zu den Themen Korruptionsbekämpfung, Volksanwaltschaft, Wahlen, Kampf gegen den Menschenhandel und Gleichstellungsfragen. Das OSZE-Büro in Baku erörterte regelmäßig Menschenrechtsfragen mit UNHCHR, dem IKRK, dem Europarat, der IOM und dem Norwegischen Flüchtlingsrat.

Die Feldeinsätze der OSZE in allen drei Staaten unterstützten die OSZE/VN-Umwelt- und Sicherheitsinitiative (ENVSEC) und organisierten gemeinsam mit dem OCEEA und den nationalen Behörden Konsultationen über den ENVSEC-Bericht zum Südkaukasus. Dieser Bericht mit dem Titel „Umwelt und Sicherheit: Risiken in Kooperation verwandeln – Der Fall Südkaukasus“ wurde im Oktober in Tiflis vorgestellt. Der nächste Schritt besteht nun darin, dass die Behörden der drei Länder vorläufige Arbeitsprogramme erstellen. Im Juli schloss sich die NATO der Initiative an.

Die OSZE Mission in Georgien unterhielt eine enge Zusammenarbeit mit mehreren internationalen Akteuren, insbesondere mit UNDP, bei den Präsidenten- und Parlamentswahlen, die Anfang 2004 in Georgien abgehalten wurden. Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, hielt engen Kontakt mit UNHCR in der Frage der Flüchtlinge und Binnenvertriebenen in der Zone des Konflikts um Berg-Karabach.

Zu weiteren Synergieeffekten kam es zwischen der OSZE und den VN-Feldeinsätzen in **Osteuropa**. In der Ukraine veranlasste der OSZE-Projekt Koordinator gemeinsam mit UNICEF, USAID und dem British

Council eine Bestandsaufnahme zu Menschenhandelsfragen. Wie schon in den vergangenen Jahren war die Mission in Moldau einer der wichtigsten Koordinatoren der internationalen Bemühungen zur Verstärkung der Maßnahmen vor Ort gegen den Menschenhandel im Land. Sie war Gastgeber monatlicher technischer Koordinationstagungen, an denen UNICEF, UNIFEM, die IOM, die Internationale Arbeitsorganisation und UNDP teilnahmen. Eine enge Zusammenarbeit bestand außerdem zwischen der Mission und UNICEF während der Schulkrise in der transnistrischen Region Moldaus.

In **Zentralasien** stellten die Feldeinsätze enge Beziehungen zu VN-Organisationen her, um den fünf Teilnehmerstaaten in der Region bei der Einhaltung ihrer Verpflichtungen in allen drei OSZE-Dimensionen gemeinsam Hilfestellung zu leisten. Die Zusammenarbeit erstreckte sich auch auf mehrere regionale Projekte wie etwa die ENVSEC-Initiative.

**Europäische Union.** Die Stärkung der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der EU war eine der Prioritäten des bulgarischen Vorsitzes. Auf politischer Ebene hielten die Außenminister Irlands und der Niederlande sowie die EU-Kommissarin für Außenbeziehungen Reden im Ständigen Rat. Weitere Vertreter der EU, die im Ständigen Rat sprachen, waren der Sonderbeauftragte für den Südkaukasus und der Leiter der Vertretung der Europäischen Kommission in Kroatien.

Ferner fanden Sitzungen der jeweiligen Ministertrioikas sowie der Trioikas der OSZE und des Politischen und sicherheitspolitischen Komitees der EU statt. An diesen Troika-Sitzungen nahm auch der OSZE-Generalsekretär teil. Der Direktor des Büros des OSZE-Generalsekretärs sprach in der EU-Arbeitsgruppe „OSZE und Europarat“. Die Europäische Kommission (EK) trug durch ihre Delegation in Wien zur Arbeit der OSZE-Organe bei. Im November war die EU Gastgeber des zweiten Treffens zwischen der EU und der OSZE auf Mitarbeiterebene.

2004 starteten die EK und das BDIMR ein neues Programm in Zentralasien, bei dem das BDIMR im Programmteil „Faire Gerichtsverfahren“ Strafverteidigern in Kasachstan und Kirgisistan berufliches Fachwissen vermittelte. Die OSZE gehört dem Lenkungsausschuss der Zentralasiatischen Grenzschutzdienst-Initiativgruppe der Europäischen Kommission an, die im Rahmen des TACIS-Grenzschutzprogramms für Zentralasien eingerichtet wurde. Die Organisation befasste sich ferner mit der Überprüfung der Durchführung der im Dokument „Way Forward“ eingegangenen Verpflichtungen, das auf der Konferenz von Ochrid im Mai 2003 von allen Teilnehmern am Ochrid-Grenzprozess unterzeichnet worden war.

Ein BDIMR-Experte nahm an der Europäischen Expertengruppe der EK zu Fragen des Menschenhandels teil, als deren Ergebnis in den EU-Mitgliedstaaten nationale Leitsysteme eingerichtet wurden. Gemeinsam mit dem HKNM bemühte sich das BDIMR um eine engere Zusammenarbeit mit der europäischen Stelle zur Beobachtung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit.

Das Europäische Parlament beteiligte sich an der BDIMR-Beobachtungsmission anlässlich der Präsidentenwahlen in Georgien und in der Ukraine. Das BDIMR setzte seine Zusammenarbeit mit der EK bei der Entwicklung von Richtlinien für Medienmonitoring im Zuge von Wahlbeobachtungsmissionen fort.

In **Südosteuropa** arbeiteten die OSZE-Missionen eng mit den EU-Vertretern in Fragen von gegenseitigem Interesse zusammen, darunter die Themen Justiz- und Polizeireform, Demokratisierung, institutioneller Aufbau, Menschenrechte und Flüchtlingsrückkehr. In dieser Region haben beide Organisationen erfolgreich zur Schaffung eines Klimas beigetragen, das der Stabilität, der Normalisierung und letztendlich der Integration in die euroatlantischen Strukturen förderlich ist.

In Albanien leisteten die OSZE-Präsenz und die EU dem albanischen Ministerium für Kommunalverwaltung und der Zentralen Wahlkommission technische und materielle Hilfe bei der Verbesserung der Wählereintragung. Weitere Kooperationsbereiche waren die Gefängnisreform und die Unterstützung für das Parlament.

In Bosnien und Herzegowina gab es eine enge Zusammenarbeit zwischen der Mission und der EU in Reformfragen, einschließlich Bildung, öffentliche Verwaltung, Menschenrechte und Schaffung einer landesweiten Volksanwaltschaft. Außerdem richteten die Organisationen gemeinsam Schulungszentren für Justizpersonal und Staatsanwälte in beiden Teilgebieten

ein, wodurch Fragen betreffend die Rückkehr auf die Kommunalbehörden übertragen werden konnten, und sie unterstützten die mit Verfassungs- und Rechtsfragen befassten Ausschüsse der Parlamentarischen Versammlung des Landes. Die Mission arbeitete ferner eng mit der EU-Polizeimission in Menschenhandelsfragen und mit der Lenkungsgruppe für Verteidigung und Sicherheit zusammen, die unter dem gemeinsamen Vorsitz der Mission und der SFOR steht.

2004 erhielt Kroatien Bewerberlandstatus bei der EU. Das Mandat der OSZE-Mission in Kroatien wurde weitgehend in Anlehnung an die politischen Aufgaben festgelegt, die Kroatien für den Beitritt zur EU erfüllen muss. Vor diesem Hintergrund wurde die OSZE zu einem wesentlichen Partner für Kroatien bei der Verwirklichung dieser Agenda. Teil der Zusammenarbeit zwischen der EU und der OSZE waren auch gemeinsame Bemühungen des EK-Vertreters und des Leiters der OSZE-Mission in Verbindung mit dem ICTY im Hinblick auf eine bessere Überwachung von Kriegsverbrecherprozessen im In- und Ausland und die verstärkte Suche nach Vermissten.

In Serbien und Montenegro entwickelten die OSZE-Mission und die EU gemeinsam eine regionale Flüchtlingspolitik. Ferner entstand eine Partnerschaft zwischen der Mission und der Europäischen Agentur für Wiederaufbau (EAR) zu Fragen der Rechts- und Justizreform, der Medienentwicklung und der Strafverfolgung.

Im Kosovo (Serbien und Montenegro) erhielt die OSZE-Mission Geldmittel von der EAR für ein Projekt, durch das das Fachwissen und die berufliche Kompetenz von Richtern und Staatsanwälten erhöht werden sollen. Es wurden auch andere Initiativen unterstützt, etwa das Projekt, das auf die Anwaltsprüfung vorbereitet, und das Programm betreffend die Stimmabgabe außerhalb des Kosovo, sowie Radio-Television-Kosovo und das Kosovarische Institut für juristische Fortbildung. Die Mission arbeitete außerdem eng mit der EK bezüglich Rechtsvorschriften zur Schaffung einer unabhängigen Medienkommission zusammen.

Die OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje festigte weiter ihre Beziehungen in allen Sicherheitsdimensionen mit dem Büro des Sonderbeauftragten und der EU-Polizeimission Proxima. Die Zusammenarbeit mit der EU war ganz besonders intensiv in Fragen der Polizeireform und im Kampf gegen die organisierte Kriminalität sowie in Bezug auf integrierte Grenzmanagementstrategien im westlichen Balkan.

Im **Südkaucasus** bestand eine enge Zusammenarbeit zwischen den Feldeinsätzen und dem EU-Sonderbeauftragten. Die Europäische Kommission beteiligte sich weiter an der Gemeinsamen Kontrollkommission (JCC) in dem Bestreben, im georgisch-ossetischen Konflikt eine Regelung herbeizuführen. Diese Zusammenarbeit wurde ursprünglich von der OSZE-Mission in Georgien begründet. Das ganze Berichtsjahr hindurch befasste sich die Mission mit der endgültigen Ausformulierung von Vereinbarungen über die Umsetzung ihrer von der EK gesponserten Programme für Flüchtlingsrückkehr und

Wiederaufbau in der Konfliktzone. Das Programm wird in Zusammenarbeit mit UNDP und UNHCR durchgeführt. In der wirtschaftlichen und umweltbezogenen Dimension stellte die Mission dem von der EK eingerichteten Europäisch-georgischen Politik- und Rechtsberatungszentrum technisches Know-how zur Verfügung, um die Regierung bei der Formulierung arbeitsrechtlicher Gesetze zu unterstützen.

In Armenien verstärkte die OSZE ihre Zusammenarbeit mit der EU weiter, unter anderem durch eine Arbeitsgruppe Antikorruption, der die EK angehört. Den Vorsitz in der Arbeitsgruppe führt das OSZE-Büro. Das OSZE-Büro in Baku tauschte regelmäßig Informationen

*„Ich bekenne mich zu verstärkter Komplementarität zwischen der EU und der OSZE. Die Europäische Kommission wird auch in Zukunft mit der OSZE und durch sie an der Stärkung der Sicherheit aus innovativen Blickwinkeln arbeiten und nach Synergien suchen, zum Beispiel in Fragen der Energiesicherheit, des Grenzmanagements, der Good Governance und des institutionellen Aufbaus.“*

**Benita Ferrero-Waldner, Kommissarin für Außenbeziehungen und die Europäische Nachbarschaftspolitik**

mit verschiedenen Personen und Einrichtungen aus, die die EU/EK vertreten, darunter der EU-Sonderbeauftragte für den Südkaukasus. Die Vertreter der EU und der EK in Baku beteiligten sich aktiv an vom Büro organisierten Treffen zur Erörterung der Entwicklungen seit den Wahlen. Die beiden Organisationen informierten einander in regelmäßigen Sitzungen über ihre jeweiligen Projektaktivitäten.

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, stand 2004 häufig in Kontakt mit dem EU-Sonderbeauftragten. Er informierte auch verschiedene EU-Gremien in Brüssel über die aktuelle Lage bezüglich der Regelung des Konflikts um Berg-Karabach.

In **Osteuropa** war die Zusammenarbeit zwischen der EU und der OSZE durch die Entwicklungen in der Region geprägt, wobei insbesondere Moldau und die Ukraine im Vordergrund standen. Der OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine und die EU arbeiteten in einigen themenbezogenen Bereichen zusammen, darunter die Justizreform und Grenzfragen sowie der Kampf gegen den Menschenhandel. Ein von der EU finanziertes Projekt zum Thema „Bekämpfung des Menschenhandels in der Ukraine 2004-2005“ wird von der IOM und der OSZE durchgeführt. Der Koordinator und die EU organisierten außerdem gemeinsam Aktivitäten in Bezug auf Wahlen, darunter Seminare für Richter der ersten Instanz und an Berufungsgerichten sowie Schulungsseminare für Wahlbeisitzer.

Die OSZE-Mission in Moldau hielt regelmäßig Kontakt mit der EU zur Unterstützung des Verhandlungsprozesses um eine politische Regelung der Transnistrienfrage. Sie arbeitete auch eng mit der EK zusammen, insbesondere in Bezug auf Fragen des Grenzmanagements.

In Belarus nahm das OSZE-Büro an mehreren Ad-hoc-Sitzungen mit Vertretern der EK-Delegation in der Ukraine, Moldau und Belarus mit Sitz in Kiew teil.

Auch in **Zentralasien** wurde die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der EU weiter verstärkt. Das OSZE-Zentrum in Almaty organisierte mehrere Veranstaltungen mit der EK-Delegation in Kasachstan, Kirgisistan und Tadschikistan, darunter ein gemeinsames Gespräch am runden Tisch über den Entwurf zu einem Mediengesetz sowie zwei Forschungsprojekte über illegale Märkte in Zentralasien und über religiösen Extremismus. Gemeinsam mit der EU und dem Institut für die Berichterstattung über Krieg und Frieden organisierten die OSZE-Zentren in Almaty und Bischkek einen Runden Tisch zum Vergleich der Wahlprozesse in Kasachstan und Kirgisistan.

Zu den Bereichen der Zusammenarbeit zwischen dem OSZE-Zentrum in Aschgabad und der EK zählten unter anderem Grenzmanagement, Entwicklung kleiner und mittlerer Unternehmen sowie Hilfe für Bauernvereinigungen. Darüber hinaus entwickelte und finanzierte das Zentrum einen Englischkurs und einen Computerkurs für turkmenische Zollbeamte in Ergänzung des TACIS-Unterstützungsprogramms für den staatlichen Zolldienst Turkmenistans.

In Kirgisistan finanzierte die EU die zweite Phase des OSZE-Polizeiunterstützungsprogramms.

**Europarat.** Die Beziehungen zum Europarat waren ein wichtiger Punkt auf der OSZE-Agenda für externe Zusammenarbeit 2004. Sie waren Gegenstand von Erörterungen am 13. Oktober in Sofia auf der Sitzung zwischen dem Amtierenden Vorsitzenden der OSZE und dem norwegischen Außenminister, der den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarats führte. Der OSZE-Vorsitz reagierte positiv auf eine Initiative des norwegischen Vorsitzes, durch die Synergien zwischen den beiden Organisationen verstärkt werden sollen. Im Dezember verabschiedete der Ständige Rat der OSZE einen Beschluss über die Verstärkung der Zusammenarbeit mit dem Europarat, in dessen Folge die OSZE/Europarat-Koordinationsgruppe eingerichtet wurde.

Am 14. Juli fand in Wien das siebente „3+3“-Treffen zwischen ranghohen Beamten des Europarats und der OSZE statt. Gegenstand der Erörterungen waren der Kampf gegen den Terrorismus, Menschenhandel und Wahlbeobachtung sowie mehrere Länder und Regionen, in denen beide Organisationen aktiv sind.

In ihren Ansprachen vor dem Ständigen Rat und dem Ministerrat der OSZE bzw. vor dem Ministerkomitee des Europarats würdigten die beiden Generalsekretäre die pragmatische und offene Art und Weise, in der die Organisationen im Verlauf des Jahres zusammengearbeitet haben. Der Europarat beteiligte sich auch aktiv an den drei OSZE-Sonderveranstaltungen des Jahres 2004 über Toleranz und Nichtdiskriminierung.

Der Hohe Kommissar für nationale Minderheiten arbeitete in Fragen bestehender und im Entwurf vorliegender Gesetze über nationale Minderheiten in mehreren OSZE-Ländern eng mit dem Europarat zusammen. Das BDIMR nahm wie schon bisher im Namen der OSZE am Ad-hoc-Ausschuss des Ministerkomitees des Europarats für Maßnahmen gegen den Menschenhandel teil. Das BDIMR und der Europarat richteten einen informellen Rahmen für die Zusammenarbeit bei künftigen Aktivitäten in Fragen der Geschlechtergleichstellung und der Beteiligung der Frauen an demokratischen Prozessen ein. Außerdem beteiligte sich das BDIMR regelmäßig an Sitzungen des Expertenkomitees des Europarats gegen den Terrorismus, und auch zu Fragen der Roma und Sinti wurde die Zusammenarbeit verstärkt.

Die Parlamentarische Versammlung des Europarats (PACE) und der Kongress der Gemeinden und Regionen Europas beteiligten sich an mehreren BDIMR-Wahlbeobachtungsmissionen des Jahres 2004, darunter

- die Präsidentenwahlen in Georgien, der Russischen Föderation, Serbien und Montenegro und der Ukraine,
- die Parlamentswahlen in Kasachstan,
- die Kommunalwahlen in Bosnien und Herzegowina und
- das Referendum in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien.

Unter Nutzung der jeweiligen Stärken des anderen unternahmen die OSZE und der Europarat auch vor Ort konzertierte Anstrengungen.

In **Südosteuropa** bezog sich die Zusammenarbeit auf drei Hauptbereiche: Bildung, Demokratisierung sowie Menschenrechte und Rechtsstaatlichkeit. So nahm der Europarat z. B. sowohl mit Langzeit- als auch mit Kurzzeitbeobachtern an der vom Sekretariat der Zentralen Wahlkommission organisierten und von der OSZE unterstützten Wahl zur Kosovo-Versammlung des

*„Der Aufbau Europas und die Verbreitung seiner Botschaft verlangt die Entwicklung von Partnerschaften, Dialog und gegenseitige Ergänzung zwischen internationalen Akteuren, insbesondere der Europäischen Union, der OSZE und den Vereinten Nationen.“*

**Walter Schwimmer, Generalsekretär des Europarats**

Jahres 2004 teil. Die OSZE-Mission im Kosovo und der Europarat unterstützten gemeinsam die Arbeitsgruppe für die Reform der Kommunalverwaltung, in der die UNMIK und die Provisorischen Institutionen der Selbstverwaltung (PISG) vertreten sind, und beteiligten sich aktiv an dieser Arbeitsgruppe, um die Entwicklung der Rahmenbedingungen für die Dezentralisierung voranzutreiben. Die Mission stellte auch Experten als Kursleiter für ein Schulungsprogramm des Europarats zur Verfügung, bei dem künftige Ausbilder für Richter und Staatsanwälte im Kosovo auf ihre Lehrtätigkeit vorbereitet wurden.

Beide Organisationen konzentrierten sich intensiv auf den **Südkaucasus** und verstärkten ihre Zusammenarbeit in Armenien, Aserbaidschan und Georgien, wobei sie sich insbesondere Fragen der Gesetzesreform, der Menschenrechte und der Informationsfreiheit widmeten.

Die OSZE-Mission in Georgien arbeitete eng mit der Venedig-Kommission zusammen und gab in diesem Rahmen Rechtsgutachten zu Entwürfen zur Verfassungsnovelle ab. Das OSZE-Büro in Eriwan koordinierte seine Tätigkeit in einer ganzen Reihe von Fragen betreffend Armenien mit dem Europarat und der Venedig-Kommission, mit denen es auch zusammenarbeitete. Zu diesen Fragen zählten die Reform der Wahlordnung, die Verfassungsreform, Versammlungsfreiheit und polizeibezogene Aktivitäten. Das OSZE-Büro in Baku stimmte seine Arbeit in Bezug auf die Rechtsanwaltsvereinigung, Gesetzesreformen und andere Fragen ebenfalls regelmäßig mit dem Sonderbeauftragten des Europarats in Baku ab.

In **Osteuropa** wurde 2004 ebenfalls verstärkt zusammengearbeitet. Die OSZE-Mission in Moldau und der Europarat verhandelten mit Unterrichtsbehörden an beiden Seiten des Dnjestr über den Betrieb der moldauischen Schulen in Transnistrien. Nach dem Entzug der Lizenz für die kommunalen Sendeanstalten *Antena-C* und *Euro-TV* befassten sich die beiden Organisationen gemeinsam mit diesen Fragen und veröffentlichten gemeinsame Empfehlungen über den Betrieb öffentlich-rechtlicher Sendeanstalten in Moldau.

**NATO.** In seiner Ansprache im Nordatlantikrat am 21. Januar wiederholte der Amtierende Vorsitzende, dass das praktische Zusammenwirken vor Ort die treibende Kraft hinter der Zusammenarbeit zwischen NATO und OSZE sei. Er betonte, dass die Bemühungen der beiden Organisationen um Konfliktverhütung und Konfliktnachsorge sowie in den Bereichen Überprüfung der Rüstungskontrolle, Minenräumung, Entsorgung von Munitionslagerbeständen und Reform des Sicherheitssektors einander ergänzten.

Dank regelmäßiger Treffen zwischen Beamten aus den Zentralen der OSZE und der NATO konnte der interinstitutionelle Dialog in vielen Bereichen, von dimensionsübergreifenden Fragen wie dem Kampf gegen den Terrorismus, Kleinwaffen und leichten Waffen

sowie Wirtschafts- und Umweltaktivitäten bis zu regionalen Fragen wie der Zusammenarbeit in der Mittelmeerdimension, weiter verstärkt werden.

Zur weiteren Verbesserung des Wissensstandes in Bezug auf den Entscheidungsfindungsprozess und Krisenmanagementverfahren beider Organisationen war die OSZE im März bei der NATO-Krisenmanagementübung vertreten und wohnte der ersten Verfahrensübung zwischen der NATO und Russland im November als Beobachter bei.

In der politisch-militärischen Dimension veranstaltete die OSZE Informationssitzungen für den Euro-atlantischen Partnerschaftsrat und die Wassenaar-Vereinbarung über ihre Aktivitäten im Bereich der Kleinwaffen und leichten Waffen. Das Sekretariat intensivierte die Koordination

mit der NATO in Bezug auf die Umsetzung des OSZE-Dokuments über Lagerbestände konventioneller Munition und beteiligte sich gemeinsam mit dem Stabilitätspakt, der NATO und der EU weiterhin aktiv am Ochrid-Prozess betreffend Grenzmanagement und Grenzsicherheit in Südosteuropa.

In der Wirtschafts- und Umweltdimension setzten die beiden Organisationen ihre Zusammenarbeit im Rahmen der ENVSEC-Initiative fort, der sich die NATO im Juli anschloss.

Die Parlamentarische Versammlung der NATO beteiligte sich 2004 an der Wahlbeobachtungsmission des BDIMR bei den Präsidentenwahlen in der Ukraine.

In **Südosteuropa** bemühten sich die beiden Organisationen gemeinsam um die Förderung der Stabilisierung und der Integration der Länder der Region.

*„Minister Passy und ich selbst haben auf die Notwendigkeit einer engen Zusammenarbeit zwischen der NATO und der OSZE verwiesen. Wir haben erst kürzlich gute Beispiele dafür gesehen, etwa in Afghanistan, und unter den gegebenen Umständen und in der heutigen Welt sowie angesichts der aktuellen Bedrohungen halte ich es für unerlässlich, dass Organisationen wie die OSZE und die NATO eng zusammenarbeiten.“*  
**Jaap de Hoop Scheffer, Generalsekretär der NATO**

Die Länder wurden unter anderem darin unterstützt, die Kriterien für die Mitgliedschaft im Programm „Partnerschaft für den Frieden“ zu erfüllen. Beide Organisationen nahmen an regelmäßigen Treffen auf Organisationsleitererebene teil, die der Koordination und dem Informationsaustausch zwischen den Organisationen über Entwicklungen vor Ort dienten. Die Unterstützung der NATO für OSZE-Aktivitäten in der Region bezog sich in manchen Fällen auf die Gewährleistung der Sicherheit bzw. die mögliche Rückführung von OSZE-Personal vor Ort aus medizinischen Gründen.

Unter der Schirmherrschaft der Verteidigungsreformkommission sorgte die OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina federführend für die Umsetzung der Reform im Verteidigungsbereich des Landes. Die Mission und SFOR befassten sich gemeinsam mit Fragen der Durchführung von Gesetzen über die Ausfuhr und Einfuhr von Waffen und Munition, sie führten Besuche in Lagerstätten durch, wohnten der Zerstörung von überschüssigen Lagerbeständen an Waffen und Munition bei und unterstützten die Umstrukturierung der Streitkräfte und die Entwicklung des Verteidigungshaushalts des Landes. Außerdem wurden in Abstimmung mit SFOR Aufklärungskampagnen über Menschenhandel durchgeführt.

In Serbien und Montenegro konzentrierte sich die Zusammenarbeit der OSZE und der NATO auf die Unterstützung der Verteidigungsreform und die Stärkung der demokratischen Kontrolle im Verteidigungs- und Sicherheitssektor. Konkrete Kooperationsbereiche waren unter anderem die parlamentarische Aufsicht und Fragen der Grenzsicherheit. Nach ihrer Teilnahme am Ochrid-Prozess nahm die „Spillover“-Überwachungsmission in Skopje im September am Rose-Roth-Seminar der NATO in Ochrid teil.

In **Osteuropa** koordinierte die Mission in Moldau wie bisher die Beobachtung des Abzugs russischer

Militärausrüstung aus Transnistrien mit der NATO-Abteilung „Koordination der konventionellen Rüstungskontrolle“ und den Dienststellen der OSZE-Teilnehmerstaaten für die Verifikation der Rüstungskontrolle. Die Gruppe Projektkoordination des OSZE-Sekretariats arbeitete mit der NATO im Bereich der sozialen Wiedereingliederung ehemaliger Militärangehöriger zusammen.

Im **Südkaucasus** beteiligten sich die OSZE-Feldeinsätze weiter am Projekt „Fluss-Monitoring im Südkaucasus“, das vom NATO-Programm „Wissenschaft im Dienste des Friedens“, dem OSZE-Büro in Eriwan und dem OCEEA finanziert wird. Das Projekt befindet sich nun in seinem dritten Jahr der Durchführung. Nach einem Beschluss des NATO-Gipfeltreffens vom Juni 2004 in Istanbul ernannte die NATO im Herbst einen Sonderbeauftragten des Generalsekretärs für den Kaukasus und Zentralasien, der unter anderem die Aktivitäten mit

anderen internationalen Organisationen zu koordinieren hat.

**Stabilitätspakt für Südosteuropa.** Die OSZE-Feldeinsätze und -Institutionen nahmen wie bisher aktiv an mehreren Initiativen unter der Schirmherrschaft des Stabilitätspakts teil. Die Missionen in Albanien, Bosnien und Herzegowina, Kroatien, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien sowie in Serbien und Montenegro einschließlich des Kosovo und das BDIMR leisteten wichtige Beiträge zur Tätigkeit der Stabilitätspakt-Arbeitsgruppe Menschenhandel. Weitere Bereiche der Zusammenarbeit waren die Kontrolle und Zerstörung von Kleinwaffen, Fragen der Roma und Sinti, die Medienentwicklung, Genderfragen und die Mitwirkung von Frauen in der Politik, Menschenrechte, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Verteidigungs- und Sicherheitsfragen.

Das Konfliktverhütungszentrum arbeitete eng mit dem Stabilitätspakt, der NATO und der EU bei der Durchführung der Verpflichtungen zusammen, die im Dokument „Way Forward“ von Ochrid im Bereich des Grenzmanagements und der Grenzsicherheit eingegangen worden waren. Das KVZ nahm außerdem an den regelmäßigen Treffen der regionalen Lenkungsgruppe des Stabilitätspakts teil.

**Internationale Organisation für Migration.** Die Zusammenarbeit zwischen der OSZE und der IOM wurde sowohl auf der Ebene der Zentralen als auch vor Ort fortgesetzt. Die IOM beteiligte sich an den hochrangigen und zielorientierten Dreiertreffen zwischen den VN, dem Europarat und der OSZE im Februar in Wien sowie am Ministerrat von Sofia und an verschiedenen anderen OSZE-Konferenzen und -Veranstaltungen.

Die beiden Organisationen engagierten sich Hand in Hand im Kaukasus und in Südosteuropa im Kampf gegen den Menschenhandel. Die Zusammenarbeit im Kaukasus

und in Zentralasien betraf in erster Linie die Entwicklung gemeinsamer Vorgehensweisen in der Migrationspolitik. Die OSZE-Präsenz in Albanien arbeitete mit der IOM und der NRO *Save the Children* im Rahmen der Arbeitsgruppe Zeugenschutz zusammen. In der Ukraine arbeitete der Projektkoordinator in Partnerschaft mit der IOM an der Umsetzung eines von der EU finanzierten Projekts zur Bekämpfung des Menschenhandels. Der Koordinator und die IOM sowie andere internationale Partner führten außerdem ein gemeinsames Projekt für Menschenrechtsaufklärung und -erziehung durch. Gemeinsam mit der IOM verwirklichte die Gruppe Projektkoordination das von TACIS finanzierte Projekt „Bekämpfung des Menschenhandels 2004-2005“. Zu den diesbezüglichen Aktivitäten zählten Aufklärungskampagnen, Opferhilfe und -reintegration, die Schulung von Strafverfolgungsbeamten und die Prüfung bestehender Rechtsvorschriften.

**Internationales Komitee vom Roten Kreuz.** Die Zentrale des IKRK nahm an den hochrangigen und zielorientierten Dreiertreffen und an verschiedenen anderen OSZE-Konferenzen und -Veranstaltungen teil. Dazu zählten etwa die drei OSZE-Konferenzen über Toleranz und Nichtdiskriminierung des Jahres 2004, das Ministerratstreffen von Sofia und das jährliche OSZE-Treffen zur menschlichen Dimension in Warschau.

Die OSZE-Feldeinsätze setzten ihre Kooperation mit den IKRK-Regionalbüros in Aschgabad, Baku und Taschkent fort. Ein gutes Beispiel wirksamer Zusammenarbeit war die abgestimmte Reaktion der OSZE-Mission in Moldau und des IKRK-Büros in Kiew auf den Hungerstreik von Andrei Iwancu, einem in der transnistrischen Region Moldaus inhaftierten Mitglied der „Ilascu-Gruppe“.

Der Persönliche Beauftragte des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst, hielt engen Kontakt zum IKRK in der Frage der Freilassung von Kriegsgefangenen und anderen Personen, die im Zuge des Konflikts um Berg-Karabach verhaftet worden waren.

**Zusammenarbeit mit anderen regionalen und subregionalen Organisationen und Initiativen.** Die OSZE fungierte auch als Forum für die Einbeziehung anderer Partner in ihrer Region. 2004 bestand eine stetige Interaktion und Kooperation mit regionalen und subregionalen Organisationen wie der Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation (BSEC), der Zentralasiatischen Kooperationsorganisation (CACO), dem Rat der Ostseeanrainerstaaten (CBSS), der Zentraleuropäischen Initiative (CEI), der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS), der Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit (CSTO), GUUAM (Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldau), der Südosteuropäischen Kooperationsinitiative (SECI), dem Südosteuropäischen Kooperationsprozess (SEECP) und anderen. Diese Zusammenarbeit erfolgte in Form der Teilnahme der OSZE an mehreren hochrangigen Veranstaltungen einschließlich Gipfel- und Ministertreffen wie etwa das CEI-Gipfeltreffen im November in Portorož. Regionale und subregionale Organisationen wurden auch zur Teilnahme an verschiedenen wichtigen OSZE-Veranstaltungen und -Sitzungen eingeladen. So wohnten etwa BSEC, GUS und GUUAM dem zielorientierten Dreiertreffen bei, während CSTO, GUS und GUUAM an der Jährlichen Sicherheitsüberprüfungskonferenz im Juni teilnahmen. GUS und SECI beteiligten sich an der gemeinsamen OSZE/UNODC-Konferenz von Sachverständigen für Grenzmanagement und Grenzsicherheit im September. BSEC, CACO, CBSS, GUS, CSTO, GUUAM, SECI und SEECP zählten auch zu den Teilnehmern der CTC/OSZE/UNODC-Tagung über die Bekämpfung des Terrorismus im März.

Der Generalsekretär begleitete den Amtierenden Vorsitzenden im Februar bei dessen Besuch in Moskau und traf bei dieser Gelegenheit auch mit dem Exekutivsekretär der GUS und dem Generalsekretär der CSTO zusammen.

[www.osce.org/ec](http://www.osce.org/ec)

# ZUSAMMENWIRKEN MIT DEN KOOPERATIONSPARTNERN IM MITTELMEERRAUM UND IN ASIEN SOWIE MIT ORGANISATIONEN UND INSTITUTIONEN AUßERHALB DES OSZE-RAUMS

Gemeinsam mit der OSZE-Troika widmete sich das Sekretariat auch weiterhin der Vertiefung der Beziehungen zu den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien. Im Rahmen des Dialogs und gemeinsamer Aktivitäten mit den Kooperationspartnern setzte die Abteilung Externe Kooperation ihre Beratung und Unterstützung für den Generalsekretär, den Vorsitz und die Mitglieder der Troika fort, die in den jeweiligen Sitzungen der Kontaktgruppen mit den Mittelmeer- bzw. asiatischen Partnern den Vorsitz führen (siehe den Bericht des Amtierenden Vorsitzenden und die Berichte der Vorsitzenden der jeweiligen Kontaktgruppen mit den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum bzw. den Kooperationspartnern in Asien). Die Abteilung vertrat das Sekretariat durch aktive Teilnahme an den Sitzungen. Die Beziehungen zu regionalen Organisationen außerhalb des OSZE-Raums wurden 2004 fortgeführt und ausgebaut.

**Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Kooperationspartnern im Mittelmeerraum und in Asien.** Die Notwendigkeit einer Vertiefung der Zusammenarbeit mit den Partnern im Mittelmeerraum und in Asien wurde in der OSZE-Strategie gegen Bedrohungen der Sicherheit und Stabilität im einundzwanzigsten Jahrhundert, die 2003 verabschiedet wurde, festgestellt. Auf der Grundlage dieses Dokuments rief der Ständige Rat in seinem Beschluss Nr. 571<sup>1</sup> zur Fortsetzung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Partnerstaaten auf. Den Teilnehmerstaaten wurde aufgetragen, zusätzliche Bereiche der Zusammenarbeit und Interaktion mit den Partnerstaaten ausfindig zu machen, um auf beiden Seiten die Sicherheit zu erhöhen und die Kooperationspartner zu veranlassen, als Mittel zur weiteren Interaktion mit der OSZE freiwillig die OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen umzusetzen. Als Teil dieses Prozesses unterstützte die Abteilung Externe Zusammenarbeit den Botschafter Finnlands in seiner Rolle als Vorsitzender der informellen Freundesgruppe für die Durchführung von PC-Beschluss Nr. 571. Ein Bericht mit konkreten Empfehlungen der informellen Gruppe wurde auf dem Treffen des Ministerrats von Sofia vorgelegt. In der Folge verabschiedete der Ministerrat einen Beschluss, in dem die Bedeutung des Berichts unterstrichen wurde. Er wird die Grundlage für die weitere Arbeit mit den Partnerstaaten im Jahr 2005 bilden.

In den Partnerstaaten fanden zwei wichtige

Veranstaltungen statt. Am 15. und 16. März wurde in Tokio die **OSZE/Japan-Konferenz** zum Thema „Bemühungen zur Konfliktverhütung unter den neuen Sicherheitsbedingungen – Europäische Sicherheitsmechanismen und Sicherheit in Asien“ abgehalten. Die Teilnehmer erörterten Fragen von alloseitigem Interesse betreffend die Sicherheit in Europa und in Asien, den Kampf gegen den internationalen Terrorismus und den Umgang mit Herausforderungen für die Sicherheit durch den Menschen- und Drogenhandel sowie durch den unerlaubten Handel mit Kleinwaffen.

Der Generalsekretär und der Sondergesandte der japanischen Regierung führten gemeinsam den Vorsitz bei dieser Konferenz. In ihrer Zusammenfassung verwiesen sie auf die vielfältigen OSZE-Aktivitäten, die Asien bei der Verstärkung der vorbeugenden Diplomatie als Vorbild dienen könnten. Sie stellten fest, dass die OSZE und das **ASEAN-Regionalforum** (ARF) gegen grenzübergreifende neue Formen von Herausforderungen für die Sicherheit gemeinsam vorgehen könnten. Die Konferenz schlug ferner vor, gemeinsame Veranstaltungen zwischen interessierten Partnern in Asien und der OSZE zu Fragen des Menschenhandels und des Handels mit Kleinwaffen und leichten Waffen zu organisieren.

Das **Jährliche OSZE-Mittelmeerseminar** fand am 18. und 19. November in Scharm-el-Scheich (Ägypten) statt. Dabei wurden Fragen der kooperativen Sicherheit, der Toleranz und der Migration vor dem Hintergrund der vertieften Zusammenarbeit zwischen der OSZE und ihren Mittelmeerpartnern erörtert. Der Generalsekretär betonte, dass der vielfältige und mehrdimensionale Charakter der Bedrohungen die OSZE veranlasst habe, angesichts der Tatsache, dass alle Seiten denselben demokratischen Werten und Grundsätzen verpflichtet sind, enger mit den Mittelmeerpartnern zusammenzuarbeiten. Das Seminar endete mit konkreten Vorschlägen, von denen einer die Unterstützung der palästinensischen Präsidentenwahlen am 9. Januar 2005 zum Gegenstand hatte. Die Vorschläge sind eine solide Grundlage für das Arbeitsprogramm mit den Mittelmeerpartnern 2005.

Vor diesem Seminar hielt der OSZE-Generalsekretär einen Vortrag auf dem **zweiten parlamentarischen Forum zum Mittelmeerraum**, das von der Parlamentarischen Versammlung der OSZE am 1. Oktober in Rhodos veranstaltet wurde und

<sup>1</sup> Fortsetzung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern und Erkundung des möglichen Umfangs für die umfassendere Weitergabe der OSZE-Normen, -Prinzipien und -Verpflichtungen an andere.

Parlamentarier aus den Teilnehmerstaaten und aus den Partnerstaaten im Mittelmeerraum zusammenführte. In seiner Erklärung betonte der Generalsekretär, dass die Zukunft des Mittelmeerraums und des Nahen Ostens der OSZE und ihren Partnern eine gemeinsames Anliegen sei. Er betonte auch die Bedeutung der Mittelmeerdimension für die europäische Sicherheit und unterstrich, dass ein stets offener Kommunikationsweg eine Grundvoraussetzung für den Erfolg der Partnerschaft sei.

Im Dezember hieß die OSZE die **Mongolei** als neuen Kooperationspartner in Asien willkommen. Die erste Teilnahme eines mongolischen Außenministers an einem Ministerrat, dem Treffen in Sofia, unterstrich den Wert, den dieses Land der Aufnahme von Beziehungen zur Organisation beimisst. Das Sekretariat wird sich um eine Vertiefung der Beziehungen zur Mongolei und zur Weitergabe von Wissen und Erfahrungen zu Fragen von beiderseitigem Interesse bemühen.

Ein Höhepunkt des Wirkens der Organisation nach außen war 2004 die Entsendung eines **Wahlunterstützungsteams nach Afghanistan**. Zum ersten Mal in ihrer Geschichte wurde die OSZE bei Wahlen in einem Nichtteilnehmerstaat tätig. Nach einer entsprechenden Einladung des afghanischen Präsidenten Hamid Karzai entsandte die OSZE umgehend über 40 Personen in das Land. Sie führten in einem nicht unproblematischen Umfeld einen wirksamen und mit viel Lob bedachten Einsatz durch, während sie gleichzeitig für die Sicherheit des Personals sorgten.

**Zusammenarbeit mit Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raums.** Die Beziehungen zwischen der OSZE und regionalen Organisationen und Institutionen außerhalb des OSZE-Raums nahmen 2004 an Dynamik zu. Seitens regionaler Organisationen bestand lebhaftes Interesse, mehr über die OSZE und ihre Normen und Grundsätze zu erfahren. Es kam zu einem Austausch im Rahmen der Zusammenarbeit mit den Vereinten Nationen und regionalen Organisationen sowie auf bilateraler Ebene mit Regionalorganisationen.

Der Generalsekretär war Gast bei der feierlichen Eröffnung des Sekretariats der **Schanghai-Kooperationsorganisation (SCO)** am 15. Januar in Beijing. Er nutzte die Gelegenheit für Gespräche mit dem SCO-Exekutivsekretär, Botschafter Zhang Deguang, über mögliche Bereiche der Zusammenarbeit. Die OSZE war auch beim Festakt anlässlich der Einsetzung des Exekutivkomitees der SCO-Regionalstruktur zur Bekämpfung des Terrorismus im Juni in Taschkent zugegen. Ein SCO-Vertreter nahm im Juli am Runden Tisch in Kasachstan über Extremismus teil, der vom OSZE-Zentrum in Almaty und vom BDIMR organisiert wurde.

Der Amtierende Vorsitzende nahm eine Einladung zum arabischen Gipfeltreffen vom 22. und 23. Mai in Tunesien an. Vertreter der **Liga der arabischen Staaten**

besuchten im Mai das OSZE-Sekretariat, um sich mit der Arbeit der Organisation zu Fragen der Kleinwaffen und leichten Waffen und zur Bekämpfung des Terrorismus vertraut zu machen. Als Ergebnis dieses Besuchs und angesichts des von der Liga der arabischen Staaten geäußerten Interesses lässt die OSZE derzeit das OSZE-Handbuch über Kleinwaffen und leichte Waffen ins Arabische übersetzen. Ein Vertreter der arabischen Liga wohnte dem Ministerratstreffen in Sofia bei.

Der Generalsekretär vertrat die OSZE bei der 31. Tagung der Außenminister der **Organisation der islamischen Konferenz (OIC)** in Istanbul. Ein Vertreter der OIC nahm seinerseits am Zwölften OSZE-Wirtschaftsforum in Prag und am Ministerratstreffen in Sofia teil.

Nachdem die OSZE die Einladung erhalten hatte, als Beobachter an der fünften ordentlichen Tagung des Exekutivrates und der dritten ordentlichen Tagung der Versammlung der **Afrikanischen Union** im Juni/Juli in Addis Abeba (Äthiopien) teilzunehmen, entsandte sie einen Vertreter der Troika, den in Addis Abeba akkreditierten niederländischen Botschafter.

Im Interesse der weiteren Zusammenarbeit mit dem **ARF** wurden die Teilnehmer der OSZE/Japan-Konferenz zu einem informellen Treffen am 16. März mit den Teilnehmern des ARF-Workshops über vorbeugende Diplomatie eingeladen. Bei dieser Veranstaltung berichtete der Generalsekretär über die Ergebnisse der OSZE/Japan-Konferenz, und der KVZ-Direktor gab einen Überblick über die OSZE-Instrumente für vorbeugende Diplomatie.

Auf Arbeitsebene informierten die OSZE und die **Organisation der amerikanischen Staaten (OAS)** einander über bewährte Praktiken und Lehren in Bezug auf die Bekämpfung des Terrorismus. Ein konkretes Ergebnis dieser Bemühungen war die Schaffung des Antiterrornetzwerks der OSZE in Anlehnung an das Netzwerk des Interamerikanischen Ausschusses der OAS gegen den Terrorismus. Die OSZE gab ihre Erfahrungen, bewährten Praktiken und gewonnenen Lehren an andere weiter und unternahm praktische Bemühungen zum Schutz der Menschenrechte im Kampf gegen den Terrorismus. Die Gruppe Terrorismusbekämpfung des Sekretariats und das OAS-Netzwerk kooperieren in Form eines aktiven Informationsaustauschs und der Koordination ihrer Sitzungen. Die OAS nahm auch an der gemeinsamen OSZE/UNODC-Konferenz von Sachverständigen für Grenzmanagement und Grenzsicherheit teil.

Ein Vertreter der **Konferenz über Interaktion und vertrauensbildende Maßnahmen in Asien** nahm an der Folgekonferenz der Sondertagung des Ausschusses des VN-Sicherheitsrats für die Bekämpfung des Terrorismus mit internationalen, regionalen und subregionalen Organisationen teil, die von der OSZE in Zusammenarbeit mit dem UNODC in Wien organisiert wurde.

# ANHANG

## OSZE Personalstatistik

### Internationales Personal in Missionen/Zentren/Büros

Nationalität	OSZE-Mission im Kosovo	OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina	OSZE-Mission in Kroatien	OSZE-Mission in Georgien	OSZE- "Spillover"-Überwachungsmission in Skopje	OSZE-Mission in Serbien und Monte-negro	OSZE-Mission in Moldau	OSZE-Präsenz in Albanien	OSZE-Zentrum in Almaty	OSZE-Zentrum in Aschgabad	OSZE-Zentrum in Bischkek	OSZE-Zentrum in Duschanbe	OSZE-Zentrum in Taschkent	OSZE-Büro in Baku	OSZE-Büro in Minsk	OSZE-Büro in Erivan	Pers.Vetr. des Amtierenden Vorsitzenden f. d. Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst	OSZE-Projekt-kordinator in der Ukraine	Missionen/Zentren/Büros GESAMT
Albanien	1	1																	2
Armenien	1														1				2
Aserbaidshan	1			1	1														3
Belarus				3	2		1	2				1							9
Belgien	2	1				1													4
Bosnien und Herzegowina	5			1	1	2													9
Bulgarien	16	1		6		1					1	2			1				28
Dänemark	1	1																	2
Deutschland	31	15	5	1	5	6	2	3	1	1	1		1	2	1	1		1	77
die ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien				1															1
Estland	2		1	4		1													8
Finnland			1	2	2			2		1									8
Frankreich	15	9	6	9	4	4		1		1	1	1				1			52
Georgien	2	2	1		2														7
Griechenland	5		1			3													9
Irland	1	4	1	6	4	2		2											20
Island																			0
Italien	12	10	4		4	6									1				37
Japan					1			1											2
Kanada	10	4	1			1													16
Kasachstan																			0
Kirgisistan	1													1					2
Kroatien				1	2			1											4
Lettland		1				1						1							3
Liechtenstein						1													1
Litauen	2	1		1								1							5
Luxemburg																			0
Malta																			0
Moldau	3		1	2						1	1		1						9
Niederlande	2	2	1		1	3	1					1							11
Norwegen		1	1		1	5	1		1			1							11
Österreich	6	6	5	4	7	1		2									1	1	33
Polen	9	1	3	8	2		2												26
Portugal	3				2	1													6
Rumänien	10		1	6	1			1			1								20
Russische Föderation	1	4		6	1						2	3				1			18
Schweden	11	3	2	1	2	3		2	1		1		1		1				28
Schweiz					2						1								3
Serbien und Montenegro																			0
Slowakei			1	3		1													5
Slowenien		2			2														4
Spanien	5	3	1		4														13
Tadschikistan	1				1														2
Tschechische Republik	1	1	1	5	1			2								1	1		13
Türkei	8	1		4	12	3					1								29
Ukraine	2			4	3											1	1		11
Ungarn	1	2		7	1			1				2						1	15
Usbekistan																			0
Vereinigte Staaten	34	18	4	7	9	9	1	5	1			1	1	1		1		1	93
Vereinigtes Königreich	21	12	6	9	15	8	2	2		1	1			1	1		1		80
<b>Gesamt</b>	<b>226</b>	<b>106</b>	<b>48</b>	<b>102</b>	<b>95</b>	<b>63</b>	<b>10</b>	<b>27</b>	<b>4</b>	<b>5</b>	<b>11</b>	<b>14</b>	<b>4</b>	<b>6</b>	<b>5</b>	<b>7</b>	<b>5</b>	<b>3</b>	<b>741</b>

Internationales Personal im Sekretariat und in den Institutionen																								Örtlich eingestelltes Personal im Sekretariat und in den Institutionen																							
Sekretariat, Wien						Medienfreiheit, Wien						HKNM, Den Haag						BDIMR, Warschau																													
inst.-Leiter	D2	D1	P5	P4	P3	P2	P1	entsandt	Zwischen-summe	inst.-Leiter	D2	D1	P5	P4	P3	P2	P1	entsandt	Zwischen-summe	inst.-Leiter	D2	D1	P5	P4	P3	P2	P1	entsandt	Zwischen-summe	inst.-Leiter	D2	D1	P5	P4	P3	P2	P1	entsandt	Zwischen-summe	intern. Personal in Sekretariat und Institutionen GESAMT	Sekretariat Wien	Medienfreiheit Wien	HKNM Den Haag	BDIMR Warschau	Allgem. Dienst (GS) in Sekretariat und Institutionen GESAMT		
									0										0																		0	2				2					
				1					1										0																		1	2				0					
									0										0																		1	1				0					
				1					1										0																		1	5	1	1		2					
		1	1						2										0																		0	2	1		1						
					3	3			6										0																	2	8	2		1	3						
			1	1		1			3										0																	0	3	2			2						
			1	2	4				8	15							1		1																	3	3	21	3		3						
									0										0																		0	0			0						
									0										0																		0	1	1		0						
		1							2	3								1		1																0	4	3		3							
		1							0										0																	0	1	1	1		2						
									0										0																		0	1	1		1						
				1					1	2									0																		0	2	1		1						
									0										0																		0	1	1		0						
		1			5				3	9									0																	1	10	7		7							
		1							0										0																	0	0			0							
		1	1	3	1	1			7										0																2	10	2			2							
									0										0																	1	1			0							
									0										0																		2	2			0						
				1	1	1			3										0																	0	3			0							
				1	1				2										0																		0	2	8		1	9					
									1										0																	1	1			0							
									1	1									0																		0	1			0						
									0										0																		0	0			0						
			1						1										0																		0	1			0						
			1						1										0																		0	1			0						
					3				3										0																		1	5			0						
				1					2	3									0																		1	2	5	2		5					
									1	1									0																		0	2			0						
			2	3	5	2			12								1		1																	1	1	17	65	1		66					
		1		1	1				3										0																	2	3	5	10	3	1	41	45				
									0										0																		0	0			0						
				1	2				1	4									0																		1	6	1		1						
		1	4	4	1				2	12									0																		1	15	9		9						
			2		1				2	5									0	1																	1	1	9	1		1					
			1	1					1	3									0																		0	5	1		1						
									0										0																		0	0	4		4						
		1			1	1			1	4									0																		0	4	2		2						
									0										0																		0	0	1		1						
									0										0																		0	5	2		2						
									0										0																		0	0	1		1						
									0										0																		0	1	8		8						
				1	2				1	4									0																		0	4	2		2						
									0										0																		1	2	1		1						
			1						1	1									0																		0	2	4		4						
									0										0																		3	3			0						
		1		1	2	1	1		6	12									0																	7	19	10		11							
			5	4					3	12									0																	4	18	13		14							
		1	4	1	15	31	40	17	1	40	150	1	0	0	1	0	1	0	2	3	8	1	0	1	1	6	3	0	1	3	16	1	0	1	3	6	17	12	6	7	53	227	185	3	7	43	238

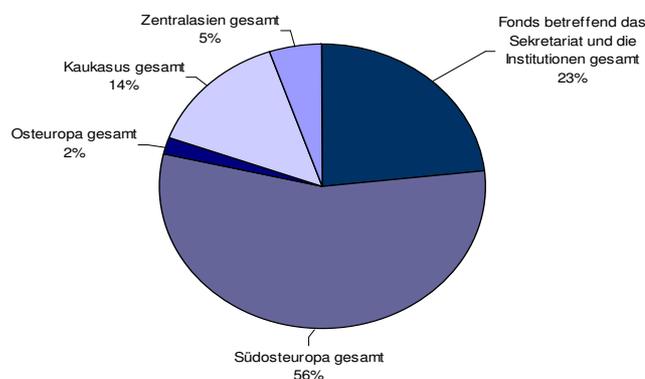
Gesamtzahl des internationalen Personals in Missionen, Sekretariat und Institutionen

Nationalität	Missionen	%	Sekretariat und Institutionen	%	END-SUMME	%
Albanien	2	0.3	0	0.0	2	0.2
Armenien	2	0.3	2	0.9	4	0.4
Aserbaidschan	3	0.4	1	0.4	4	0.4
Belarus	9	1.2	5	2.2	14	1.4
Belgien	4	0.5	2	0.9	6	0.6
Bosnien und Herzegowina	9	1.2	2	0.9	11	1.1
Bulgarien	28	3.8	8	3.5	36	3.7
Dänemark	2	0.3	3	1.3	5	0.5
Deutschland	77	10.4	21	9.3	98	10.1
die ehemalige jugoslawische	1	0.1	0	0.0	1	0.1
Estland	8	1.1	1	0.4	9	0.9
Finnland	8	1.1	4	1.8	12	1.2
Frankreich	52	7.0	9	4.0	61	6.3
Georgien	7	0.9	1	0.4	8	0.8
Griechenland	9	1.2	1	0.4	10	1.0
Irland	20	2.7	2	0.9	22	2.3
Island	0	0.0	1	0.4	1	0.1
Italien	37	5.0	10	4.4	47	4.9
Japan	2	0.3	0	0.0	2	0.2
Kanada	16	2.2	10	4.4	26	2.7
Kasachstan	0	0.0	2	0.9	2	0.2
Kirgisistan	2	0.3	3	1.3	5	0.5
Kroatien	4	0.5	2	0.9	6	0.6
Lettland	3	0.4	2	0.9	5	0.5
Liechtenstein	1	0.1	1	0.4	2	0.2
Litauen	5	0.7	0	0.0	5	0.5
Luxemburg	0	0.0	1	0.4	1	0.1
Malta	0	0.0	1	0.4	1	0.1
Moldau	9	1.2	5	2.2	14	1.4
Niederlande	11	1.5	5	2.2	16	1.7
Norwegen	11	1.5	2	0.9	13	1.3
Osterreich	33	4.5	17	7.5	50	5.2
Polen	26	3.5	10	4.4	36	3.7
Portugal	6	0.8	0	0.0	6	0.6
Rumänien	20	2.7	6	2.6	26	2.7
Russische Föderation	18	2.4	15	6.6	33	3.4
Schweden	28	3.8	9	4.0	37	3.8
Schweiz	3	0.4	5	2.2	8	0.8
Serbien und Montenegro	0	0.0	0	0.0	0	0.0
Slowakei	5	0.7	4	1.8	9	0.9
Slowenien	4	0.5	0	0.0	4	0.4
Spanien	13	1.8	5	2.2	18	1.9
Tadschikistan	2	0.3	0	0.0	2	0.2
Tschechische Republik	13	1.8	1	0.4	14	1.4
Türkei	29	3.9	4	1.8	33	3.4
Ukraine	11	1.5	2	0.9	13	1.3
Ungarn	15	2.0	2	0.9	17	1.8
Usbekistan	0	0.0	3	1.3	3	0.3
Vereinigte Staaten	93	12.6	19	8.4	112	11.6
Vereinigtes Königreich	80	10.8	18	7.9	98	10.1
<b>Gesamt</b>	<b>741</b>	<b>100.0</b>	<b>227</b>	<b>100.0</b>	<b>968</b>	<b>100.0</b>

## Gesamthaushaltsplan 2004

Fonds	Haushaltsplan 2004 (in Euro)	% vom Gesamt- betrag
<b>I. FONDS BETREFFEND DAS SEKRETARIAT UND DIE INSTITUTIONEN</b>		
Sekretariat	27,245,600	15.07%
Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte (BDIMR)	11,529,200	6.38%
Hoher Kommissar für nationale Minderheiten (HKNM)	2,564,900	1.42%
Beauftragter für Medienfreiheit	978,800	0.54%
<b>Fonds betreffend das Sekretariat und die Institutionen gesamt</b>	<b>42,318,500</b>	<b>23.40%</b>
<b>II. FONDS BETREFFEND DIE OSZE-FELDEINSÄTZE</b>		
<b>Südosteuropa</b>		
Mission im Kosovo	42,607,700	23.56%
Aufgaben in Bosnien und Herzegowina	19,465,300	10.76%
Mission in Kroatien	10,404,300	5.75%
Mission in Serbien und Montenegro	9,834,300	5.44%
Präsenz in Albanien	3,740,900	2.07%
"Spillover"-Überwachungsmission in Skopje	13,745,600	7.60%
<b>Südosteuropa gesamt</b>	<b>99,798,100</b>	<b>55.19%</b>
<b>Osteuropa</b>		
Mission in Moldau	1,389,200	0.77%
Projektkoordinator in der Ukraine	1,085,300	0.60%
Büro in Minsk	942,100	0.52%
Vertreter in der estnischen Kommission für pensionierte Militäranghörige	123,300	0.07%
Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militäranghörige	12,200	0.01%
<b>Osteuropa gesamt</b>	<b>3,552,100</b>	<b>1.96%</b>
<b>Kaukasus</b>		
Mission in Georgien	20,688,900	11.44%
Büro in Eriwan	1,227,700	0.68%
Büro in Baku	1,512,600	0.84%
Hochrangige Planungsgruppe	211,400	0.12%
Minsk-Prozess	953,300	0.53%
Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz befasst	890,000	0.49%
<b>Kaukasus gesamt</b>	<b>25,483,900</b>	<b>14.09%</b>
<b>Zentralasien</b>		
Zentrum in Almaty	1,497,000	0.83%
Zentrum in Aschgabad	979,500	0.54%
Zentrum in Bischkek	1,831,300	1.01%
Zentrum in Duschanbe	3,829,200	2.12%
Zentrum in Taschkent	1,543,100	0.85%
<b>Zentralasien gesamt</b>	<b>9,680,100</b>	<b>5.35%</b>
<b>Fonds betreffend die OSZE-Feldeinsätze gesamt</b>	<b>138,514,200</b>	<b>76.60%</b>
<b>HAUSHALT GESAMT</b>	<b>180,832,700</b>	<b>100.00%</b>

## Gesamthaushaltsplan 2004 nach Regionen



## Abteilung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

**OSZE-Sekretariat**  
**Kärntner Ring 5-7**  
**A-1010 Wien, Österreich**  
**Tel.: +43 1 514 36 180**  
**Fax: +43 1 514 36 105**  
**info@osce.org**

## www.osce.org

OSZE-INSTITUTIONEN

### Parlamentarische Versammlung

Rådhusstræde 1, 1466 Kopenhagen K, Dänemark  
Tel.: +45 33 37 80 40; Fax: +45 33 37 80 30  
E-Mail: osce@oscepa.dk  
www.oscepa.org

### Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte

19 Aleje Ujazdowskie, 00-557 Warschau, Polen  
Tel.: +48 22 520 06 00; Fax: +48 22 520 06 05  
E-Mail: office@odihhr.pl  
www.osce.org/odihhr

### Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten

Prinsessegracht 22, 2514 AP Den Haag, Niederlande  
Tel.: +31 70 312 55 00; Fax: +31 70 363 59 10  
E-Mail: hcnm@hcnm.org  
www.osce.org/hcnm

### OSZE-Beauftragter für Medienfreiheit

Kärntner Ring 5-7, A-1010 Wien, Österreich  
Tel.: +43 1 512 21 45-0; Fax: +43 1 512 21 45-9  
E-Mail: pm-fom@osce.org  
www.osce.org/fom

## OSZE-FELDEINSÄTZE

### SÜDOSTEUROPA

#### OSZE-Präsenz in Albanien

Leiter der Präsenz: Botschafter Pavel Vacek  
Rruga Donika Kastrioti, Vila 6, Tirana, Albanien  
Tel.: +355 4 235 993; Fax: +355 4 235 994  
E-Mail: Post.Albania@osce.org  
www.osce.org/albania

#### OSZE-Mission in Bosnien und Herzegowina

Missionsleiter: Botschafter Douglas Davidson  
Fra Andela Zvizdovića 1, 71000 Sarajewo, Bosnien und Herzegowina  
Tel.: +387 33 752 100; Fax: +387 33 442 479  
E-Mail: info@oscebih.org  
www.oscebih.org

#### OSZE-Mission in Kroatien

Missionsleiter: Botschafter Peter Semneby  
Florijana Andrašeca 14, 10000 Zagreb, Kroatien  
Tel.: +385 1 309 66 20; Fax: +385 1 309 66 21  
E-Mail: hr\_pau@osce.org  
www.osce.org/croatia

#### OSZE-Mission im Kosovo

Missionsleiter: Botschafter Pascal Fieschi  
Beogradska 32, 38000 Priština, Kosovo, Serbien und Montenegro  
Tel.: +381 38 500 162; Fax: +381 38 500 188  
E-Mail: press.omik@osce.org  
www.osce.org/kosovo

#### OSZE-Mission in Serbien und Montenegro

Missionsleiter: Botschafter Maurizio Massari  
Cakorska 1, 1100 Belgrad, Serbien und Montenegro  
Tel.: +381 11 367 24 25; Fax: +381 11 367 24 29  
E-Mail: omisam-spokesperson@osce.org  
www.osce.org/sam

#### OSZE-„Spillover“-Überwachungsmission in Skopje

Missionsleiter: Botschafter Carlos Pais  
QBE Makedonija Building, 11 Oktomvri Str. 25, MK-1000 Skopje, ehemalige jugoslawische Republik Mazedonien  
Tel.: +389 2 3234 000; Fax: +389 2 3234 234  
E-Mail: info-mk@osce.org  
www.osce.org/skopje

### OSTEUROPA

#### OSZE-Büro in Minsk

Leiter des Büros: Botschafter Eberhard Heyken  
Prospekt Gasety Pravda 11, Minsk 220116, Belarus  
Tel.: +375 17 272 34 97; Fax: +375 17 272 34 98  
E-Mail: office-by@osce.org  
www.osce.org/belarus

#### OSZE-Mission in Moldau

Missionsleiter: Botschafter William H. Hill  
Str Mitropolit Dosoftei 108, 2012 Chişinău, Moldau  
Tel.: +373 22 22 34 95; Fax: +373 22 22 34 96  
E-Mail: secretary-md@osce.org  
www.osce.org/moldova

#### OSZE-Projektkoordinator in der Ukraine

Projektkoordinator: Botschafter David Nicholas  
16 Striletska St., 01034 Kiew, Ukraine  
Tel.: +380 44 238 04 06; Fax: +380 44 238 04 08  
E-Mail: osce-ukraine@osce.org  
www.osce.org/ukraine

#### OSZE-Vertreter in der Gemeinsamen lettisch-russischen Kommission für pensionierte Militäranghörige

OSZE-Vertreter: Helmut Napiontek  
OSZE-Sekretariat, Kärntner Ring 5-7, 2. Stock, A-1010 Wien, Österreich  
Tel.: +43 1 514 36 560; Fax: +43 1 514 36 96  
E-Mail: helmut.napiontek@osce.org

**OSZE-Vertreter in der estnischen Kommission für pensionierte Militäranghörige**

OSZE-Vertreter: Uwe Mahrenholtz  
Pämu mnt. 15, 7<sup>th</sup> floor, Kawe Plaza, 10141 Tallinn, Estland  
Tel.: +372 665 1762; Fax: +372 665 1763  
E-Mail: oscerepresentative@osce.ee

**KAUKASUS**

**OSZE-Büro in Baku**

Leiter des Büros: Botschafter Maurizio Pavesi  
4, M. Magomayev lane, 2<sup>nd</sup> floor, Icheri Sheher, Baku AZ 1004, Aserbajdschan  
Tel.: +994 12 497 23 73; Fax: +994 12 497 23 77  
E-Mail: office-az@osce.org  
www.osce.org/baku

**OSZE-Mission in Georgien**

Missionsleiter: Botschafter Roy Reeve  
Krtsanisi Datcha No. 5, Tiflis, Georgien  
Tel.: +995 32 24 42 01; Fax: +995 32 77 96 15  
E-Mail: pm-ge@osce.org  
www.osce.org/georgia

**Persönlicher Beauftragter des Amtierenden Vorsitzenden der OSZE für den Konflikt, mit dem sich die Minsk-Konferenz der OSZE befasst**

Persönlicher Beauftragter: Botschafter Andrzej Kasprzyk  
4 Freedom Square, GMT Plaza, 1<sup>st</sup> floor, Tiflis, 0105 Georgien  
Tel.: +995 32 99 87 32; Fax: +995 32 98 85 66  
E-Mail: prcio@osce.org

**OSZE-Büro in Eriwan**

Leiter des Büros: Botschafter Wladimir Prjachin  
89 Teryan St., Eriwan 375009, Armenien  
Tel.: +374 10 54 58 45; Fax: +374 10 54 10 61  
E-Mail: yerevan-am@osce.am  
www.osce.org/yerevan

**ZENTRALASIEN**

**OSZE-Zentrum in Almaty**

Leiter des Zentrums: Botschafter Ivar Vikki  
67 Tole Bi Street, 2<sup>nd</sup> floor, Almaty 480091, Kasachstan  
Tel.: +7 3272 79 37 62; Fax: +7 3272 79 43 88  
E-Mail: almaty-kz@osce.org  
www.osce.org/almaty

**OSZE-Zentrum in Aschgabad**

Leiter des Zentrums: Botschafter Ibrahim Đikić  
Turkmenbashi Shayoly 15, 744005 Aschgabad, Turkmenistan  
Tel.: +993 12 35 30 92; Fax: +993 12 35 30 41  
E-Mail: info\_tm@osce.org  
www.osce.org/ashgabad

**OSZE-Zentrum in Bischkek**

Leiter des Zentrums: Botschafter Markus Müller  
139 St. Toktogula, Bischkek 720001, Kirgisistan  
Tel.: +996 312 66 50 15; Fax: +996 312 66 31 69  
E-Mail: pm-kg@osce.org  
www.osce.org/bishkek

**OSZE-Zentrum in Duschanbe**

Leiter des Zentrums: Botschafter Alain Couanon  
12, Zikrullo Khojaev Street, 734017 Duschanbe, Tadschikistan  
Tel.: +992 372 24 58 79, +992 372 24 33 38; Fax: +992 372 24 91 59  
E-Mail: cid-tj@osce.org  
www.osce.org/tajikistan

**OSZE-Zentrum in Taschkent**

Leiter des Zentrums: Botschafter Miroslav Jenca  
Afrosiyob Street 12 B, 4<sup>th</sup> floor, 700015 Taschkent, Republik Usbekistan  
Tel.: +998 71 140 04 70; Fax: +998 71 140 04 66  
E-Mail: osce-cit@osce.org  
www.osce.org/tashkent

## Abkürzungen

ARF	ASEAN-Regionalforum	IKRK	Internationales Komitee vom Roten Kreuz
ASEAN	Verband Südostasiatischer Nationen	ILO	Internationale Arbeitsorganisation
ASRC	Jährliche Sicherheitsüberprüfungskonferenz	IOM	Internationale Organisation für Migration
ATAU	Unterstützungsgruppe Bekämpfung des Menschenhandels	IRMA	Integriertes Ressourcenmanagementsystem der OSZE
ATU	Gruppe Terrorismusbekämpfung	JCC	Gemeinsame Kontrollkommission
BDIMR	Büro für demokratische Institutionen und Menschenrechte	KFOR	Kosovo-Friedenstruppe
BiH	Bosnien und Herzegowina	KMU	Kleine und mittlere Unternehmen
BSEC	Schwarzmeer-Wirtschaftskooperation	KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
CACO	Zentralasiatische Kooperationsorganisation	KVZ	Konfliktverhütungszentrum
CAYN	Zentralasiatisches Jugendnetzwerk	MANPADS	Schultergestützte Flugabwehrraketensysteme
CBSS	Rat der Ostseeanrainerstaaten	NATO	Nordatlantikvertrags-Organisation
CEC	Zentrale Wahlkommission	NRM	National Referral Mechanisms (Nationale Leitsysteme)
CEDAW	Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau	NRO	Nichtregierungsorganisation(en)
CEI	Zentraleuropäische Initiative	OAS	Organisation der amerikanischen Staaten
CICTE	Interamerikanisches Komitee zur Bekämpfung des Terrorismus	OCEEA	Büro des Koordinators für ökonomische und ökologische Aktivitäten der OSZE
CSTO	Organisation des Vertrags über kollektive Sicherheit	PC	Ständiger Rat
CTC	Ausschuss (des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen) zur Bekämpfung des Terrorismus	PISG	Provisorische Selbstverwaltungsinstitutionen (Kosovo)
CTED	Exekutivdirektorium des Ausschusses der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus	PV	Parlamentarische Versammlung der OSZE
DCAF	Genfer Zentrum für die demokratische Kontrolle der Streitkräfte	REACT	Schnelle Einsatzgruppen für Expertenhilfe und Kooperation
EAR	Europäische Agentur für Wiederaufbau	SALW	Kleinwaffen und leichte Waffen
EK	Europäische Kommission	SCO	Schanghai-Kooperationsorganisation
ENVSEC	Umwelt- und Sicherheitsinitiative der OSZE und der Vereinten Nationen	SECI	Südosteuropäische Kooperationsinitiative
EU	Europäische Union	SEEBRIG	Südosteuropabrigade
EUSR	EU-Sonderbeauftragter (BiH)	SEECF	Südosteuropäischer Kooperationsprozess
FSK	Forum für Sicherheitskooperation	SFOR	Stabilisierungstruppe
GUS	Gemeinschaft Unabhängiger Staaten	SHDM	Zusätzliches Treffen zur menschlichen Dimension
GUUAM	Georgien, Ukraine, Aserbaidschan und Moldau	SHIRBRIG	Brigade aus Eingreiftruppen hoher Bereitschaft für Operationen der Vereinten Nationen
HAVA	Help America Vote Act	SPMU	Gruppe Strategische Polizeiangelegenheiten
HKNM	Hoher Kommissar der OSZE für nationale Minderheiten	SRCC	Subregionale Betratungskommission (BiH)
HLPG	Hochrangige Planungsgruppe	TACIS	Technische Hilfe (der Europäischen Union) für die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten
IAEA	Internationale Atomenergie-Organisation	UNCTC	Ausschuss der Vereinten Nationen zur Bekämpfung des Terrorismus
ICAO	Internationale Zivilluftfahrt-Organisation		
IFES	Internationale Stiftung für Wahlsysteme		

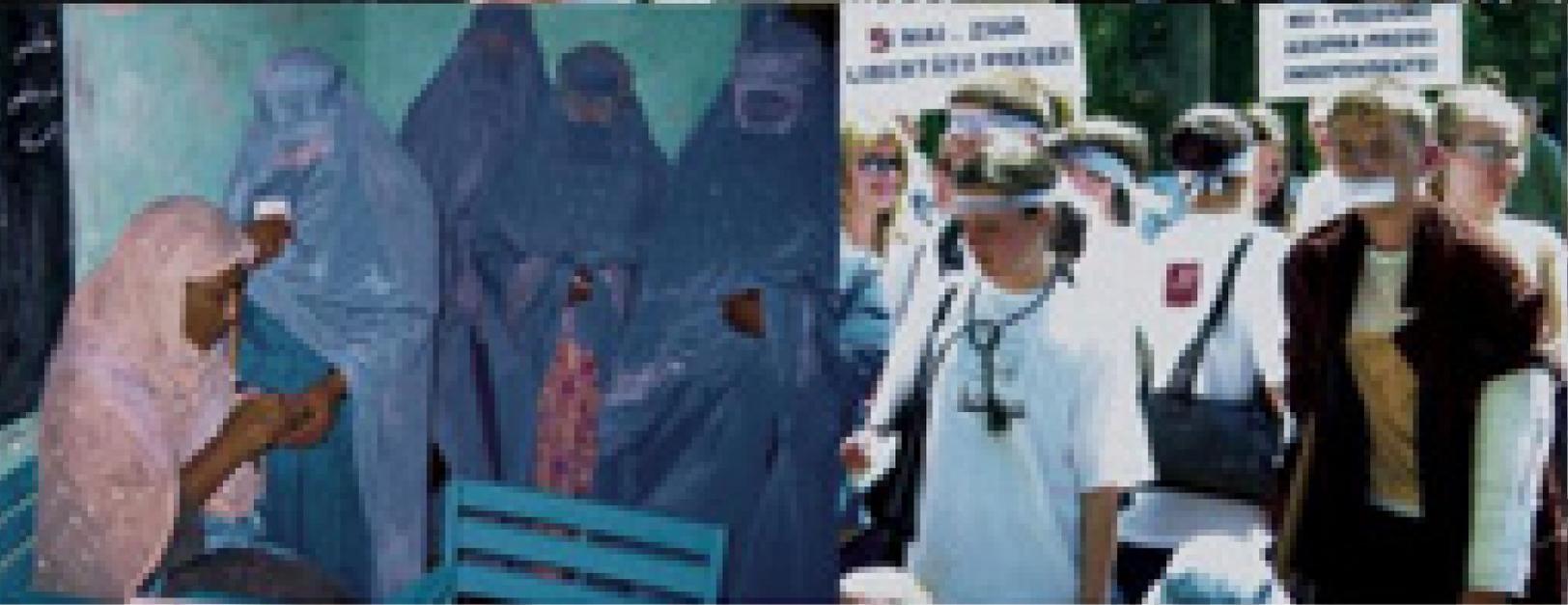
UNDP	Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen	UNIFEM	Entwicklungsfonds der Vereinten Nationen für die Frau
UNECE	Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa	UNMIK	Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo
UNEP	Umweltprogramm der Vereinten Nationen	UNODC	Büro der Vereinten Nationen für Drogen- und Verbrechenbekämpfung
UNHCHR	Hoher Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte	USAID	US-Agentur für internationale Entwicklung
UNHCR	Hoher Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen	VN	Vereinte Nationen
UNICEF	Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen	VSBM	Vertrauens- und sicherheitsbildende Maßnahmen

**REDAKTEUR | Alexander Nitzsche**  
**REDAKTIONSASSISTENTIN | Astrid Schnitzer**  
**REDAKTIONSMITARBEITER | Keith Jinks, Patricia N. Sutter**

**Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**  
**OSZE-Sekretariat**

**Dies ist kein einvernehmlich verabschiedetes Dokument**

# Annual Report 2004 OSCE



Polizeiausbildung Medienfreiheit Bekämpfung des Menschenhandels Schutz nationaler Minderheiten  
Aufbau von Institutionen Wirtschafts- und Umweltsicherheit Bekämpfung des Terrorismus Grenzüberwachung